

Wie verarbeiten Menschen in Ostdeutschland Umbrüche, Verluste und die anhaltende Transformation? Wie sprechen autoritäre Akteure junge Menschen zwischen Dresden und Leipzig an? Vor welchen Herausforderungen steht die Zivilgesellschaft in Sachsen?

Der fünfte Band des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts versammelt unterschiedliche Stimmen zur Lage der Demokratie in Sachsen – aus Forschung, Zivilgesellschaft, Journalismus und Kunst. Er beleuchtet die Strategien rechtsautoritärer und neonazistischer Kräfte und fragt zugleich nach den Ressourcen einer widerständigen und engagierten Gesellschaft.

Das Jahrbuch enthält unter anderem folgende Beiträge:

- Manès Weisskircher (REXXKLIMA, TU Dresden) zur Mobilisierung der AfD Sachsen gegen Klimapolitik,
 - Tobias Prüwer (Freier Journalist, u.a. Kreuzer Leipzig) über die Entwicklung sogenannter roter Gruppen in Leipzig,
 - Masha Guzzo (Institut für Sozialforschung, Frankfurt a.M.) über die Montagsproteste und ihre Teilnehmer in zwei sächsischen Städten sowie
 - Charlotte Brandes (RIAS Sachsen) zu antisemitischen Vorfällen an Hochschulen im Freistaat.
-
- Mit Fotografien des Leipziger Künstlers Arthur Zalewski.

DEMOKRATIE IN SACHSEN
JAHRBUCH DES ELSE-FRENKEL-BRUNSWIK-INSTITUTS FÜR 2025



ISBN: 978-3-948049-36-2

— E —
— F —
— B —
— I —

— 2 —
— 0 —
— 2 —
— 5 —



DEMOKRATIE IN SACHSEN

JAHRBUCH DES ELSE-FRENKEL-BRUNSWIK-INSTITUTS FÜR 2025

EFFBI



2025

OLIVER DECKER, JOHANNES KIESS UND
PIOTR KOCYBA (HRSG.)

EDITION ÜBERLAND

Das Else-Frenkel-Brunswik-Institut (EFBI) wurde im Herbst 2020 gegründet, um die demokratisch engagierte Zivilgesellschaft in Sachsen zu unterstützen. Demokratische Initiativen in Sachsen sehen sich mit vielfältigen Problemen konfrontiert – dazu gehören neben fehlenden finanziellen Mitteln vor allem Angriffe und Bedrohungen durch die extreme Rechte. Gleichzeitig mangelt es auch an einem gemeinsamen, aktuellen Wissensstand über die Bedrohung der Demokratie durch Neonazis, Verschwörungsideologen oder Antifeministen.

Ziel der Arbeit des EFBI ist es, demokratiefeindliche Einstellungen, Strukturen und Bestrebungen in Sachsen zu untersuchen und darauf aufbauend wissenschaftliche Analysen zu erstellen. Mit den Methoden der empirischen Sozialforschung soll ein aktueller Wissensstand über die gesellschaftlichen Widersprüche und Konflikte erarbeitet werden. Sozialpsychologie und Gesellschaftstheorie greifen beim Verständnis dieser Konflikte ineinander.

Im Mittelpunkt der Forschung stehen verschiedene Formen der Diskriminierung sowie die Strategien und Dynamiken antidemokratisch und autoritär motivierter Bündnisse. Forschungsfelder des EFBI sind die Einstellungsforschung, die Forschung in Konflikträumen sowie das Monitoring und die Dokumentation antidemokratischer Strukturen und Social-Media-Aktivitäten.

DEMOKRATIE IN SACHSEN

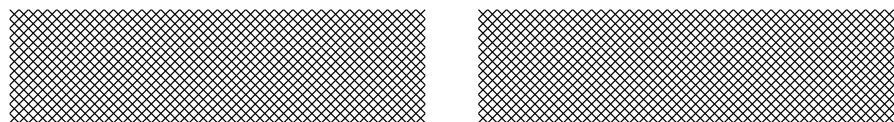
JAHRBUCH DES ELSE-FRENKEL-BRUNSWIK-INSTITUTS FÜR 2025



UNIVERSITÄT
LEIPZIG

Research Centre Global
Dynamics | ReCentGlobe

JAHR

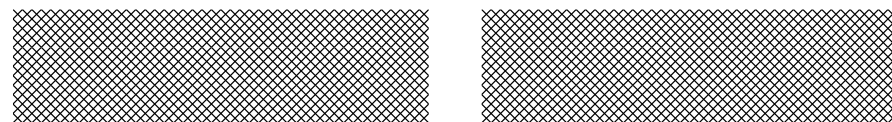


BUCH

DEMOKRATIE IN
SACHSEN

JAHRBUCH DES ELSE-FRENKEL-BRUNSWIK-INSTITUTS FÜR 2025

OLIVER DECKER, JOHANNES KIESS UND
PIOTR KOCYBA (HRSG.)



2025

EDITION ÜBERLAND

EINFÜHRUNG

- Oliver Decker 11
Demokratie in Sachsen 2025 – Von vielen Seiten unter Druck

ÜBERBLICK

- Julia Dresselhaus & Johannes Kiess 29
Demokratiearbeit in polarisierten Zeiten
Die sächsischen Partnerschaften für Demokratie und Innovationsprojekte 2025
- Lena Hinderberger & Emily Bandt 49
Prekäre Bedingungen, wachsende Herausforderungen
Befunde und Empfehlungen des Leipziger Netzwerks für Demokratie zur Demokratiearbeit in Sachsen
- Andrea Hübler 66
Menschenfeindliche Gewalttaten in Sachsen 2025 (Statistik)

SCHLAGLICHTER

- Manès Weisskircher 93
Rechte Klimaobstruktion
Wie die AfD Sachsen gegen Klimapolitik mobilisiert
- Johanna Niendorf & Gideon Wetzel 111
Angriffe auf Vielfalt
Anti-CSD-Proteste und die Mobilisierung rechter Jugendlicher in Sachsen
- Masha Guzzo 127
Zwischen Provokation, Destruktivität und „Menschlichkeit“
Wie extrem rechts sind die heutigen Montagsdemonstrationen?

INHALT

- Charlotte Brandes 147
Antisemitismus an Hochschulen in Sachsen
Entwicklungen und Vorfälle seit dem 7. Oktober 2023

- Fiona Kalkstein & Nicole Löw 167
Die Nachwehen des Umbruchs
*Akzentuierungen von DDR- und Transformations-
erfahrungen, ostdeutsche Identitätsprozesse und politische
Perspektiven heute*

- Johanna Liesen & Andre Schmidt 187
Transformation und Trauer
*Über Verlusterleben im Strukturwandel und dessen
politische (Be-)Deutung am Beispiel einer Werksschließung*

- Piotr Kocyba & Johannes Kiess 211
Persönliche Belastung und gesellschaftliche Polarisierung
*Wie sächsische Jugendliche auf die COVID-19-Pandemie
blicken*

PERSPEKTIVEN

- Tobias Prüwer 243
Rotes Reenactment
Marxistisch-leninistische Gruppierungen in Leipzig

- Arthur Zalewski 263
Gdynia · Gdańsk · Warszawa · Leipzig
Gespräch über die Fotografien in diesem Band

ANHANG

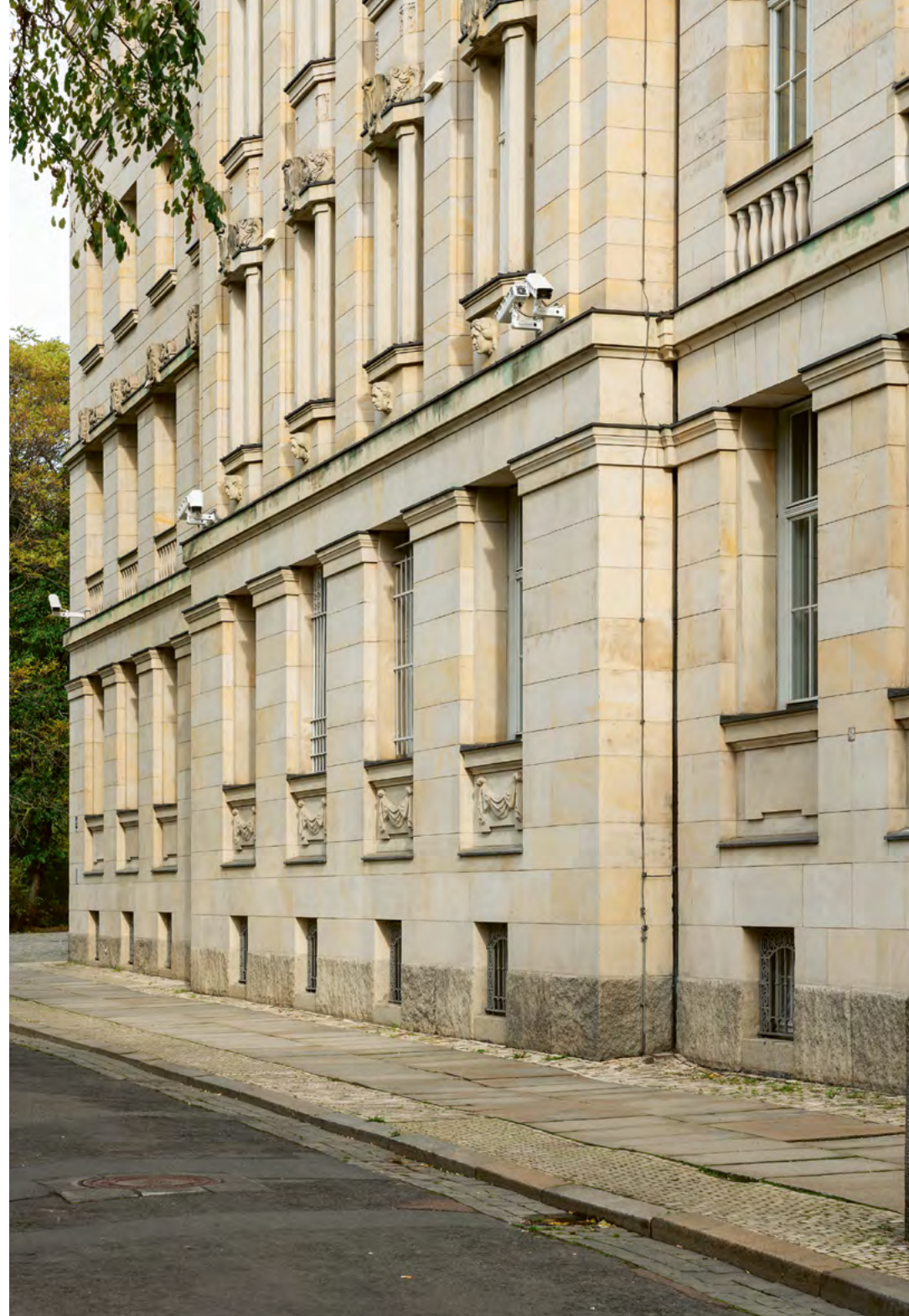
- Zu den Herausgebern 269
- Zu den Autorinnen und Autoren 270





08

ARTHUR ZALEWSKI



09

GDYNIA · GDAŃSK · WARSZAWA · LEIPZIG



Demokratie in Sachsen 2025

Von vielen Seiten unter Druck

Mit der vorliegenden Publikation legen wir für die sächsische Gesellschaft die fünfte Ausgabe des Jahrbuchs des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts vor. Neben Beiträgen von Institutsangehörigen kommen erneut Expertinnen und Experten aus der Zivilgesellschaft sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler anderer Forschungseinrichtungen zu Wort. Ergänzt wird der Band durch einen journalistischen sowie einen künstlerischen Beitrag.

In den einzelnen Beiträgen berichten wir zum einen über die Demokratiegefährdung durch Akteure und Ideologien, die sich seit drei Dekaden in Sachsen etablieren konnten. Nach wie vor geht die größte Gefahr für die Demokratie von rechts-autoritären, extrem-rechten und neonazistischen Bewegungen und Parteien aus. Rechtsextreme Parteien versprechen ihren Wählern, aus ihren destruktiven Ressentiments praktische Politik zu machen, und neonazistische Bewegungen wie die *Sächsischen Separatisten* richten sich bereits jetzt gewaltvoll gegen alle, die ihnen als Feinde erscheinen. Eine demokratische Gesellschaft ist mit beiden nicht zu haben, und für die Demokratie in Sachsen ist die Lage weiterhin hoch fragil.

Als wäre dies nicht genug, sieht sich unsere Demokratie zum anderen auch neuen Bedrohungen ausgesetzt: Neben der Mobilisierung durch rechtsextreme Parteien und Akteure etablierten sich seit dem 7. Oktober 2023 bundesweit links-autoritäre Bewegungen, die vor allem durch Agitation, Straf- und Gewalttaten mit antisemitischer Motivation auffallen und die auch in Sachsen aktiv sind. Einmal mehr wird deutlich: Antisemitismus ist kein Alleinstellungsmerkmal der extremen Rechten, aber nun kommt hinzu, dass die Trägergruppen immer jünger werden (Decker et al., 2025). Das antisemitische Ressentiment erhält gegenwärtig eine doppelte Brückenfunktion (Decker et al., 2024a). Es stärkt mit dem postkolonialen und israelbezogenen Antisemitismus die Bindekraft innerhalb dieser links-autoritären Bewegungen. Bereits kurz nach dem

Beginn des Krieges gegen Israel 2023 solidarisierten sich linke Bewegungen mit der klerikal-faschistischen Hamas und noch ein Jahr später wurde in einer Eröffnungsrede am Gedenktag des antisemitischen Pogroms von einer Leipziger propalästinensischen Gruppe die „Freude“ am Tag der Morde, Vergewaltigungen und Entführungen geäußert.¹ Von einem Moment der Empathie mit den jüdischen Opfern ist bis heute nichts zu hören und zu lesen (Illouz, 2024) – und dass die Hamas ihre Märtyreriologie auf die eigene Bevölkerung ausdehnte und sie die verheerenden Folgen des von ihr begonnenen Krieges schlicht als Teil ihrer Strategie einplante, wurde und wird in diesen Bewegungen verleugnet. Dies hat Symptomcharakter und die Diagnose lautet: Antisemitismus. Damit besteht aber nicht nur eine weitere Bedrohung für die Demokratie, sondern auch eine Brücke zwischen verschiedenen autoritären Milieus. Antisemitismus, wie er in linken Milieus und der gesellschaftlichen Mitte zu finden ist, bildet einen ideologischen Anschlusspunkt an rechtsautoritäre Akteure.

Wir stehen damit auf einem vorläufigen Höhepunkt einer zwei Dekaden andauernden Entwicklung. So steigen seit 20 Jahren nicht allein die von der polizeilichen Kriminalitätsstatistik dokumentierten antisemitisch motivierten Straf- und Gewalttaten an (Bundesministerium des Innern, 2025). Es ist auch eine „unheimliche Konjunktur kollektiver Identitäten“ zu beobachten (Niethammer, 2000).

Der Zusammenhang des Wunsches nach kollektiver Identität und Antisemitismus erschließt sich nicht von selbst, er macht hier eine einleitende sozialpsychologische Einordnung notwendig. Auch wenn sich die politischen Ziele oberflächlich unterscheiden mögen, Kennzeichen von autoritären Bewegungen ist die Zuspitzung von gesellschaftlichen Entwicklungen zu Krisen – also zu Entscheidungsmomenten, in denen keine Kompromisse mehr gemacht werden können (Decker et al., 2024b). Nicht mehr die Vermittlung der eigenen politischen Ziele in einem demokratischen Aushandlungsprozess, sondern die Frage „dafür oder dagegen?“ kennzeichnet das politische Programm. Wer dafür ist, gehört dazu. Wer dagegen ist, ist eine Bedrohung. In solchen Entscheidungsmomenten sind schon kleinste Differenzen bedrohlich. Wie bereits

1) Unter anderem wegen solcher Äußerungen stellte das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen im Monatsbericht November 2024 fest, dass sich die Gruppe *Handala* gegen die freiheitlichdemokratische Grundordnung richtet (<https://www.verfassungsschutz.sachsen.de/handala-e-v-6656.html>; 27.01.2026).

Else Frenkel-Brunswik in ihrer wegweisenden Studie nachwies: Die Fähigkeit, Differenz auszuhalten – kurz: die Ambiguitätstoleranz –, ist ein Grundelement demokratischen Zusammenlebens und wo sie fehlt, braucht es „Andere“, die als Sündenböcke herhalten und als Feind konstruiert werden (Frenkel-Brunswik, 1949). Auf die Spur brachte sie die Psychologie der Nationalsozialisten (Benetka, 2020). Gruppenidentität schafft aber nur scheinbar einen widerspruchsfreien Raum, da in diesem nur durch Unterordnung und massive Verleugnung scheinbar keine Differenzen bestehen. Dabei ist der Preis der Unterordnung unter die kollektive Identität hoch. So wird im identitären Kollektiv zwar Handlungsfähigkeit erlebt, jedoch wird in den autoritären Gruppen den Wünschen der Einzelnen kein Raum mehr gegeben. Krisen sind nicht die Zeit des Individuums, des Einzelnen und seiner Rechte, sondern von Gruppen, die sich abschließen. Sehen Gesellschaftsmitglieder in großer Zahl überall Krisen, dann zeigt dieses Krisenerleben auch an, wie wenig die Individuen noch resilient sind für die Verhandlung von unterschiedlichen Interessen und wie wenig Unterschiedlichkeit noch als Chance erlebt wird und nicht als Bedrohung.

Wir sehen gegenwärtig: Das autoritäre Bedürfnis durchzieht die „Mitte“ der Gesellschaft, das identifizierende Denken bestimmt die Gegenwart. Deshalb ist die Demokratie so bedroht, denn Krisenerleben und Gruppenidentitäten traten in den letzten Jahren immer deutlicher als zentrales Motiv unterschiedlicher politischer Bewegungen hervor. In der autoritären Dynamik, bei jeder Gruppenidentität braucht es ein „Außen“, einen fundamentalen „Anderen“. Unabhängig davon, ob die Gruppenidentität durch eine völkisch-nationalistische Ideologie oder andere Motive gesichert wird, ist deren grundlegende Funktion die zunehmende Schließung gegenüber einem „Außen“ und „Anderen“ (Holz, 2005). Denn erst durch die Abgrenzung gegen „Außen“ kann die Fiktion eines widerspruchsfreien „Innen“ entstehen und der Gegner ausgemacht werden. Diese „Wir-gegen-Die“-Logik, nach der die „Anderen“ scheinbar die in den Gruppen herrschenden Normen verletzen, legitimiert dann die Aggressionen gegen das Außen und die Verfolgung der „Anderen“. Zu den „Anderen“ zu gehören, das kann im Grunde jeden treffen. Umso dringender braucht es deshalb wahrscheinlich „Fremde“, auf die sich alle einigen können. Als Projektionsfolie für das „Fremde“ schlechthin werden nach wie vor Juden und Jüdinnen genutzt; sie dienen als das notwendige Gegenstück, um die vorherrschende

Identitätspolitik in fast allen politischen Milieus aufrechterhalten zu können. Das ist der Grund für den wieder zutage tretenden Antisemitismus in unserer Gesellschaft – es ist der kleinste gemeinsame Nenner in einer autoritären Dynamik. Und deshalb ist es wichtig, die Gefahr zu betonen, die von ihm ausgeht – nicht nur für Juden, sondern für die liberale und demokratische Gesellschaft insgesamt.

Antisemitismus ist ein „Lackmustest“ der Demokratie, weil dessen Verbreitung anzeigt, wie stark der Wunsch nach Gruppenidentität geworden ist. Äußern erst einmal weite Teile der Bevölkerung offen ihren antisemitischen Konsens, dann ermöglicht er die Bündnisbildung, die Schließung als „Volksgemeinschaft“ über sämtliche politische Differenzen hinweg. Die Einigung auf den „Gegner“, der ersehnte Entscheidungsmoment findet sich im gemeinsamen Ressentiment gegen „die Juden“. Um die soziale Sanktionierung des Antisemitismus zu entgehen und – in manchen Fällen auch noch – das Selbstbild zu schützen, stehen links wie rechts antisemitische Codes wie das „Internationale Finanzkapital“ und der Staat Israel zur Verfügung (Klug, 2003; Knappertsbusch/Kelle, 2010).

Wie anfällig sowohl die extreme Rechte, die gesellschaftliche „Mitte“ als auch linke Bewegungen für Ressentiments sind, dokumentieren wir in den Leipziger Mitte- bzw. den Leipziger Autoritarismus Studien seit bald 25 Jahren (zuletzt: Decker et al., 2024c). Neben den Ressentiments an sich wird auch deren Umschlagen in politische Handlungen zum Problem. Dies ist umso bedrohlicher, weil die organisierte Gefahr für die liberale Demokratie weiterhin und mit größer werdenden Erfolgen von der extremen Rechten und neonazistischen Bewegungen ausgeht. Als eklatantes Beispiel für die Verbindung von neonazistischen Gruppen und der AfD als parlamentarische Partei kann die Gruppe *Sächsische Separatisten* zählen, die diesen Namen sicherlich auch wegen der assoziativen Nähe der Abkürzung zur nationalsozialistischen Verbrecherorganisation Schutzstaffel (SS) wählte. Zu Beginn des Jahres 2026 begann das Verfahren gegen Mitglieder dieser Gruppe; sie müssen sich nun vor Gericht der Anklage stellen, eine neonazistische Wehrsportgruppe gegründet und sich auf den „Tag X“ zur Beseitigung der demokratischen Gesellschaft mit paramilitärischen Übungen vorbereitet zu haben. Unter ihnen sind lokalpolitisch aktive Mitglieder der AfD sowie ein ehemaliger Mitarbeiter eines AfD-Landtagsabgeordneten. Diese sind zwar mittlerweile aus der Partei ausgeschlossen worden, aber

dass sie in der vom sächsischen Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuften Partei nicht isoliert sind, zeigen verschiedene Solidaritätsadressen an die Angeklagten. Sie kamen nicht nur von Einzelpersonen, sondern wurden auch von Parteistrukturen getragen. So hat der Kreisverband Leipzig im September 2025 zu einer Solidaritätsdemonstration für die mutmaßlichen Rechtsterroristen aufgerufen (Meinert/Schlottmann, 2025). Damit zeigt sich schon jetzt, dass der AfD strategisch gelungen ist, was die rechtsextreme Partei NPD (heute: *Die Heimat*) angestrebt hat: eine Verbindung herzustellen von neonazistischen Gewalttätern auf der Straße und der nationalistisch-völkischen Mitte im gemütlichen Wohnzimmer.

Gewissermaßen als parlamentarischer Arm von Straße und Wohnzimmer nutzt die AfD die in der Bevölkerung verbreiteten extrem-rechten und antiliberalen Motive, um Bündnisse mit anderen politischen Milieus zu bilden. Einmal mehr zeigt sich, dass die seit Jahrzehnten bekannten extrem-rechten Einstellungen und ihre Ressentiments in relevanten Teilen Bevölkerung ein Damoklesschwert sind, das über einer liberal-demokratischen Gesellschaft schwebt. Gegenwärtig sehen wir, dass sich die Ressentiments und destruktiven Sehnsüchte nicht mehr nur gegen jene „Anderen“ richten, sondern auch gegen die Strukturen der pluralen Gesellschaft. Die AfD ist in diesem Sinne Krisengewinner; sie verspricht, dass die Ressentiments politisch wirksam werden – dass etwas „Radikales“ kommt.

Bündnisse sind für die AfD dort leicht, wo verfassungsgemäße Grundlagen der Gesellschaft und ihre Verfassungsrealität auseinanderfallen. Statt aber gemeinsam für die Interessen aller Politik zu machen, richtet sich die Wut auf jene, die versuchen, die Gesellschaft demokratischer zu machen. Sie richtet sich gegen diejenigen, die noch versuchen, das Versprechen der liberalen Gesellschaft ernst zu nehmen, Gleichheit und Freiheit aller Menschen zu gewährleisten. Weil sich die autoritären Aggressionen gegen die scheinbar Schwächsten der Gesellschaft richten – auf Arbeitslose, Migranten, Juden und nicht zuletzt Frauen –, sollen diese nicht durch eine demokratische Politik geschützt werden. Es geht nicht mehr nur um Ressentiments, sondern es soll nun konkrete Politik gegen die Versuche des Ausgleichs, der Vermittlung und der Emanzipation gemacht werden.

Die Angriffe auf die Arbeit der Kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in Sachsen sind ein Beispiel für die Bündnisfähigkeit der

AfD zwischen Straße und Wohnzimmer. Denn die Gleichstellungsbeauftragten nehmen eine durch die Verfassung nicht nur als Grundrecht, sondern auch als staatliche Aufgabe definierte Funktion wahr: Besteht mit dem Artikel 3 zwar die grundgesetzliche Norm, dass Frauen und Männer gleichberechtigt sind, zeigt sich in der Verfassungsrealität ein deutlich anderes Bild. Kommunale Gleichstellungsbeauftragte sind eingeführt worden, um diesen zentralen Grundsatz der demokratischen Gesellschaft abzusichern oder überhaupt erst zu erreichen. Darüber hinaus kommt ihnen auch eine Vermittlungsaufgabe zu, welche für liberal-demokratische Demokratien kennzeichnend ist: Sie stellen ein Bindeglied zwischen Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern dar (Rudolph/Schirmer, 2004). Mit dieser Vermittlungsfunktion sind sie gerade in Zeiten großer Unzufriedenheit mit staatlichen Institutionen und repräsentativer Demokratie von großer Bedeutung für die Demokratie, die über die Sicherstellung der Gleichstellung hinausgeht. Es liegt nahe, dass die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten sich aber gerade wegen dieser doppelten Funktion in einem Spannungsverhältnis zwischen gesetzlichem Auftrag, politischer Polarisierung und offen antidemokratischen Manifestationen befinden (Juraschek, 2023). Sie repräsentieren qua Amt liberal-demokratische Elemente des bundesdeutschen Verfassungsstaats und sind deshalb auch prominentes Ziel von extrem-rechter und autoritärer Agitation. Zu diesem Spannungsverhältnis tritt hinzu, dass nicht nur ihre Funktion, sondern auch der politische Inhalt – Unterstützung von bzw. Vermittlung bei Emanzipations- und Liberalisierungsanliegen – in Zeiten der Polarisierung als Angriffspunkt gegen die liberale Demokratie genutzt wird (Fritzsche/Thienes, 2025). Man kann diese Angriffe auch als Versuche autoritärer Bewegungen verstehen, eine Brückenideologie zwischen verschiedenen politischen Milieus zu finden (Höcker et al., 2020); antifeministische Mobilisierungen sind aus Einzelfallstudien auch für Sachsen bekannt (Rodemerk et al., 2024).

Die von der AfD immer wieder vorgebrachte Forderung nach Abschaffung der Gleichstellungsbeauftragten ist exemplarisch für die antidemokratische Politik dieser Partei. Exemplarisch auch in einem weiteren Sinne: Wenn in Zeiten knapper Kassen aufgrund scheinbarer ökonomischer Rationalität die Streichung dieser und anderer struktureller Anker der Demokratie auch in demokratischen Parteien diskutiert wird, dann wird die Säge an dem Ast angelegt, auf dem die Demokratie

selbst sitzt. Das betrifft nicht nur die Gleichstellungsbeauftragten, es betrifft alle zivilgesellschaftlichen Demokratieprojekte und Initiativen für eine liberale Gesellschaft. Somit werden durch eine Fiskalpolitik, die keine langfristige und zuverlässige Perspektive für das strukturelle Fundament der demokratischen Gesellschaft bietet, nolens volens die politischen Ziele der AfD auch ohne deren Beteiligung in die Realität umgesetzt. Nötig wäre statt einer „schwarzen Null“ gegenwärtig mehr denn je eine dauerhafte Finanzierung der demokratischen Projekte, statt einer prekären Abhängigkeit von scheinbar „leeren Kassen“. So könnte ein Bekenntnis für die Demokratie und gegen die Mobilisierung durch die extreme Rechte aussehen, das nachhaltig ist.

Der Analyse der Ereignisse in Sachsen im Jahr 2025 widmen sich die folgenden Beiträge. In der Rubrik „Überblick“ werden Forschungserträge zur Lage der Demokratie in Sachsen vorgestellt. Hierzu gehört die Analyse der von *Julia Dresselhaus* und *Johannes Kiess* erneut durchgeführten Befragung der Partnerschaften für Demokratie und der Innovationsprojekte des Bundesprogramms *Demokratie leben!* in Sachsen. Ihre Auswertung verdeutlicht, wie sehr zivilgesellschaftliche und prodemokratische Akteure im Freistaat in ihrer Arbeit bedroht sind. *Lena Hinderberger* und *Emily Bandt* vom Leipziger *Erich-Zeigner-Haus* widmen sich in ihrem Beitrag „Demokratiearbeit unter Druck“ einer Bedarfsanalyse des *Leipziger Netzwerks für Demokratie*. Anhand dieser Untersuchung machen sie zentrale Herausforderungen sichtbar, mit denen sich die lokale Zivilgesellschaft konfrontiert sieht. Für die *RAA Sachsen* steuert *Andrea Hübler* auch in diesem Jahr vorläufige Zahlen zu einer Statistik rechter Gewalttaten im Freistaat bei.

Es schließt sich die Rubrik „Schlaglichter“ an, in der ausgewählte Phänomene und aktuelle Entwicklungen in Sachsen und darüber hinaus vorgestellt werden. *Manès Weisskircher*, Leiter der BMBFTR-Nachwuchsgruppe *REXXKLIMA (Rechtsextremismus versus Klimaschutz?)* an der TU Dresden, untersucht in seinem Beitrag *Regionale Klimablockade*, wie die AfD in Sachsen gegen klimapolitische Maßnahmen mobilisiert. Die seit dem Sommer 2024 verstärkte Mobilisierung junger extrem-rechter und neonazistischer Akteure gegen Christopher Street Days und Pride-Paraden in Sachsen ordnen *Johanna Niendorf* und *Gideon Wetzel* ein. *Masha Guzzo*, Gastwissenschaftlerin am EFBI, begleitet während und nach der COVID-19-Pandemie sogenannte

Montagsproteste in zwei sächsischen Städten. Ziel ihrer Forschung war es zu untersuchen, wie stark diese Versammlungen extrem rechts grundiert sind. In ihrem Beitrag schildert sie ihre Beobachtungen und analysiert die Demonstrierenden zwischen Provokation, Destruktivität und Menschlichkeit. Nach den Ereignissen des 7. Oktober 2023 wurden Hochschulen bundesweit zu Schauplätzen antisemitischer Besetzungen, Schmierereien sowie körperlicher Angriffe auf Studierende und Mitarbeiter. *Charlotte Brandes* von der Meldestelle RIAS Sachsen wertet hierzu gemeldete antisemitische Vorfälle ober- und unterhalb der Strafbarkeitsgrenze aus. Im Jahr 2025 startete am EFBI das Forschungsprojekt „Transformationserleben seit 1989 – Erfahrungen und politisch-gesellschaftliche Deutungsmuster“. *Fiona Kalkstein* und *Nicole Löw* stellen das Projekt vor und erläutern, wie sich Personen, die zur Zeit der deutschen Wiedervereinigung Jugendliche waren, an diese Umbruchphase erinnern. Ebenfalls mit Transformationsprozessen befasst sich ein Team von EFBI-Wissenschaftlern, das seit 2023 im Projekt „Handlungsfähigkeit (wieder)entdecken: Arbeitskämpfe, lokale demokratische Kultur und Strukturwandel in Sachsen“ arbeitet. *Johanna Liesen* und *Andre Schmidt* analysieren auf Grundlage von Gesprächen mit Beschäftigten der ostdeutschen Zuliefererindustrie, wie Betriebsschließungen erlebt und verhandelt werden. *Piotr Kocyba* und *Johannes Kiess* berichten aus dem Projekt „Politische Einstellungen und politische Partizipation in Folge der COVID-19-Pandemie“ und beschreiben in ihrem Beitrag, wie pandemische Erfahrungen bei vielen Menschen zu politischer Erschöpfung geführt haben.

Die Rubrik „Perspektiven“ bietet zwei weitere Blicke auf Sachsen im Jahr 2025. Der freie Journalist *Tobias Prüwer*, der unter anderem für das Leipziger Stadtmagazin *Kreuzer* schreibt, versammelt seine Beobachtungen zu den sogenannten roten Gruppen. Diese autoritär-antiimperialistischen Zusammenschlüsse befinden sich in Sachsen im Aufschwung und werden von ihm sowohl historisch als auch ideologisch eingeordnet. Gerahmt werden die Texte von einer Bildstrecke des Fotografen *Arthur Zalewski*. Über mehrere Jahrzehnte hinweg hat er nicht nur seine Heimatstadt Leipzig, sondern auch die polnischen Städte Danzig und Warschau fotografisch begleitet. Im Gespräch mit *Pia Siemer* erläutert er, welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede diese postsozialistischen Städte verbinden und voneinander trennen.

LITERATUR

- Benetka, Gerhard (2020). Zur Psychologie der Unbestimmtheit: Ambivalenz und Ambiguität. In Bernhard Plé/Peter Wilhelmer/Gerhard Benetka (Hrsg.), *Facetten der Ungewissheit. Erträge aus interdisziplinären Betrachtungen* (S. 83–95). Hamburg: Dr. Kovac.
- Bundesministerium des Innern (2025). Bundesweite Fallzahlen 2024 Politisch motivierte Kriminalität. URL: https://www.bmi.bund.de/Shared-Docs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/BMI25045_pmk2024-factsheet.pdf?blob=publicationFile&v=7 (02.02.2026).
- Decker, Oliver/Heinke, Nina/Brähler, Elmar (2025). Das Aufbrechen des Antisemitismus in linken Milieus nach dem 07.10.2023 – Einige Befunde zur unterschätzten Präsenz von Ressentiments in linken Milieus und der Versuch einer gesellschaftstheoretischen Einordnung. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik*, 8.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2024a). Antisemitismus als individuelles Ressentiment und gesellschaftliches Sediment – empirische Befunde. In Oliver Decker/Johannes Kiess/Ayline Heller/Elmar Brähler (Hrsg.), *Vereint im Ressentiment – Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2024* (S. 133–160). Gießen: Psychosozial.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Brähler, Elmar (2024b). Einleitung: Vereint im Ressentiment: Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2024. In Oliver Decker/Johannes Kiess/Ayline Heller/Elmar Brähler (Hrsg.), *Vereint im Ressentiment – Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2024* (S. 9–28). Gießen: Psychosozial.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Brähler, Elmar (2024c). *Vereint im Ressentiment – Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2024*. Gießen: Psychosozial.
- Frenkel-Brunswik, Else (1949). Intolerance of ambiguity as an emotional and perceptual personality variable. *Journal of Personality*, 18, 108–143.
- Fritzsche, Christopher/Thienes, Julia (2025). „Wir sind in der Regel alles Einzelkämpfer*innen“. Gleichstellungsarbeit in hessischen Kommunen zwischen externen Anfeindungen und strukturellen Restriktionen. In Johanna Niendorf/Fiona Kalkstein/Henriette Rodemerk/Charlotte Höcker (Hrsg.), *Antifeminismus und Provinzialität* (S. 241–260). Bielefeld: transcript.
- Höcker, Charlotte/Pickel, Gert/Decker, Oliver (2020). Antifeminismus – das Geschlecht im Autoritarismus? Die Messung von Antifeminismus und Sexismus in Deutschland auf der Einstellungsebene. In Oliver Decker/Elmar Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität* (S. 249–282). Gießen: Psychosozial.
- Holz, Klaus (2005). *Die Gegenwart des Antisemitismus. Islamistische, demokratische und antizionistische Judenfeindschaft*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Illouz, Eva (2024). *Der 8. Oktober*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Juraschek, Alice (2023). Kommunale Gleichstellungsbeauftragte: im Spannungsfeld von gesetzlichem Auftrag und Angriffen von innen und außen. In Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.), *Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Antifeminismus & Hasskriminalität*, Band 13 (S. 244–255). Jena: IDZ.
- Klug, Brian (2003). The collective Jew: Israel and the new antisemitism. *Patterns of Prejudice*, 37, 117–138.
- Knappertsbusch, Felix/Kelle, Udo (2010). „Mutterland des nomadisierenden Finanzkapitals“ – Zum Verhältnis von Antiamerikanismus und Antisemitismus vor dem Hintergrund der Finanzkrise. In Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände – Folge 8* (S. 144–163). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Meinert Natalie/Schlottmann, Karin (2025). Soli-Demo für „Sächsische Separatisten“ in Leipzig? AfD-Spitze verlangt von Kreisverband Absage. *Leipziger Volkszeitung*, 12.09.2025. URL: <https://www.lvz.de/lokales/leipzig/afd-im-landkreis-leipzig-soli-demonstration-fuer-saechsische-separatisten-ILKB5YJTBDDBOHPGKS7BA6NQ.html> (27.01.2026).
- Niethammer, Lutz (2000). *Kollektive Identität. Heimliche Quellen einer unheimlichen Konjunktur*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Rodemerk, Henriette/Falk, Tabea/Höcker, Charlotte/Niendorf, Johanna/Decker, Oliver (2024). „Fürsorge, Nachbarschaftshilfe, Stalking – eine Interpretationssache?“ Zusammenhalt und Antifeminismus am Fallbeispiel Erzgebirge. In Matthias Midell (Hrsg.), *Historische, globale und regionale Varianz des Zusammenhalts* (S. 365–390). Frankfurt a.M.: Campus.
- Rudolph, Clarissa/Schirmer, Uta (2004). Zwischen Verwaltung und Frauenbewegung? Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte im Kontext lokaler Frauennetzwerke. In Clarissa Rudolph/Uta Schirmer, *Gestalten oder verwalten? Kommunale Frauenpolitik zwischen Verrechtlichung, Modernisierung und Frauenbewegung* (S. 145–198). Wiesbaden: Springer VS.





22

ARTHUR ZALEWSKI



23

GDYNIA · GDAŃSK · WARSZAWA · LEIPZIG



24

ARTHUR ZALEWSKI



25

GDYNIA · GDAŃSK · WARSZAWA · LEIPZIG





Demokratiearbeit in polarisierten Zeiten

Die sächsischen Partnerschaften für Demokratie und Innovationsprojekte 2025

Die Demokratie steht zunehmend unter Druck. In den letzten Jahren ist eine verstärkte Mobilisierung von Ressentiments zu beobachten, die die gesellschaftliche Vielfalt infrage stellen (u.a. Decker et al., 2024; Kiess/Nattke, 2025; Mudde, 2019). Um die demokratische Zivilgesellschaft zu stärken, wurde 2015 das Bundesprogramm *Demokratie leben!* des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) ins Leben gerufen, das sich derzeit in seiner dritten Förderperiode (2025–2032) befindet. Es knüpft unter anderem an die früheren Programme *Vielfalt tut gut* (2007–2010), *kompetent. für Demokratie* (2007–2010) sowie *Toleranz fördern – Kompetenz stärken* (2011–2014) an. Heute unterstützt *Demokratie leben!* bundesweit Projekte, Vereine und Initiativen, die sich insbesondere auf kommunaler Ebene für Demokratie und Vielfalt einsetzen.

In diesem Beitrag stehen die in mittlerweile allen Landkreisen und kreisfreien Städten Sachsens vertretenen 27 Partnerschaften für Demokratie (PfD) sowie 18 Innovationsprojekte im Fokus. Die PfD bestehen aus einer Koordinierungs- und Fachstelle (bei einem freien Träger), einem federführenden Amt (meist Jugend- oder Sozialamt), einem Begleitausschuss und einem Jugendforum. Für ihre Arbeit stehen jeder PfD drei Fonds zur Verfügung, mit denen unter Einbindung lokaler Akteur:innen Bildungs- und Beteiligungsprojekte umgesetzt werden: ein Jugendfond, ein Aktions- und Initiativfond sowie ein Fond für Partizipation, Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit. Die durch das Bundesprogramm *Demokratie leben!* geförderten Innovationsprojekte (ehemals Modellprojekte) entwickeln und erproben neue Ansätze in den Bereichen Demokratieförderung, Vielfaltsgestaltung und Extremismusprävention. Für die PfD sowie die Innovationsprojekte dient in Sachsen das Demokratiezentrum im Staatsministerium für

TABELLE 1

Derzeit aktive Partnerschaften für Demokratie in Sachsen

Landkreis Bautzen
● PfD Stadt Bautzen
● PfD Stadt Hoyerswerda
Chemnitz
● PfD Stadt Chemnitz
Dresden
● PfD Landeshauptstadt Dresden
Erzgebirgskreis
● PfD Olbernhau und Umland
● PfD Aue-Bad Schlema
● PfD Stadt Thalheim/ Erzgeb., Gemeinde Jahnsdorf/ Erzgeb., Gemeinde Neukirchen/Erzgeb.
Landkreis Görlitz
● PfD Landkreis Görlitz
● PfD Stadt Görlitz
● PfD Stadt Weißwasser/O.L.
● PfD Stadt Zittau
Landkreis Leipzig
● PfD Landkreis Leipzig
● PfD Stadt Leipzig
Landkreis Meißen
● PfD Stadt Meißen
● PfD Altlandkreis Riesa-Großenhain und Stadt Lommatzsch
● PfD Coswig, Diera-Zehren, Klipphausen, Moritzburg, Niederau, Radeburg, Radebeul, Weinböhla
Landkreis Mittelsachsen
● PfD Landkreis Mittelsachsen
Landkreis Nordsachsen
● PfD Landkreis Nordsachsen
● PfD Eilenburg, Bad Dübén, Laußig
Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
● PfD Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
● PfD Sebnitz, Bad Schandau und Hohnstein
Landkreis Zwickau
● PfD Landkreis Zwickau
● PfD Stadt Limbach-Oberfrohna
● PfD Verwaltungsgemeinschaft Meerane-Schönberg
● PfD Stadt Zwickau
Vogtlandkreis
● PfD Vogtlandkreis
● PfD Stadt Markneukirchen / Klingenthal

Soziales, Gesundheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt als zentrale Anlaufstelle.

Seit 2021 führt das Else-Frenkel-Brunswik-Institut (EFBI) in Kooperation mit dem Demokratiezentrum eine jährliche Befragung der PfD und Innovationsprojekte durch. Im Mittelpunkt stehen dabei ihre Handlungsfähigkeit vor Ort, Herausforderungen und Schwierigkeiten ihrer Arbeit sowie demokratiegefährdende Vorkommnisse in der jeweiligen Region. Der jährlich leicht aktualisierte Fragebogen (Kiess et al., 2022, 2023; Bose et al., 2024; Feuerer/Kiess, 2025) mit teils standardisierten, teils offenen Fragen war den PfD und Innovationsprojekten über das digitale Beteiligungsportal des Demokratiezentrums zugänglich. Da die Ergebnisse jeweils auf den subjektiven Einschätzungen der einzelnen Personen beruhen, die den Fragebogen ausgefüllt haben, werden mit diesem Instrument nicht die Einschätzungen der jeweiligen Institutionen insgesamt erfasst. Dennoch können durch die wiederholte Befragung aktuelle Einschätzungen zu zivilgesellschaftlichen Handlungsspielräumen und regionalen Gefährdungslagen gewonnen sowie Vergleiche zu den Vorjahren gezogen werden. An der Befragung im Herbst 2025 beteiligten sich 25 PfD und 13 Innovationsprojekte.

LOKALE DEMOKRATIEARBEIT UNTER DRUCK

Die Rahmenbedingungen für die Demokratiearbeit der PfD und Innovationsprojekte sind nach wie vor von großen Unsicherheiten geprägt. Zu den wiederkehrenden Kritikpunkten zählt insbesondere die projektbasierte, kurzfristige Finanzierung (Greuel et al., 2024). Ein Demokratietiefördergesetz, welches die Ampelregierung in der frühzeitig beendeten Legislatur nicht verabschiedete, hätte für mehr Planungssicherheit und damit den Aufbau stabiler Strukturen sorgen können. Stattdessen kam die Zusage für die dritte Förderperiode erst kurz vor der Bundestagswahl 2025, wodurch viele Projekte um ihre Finanzierung und damit ihr Fortbestehen bangen mussten (Emundts, 2025). In der Folge fehlte es sowohl an einer nachhaltigen institutionellen Absicherung der Demokratiearbeit als auch an einer rechtzeitigen Bereitstellung finanzieller Mittel für laufende Projekte.

Zusätzlich belasten die zunehmenden Anfeindungen und Bedrohungen aus dem rechtsextremen Spektrum die Arbeit der Projekte (Küpper et al., 2024). Inzwischen hinterfragen Projekte ihre öffentliche

TABELLE 2

In Sachsen tätige Träger von Innovationsprojekten in den Bereichen Vielfaltsgestaltung, Demokratieförderung und Extremismusprävention

● Trans-Inter-Aktiv in Mitteldeutschland e. V. – <i>TIN die Zukunft – geschlechtliche Vielfalt willkommen</i>
● different people e. V. – <i>MIQA – Miteinander für queere Akzeptanz</i>
● Landesarbeitsgemeinschaft Mädchen* und junge Frauen* in Sachsen e. V. – <i>SISTERS – Gemeinsam Stark! Mädchen und junge Frauen of Color des sächsischen Lands im Fokus</i>
● Kultur- und Begegnungszentrum „Ariowitsch-Haus“ e. V. – <i>Antisemitismus bekämpfen und jüdische Kultur stärken – Gemeinsam unterwegs für eine tolerante Gesellschaft</i>
● FrauenBildungsHaus Dresden e. V. – <i>Out of the box – Intersektionalität in diskursiven Prozessen neu verstehen</i>
● Antidiskriminierungsbüro Sachsen e. V. – <i>Organisationen öffnen – diskriminierungssensible Organisationsberatung für Sachsen</i>
● Landesarbeitsgemeinschaft Jungen- und Männerarbeit Sachsen e. V. <i>Brücken, die uns näher rücken – Begegnungen von Jungen und jungen Männern mit und ohne Rassismuserfahrungen in Sachsen</i>
● Wir sind der Osten gUG (haftungsbeschränkt) – <i>MitMachen</i>
● Stadt.Raum.Gestalten. e. V. – <i>Theater for Living – Aktivierende Demokratie durch Methoden des Forumtheaters</i>
● Soziales Netzwerk Lausitz gGmbH – <i>Demokratie in Bewegung – Kreative Wege zur Aktivierung und Inklusion informeller Engagements im strukturschwachen ländlichen Raum</i>
● SFZ Förderzentrum gGmbH – <i>Demokratie inklusiv</i>
● Kulturbüro Sachsen e. V. – <i>Demokratische Raumnahme</i>
● Steinhaus e. V. – <i>Demokratisch engagiert in Bautzen – Demokratisce angażowany w Budyšinje</i>
● Sächsische Jugendstiftung – <i>DES! 2.0 – Demokratisch, Engagiert, Selbstverwaltet</i>
● ARBEIT UND LEBEN Sachsen e. V. – <i>Empowered Voices – Desinformation und Hass im digitalen Raum begegnen</i>
● Erich-Zeigner-Haus e. V. – <i>Vektorlinx – Kritische Bildung für eine plurale Demokratie</i>
● Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen e. V. – <i>(AGJF) Resiliente Zwischenräume – Praxisintegrierte Strategien lebensweltorientierter Rechtsextremismusprävention</i>
● HATIKVA – Bildungs- und Begegnungsstätte für jüdische Geschichte und Kultur Sachsen e. V. – <i>Ökonomische Mythen und Projektion – Präventive Bildungsarbeit gegen wirtschaftlich begründeten Antisemitismus</i>

Sichtbarkeit und passen teilweise ihre Projektformate an (Brenn et al., 2023). Gleichzeitig ziehen sich immer wieder aktive Personen aus dem zivilgesellschaftlichen Engagement zurück.

Doch nicht nur rechte Gruppierungen erschweren durch lokale Raumnahme und Bedrohungen die Arbeit zivilgesellschaftlich Engagierter, auch auf parlamentarischer Ebene ist die Unterstützung unsicher geworden – in einzelnen Kommunen fehlt sie sogar gänzlich. Besonders deutlich zeigt sich dies in der Verweigerung der Bereitstellung kommunaler Eigenmittel, die Voraussetzung für Fördergelder aus Bundes- und Landesprogrammen sind. Solche Entscheidungen werden häufig von Mehrheiten getragen, in denen die AfD eine zentrale Rolle spielt.

Beispielsweise konnte die bereits bewilligte Pfd im Landkreis Bautzen in der neuen Förderperiode nicht fortgeführt werden, nachdem der CDU-Landrat eine Vorlage zur Streichung der kommunalen Eigenmittel einbrachte, die im Kreistag mit den Stimmen von AfD, CDU, der Freien Wähler und anderen beschlossen wurde (Berndt, 2025; Landkreis Bautzen, 2025). In Weißwasser kürzte der Stadtrat dem ortsansässigen soziokulturellen Zentrum Telux rückwirkend die Fördermittel für das Jahr 2024 und zögerte die Bewilligung der Zuschüsse für das laufende Jahr hinaus, wodurch er die Auszahlung von Landesmitteln des Kulturraums Oberlausitz-Niederschlesien blockierte. Nur durch eine Spendenkampagne von Pro WSW konnte der erforderliche Eigenanteil aufgebracht werden. Das Fortbestehen des Zentrums wurde jedoch erst nach langwierigen Verhandlungen mit dem Stadtrat gesichert, der zunächst die Annahme der Spendengelder infrage gestellt hatte (Lasch, 2025; Böger et al., 2025). Ähnliche Entwicklungen betreffen den gemeinnützigen Verein *colorido e. V.* in Plauen, der sich seit Jahren für ein offenes und solidarisches Miteinander engagiert. Neben dem BRuNI-Laden („Bring und Nimm“) organisierte der Verein kulturelle Veranstaltungen im Plauener Bahnhof, bis die Deutsche Bahn im August 2025 den Mietvertrag kündigte. Aufgrund des Wegfalls der Landesförderung finanziert sich *colorido e. V.* inzwischen fast ausschließlich über Spenden (MDR, 2025b). In Wurzen blockierte der Stadtrat, in dem AfD und CDU über eine Mehrheit verfügen, die Finanzierung des *Netzwerks für Demokratische Kultur* (NDK) über private Spenden, nachdem er zuvor bereits die kommunale Kofinanzierung verweigert hatte. Damit entfiel der Zugang zu Fördermitteln des Kulturraums Sachsen, wodurch die Arbeit eines seit 25 Jahren etablierten Netzwerks in einer bereits lange durch extrem

rechte Netzwerke geprägten Region im kommenden Jahr stark eingeschränkt ist (MDR, 2025a). Die lokale Kultur- und Demokratietarbeit hängt damit zunehmend von der Bereitschaft privater Unterstützer:innen ab, während institutionelle Förderstrukturen instabil oder politisch blockiert werden.

Auch in parlamentarischen Anfragen werden Maßnahmen zur Demokratieförderung unter Druck gesetzt, wie beispielsweise die Kleine Anfrage der AfD an das BMBFSFJ im August 2025 zeigt (Deutscher Bundestag, 2025b). In dieser wurden Fragen zu Förderbeträgen, bisherigen Ausgaben und aus dem Programm entstandenen Veröffentlichungen gestellt. Die Anfrage steht mit dem von der AfD geäußerten Vorwurf in Verbindung, „linksextreme Gruppen“ würden staatlich finanziert werden. Ein vergleichbares Vorgehen wählte die CDU bereits im Februar 2025, als sie eine Anfrage zur politischen Neutralität staatlich geförderter Projekte – darunter auch Trägerorganisationen von *Demokratie leben!* – stellte (Deutscher Bundestag, 2025a). Die staatliche Förderung demokratiestärkender Maßnahmen wird also nicht allein vonseiten der AfD, sondern auch von demokratischen Parteien infrage gestellt – obwohl angesichts der Gefährdungslage durch extrem rechte Gruppen ein besonderer Bedarf an der Stärkung der lokalen Demokratietarbeit besteht (Becker et al., 2024). Dies betrifft insbesondere Ostdeutschland, wo zudem begrenzte Ressourcen die zivilgesellschaftlichen Handlungsspielräume weiter einschränken (Greuel et al., 2024).

Selbst die freie Berichterstattung über Demonstrationen und damit die Pressefreiheit ist durch ständige Angriffe bedroht und nicht mehr ohne Weiteres gesichert (Gutsmiedl/Kiess, 2025). Vor diesem Hintergrund tragen PfD und Innovationsprojekte entscheidend dazu bei, demokratisches Engagement zu stabilisieren und antidemokratischer Einflussnahme entgegenzuwirken. Denn durch die Etablierung von Netzwerkstrukturen zwischen Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik können PfD einen Beitrag leisten, lokale demokratische Aushandlungsprozesse zu fördern und die Bereitschaft zu stärken, sich für Demokratie, Vielfalt und politische Teilhabe einzusetzen.

Die bisherigen Evaluationen (Greuel et al., 2024) der Arbeit der PfD zeigten zudem insbesondere in ländlichen und strukturschwachen Regionen auf, dass diese zu einer erhöhten Sensibilität gegenüber demokratie- und menschenfeindlichen Positionen beiträgt. Eine weitere Wirkung besteht darin, öffentliche Räume durch prodemokratische

Aktivitäten sichtbar zu beleben. In Regionen, in denen Ressourcen knapp sind und rechte Akteur:innen dominieren, verhindert diese Präsenz, dass soziale Räume noch weitgehender antidemokratischen Milieus überlassen werden. Die Innovationsprojekte ergänzen diese Strukturarbeit durch neue inhaltliche und methodische Ansätze, die auf aktuelle Bedrohungen wie Verschwörungsnarrative oder rechtsextreme Mobilisierungen reagieren. Zugleich zeigte sich in der vergangenen Förderperiode, dass die Umsetzung der Programmziele in Regionen mit einer passiven politischen (Beteiligungs-)Kultur, ausgeprägter Skepsis gegenüber politischen Institutionen oder eingeschränkten Ressourcen weiterhin herausfordernd bleibt.

Im folgenden Abschnitt werden die Ergebnisse unserer diesjährigen Befragung der in Sachsen tätigen PfD und Innovationsprojekte vor dem Hintergrund der hier beschriebenen Lage dargestellt. Die Ergebnisse geben Einblick darin, wie die beteiligten Projekte ihre Handlungsspielräume und ihre Wirksamkeit einschätzen und welche Herausforderungen sie insbesondere im Kontext wachsender extrem rechter Aktivitäten und demokratiefeindlicher Dynamiken vor Ort wahrnehmen.

HANDLUNGSFÄHIGKEIT, RECHTSEXTREMISMUS, ENTWICKLUNGEN: ERGEBNISSE DER BEFRAGUNG

Wie schon in den Vorjahren berichten die befragten PfD und Innovationsprojekte auch 2025 von einer Vielzahl an aus ihrer Sicht gelungenen Maßnahmen zur Stärkung von demokratischer Kultur und zivilgesellschaftlichem Engagement. Die Bandbreite der Aktivitäten zeigt, dass sowohl bewährte Formate weitergeführt als auch neue Ansätze erprobt wurden, womit unterschiedliche Zielgruppen erreicht werden konnten. Dabei reichte das Spektrum der umgesetzten Projekte von theaterpädagogischen Angeboten im öffentlichen Raum und partizipativen Kinder- und Jugendprojekten über Dialogveranstaltungen zur Verständigung unterschiedlicher Perspektiven bis zu Beteiligungsformaten wie Stadtteil- und Jugendforen. Etablierte Elemente wie Demokratiekonferenzen, *die Woche der Demokratie* an Schulen oder Bürgerfonds wurden fortgeführt sowie Ausstellungen, interkulturelle und generationenübergreifende Begegnungsangebote, Empowerment-Formate und Vernetzungsangebote für Fachkräfte und Ehrenamtliche

TABELLE 3

Wahrnehmung der eigenen Handlungsfähigkeit

	2021	2022	2023	2024	2025
Partnerschaften für Demokratie	3,579	3,667	3,952	3,667	3,88
Innovationsprojekte	4,375	3,857	4,125	4,000	3,923

Mittelwert, Skala 1-sehr schlecht bis 5-sehr gut

realisiert. Auch die geplanten Aktivitäten für das kommende Jahr decken eine weite Bandbreite an Themenbereichen ab. Vorgesehen sind Formate mit historischem Bezug, etwa zur Wendezeit, vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche – wie Schüler:innenHaushalte, bei denen Schüler:innen ihre Schule mit eigenem Budget in einem demokratischen Prozess gestalten, oder Jugendparlamente – kreative Zugänge wie Escape Rooms, Forumtheater oder Podcasts sowie Workshops und Fachtage zu Vielfalt, Geschlechtergerechtigkeit und politischer Bildung. Darüber hinaus sollen Erinnerungsprojekte, Öffentlichkeits- und Dialogformate zu Wahlen sowie digitale Formate und neue Vernetzungsangebote fortgeführt und ausgebaut werden.

Positiv hervorzuheben ist, dass die Befragten ihre eigene Handlungsfähigkeit auch 2025 weiterhin als gut einschätzen. Auf einer Skala von 1 (sehr schlecht) bis 5 (sehr gut) liegt der Durchschnitt bei den Partnerschaften für Demokratie bei 3,88 und bei den Innovationsprojekten bei 3,92. Damit zeigt sich über die letzten Jahre hinweg ein insgesamt konstantes Niveau. Tabelle 1 zeigt die Entwicklung der Selbsteinschätzung der eigenen Handlungsfähigkeit von 2021 bis 2025.

Die Wirkmöglichkeiten der PfD und Innovationsprojekte sind maßgeblich durch ihre Bekanntheit und Inanspruchnahme der Angebote in der Bevölkerung bestimmt. Während 92% der PfD-Projekte angeben, dass ihre Angebote bei einem Teil der Bevölkerung Interesse finden, liegt dieser Anteil bei den Innovationsprojekten bei 61%. Von breitem Interesse berichten eine PfD sowie 31% der Innovationsprojekte. Nur wenige Projekte sind aktuell einem breiten Publikum nicht bekannt (PfD 4%, Innovationsprojekte 8%). Insgesamt bleibt damit die Handlungs- und Wirkungserfahrung der Projekte im Vergleich zu den vergangenen Jahren hoch.

Die Faktoren, die die Handlungsfähigkeit subjektiv einschränken, verteilen sich 2025 etwas anders als im Vorjahr und unterscheiden sich

TABELLE 4

Faktoren, die die Handlungsfähigkeit subjektiv einschränken

	Innovationsprojekte n = 13	PfD n = 25
Finanzierung	38,5	40
Bürokratie kommunale Ebene	30,8	4
Bürokratie im Bundesprogramm	7,7	33,3
Fehlende regionale Vernetzung	7,7	8,3
Fehlende überregionale Unterstützung	7,7	4
Fehlende Weiterbildung	7,7	28
Fehlende kommunale Unterstützung	7,7	32
Desinteresse der Bevölkerung	30,8	24
Sonstige	41,5	52
Keine Einschränkungen	7,7	20

Angaben in Prozent

zwischen PfD und Innovationsprojekten (Tab. 4). Zwar bleibt die Bürokratie ein wesentlicher hemmender Faktor, betrifft die Programme jedoch unterschiedlich. PfD berichten vor allem von Belastungen im Bundesprogramm, Innovationsprojekte dagegen stärker von bürokratischen Hürden auf kommunaler Ebene. Gleichzeitig sind die Werte bei den PfD im Vergleich zu 2024 deutlich zurückgegangen – sowohl was die Bürokratie auf kommunaler Ebene (2024: 19,1%; 2025: 4%) als auch im Bundesprogramm (2024: 76,2%; 2025: 33,3%) betrifft. Bei den Innovationsprojekten zeigt sich dafür ein deutlicher Zuwachs auf kommunaler Ebene (2024: 0%; 2025: 30,8%) und eine Abnahme beim Bundesprogramm (2024: 40,4%; 2025: 7,7%). Als Belastungen werden dabei Unklarheiten im Umgang mit fehlenden Verwendungsnachweisen und verzögerten Bewilligungen, die zu finanziellen Engpässen führten, beschrieben. Auch die Finanzierung bleibt ein zentraler Faktor. Während dieser Wert bei den PfD sinkt (2024: 52,4%; 2025: 40%), steigt er bei den Innovationsprojekten deutlich (2024: 22,2%; 2025: 38,5%). Befristete Projektfinanzierungen und Verträge, Verzögerungen in der Fördermittelfreigabe und unsichere Planungsbedingungen erschweren dabei eine stabile und langfristige Personal- und Projektentwicklung. Hinzu kommt, dass 2025 erstmals 28% der PfD fehlende Weiterbildungsmöglichkeiten als einschränkenden Faktor für die eigene

Handlungsfähigkeit nannten, während dies 2024 noch für keine PfD ein Hindernis darstellte.

Die Frage nach Desinteresse in der Bevölkerung ergibt ein gemischtes Bild: Bei den PfD nimmt es leicht ab (2024: 28,6%; 2025: 24%), bei den Innovationsprojekten steigt es hingegen (2024: 22,2%; 2025: 30,8%). Dabei wird nicht nur von Desinteresse, sondern auch von Herausforderungen bezüglich der Akzeptanz der demokratiefördernden Arbeit in der Zivilgesellschaft berichtet, was auf eine veränderte öffentliche Stimmungslage hinweist. Diese spiegelt sich in der wahrgenommenen kommunalen Unterstützung wider. Vor allem PfD nennen fehlende kommunale Unterstützung als einschränkenden Faktor (2024: 19,1%; 2025: 32%) – die Innovationsprojekte nannten dies zuletzt deutlich seltener (2024: 22,2%; 2025: 7,7%), was darauf hindeutet, dass sie inzwischen entweder weniger darauf angewiesen sind oder entsprechende Kommunikationskanäle etabliert wurden. In mehreren Kommunen haben die neuen Mehrheitsverhältnisse nach den Kommunalwahlen, die insbesondere extrem rechte Kräfte stärkten, direkte negative Auswirkungen auf die Arbeit der PfD. Darunter fällt vor allem das bereits beschriebene Blockieren von Mittelfreigaben, wodurch die lokale Arbeit erschwert wird, sowie gezielte Stimmungsmache gegen das Bundesprogramm *Demokratie leben!*. Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass die Einschränkungen der Handlungsfähigkeit 2025 weniger durch verwaltungsbezogene Faktoren, sondern zunehmend durch politische Machtverschiebungen geprägt sind.

Diese politisch veränderten Rahmenbedingungen werden auch anhand der Einschätzungen der PfD zu den Veränderungen infolge der Kommunalwahlen 2024 deutlich (Innovationsprojekte wurden aufgrund ihrer meist überregionalen Ausrichtung dazu nicht befragt). Fast die Hälfte der PfD berichtet, dass die Ergebnisse der Kommunalwahlen ihre Arbeit erschwert haben. 48% beschrieben gemischte Veränderungen, von denen nur wenige leichte Verbesserungen sehen. Von einer starken Verbesserung wurde nicht berichtet (Tab. 5).

Die unterschiedliche Wahrnehmung lässt sich auf verschiedene Konsequenzen der Kommunalwahlen zurückführen. Für einige PfD haben die Wahlergebnisse zu einem stärker polarisierten politischen Klima geführt, das durch die stärkere Präsenz der AfD in den kommunalen Parlamenten befeuert wird. Sie berichten von erschwerten Rahmenbedingungen, wobei sie sich vor allem mit Versuchen der Delegiti-

TABELLE 5

Wahrnehmung von Veränderungen nach der Kommunalwahl 2024

Wie hat sich Ihrer Einschätzung nach die Arbeit der PfD nach den Kommunalwahlen verändert?

Stark erschwert	20 %	
Etwas erschwert	24 %	
Teils/teils	48 %	
Etwas verbessert	8 %	
Stark verbessert	0 %	

Einfachauswahl (N = 25)

mierung und erhöhtem Rechtfertigungsdruck konfrontiert sehen. Dies äußert sich in vermehrten Anfragen der Stadt- und Kreisträte bezüglich geförderter Träger und Projekte, in der Diskreditierung von Förderstrukturen sowie in Forderungen nach Mittelkürzungen – meist ausgehend von der AfD, aber auch mit Unterstützung demokratischer Parteien wie der CDU. Einzelne Projekte sehen sich zunehmend dem Verdacht ausgesetzt, parteipolitisch zu agieren, was sie in eine defensive Haltung drängt und so ihre eigentliche Arbeit beeinträchtigt.

Andere PfD berichten wiederum, dass sich die Arbeit durch die Kommunalwahlen nur wenig verändert hat, etwa weil lokale Akteure weiterhin unterstützend oder zumindest nicht hindernd wirken oder die neuen Mehrheiten bisher nur begrenzt Einfluss auf die praktischen Projektumsetzungen haben. Schließlich wird von einzelnen PfD sogar von Verbesserungen gesprochen, die vor allem auf ein stärkeres Interesse der Bevölkerung und resilientere Aufstellung der Zivilgesellschaft zurückzuführen seien.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass sich die Arbeitsbedingungen der PfD nach den Kommunalwahlen regional unterschiedlich entwickelt haben. Während einige PfD deutlich stärker mit politischen Spannungen und erschwerten Rahmenbedingungen zu kämpfen haben, berichten andere von weitgehend stabilen Verhältnissen. Entscheidend scheinen dabei vor allem die lokalen politischen Mehrheitsverhältnisse zu sein und der Einfluss, den diese auf die Handlungsspielräume der PfD ausüben.

TABELLE 6

Extrem rechte Akteure

Akteur / Anteil	2021 N = 19	2022 N = 24	2023 N = 21	2024 N = 21	2025 N = 25
AfD ¹	/	/	/	90,5	100
Dritter Weg	47,4	41,7	33,3	52,4	48
Freie Sachsen	63,2	95,8	90,5	90,5	84
NPD/Die Heimat	47,4	50	38,1	28,6	40
Andere Partei	26,3	12,5	4,8	19,1	20
Identitäre Bewegung	36,8	37,5	33,3	28,6	32
Extrem rechte Bürgerinitiativen	5,3	16,7	9,5	19,1	16
Extrem rechte Hooligans	26,3	20,8	19	38,1	28
Extrem rechter Kampfsport	21,1	25	23,8	38,1	20
Reichsbürgerszene	47,4	75	66,7	76,2	64
Völkische Siedler und Siedlerinnen	21,1	29,2	9,5	19,1	24
Freie Kräfte/Kameradschaft	/	/	9,1	23,8	12
Extrem rechte Jugendgruppen	/	/	/	/	52
Sonstige (z. B. Pegida)	26,3	0	14,3	33,3	40
Keine	10,5	0	0	0	0

Mehrfachnennungen möglich, Angaben in Prozent

Die lokalen Herausforderungen haben sich auch mit Blick auf extrem rechte Akteure in den Regionen der PfD verfestigt (Tab. 6). Die AfD wird 2025 von sämtlichen befragten PfD als aktiver Akteur vor Ort genannt und bestätigt damit ihren mittlerweile flächendeckenden (kommunalpolitischen) Einfluss. Weiterhin sehr präsent bleiben die *Freien Sachsen* (84 %) sowie die Reichsbürgerszene (64 %), deren Werte jedoch im Vergleich zum Vorjahr jeweils etwas gesunken sind. Gleichzeitig zeigt sich eine Zunahme bei mehreren Akteursgruppen: Die NPD/*Die Heimat* (40 %) und die *Identitäre Bewegung* (32 %) werden häufiger genannt als 2024. Besonders auffällig sind die extrem rechten Jugendgruppen, die 2025 erstmals erfasst wurden und laut mehr als der Hälfte der PfD (52 %) vor Ort präsent sind. Hier werden Gruppen wie die *Nationalrevolutionäre Jugend*, *Elblandrevolte*, *Urbs Turrium* oder *Freigeister Eilenburg* genannt. Im Vergleich zum Vorjahr zeigt sich bei anderen

Akteuren ein leichter Rückgang, etwa beim *Dritten Weg* (2024: 52,4 %; 2025: 48 %) oder extrem rechten Hooligans (2024: 38,1 %; 2025: 28 %), ebenso bei Kampfsportstrukturen (2024: 38,1 %; 2025: 20 %).

Wie auch im vergangenen Jahr schätzt mehr als die Hälfte der Befragten die Zusammenarbeit zwischen extrem rechten Akteur:innen in der Region als teilweise bis stark vernetzt ein (teilweise Kooperation/Vernetzung: 36 %; starke Vernetzung: 16 %). Elf der 25 befragten Projekte geben zudem an, dass vor Ort extrem rechte Veranstaltungen stattfinden (regelmäßig: 16 %; unregelmäßig: 28 %). Die Angaben verdeutlichen, dass sich die extrem rechte Szene weiterhin breit aufstellt und in vielen Regionen auf mehreren Ebenen sichtbar bleibt.

Mit Blick auf die Akzeptanz extrem rechter Akteur:innen ist besonders besorgniserregend, dass lediglich zwei PfD angeben, dass die Bevölkerung vor Ort für die Gefahr, die von derlei Akteur:innen ausgeht, sensibilisiert und entsprechend engagiert ist. Die Mehrheit der PfD nimmt in der Bevölkerung zwar eine Sensibilität für die Themen wahr, gleichzeitig bestehe aber eine Angst vor Konflikten, die Engagement blockiert. Etwa ein Drittel der PfD nimmt kaum Sensibilität wahr und beobachtet gar eine gewisse Akzeptanz extrem rechter Positionen.

Zugleich schätzen die befragten PfD die Bedrohung der Zivilgesellschaft durch extrem rechte Akteur:innen überwiegend als mittel bis hoch ein: 28 % sehen eine akute, direkte Bedrohung und 52 % eine allgemeine, indirekte Bedrohung. Nur 20 % nehmen eine geringe Bedrohung wahr. Mehr als die Hälfte berichtet zudem, dass sich die Bedrohungslage in den vergangenen zwei Jahren verschärft hat, drei Projekte sehen sogar eine deutliche Verschlimmerung, sieben berichten von keiner Veränderung, und nur zwei PfD nehmen eine leichte Abnahme wahr.

Die Einschätzungen zur Bedrohungslage spiegeln sich auch in den beobachteten Aktivitäten extrem rechter Akteur:innen wider. Wie Tabelle 7 zeigt, bleiben körperliche Übergriffe auf einem hohen Niveau: Fast zwei Drittel der PfD berichten 2025 von unregelmäßigen bis regelmäßigen gewalttätigen Angriffen in ihrer Region, ein ähnliches, leicht gesunkenes Niveau im Vergleich zum Vorjahr. Positiv zu vermerken ist der Rückgang anonymer Bedrohungen: Während 2024 noch über 40 % von häufigen bis unregelmäßigen Drohschreiben berichteten, sind es 2025 mit 24 % deutlich weniger. Die Wahrnehmung von Sachbeschädigungen bleibt vergleichbar zum Vorjahr: 2025 berichten ähnlich wie 2024 drei Viertel der PfD von Vandalismus gegen Einrichtungen der

1) Die AfD wird erst seit 2024 als extrem rechter Akteur erhoben. Das sächsische Landesamt für Verfassungsschutz hatte Ende 2023 den sächsischen Landesverband der AfD als gesichert rechtsextrem eingestuft.

Zivilgesellschaft, wobei Vorkommnisse nicht mehr sehr häufig gemeldet werden. Extrem rechte Propaganda bleibt weiterhin die verbreitetste Form der Bedrohung und damit zentrales Mittel der Raumnahme: 96 % der PfD berichten von rechter Propaganda in ihrem Umfeld – auch wenn die Häufigkeit gegenüber 2024 zurückgegangen ist. Insgesamt zeigt sich, dass die extreme Rechte weiterhin vielfältige Formen der Einschüchterung und Präsenz nutzt und die Bedrohungslage für zivilgesellschaftliche Akteur:innen vielerorts weiter angespannt bleibt.

Die PfD wurden gefragt, anhand welcher Themen die extrem rechten Akteur:innen vor Ort zu mobilisieren versuchen. Wie bereits im Vorjahr steht auch 2025 das Thema „Asyl und Migration“ erneut im Zentrum; es wird von 22 der 25 befragten PfD genannt. Dahinter folgen die Themenbereiche Geschlechter-Politik, Ukraine-Politik sowie klimapolitische Diskurse, die jeweils von fast zwei Dritteln der befragten PfD als relevante Schwerpunkte identifiziert werden. Ebenfalls von mehr als der Hälfte werden die Themen Islam sowie Jugend genannt, was auf die gezielte Ansprache und Einflussnahme extrem rechter Akteur:innen auf junge Menschen hinweist. Dagegen scheint das Thema Energiepolitik, das 2024 noch sehr präsent war, in diesem Jahr weniger stark im Fokus rechter Mobilisierungsversuche zu stehen.

Darüber hinaus dokumentieren die PfD auch eine Reihe von Vorkommnissen mit Bezug zu spezifischen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit oder mit antidemokratischer Ausrichtung. 17 der 25 befragten PfD berichteten von LGBTIQ-feindlichen Übergriffen in ihrer Region, was in etwa dem hohen Niveau des Vorjahres entspricht (2024: 15 von 21 PfD). Wie schon im Jahr zuvor kommt es vor allem bei Veranstaltungen wie den Demonstrationen anlässlich des Christopher Street Days (CSD) zu Störungen und Einschüchterungsversuchen durch extrem rechte Gegendemos sowie zu verbalen Angriffen auf der Straße und in sozialen Medien (siehe dazu auch den Beitrag von Johanna Niendorf und Gideon Wetzels in diesem Band). Besonders im schulischen Kontext erfahren junge Menschen, die sich als queer identifizieren oder für Gleichstellung einsetzen, Abwertung, Diskriminierung und soziale Ausgrenzung. Zusätzlich meldeten acht PfD antifeministische, fünf antiziganistische und vier antimuslimische Vorfälle in ihrer Region. Jeweils zwei Vorkommnisse entfielen auf gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit aus dem christlich-fundamentalistischen Spektrum sowie auf linke militante Aktionen.

TABELLE 7

Formen extrem rechter Bedrohung

Aktivität		Ja, unregelmäßig (weniger als monatlich)						Ja, regelmäßig (monatlich)		Ja, häufig (alle paar Wochen)		Ja, sehr häufig (wöchentlich, häufiger)		Nein		Weiß nicht	
		Kommt es zu gewalttätigen Übergriffen auf Personen?															
2025	(N=25)	36	24	4	0	16	20										
2024	(N=21)	33,3	23,8	9,5	4,8	9,5	19,1										
2023	(N=21)	33,3	4,8	0,0	4,8	19,0	38,1										
2022	(N=24)	33,3	4,2	8,3	0,0	20,8	33,3										

Kommt es zu anonymen Drohschreiben in Form von E-Mails und Nachrichten oder Personen/Telefonanrufen gegen Einrichtungen aus der Zivilgesellschaft?

2025	(N=25)	12	8	4	0	20	56
2024	(N=21)	23,8	14,3	4,8	0,0	9,5	47,6
2023	(N=21)	38,1	4,8	4,8	0,0	4,8	47,6
2022	(N=24)	37,5	8,3	4,2	0,0	12,5	37,5

Kommt es zu Sachbeschädigungen/Vandalismus an Büros, Gebäuden, Räumen etc. der Zivilgesellschaft?

2025	(N=25)	40	20	16	0	12	12
2024	(N=21)	33,3	9,5	19,1	9,5	0,0	28,6
2023	(N=21)	47,6	9,5	9,5	0,0	4,8	33,3
2022	(N=24)	45,8	4,2	8,3	8,3	12,5	20,8

Spielt rechte Propaganda in Form von Plakaten, Graffiti, Aufklebern, Flyern o. Ä. in Ihrer Stadt/Region eine Rolle?

2025	(N=25)	28	24	12	32	4	0
2024	(N=21)	19,1	14,3	9,5	57,1	0,0	0,0
2023	(N=21)	33,3	9,5	28,6	23,8	4,8	0,0
2022	(N=24)	33,3	8,3	33,3	12,5	8,3	4,2

Angaben in Prozent

Auch in diesem Jahr richtete der Fragebogen ein besonderes Augenmerk auf antisemitische Vorfälle. Diese nahmen im Vergleich zum Vorjahr leicht zu: Sechs der befragten PfD berichten von unregelmäßigen Sachbeschädigungen aus antisemitischer Motivation (2024 waren es vier) und fünf befragte PfD geben an, dass es in ihren Regionen zu körperlichen und verbalen Übergriffen kam (2024 waren es drei). Antisemitische Propaganda vor Ort – in Form von Graffiti, Aufklebern oder Stickern – wird 2025 von ähnlich vielen Befragten wahrgenommen wie im Vorjahr (2024: 43 %; 2025: 44 %). Darüber hinaus wird von antisemitischen Vorfällen in Schulen und auf Social Media in Form von Hass-Postings berichtet sowie von einer Bücherverbrennung an einem Denkmal für die Opfer des Nationalsozialismus und der Beschädigung von Stolpersteinen. Wie im vergangenen Jahr werden die Verursacher antisemitischer Angriffe zu einem Viertel im extrem rechten Spektrum verortet, in drei Fällen im linken Milieu. Jeweils zwei Fälle werden einem islamistischen Hintergrund oder dem Kontext des Nahostkonflikts, beispielsweise pro-palästinensische Demonstrationen, zugeschrieben. Wie bereits im Vorjahr zeigt sich jedoch auch, dass bei vielen Fällen keine eindeutige Zuordnung möglich ist.

Während extrem rechte Akteure in Sachsen weiterhin sehr präsent und als Bedrohung wahrgenommen werden, trifft dies laut den Angaben der PfD für islamistische Gruppen nicht zu. Keine der befragten PfD schätzt die islamistische Szene vor Ort als relevant ein oder nennt öffentliche Aktionen islamistischer Akteure im letzten Jahr. Lediglich in einer Region wird eine Präsenz islamistischer Akteure berichtet, bei allen anderen PfD wird keine Aktivität festgestellt oder das Wissen darüber fehlt. Insgesamt deutet dies darauf hin, dass islamistische Akteure vor Ort derzeit kaum bis gar nicht wirksam sind.

FAZIT

Die Ergebnisse der Befragung lassen klar erkennen, dass sich die Innovationsprojekte und die PfD zunehmend mit einer polarisierten und radikalisierten gesellschaftlichen Stimmung konfrontiert sehen, die sich auch in den kommunalen Parlamenten widerspiegelt. Die größte Bedrohung für die lokale Demokratiearbeit in Sachsen geht dabei weiterhin von extrem rechten Akteur:innen aus. Parallel dazu verfestigt sich die Akzeptanz extrem rechter Positionen in Teilen der Bevölkerung

oder nimmt weiter zu, was die Arbeit der Projekte zusätzlich erschwert. In vielen Regionen treten extrem rechte Gruppierungen öffentlich sichtbar auf und beeinflussen das lokale Klima in der Zivilgesellschaft. Besonders hervorzuheben ist in diesem Jahr die verstärkte Präsenz extrem rechter Jugendgruppen. Viele Projekte berichten zudem von Anfeindungen und Bedrohungen, die nicht nur die zivilgesellschaftlich Engagierten belasten, sondern auch zu einem erhöhten Rechtfertigungsdruck der Arbeit führen.

Diese Entwicklungen treffen auf eine strukturell fragile Lage der lokalen Demokratiearbeit. Mehrere PfD berichten von Unsicherheiten durch unklare Förderbedingungen, Finanzierungsengpässe und einen hohen bürokratischen Aufwand. Verschärfend kommt hinzu, dass sich im Zuge der Kommunalwahlen die politischen Verhältnisse in einigen Kommunalparlamenten verändert haben. Dort können AfD-Fraktionen, teils mit Unterstützung von Abgeordneten demokratischer Parteien, Mehrheiten bilden und somit Einfluss auf Förderentscheidungen nehmen. Die Folgen zeigen sich in Einschränkungen der Handlungsspielräume der PfD bis hin zur Blockade notwendiger kommunaler Eigenmittel. Dies verschärft nicht nur die ohnehin unsichere Finanzierungslage der lokalen Demokratiearbeit, sondern führt wie im Fall der PfD im Landkreis Bautzen zum vollständigen Wegfall zentraler demokratiefördernder Strukturen. Gleichzeitig zeigen vermehrte kritische Anfragen aus Stadt- und Kreistagen, dass die kommunale Rückendeckung für demokratiefördernde Arbeit zunehmend bröckelt oder nicht mehr vorhanden ist.

Damit sich Träger, Vereine und Projekte weiterhin für demokratische Resilienz und wirksames Engagement einsetzen können, bedarf es einer stabilen und langfristig gesicherten Förderpraxis. Hier steht vor allem die Planungssicherheit und strukturelle Kontinuität der Projekte, aber auch ein klares politisches Bekenntnis von Bund, Land und Kommunen zur Bedeutung demokratischer Bildungs- und Beteiligungsarbeit im Vordergrund. Die fortschreitende Verfestigung extrem rechter Raumnahme, das Aufkommen immer wieder neuer Gruppierungen sowie ihr wachsender Einfluss auf kommunalpolitische Ressourcenentscheidungen in Sachsen verdeutlichen, wie wichtig eine langfristige und verlässliche Förderung demokratischer Arbeit in den kommenden Jahren sein wird.

LITERATUR

- Becker, Carlos/Kremeti, Eleni/Saßmannshausen, Jan/Schwall, Talisa (2024). Aktivierung für Demokratie in strukturschwachen Räumen – Raumtypologie, Praxis und Gelingensbedingungen der Engagementförderung. Frankfurt a.M.: Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (ISS).
- Berndt, David (2025). Mehrheit im Kreistag Bautzen beendet Demokratie-Programm im Landkreis. *Sächsische Zeitung*, 01.04.2025. URL: <https://www.saechsische.de/lokales/bautzen-lk/mehrheit-im-kreistag-bautzen-beendet-demokratie-programm-im-landkreis-4JLVPZX3NREM-TIGX2OB4PKQ3DA.html> (12.11.2025).
- Böger, Frauke/Kubeth, Levin/Maxwill, Peter (2025). Bedrohte Zivilgesellschaft in Ostdeutschland. Rechts gegen Omas. *Spiegel*, 13.07.2025. URL: <https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/afd-setzt-zivilgesellschaft-in-ostdeutschland-unter-druck-wie-die-cdu-ihr-dabei-hilft-a-3306ebco-57d1-418e-a297-26ddf4ea6afc> (12.11.2025).
- Bose, Sophie/Kiess, Johannes/Feuerer, Amelie (2024). Situationswahrnehmungen der Partnerschaften für Demokratie und Modellprojekte in Sachsen 2023. In Oliver Decker/Fiona Kalkstein/Johannes Kiess/Piotr Kocyba (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2023* (S. 43–63). Leipzig: edition überland.
- Brenn, Markus/Obermeyer, Paul/Sthamer, Evelyn/Winter, Sebastian (2023). „Jeder hat so sein eigenes Problem, aber alle das gleiche Feindbild“. Eine Analyse von autoritär-rebellischen Protestbewegungen in Baden-Württemberg und Thüringen als Politisierungsräume von Demokratiefeindlichkeit. Frankfurt a.M.: Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (ISS).
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Aylene/Brähler, Elmar (Hrsg.) (2024). *Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Die Leipziger Autoritarismus Studie 2024*. Gießen: Psychosozial.
- Deutscher Bundestag (2025a). Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU. Politische Neutralität staatlich geförderter Organisationen. Deutscher Bundestag. URL: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/150/2015035.pdf> (12.09.2025).
- Deutscher Bundestag (2025b). Kleine Anfrage des Abgeordneten Stephan Brandner und der Fraktion der AfD. Das Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“, Stand 30. Juni 2025. Deutscher Bundestag. URL: <https://dserver.bundestag.de/btd/21/010/2101049.pdf> (12.09.2025).
- Emundts, Corinna (2025). Demokratieförderprogramm des Bundes: Was fehlende Verlässlichkeit bedeutet. *Tagesschau*, 26.01.2025. URL: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/demokratieforderung-bund-ngo-100.html> (12.09.2025).
- Feuerer, Amelie/Kiess, Johannes (2025). Die sächsischen Partnerschaften für Demokratie und Modellprojekte als Seismographen gesellschaftlicher Stimmungslagen 2024. In Oliver Decker/Fiona Kalkstein/Johannes Kiess/Piotr Kocyba (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2024* (S. 23–37). Leipzig: edition überland.
- Greuel, Frank/Karliczek, Kari-Maria/Kleist, J. Olaf/Winter, Sebastian (Hrsg.) (2024). Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und Extremismusprävention. Abschlussbericht des Evaluationsverbundes des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ 2020–2024. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- Gutmiedl, Christina/Kiess, Johannes (2025). Protestberichterstattung an den Grenzen der Demokratie. *Medien- und Kommunikationswissenschaften*, 73(4).
- Kiess, Johannes/Bose, Sophie/Feuerer, Amelie (2023). Situationswahrnehmungen der Partnerschaften für Demokratie und Modellprojekte in Sachsen 2023. In Oliver Decker/Fiona Kalkstein/Johannes Kiess (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2022* (S. 41–57). Leipzig: edition überland.
- Kiess, Johannes/Dietze, Nikolas/Bose, Sophie (2022). Situationswahrnehmungen der Partnerschaften für Demokratie und Modellprojekte in Sachsen 2021. *EFBI Policy Paper 2022-2*. Leipzig: Universität Leipzig.
- Kiess, Johannes/Nattke, Michael (2025). Widerstand in Dauerschleife. Die Freien Sachsen zwischen Wahlkampffinanzierung und Wahlbetrug. In Oliver Decker/Fiona Kalkstein/Johannes Kiess/Piotr Kocyba (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2024* (S. 167–182). Leipzig: edition überland.
- Küpper, Beate/Leber, Tina/Bohn, Irina (2024). Demokratierelevante Bedrohungen durch Rechtsaußen. *Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit. Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis*, 9(1), 11–28.
- Landkreis Bautzen (2025). 5. Sitzung des Kreistages Bautzen. Bürgerinfo – Landkreis Bautzen. URL: <https://webservice.landkreis-bautzen.de/bi/voo21.asp?topSelected=26789> (12.11.2025).
- Lasch, Hendrik (2025). Hafenstube im SKZ Telux: Wie die AfD die Soziokultur bekämpft. *nd*, 02.06.2025. URL: <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1191525.sachsen-hafenstube-im-skz-telux-wie-die-afd-die-soziokultur-bekaempft.html> (12.11.2025).
- MDR (2025a). Annahme von Spenden verweigert. Entscheidung des Wurzen Stadtrats gegen das Demokratie-Netzwerk sorgt für Kritik. *MDR*, 11.09.2025. URL: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/leipzig/grimma-oschatz-wurzen/ndk-wurzen-stadtrat-kritik-foerdermittel-verweigert-kultur-news-100.html> (12.11.2025).
- MDR (2025b). Demokratieförderung unter Druck. *MDR*, 10.09.2025. URL: <https://www.mdr.de/video/mdr-videos/c/video-954236.html> (12.11.2025).
- Mudde, Cas (2019). *The far right today*. Cambridge: Polity Press.



Prekäre Bedingungen, wachsende Herausforderungen

Befunde und Empfehlungen des Leipziger Netzwerks für Demokratie zur Demokratiearbeit in Sachsen

In Leipzig arbeiten zahlreiche Vereine, Projekte und Initiativen kontinuierlich daran, demokratische Kultur im Alltag zu stärken. Sie führen Workshops durch, begleiten Beteiligungsprozesse, beraten Betroffene und stärken Akteure und Strukturen vor Ort. Diese Arbeit leistet einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und sie gewinnt an Bedeutung – besonders in Zeiten, in denen polarisierende, antidemokratische und rechtsextreme Positionen an Einfluss gewinnen. Auch von politischer Seite wird dies immer wieder betont. Weniger sichtbar ist dagegen, unter welchen Bedingungen diese Akteure arbeiten: Welche Ressourcen stehen ihnen zur Verfügung, wo stoßen sie an Grenzen, und welche Unterstützung erwarten sie von Politik und Verwaltung?

Das *Leipziger Netzwerk für Demokratie (LND)* ist eines von 13 regionalen Demokratienetzwerken, die im Programm „Weltoffenes Sachsen“ mit dem Ziel gefördert werden, demokratische Kultur zu stärken, demokratische Akteure zu vernetzen sowie fachliche Expertise zu bündeln und weiterzugeben. In dieser Rolle versteht sich das Netzwerk als Anlaufstelle und Knotenpunkt für alle, die sich in Leipzig für eine starke demokratische Kultur einsetzen. Es unterstützt Vereine und Initiativen, fördert den Austausch untereinander und bringt die Anliegen der Zivilgesellschaft in politische Prozesse ein.

Aus dieser Perspektive heraus entstand die Idee einer systematischen Bedarfsanalyse: Viele Organisationen arbeiten mit großem Engagement an demokratischer Bildung, Beteiligung und Prävention – oft aber mit knappen Mitteln und wachsender Belastung. Ihre Erfahrungen und Herausforderungen sollten nicht länger nur punktuell sichtbar, sondern in einer gemeinsamen Bestandsaufnahme gebündelt werden. Ziel der

Untersuchung, die im Zeitraum von Herbst 2024 bis Frühjahr 2025 durchgeführt wurde, war es, den Akteuren eine Stimme zu geben, ihre Bedarfe und Herausforderungen systematisch zu erfassen, strukturelle Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten und daraus konkrete Handlungsempfehlungen für die Kommunal- und Landespolitik sowie die Verwaltung abzuleiten.

Der vorliegende Bericht fasst zentrale Ergebnisse dieser Bedarfsanalyse des LND zusammen. Er zeigt, unter welchen Bedingungen zivilgesellschaftliche Akteure in Leipzig Demokratiearbeit leisten, wo sie an Grenzen stoßen und welche Unterstützung seitens Politik und Verwaltung erforderlich ist, damit diese Arbeit langfristig wirksam bleiben kann.

- Das *Leipziger Netzwerk für Demokratie* in Trägerschaft des *Erich-Zeigner-Hause e. V.* ist ein zivilgesellschaftliches Projekt zur Förderung und Stärkung der Demokratie in Leipzig. Mit dem Projekt sollen in der Messestadt nachhaltige und langfristig wirksame Strukturen der Demokratiearbeit etabliert und unterstützt werden.
- Das Projekt richtet sich an bereits vorhandene Akteure der Demokratiearbeit sowie an interessierte Leipziger:innen aus dem gesamten Stadtgebiet, die sich für ein demokratisches Zusammenleben und gegen Ungleichwertigkeitsideologien einsetzen sowie menschenfeindlichen und antidemokratischen Positionen entgegenzutreten wollen.
- Die Arbeit des LND gliedert sich in drei zentrale Säulen: Unterstützen, Vernetzen und Wirken. Als Kontakt- und Netzwerkstelle beraten und vernetzen wir Vereine, Organisationen, Institutionen, lose Bündnisse, Initiativen, Schulen und engagierte Leipziger:innen in verschiedenen Bereichen und Fragen der Demokratiearbeit. Wir fungieren als Transferstelle zwischen verschiedenen Gremien der Stadt und der Zivilgesellschaft. Mittlerweile umfasst das Netzwerk mehr als 50 zivilgesellschaftliche Organisationen, die in Leipzig tätig sind.

DEMOKRATIEARBEIT IN SACHSEN

KONTEXT UND KONFLIKTLINIEN

Um die Situation der Demokratiearbeit in Leipzig einordnen zu können, lohnt sich zunächst ein Blick auf die Entwicklungen im Freistaat Sachsen insgesamt. Denn die Rahmenbedingungen, unter denen zivilgesellschaftliche Akteure in Leipzig arbeiten, werden maßgeblich durch landesweite politische und gesellschaftliche Dynamiken geprägt – zumal viele Leipziger Organisationen ihre Angebote nicht nur in der Stadt, sondern in ganz Sachsen umsetzen.

Rechtsextremismus ist kein neues Phänomen, sondern prägt den Freistaat seit Jahrzehnten. Die pogromartigen Ausschreitungen in Hoyerswerda 1991 und der Wahlerfolg der NPD bei der Landtagswahl 2004 verdeutlichten bereits früh das Mobilisierungspotenzial rechtsextremer Akteure in Sachsen (Laux / Lindenauer, 2024, 5). Auch in den 2010er Jahren – etwa mit den Pegida-Protesten in Dresden – wurde die Anschlussfähigkeit rechtspopulistischer Bewegungen sichtbar. Aktuelle Entwicklungen verdeutlichen, dass sich diese Tendenzen nicht abgeschwächt, sondern im Gegenteil weiter verfestigt haben. So liegt die Zahl rechtsextremer Gewalttaten in Sachsen deutlich über dem Bundesdurchschnitt (ebd., 17). Die Beratungsstelle *SUPPORT* des *RAA Sachsen e. V.* zählt für 2024 insgesamt 328 rechtsmotivierte Angriffe – und damit einen Anstieg um 32 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Rassismus bleibt dabei das häufigste Tatmotiv, doch nehmen Angriffe auf politische Gegnerinnen und Gegner sowie queerfeindliche Übergriffe deutlich zu (RAA Sachsen, 2025).

Besonders unter Jugendlichen ist aktuell ein erhöhtes Mobilisierungspotenzial zu beobachten, das zu einer Stärkung rechtsextremer Strukturen führt. Sichtbar wird dies an Gruppen wie den mittlerweile enttarnten *Sächsischen Separatisten* oder der *Elblandrevolte* sowie vermehrten Angriffen auf Demonstrationen im Rahmen des Christopher Street Days im ländlichen Raum und Übergriffen auf Wahlkampfheferinnen und -helfer im Kontext der Kommunal- und Landtagswahlen. Nicht zuletzt erfasste das Landesamt für Schule und Bildung Sachsen für 2024 insgesamt 155 rechtsextreme Vorfälle an Schulen (Sächsischer Landtag, 2024).

Zugleich hat sich in Sachsen über die Jahrzehnte eine vielfältige und widerständige Zivilgesellschaft etabliert, die diesen Tendenzen beständig entgegentritt – in der Bildungsarbeit, in Vereinen und Initiativen, durch Protest, Zivilcourage und alltägliches Engagement. Sie bildet das Rückgrat einer demokratischen Kultur, die trotz anhaltender Angriffe und Bedrohungen verteidigt und immer wieder neu ausgehandelt wird. Dieses demokratische Engagement wird jedoch wieder zunehmend zur Zielscheibe. So berichten demokratisch Engagierte im ländlichen Raum von Angriffen, Bedrohungen und Unterwanderung ihrer Vereine durch extrem rechte Akteure (Jugel/Hertel, 2024, 14).

Mit den Wahlerfolgen der AfD in Sachsen wächst zugleich auch der parlamentarische und politische Einfluss der Partei. Seit Jahren arbeitet sie daran, das staatliche Neutralitätsgebot in sein Gegenteil zu verkehren, indem sie es gegen die demokratische Zivilgesellschaft ins Feld führt, die sie als linksextrem und somit politisch nicht neutral diffamiert. Dadurch streut sie nicht nur Unsicherheit darüber, was überhaupt noch als „neutral“ gilt, vielmehr versucht die AfD auf dieser Grundlage auch, Fördermittel zu entziehen und so die Handlungsspielräume zivilgesellschaftlicher Organisationen massiv einzuschränken. Bereits 2019 warf die AfD dem *Treibhaus e. V.* in Döbeln einen Verstoß gegen das Neutralitätsgebot vor, um dem Verein die institutionelle Förderung zu entziehen. Das jüngste Beispiel ist das Vorgehen gegen das *Netzwerk für demokratische Kultur e. V.* aus Wurzen: Nach der Förderabsage im April 2024 durch den Wurzener Stadtrat sammelte das NDK 13.000 Euro Spenden, um den kommunalen Anteil für 150.000 Euro Landesmittel zu sichern. Im September 2025 lehnte der Stadtrat mit Stimmen der AfD und u. a. der CDU die Annahme der Spenden ab, wodurch die Landesförderung des Vereins gefährdet ist.

Hinzu kommt die aktuelle Haushaltslage in Sachsen: Durch die Verzögerung der Auszahlung wichtiger Fördermittel und Kürzung ganzer Förderprogramme wird die ohnehin prekäre Lage zivilgesellschaftlicher Akteure weiterhin verschärft. Auch wichtige Projekte im ländlichen Raum konnten deshalb nicht weiter fortgeführt werden.

Das skizzierte Lagebild zeigt, wie dringend notwendig Demokratiearbeit in Sachsen ist. Gleichzeitig erschweren gesellschaftliche und politische Rahmenbedingungen die Arbeit vieler zivilgesellschaftlicher Akteure aktuell erheblich. Viele Herausforderungen, die sich heute in Leipzig abzeichnen, sind in anderen Regionen Sachsens bereits seit

längerer Zeit Realität. Als größtes urbanes Zentrum des Freistaats verfügt Leipzig zwar über eine vielfältige und gut vernetzte Zivilgesellschaft, doch auch sie ist von den landesweiten Spannungen betroffen. Wo demokratisches Engagement besonders sichtbar ist, mehrten sich auch die Versuche, es einzuschränken – politisch, diskursiv und finanziell. Während sich viele Studien in den letzten Jahren mit der Situation im ländlichen Raum beschäftigten, stellt sich die Frage, wie es um die demokratisch engagierte Zivilgesellschaft in den urbanen Zentren wie Leipzig steht.

ZIVILGESELLSCHAFTLICHE HERAUSFORDERUNGEN ERFASSEN

DIE BEDARFSANALYSE DES LEIPZIGER NETZWERKS FÜR DEMOKRATIE

Diese Frage war Ausgangspunkt der Bedarfsanalyse des *Leipziger Netzwerks für Demokratie*, die zwischen Herbst 2024 und Frühjahr 2025 durchgeführt wurde. Um die Lage und Bedarfe der in Leipzig ansässigen zivilgesellschaftlichen Akteure, die in der Demokratiearbeit tätig sind, zu erfassen, setzte das LND auf ein zweistufiges Vorgehen. In einem ersten Schritt wurden leitfadengestützte qualitative Interviews mit fünf ausgewählten Organisationen aus unterschiedlichen Bereichen der Leipziger Demokratiearbeit durchgeführt – von kleinen Initiativen bis hin zu etablierten Institutionen. Die Auswahl erfolgte gezielt, um verschiedene Perspektiven, Arbeitsfelder und Organisationsformen abzubilden. Diese erste Phase sollte sicherstellen, dass nicht nur die Erfahrungen des LND selbst den Fragebogen prägen, sondern von Beginn an auch die Perspektiven vieler unterschiedlicher Akteure einfließen.

Auf dieser Grundlage wurde ein Fragebogen mit standardisierten und offenen Fragen entwickelt und in einer quantitativen Online-Umfrage eingesetzt. Sie richtete sich an alle dem Netzwerk bekannten zivilgesellschaftlichen Akteure, die in Leipzig ansässig sind und mit ihrer Arbeit bewusst darauf abzielen, demokratische Werte, Strukturen und Prozesse in der Gesellschaft zu stärken; insbesondere in den Bereichen Bildung, Beratung, Partizipation und Inklusion. An der Umfrage beteiligten sich insgesamt 33 Leipziger Organisationen. Ein Großteil von ihnen ist seit über zehn Jahren in den vielfältigen Feldern der Demo-

kratiearbeit tätig. Sie unterscheiden sich jedoch wesentlich in ihrer Organisationsgröße und ihrer Struktur. Ihre Arbeit führen die beteiligten Akteure vor allem innerhalb Leipzigs und Sachsens aus.

Ziel der Bedarfsanalyse ist, die vielfältige Realität derjenigen abzubilden, die tagtäglich Demokratietarbeit leisten – in unterschiedlichen Bereichen, Regionen und Kontexten, aber trotzdem oft mit gemeinsamen Herausforderungen. Es soll aufgezeigt werden, wo Ressourcen fehlen, welche Themen als dringend wahrgenommen werden und welche Erwartungen die Akteure an Politik und Verwaltung haben. Damit soll erstmals für Leipzig eine gemeinsame empirische Grundlage geschaffen werden, die nicht nur den inneren Austausch der Demokratietarbeit in Leipzig stärkt, sondern auch eine belastbare Basis für politische Entscheidungen schafft.

Im Folgenden wird eine Auswahl der Ergebnisse der quantitativen Umfrage vorgestellt und mithilfe von Zitaten aus den vorangestellten qualitativen Interviews kontextualisiert.

HERAUSFORDERUNGEN, RESSOURCEN, HANDLUNGSSPIELRÄUME: AUSGEWÄHLTE ERGEBNISSE DER BEDARFSANALYSE

DER WUNSCH NACH PLANUNGSSICHERHEIT: FINANZIERUNG UND FÖRDERLOGIK

Angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Lage wächst auch der Bedarf an demokratiefördernden und unterstützenden Angeboten. Um diese Angebote umsetzen zu können, sind zivilgesellschaftliche Organisationen, die hauptamtlich im Bereich der Demokratietarbeit tätig sind, meist auf öffentliche Förderungen angewiesen, die nicht selten mit strukturellen Herausforderungen einhergehen. Das zeigen auch unsere Befunde.

Etwa neun von zehn Organisationen beziehen Fördermittel aus Bundes-, Landes- oder kommunalen Programmen, wobei Letztere etwas häufiger genannt werden. Darunter fallen Landesmittel, etwa aus den Förderprogrammen „Weltoffenes Sachsen“ oder den „Integrativen Maßnahmen“, sowie kommunale Förderungen wie die Kulturförderung des Kulturamts der Stadt Leipzig und Mittel aus den *Partnerschaften für Demokratie*, die auf kommunaler Ebene wirken, jedoch aus Bundesmitteln finanziert werden. Nur 36 Prozent verfügen über eine insti-

tutionelle Förderung, die Planungssicherheit verspricht. Der überwiegende Teil ist auf befristete Projektförderungen angewiesen – und damit direkt von politischen Entscheidungen abhängig. Wie fragil das sein kann, zeigte zuletzt die angespannte Haushaltslage in Sachsen.

Die befristeten Projektlaufzeiten von ein bis drei Jahren stellen somit eine große Herausforderung für die Befragten dar und führen zu Planungsunsicherheiten in Hinblick darauf, ob ein Projekt (weiter) bewilligt wird. Diese Sorge findet sich bei mehr als der Hälfte der befragten Projekte und hat direkte Auswirkungen auf das Personal:

Also wir haben schon prekäre Arbeitsbedingungen. Selbst wenn wir Dreijahresprojekte haben, muss man beim Weltoffenen Sachsen wieder Folgeanträge und auf Weiterqualifizierung warten. [...] Wir haben teilweise die Situation, dass es nicht fließend beim Jahreswechsel ineinander übergeht, dass Leute teilweise weiterarbeiten und sich schon beim Amt [arbeitssuchend] melden.

Diese prekären Arbeitsbedingungen in der Bildungsarbeit führen zu einem „Bildungsprekariat“, wie es eine interviewte Person nennt. Hinzu kommt die kurze Zeitspanne zwischen dem Erhalt des Fördermittelbescheids und dem Start des Projektes, die bei knapp 70 Prozent zu internen Problemen führt. Dies führt mitunter dazu, dass innerhalb von wenigen Wochen neues Personal gefunden werden muss. Teilweise orientieren sich auch Mitarbeitende beruflich neu, weil sie keine verlässliche Perspektive sehen. Größere Träger, die mehrere Projekte gleichzeitig umsetzen, können solche finanziellen Engpässe und personellen Herausforderungen meist vorübergehend abfangen. Kleinere Träger jedoch stoßen hier schnell an ihre Grenzen. Interviewte berichten von einer hohen Fluktuation bei den Mitarbeitenden aufgrund der strukturellen Bedingungen projektgebundener Arbeit. Die Sicherung bereits vorhandener Stellen ist demnach unter den Befragten ein großer Wunsch, um Kompetenzen und Expertise in den Organisationen zu sichern. Hier stimmt mehr als die Hälfte der Befragten zu:

Und daher ist es natürlich für uns wichtig, die Kolleginnen und Kollegen auch aufzubauen. Und wenn sie dann die Kompetenzen haben, teilweise natürlich auch mitgebracht

haben, dann [...] wäre es auch gut, sie zu halten und in dem Projekt, also weiterhin in der politischen Bildungsarbeit einzusetzen. Wenn aber jetzt die Förderung nach einem Jahr wieder vorbeigeht, dann gibt es eben auch diese befristeten Arbeitsverträge, [...] und das ist dann eine Unsicherheit für die Kolleginnen und Kollegen.

Diese strukturellen Herausforderungen führen insgesamt dazu, dass sich knapp 73 Prozent der Befragten eine dauerhafte, projektunabhängige Finanzierung wünschen, um somit Planungssicherheit gewährleisten zu können. Zu ähnlichen Befunden kommen auch andere Studien, die sich mit der Demokratieförderung in Sachsen auseinandersetzen: Es sind gerade die unsicheren Mittelflüsse, die kurzen Projektlaufzeiten und die damit verbundenen prekären Arbeitsbedingungen zum Beispiel durch Kurzverträge, die zentrale Herausforderungen für die Akteure darstellen (Lewerenz/Hertel, 2024; Jügel/Hertel, 2024).

Neben diesen Herausforderungen berichten über 80 Prozent der Organisationen von der Problematik, dass Förderlogiken häufig nicht den tatsächlichen Bedarfen entsprechen und Projekte daher oftmals an die Vorgaben der Ausschreibungen angepasst werden müssen. Auch der hohe Innovationsdruck bei der Antragsstellung stellt für rund 61 Prozent der Befragten eine Herausforderung dar – eine Verstetigung erfolgreicher Projekte ist somit für über 60 Prozent kaum möglich. Auch dies deckt sich mit den Ergebnissen anderer Studien (Lewerenz/Hertel, 2024). Darüber hinaus empfinden knapp 73 Prozent die Konkurrenz um die knappen Fördermittel als zusätzliche Belastung. Angesichts der gesellschaftlichen Entwicklungen in Sachsen ist der Bedarf an demokratiefördernden Angeboten hoch, gleichzeitig bleiben die Mittel begrenzt und werden teilweise weiter gekürzt:

Das ist aber generell, glaube ich, eine Problematik, dass das ein bisschen so eine Ellbogengeschichte ist, dass jeder denkt, Achtung, du nimmst meine Pfründe weg. [...] Was ich nicht glaube. Ich glaube, wir haben alle genug Arbeit. Also ich glaube, wir brauchen uns alle nicht streiten, weil wir unendlich nebeneinanderher arbeiten können und immer noch nicht alle Bedarfe abdecken würden.

Ist ein Projekt bewilligt, müssen bei Förderung durch den Freistaat – etwa im Programm „Weltoffenes Sachsen“ – zusätzlich Eigenmittel in Höhe von fünf Prozent eingebracht werden. Bei einer maximalen Förderhöhe von 120.000 Euro im Jahr sind das 6.000 Euro, die aufgebracht werden müssen. Dies wird gerade von kleineren Organisationen als zu hoch empfunden und kann häufig nicht gestemmt werden. Entsprechend erleben rund die Hälfte der Befragten fehlende Eigenmittel als eine starke Belastung. Die Einschätzungen zur finanziellen Lage fallen insgesamt eher pessimistisch aus: 45 Prozent der Befragten berichten von einer Verschlechterung in den letzten drei Jahren, 27 Prozent hingegen von einer Verbesserung. Auf die Frage, ob die Höhe der Fördermittel als ausreichend empfunden wird, bezeichnet knapp über die Hälfte der Befragten die Höhe als unzureichend. Was wären also die wichtigsten Veränderungen, die erzielt werden könnten, wenn Fördermittel an den tatsächlichen Bedarf angepasst und verlässlich bereitgestellt werden würden?

HOHER BEDARF, BEGRENZTE RESSOURCEN – NACHFRAGE VS. KAPAZITÄTEN

Neben der dauerhaften Planungssicherheit ist es vor allem die Schaffung zusätzlicher Angebote, die sich die Befragten durch den Erhalt zusätzlicher Fördermittel wünschen. Hierzu zählen beispielsweise die Umsetzung zusätzlicher Veranstaltungen, Weiterbildungen oder Beratungsangebote, um dem hohen Anfrageaufkommen und den damit verbundenen Bedarfen nachzukommen.

Also grundsätzlich ist es immer so, dass man sagen könnte, mit ein bisschen mehr Akquiseaufwand könnte man immer noch mehr machen, aber dafür fehlen dann am Ende auch wieder die Mittel.

In diesem Zusammenhang geben insgesamt knapp 82 Prozent an, dass die Nachfrage nach ihren Angeboten gestiegen sei, bei fast der Hälfte der befragten Akteure sogar stark. Die Zielgruppenerreichung stellt für den Großteil somit keine Herausforderung dar; vielmehr besteht eine hohe Nachfrage nach den Angeboten. Für deren Umsetzung fehlen jedoch häufig sowohl finanzielle Mittel als auch personelle Kapazitäten,

um die Nachfrage angemessen zu bearbeiten. Entsprechend wird der Ausbau von Stellen sehr häufig als Bedarf benannt, der durch zusätzliche Fördergelder ermöglicht werden könnte. Dementsprechend geben 82 Prozent der Befragten an, dass unzureichende personelle Ressourcen den Arbeitsalltag zumindest teilweise erschweren.

Entlastet werden könnten die bereits bestehenden personellen Ressourcen etwa durch die Finanzierung bislang nicht förderfähiger Aufgabenbereiche – der zweithäufigste Bedarf der Befragten. Durch die Bereitstellung zusätzlicher oder flexibler Mittel ließe sich insbesondere der häufig genannte Bereich der Öffentlichkeitsarbeit besser ausstatten und ausgestalten. Ebenfalls besteht der Bedarf nach der Deckung von Verwaltungskosten bzw. Overheadkosten, hier geben rund 61 Prozent der Befragten an, dass die fehlende Förderung dieser Posten zu Herausforderungen führen. Entsprechend ist der Anteil der befragten Projekte, die angeben, dass der (zu hohe) Verwaltungs- und Dokumentationsaufwand die alltägliche Arbeit erschwert, mit 76 Prozent sehr hoch. Für rund 27 Prozent spielt dies sogar eine erhebliche Rolle. Die Förderung von Verwaltungs- und Overheadkosten würde demnach dazu beitragen, dass man sich angesichts des hohen Verwaltungsaufwands besser auf alltägliche Arbeit konzentrieren und den Vorstand bei bürokratischen Aufgaben entlasten könne, um wichtige zeitliche Ressourcen zu gewinnen, die bei der Erledigung der täglichen Aufgaben fehlen:

Manchmal denke ich mir aber auch, dass man eigentlich nur mit dieser Projektmanagement-Sache als Aufgabe, so als Arbeit beschäftigt ist und eigentlich weniger wirklich bei den Leuten ist, als die meisten sich vorstellen.

ARBEITEN IM SPANNUNGSFELD – POLITISCHES KLIMA UND SICHERHEITSEMPFINDEN

Das oben skizzierte gesellschaftliche und politische Umfeld prägt auch die Arbeit der Leipziger Zivilgesellschaft. Viele der dort beschriebenen Entwicklungen – Polarisierung, der wachsende Einfluss rechtsextremer Akteure und die zunehmende Bedrohung demokratisch Engagierter – spiegeln sich auch in Leipzig wider. Zwar bietet die Stadt mit ihrer Historie der Friedlichen Revolution, der daraus gewachsenen zivilgesellschaftlichen Infrastruktur und einer starken demokratischen Kultur

vergleichsweise stabile Voraussetzungen, doch die politischen und gesellschaftlichen Spannungen sind auch hier zunehmend spürbar.

Für Akteure in der Demokratietarbeit entsteht daraus eine doppelte Herausforderung. Einerseits sehen sie sich mit einer gesellschaftlichen Lage konfrontiert, die ihre Arbeit immer wichtiger macht; sie sollen Orientierung bieten, demokratische Werte stärken und antidemokratischen Tendenzen entgegenreten. Andererseits geraten sie selbst stärker unter Druck – nicht nur, weil es schlicht mehr zu tun gibt, sondern weil Teile der Gesellschaft und der Politik ihre Arbeit offen infrage stellen oder zu behindern versuchen. Diese Ambivalenz zeigt sich auch deutlich in den Befragungsergebnissen: 88 Prozent der teilnehmenden Organisationen stimmen der Aussage zu, dass ihre Arbeit durch die aktuelle politische Entwicklung langfristig bedroht ist. Mit 51,5 Prozent teilt über die Hälfte der befragten Akteure die Einschätzung sogar uneingeschränkt. Lediglich 6 Prozent widersprechen ihr.

Auch, wenn Leipzig gegenüber den immer weiter anwachsenden rechten Tendenzen in Sachsen oft als Positivbeispiel hochgehalten wird – das Bild, das die Befragten vom politischen Klima in Leipzig malen, ist ambivalent. So wurde dieses zu gleichen Teilen positiv wie negativ bewertet. Ein anderes Bild zeigt sich allerdings, wenn man die Akteure nach dem politischen Klima in Sachsen insgesamt fragt: Lediglich 9 Prozent bewerten das politische Klima im Freistaat zumindest als neutral, der Rest schätzt die Lage negativ ein. Über 50 Prozent der Befragten nehmen sie sogar als sehr negativ wahr. Positiv wurde das politische Klima in Sachsen von keinem der befragten Projekte beschrieben. So sagt zum Beispiel eine befragte Person im Interview: „Da ist Leipzig schon die Insel der Glückseligen. Und kaum gehst du zehn Kilometer weit raus, sieht die Welt schon ganz anders aus.“

Es zeigen sich zwar immer noch deutliche Unterschiede in der Wahrnehmung des politischen Klimas zwischen Leipzig und Sachsen, allerdings spürt man in Leipzig auch zunehmend die Verschiebung der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse. Stark abhängig sind die Erfahrungen in Leipzig davon, in welchem Stadtteil man tätig ist. So berichtet eine interviewte Person:

Mit Sorge sehen wir natürlich auch das Erstarken der AfD und also nicht nur der Partei selbst, sondern auch der Frage, wie das passiert. Also in manchen Stadtteilen verlieren

wirklich etablierte Menschen, die jeder kennt und die ganz aktiv sind, absolut gegen völlig unbekannte, sogar vorbestrafte AfD-Kandidaten bei der Stadtratswahl.

Gerade in Randbezirken ist die Bedrohung durch Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten allgegenwärtig. Die Ergebnisse der Bundestagswahl 2025 haben gezeigt, dass auch in Leipzig die AfD immer stärker wird und vor allem in den Außenbezirken die stärksten Ergebnisse einfahren konnte. Und auch die Anzahl rechtsextremer Gewalttaten ist in Leipzig signifikant angestiegen, wie die Jahresstatistik zu rechtsmotivierter Gewalt in Sachsen 2024 der Opferberatung *SUPPORT* zeigt (RAA Sachsen, 2025).

Eng verbunden mit der Wahrnehmung des politischen Klimas ist das persönliche Sicherheitsempfinden. Auffällig ist, dass sich niemand der Befragten „sehr unsicher“ fühlt – weder in Leipzig noch im übrigen Sachsen. Doch die Unterschiede liegen im Detail: Bezogen auf Leipzig fühlen sich 9 Prozent der Befragten „eher unsicher“. Werden dieselben Personen nach ihrer Einschätzung für den übrigen Teil Sachsens gefragt, steigt der Anteil auf fast 40 Prozent. In Leipzig beschreibt die große Mehrheit (72 Prozent) ihr Sicherheitsgefühl als mindestens „eher sicher“. Eine befragte Person berichtet hier im Interview: „Ich persönlich kann sagen, ich fühle mich in Leipzig, in den Räumen, in denen ich mich bewege, sicher. Ich bewege mich aber bewusst nicht in allen Räumen.“

In Sachsen dagegen fühlt sich nicht einmal die Hälfte der Befragten sicher und nur drei Prozent „sehr sicher“. Besonders alarmierend ist, dass deutlich über die Hälfte der befragten Organisationen bereits Anfeindungen im digitalen Raum erlebt haben – über soziale Netzwerke oder per E-Mail. Noch häufiger berichten sie von Anfeindungen im direkten Kontakt: bei Veranstaltungen, Workshops oder sogar in den eigenen Räumlichkeiten. Nur ein Drittel der Organisationen haben bislang keine derartigen Erfahrungen gemacht.

Die beschriebenen Verhältnisse haben oft direkte politische Konsequenzen. Steigen der Druck und die Bedrohung, kann dies – vor allem bei kleineren Organisationen – dazu führen, dass diese sich zurückziehen, ihre Aktivitäten reduzieren oder bestimmte, konfliktträchtige Themen vermeiden. Wer sich aktiv wehrt, ist dabei meist einer erheblichen emotionalen Belastung ausgesetzt, die die tägliche Arbeit zusätzlich erschwert.

Diese Umstände schwächen die demokratische Infrastruktur insgesamt, denn Demokratiearbeit lebt von Sichtbarkeit, Austausch und Engagement. Gleichzeitig können sich antidemokratische Kräfte leichter entfalten, wenn Gegenkräfte verunsichert oder eingeschränkt werden. Langfristig droht ein Kreislauf: Denn wenn demokratische politische Kultur insgesamt an Stabilität verliert, schwächt dies die zivilgesellschaftliche Resilienz. Aus den Interviews leitet sich deutlich ein Anspruch an die Politik ab, die demokratische Zivilgesellschaft als strategischen Partner wahrzunehmen und zu stärken. Eine befragte Person formuliert dies exemplarisch so:

Ich erwarte von der Politik schon, dass erkannt wird, wie wichtig freie Träger sind in der Zusammenarbeit und sie entsprechend zu stärken. Und ich erwarte auch, dass das sozusagen als basisdemokratisch erachtet wird und die Zusammenarbeit dort vorangetrieben wird.

„WIR SÄEN SAMENKÖRNER“ – WIE AKTEURE IHRE WIRKUNG EINSCHÄTZEN

Zum Abschluss der Befragung sollten die Organisationen auf einer Skala von 0 bis 10 einschätzen, welchen Einfluss ihre Arbeit auf die demokratische Kultur vor Ort hat. Dabei steht 0 für „kein Einfluss“, 10 für „sehr hoher Einfluss“. Die größte Gruppe der Befragten (21 Prozent) wählte den mittleren Wert 5, weitere 18 Prozent stuften ihren Einfluss darunter ein. Ein relevanter Teil der Akteure erlebt also eine Begrenzung der Wirkungsmöglichkeiten. Dies verweist eher auf eine realistische Selbstbeobachtung als auf Resignation. Eine interviewte Person bezeichnet die eigene Arbeit beispielsweise als

... kleinschrittig und mühsam. Es geht wirklich um Samenkörner, die wir legen. Ich glaube, diese Illusion, man kann ganz schnell irgendwas ändern kann – Leute kommen rein, machen Tagesworkshops, sind weißgewaschen und gehen wieder raus – das funktioniert halt auf gar keinen Fall. Aber ja, ich glaube, wir säen Samenkörner überall. Und manchmal gehen sie nach anderthalb Jahren auf und dann ist es gut.

Das Gefühl begrenzter Wirkung hängt auch maßgeblich mit den Rahmenbedingungen der zivilgesellschaftlichen Demokratiearbeit zusammen: Angesichts des gesellschaftlichen Rechtsrucks agieren sie oft wie eine Feuerwehr – sie werden vor allem dann aktiv eingebunden, wenn es bereits zu Vorfällen gekommen ist und nur noch Symptome bekämpft werden können. So bleibt ihre Arbeit überwiegend reaktiv statt präventiv. Diese permanente Alarmbereitschaft kostet nicht nur Ressourcen, sondern führt auch zu einer zunehmenden Überlastung der Mitarbeitenden.

Gleichzeitig gibt es ermutigende Signale: Mehr als die Hälfte der Befragten (60 Prozent) ordnete ihren Einfluss oberhalb der Mitte ein, meist im Bereich zwischen 6 und 8. Sehr hohe Werte über 8 wurden nur vereinzelt vergeben. Insgesamt zeigt sich: Die Organisationen wissen um die Bedeutung ihrer Arbeit und erleben durchaus Wirkung. Doch solange sie strukturelle Ursachen antidemokratischer Tendenzen nicht mitbearbeiten können und ihre Ressourcen auf akute Problemlagen gebunden sind, bleibt ihr Handlungsspielraum begrenzt.

WAS JETZT ZU TUN IST

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN ZUR STÄRKUNG ZIVILGESELLSCHAFTLICHER DEMOKRATIEARBEIT

Auf Grundlage dieser Befunde und der aktuellen politischen Lage in Leipzig und Sachsen stellt sich die Frage: Welche strukturellen Veränderungen sind erforderlich, damit den Herausforderungen und Bedarfen der Akteure wirksam begegnet werden kann? In Hinblick auf die Förderlogiken, die Kapazitäten und die Nachfrage lassen sich auf struktureller Ebene verschiedene Folgerungen ableiten.

Häufig fehlt es vor allem an zeitlichen Kapazitäten. Diese ließen sich etwa durch den Abbau von Bürokratie und Dokumentation innerhalb der Förderlandschaft erhöhen. Zudem ist die Entlastung des organisatorischen Bereichs durch zusätzliche bzw. flexible Mittel für bislang nicht förderfähige Posten notwendig. Dadurch würden dringend benötigte Ressourcen wieder zur Verfügung stehen, um die Vielzahl an Anfragen und den hohen Bedarf an demokratiefördernden Angeboten zu bewältigen. Ein weiterer zentraler Aspekt ist die fehlende Planungssicherheit bei den Trägern und Mitarbeitenden, denn die

unsichere Finanzierungslage führt in der Konsequenz zum Verlust gut ausgebildeter Mitarbeitender und wichtiger Kompetenzen: Fachkräfte wechseln in andere Arbeitsfelder, wandern in andere Bundesländer ab oder können die persönliche Belastung dauerhaft nicht mehr tragen. Mit ihnen gehen Wissen, Erfahrungen und Kompetenzen verloren. Zugleich bricht die demokratische Angebotsvielfalt weg: Beteiligungs-, Beratungs- und Bildungsangebote verschwinden, vor allem im strukturschwachen Raum. Um hier eine verlässliche Perspektive zu schaffen, ist der Ausbau und die Sicherung von Personalstellen von Bedeutung. Planungssicherheit würde ebenso durch eine dauerhafte, projektunabhängige Finanzierung und längere Förderzeiträume geschaffen werden, damit Projekte verstetigt, nachhaltig weitergeführt und damit wirksamer werden können.

Überdies sollte der Innovationsdruck – und damit die Anforderung bei jedem neuen Projektantrag nicht auf bereits erprobte Konzepte zurückzugreifen, sondern gänzlich neue Konzepte und Ideen zu entwickeln – in Ausschreibungen verringert werden. Um insbesondere kleinere Träger nicht strukturell zu benachteiligen, sollten darüber hinaus sowohl der erforderliche Anteil an Eigenmitteln reduziert bzw. flexibel anrechenbar gestaltet als auch die Fristen zwischen Förderbescheid und Projektstart realistisch gestaltet werden.

Die Ergebnisse der Umfragen zeigen: Politisches Klima und Sicherheitsempfinden sind nicht nur eine subjektive Erfahrung, sie bestimmen die objektive Handlungsfähigkeit der Demokratiearbeit. Beides hat ebenfalls unmittelbare Auswirkungen auf die Stabilität demokratischer Strukturen in Leipzig und Sachsen. Politik und Verwaltung, sowohl in Leipzig als auch auf Landesebene, tragen eine zentrale Verantwortung dafür, dass Demokratiearbeit sicher und wirksam bleibt. Zuerst braucht es klare Signale: Politikerinnen und Politiker auf Kommunal- und Landesebene prägen mit ihrem öffentlichen Auftreten maßgeblich das gesellschaftliche Klima. Eine klare Abgrenzung gegenüber rechtsextremen und antidemokratischen Positionen sowie die aktive Anerkennung und Unterstützung zivilgesellschaftlicher Demokratiearbeit sind dringend notwendig. Demokratieinitiativen erleben viel zu oft, dass ihre Arbeit als selbstverständlich betrachtet wird, während ihre Legitimität gleichzeitig von antidemokratischen Kräften infrage gestellt und ihre Arbeit bewusst sabotiert wird. In dieser Situation reicht symbolische Anerkennung nicht aus. Gefragt ist

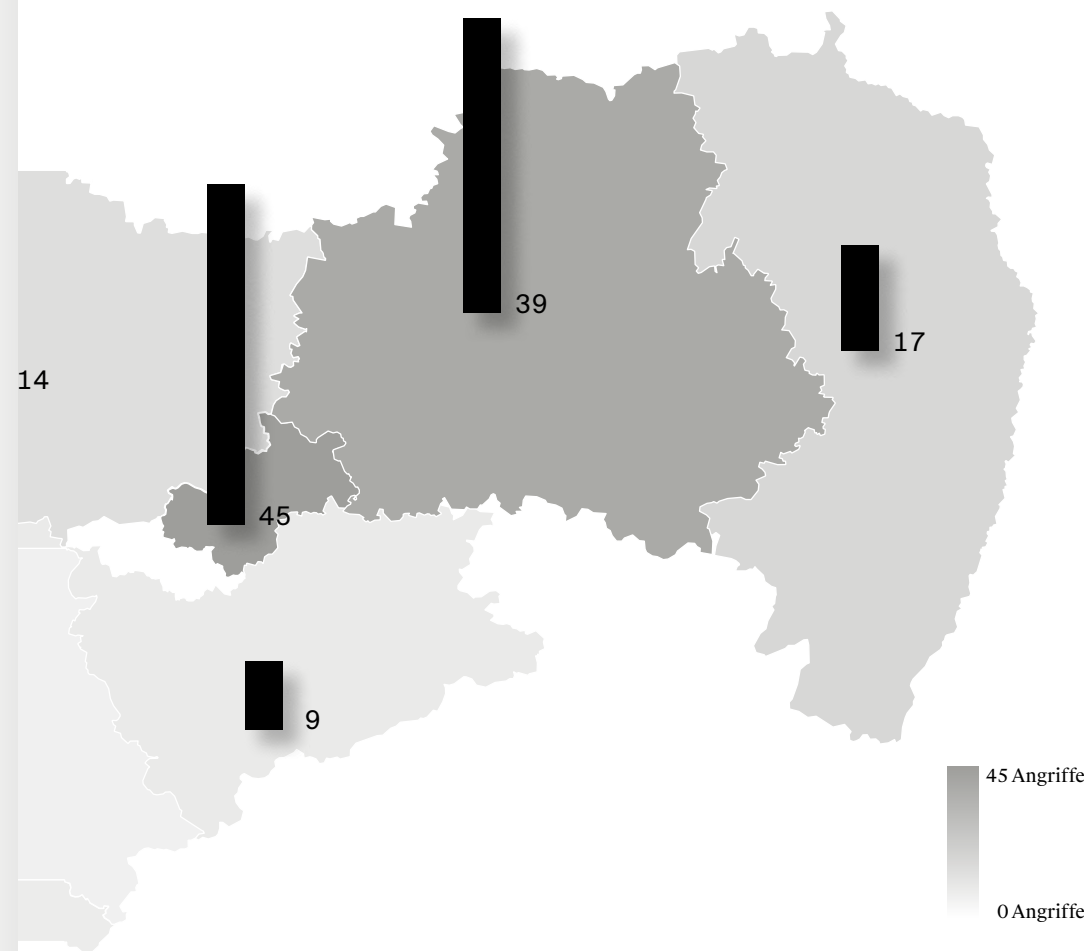
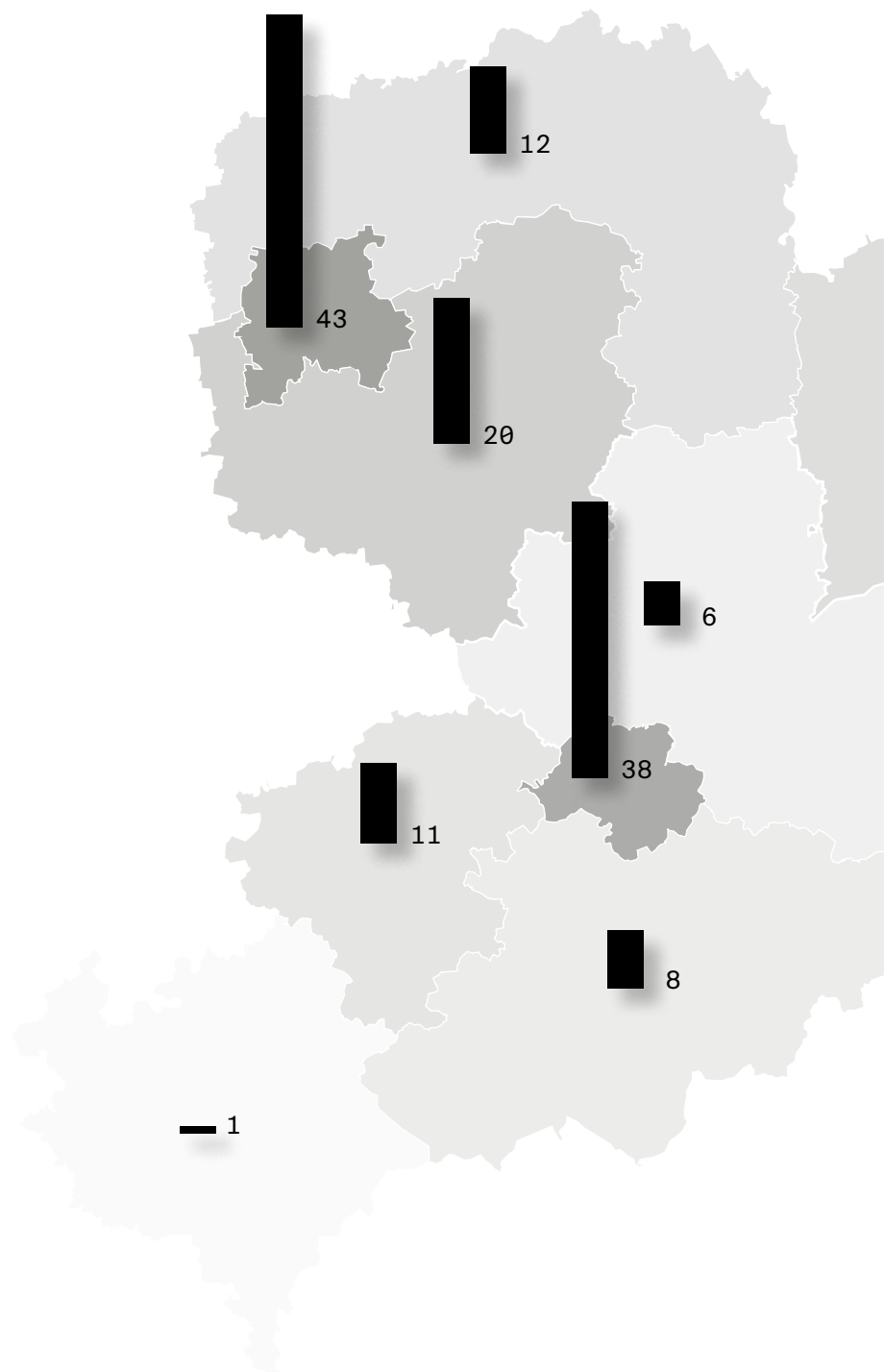
ein klares politisches Signal: Zivilgesellschaftliche Demokratiearbeit ist unverzichtbar und verdient Respekt sowie eine verlässliche Einbindung in Entscheidungsprozesse. Erst wenn dieser Rückhalt spürbar ist, kann sich auch das Gefühl kollektiver Selbstwirksamkeit nachhaltig entfalten.

Zivilgesellschaftliche Demokratiearbeit braucht verlässliche politische Partner. Dazu gehören auch das konsequente Zurückweisen und aktive Entkräften von Delegitimierungsversuchen, etwa durch parlamentarische Anfragen, die sich in den letzten Jahren vermehrt häufen, zivilgesellschaftliche Akteure unter Druck setzen und unnötig Ressourcen binden. Eine demokratische Zivilgesellschaft erfüllt eine wichtige Korrektivfunktion zu politischen und gesellschaftlichen Schief-lagen. Sie unterstützt und vertritt marginalisierte Gruppen, macht Demokratie konkret und niedrigschwellig erfahrbar und sie schafft wichtige Gegenangebote zu wachsenden rechtsextremen Räumen. Damit sie diese Rolle verlässlich ausfüllen kann, braucht sie planbare Strukturen, langfristige Rückendeckung und das Wissen, nicht allein zu stehen und nur reaktiv als Feuerwehr zur Symptombekämpfung eingesetzt zu werden.

Die Verantwortung, Ursachen anzugehen, liegt primär bei den politischen Entscheidungsträgern: Sie müssen dort ansetzen, wo Polarisierung, soziale Ungleichheit und autoritäre Mobilisierung ihren Nährboden finden. Für eine nachhaltige Wirksamkeit auf struktureller Ebene, müssen Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft ihr Wissen bündeln und gemeinsam handeln – frühzeitig, strategisch und auf Augenhöhe. So wird die demokratische Kultur spürbar und langfristig gestärkt und rechtsextremer Mobilisierung der Boden entzogen. Diesen Austausch voranzutreiben und die Anliegen der Mitglieder auch gegenüber politischen und administrativen Entscheidungsträgern zu vertreten, ist auch die Aufgabe des Netzwerks für Demokratie.

LITERATUR

- Jugel, David / Hertel, Celina M. (2024). Demokratische Bildung im ländlichen Raum. Eine JoDDiD-Studie zu Potenzialen, Herausforderungen und Strategien außerschulischer politischer Bildung jenseits städtischer Perspektiven. URL: https://tu-dresden.de/gsw/phil/powi/joddid/ressourcen/dateien/publikationen/JoDDiD_Jugel_Hertel_2024_demokratische-Bildung-im-laendlichen-Raum.pdf?lang=de (17.09.2025).
- Laux, Thomas / Lindenauer, Theresa (2024). Engagiert und gefährdet. Ausmaß und Ursachen rechter Bedrohungen der politischen Bildung in Sachsen. URL: https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/o2_Wissenschaftsportal/o3_Publikationen/AP68-Engagiert-und-gefaehrdet.pdf (09.09.2025).
- Lewerenz, Rico / Hertel, Celina M. (2024). Demokratische Bildung im „Förderdickicht“. Eine JoDDiD-Studie zur Finanzierung und Förderung außerschulischer politischer Bildung in Sachsen. URL: https://tu-dresden.de/gsw/phil/powi/joddid/ressourcen/dateien/publikationen/Lewerenz_Hertel_2024_Demokratische-Bildung-im-Forderdickicht.pdf?lang=de (09.09.2025).
- RAA Sachsen e. V. (2025). Rechtsmotivierte, rassistische und antisemitische Gewalt in Sachsen 2024. Jahresstatistik der Beratungsstelle Support. URL: <https://www.raa-sachsen.de/support/statistik/statistiken/rechtsmotivierte-rassistische-und-antisemitische-gewalt-in-sachsen-2024-9433> (10.09.2025).
- Sächsischer Landtag (2024). Kleine Anfrage der Abgeordneten Juliane Nagel (DIE LINKE), Drs. Nr. 8/923, Thema: Vorfälle mit extrem rechtem Hintergrund an Schulen 2024. URL: https://edas.landtag.sachsen.de/redas/download/file?datei_id=38917 (09.09.2025).



STATISTIK

MENSCHENFEINDLICHE GEWALTTATEN IN SACHSEN 2025

Die Opferberatung Support des *RAA Sachsen e. V.* erhebt jährlich rechts-motivierte Gewalt in Sachsen. Mit Stand Anfang Februar 2026 wurden im Jahr 2025 263 Angriffe verübt, von denen mindestens 406 Menschen direkt betroffen waren. Die Schwerpunkte liegen in den Städten Leipzig, Dresden und Chemnitz sowie den Landkreisen Bautzen, Leipzig und Görlitz. Die statistische Auswertung wird Ende Februar abgeschlossen.



68

ARTHUR ZALEWSKI



69

GDYNIA · GDAŃSK · WARSZAWA · LEIPZIG





72

ARTHUR ZALEWSKI



73

GDYNIA · GDAŃSK · WARSZAWA · LEIPZIG



74

ARTHUR ZALEWSKI



75

GDYNIA · GDAŃSK · WARSZAWA · LEIPZIG



76

ARTHUR ZALEWSKI



77

GDYNIA · GDAŃSK · WARSZAWA · LEIPZIG



78

ARTHUR ZALEWSKI



79

GDYNIA · GDAŃSK · WARSZAWA · LEIPZIG



80

ARTHUR ZALEWSKI



81

GDYNIA · GDAŃSK · WARSZAWA · LEIPZIG





84

ARTHUR ZALEWSKI



85

GDYNIA · GDAŃSK · WARSZAWA · LEIPZIG







90

ARTHUR ZALEWSKI



91

GDYNIA · GDAŃSK · WARSZAWA · LEIPZIG



Rechte Klimaobstruktion

Wie die AfD Sachsen gegen Klimapolitik mobilisiert

Im 21. Jahrhundert stellt die „Energiewende“ global (Giddens, 2009) und damit auch in Deutschland eine zentrale Herausforderung dar (Radtke/Kersting, 2018; Stefes, 2010). In der Bundesrepublik ist der Ausstieg aus der Nutzung fossiler (und nuklearer) Energie nicht nur an sich ein Mammutprojekt, sondern wird zudem in einer schwierigen Gesamtlage umgesetzt. Diese ist insbesondere durch Austeritätspolitik, die Eurozonen-Krise, die zunehmende Politisierung der Migration, die Folgen der „Wiedervereinigung“ sowie die COVID-19-Pandemie geprägt. Zudem erlebt Deutschland Mitte der 2020er Jahre eine wirtschaftliche Stagnation, die mit einem Rückgang der Wettbewerbsfähigkeit industrieller Schlüsselsektoren, insbesondere der Automobilfirmen, einhergeht. Deutschland ist eine regionale Führungsmacht in der Krise (Weisskircher, 2025b). Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive kann es daher kaum überraschen, dass in diesem Kontext auch die Klimapolitik zu einem zentralen Konfliktfeld politischer Auseinandersetzungen wurde.

Der wesentliche parteipolitische Profiteur der oben genannten Krisen war seit ihrer Gründung im Jahr 2013 die *Alternative für Deutschland* (AfD). Ihr elektoraler Erfolg transformierte Deutschland von einem europäischen Ausnahmefall in einen „Normalfall“ (Weisskircher, 2024; siehe auch Arzheimer, 2019; Berbuir et al., 2014; Hansen/Olson, 2024; Schroeder/Weßels, 2019) – in vielen europäischen Parteiensystemen sind mittlerweile starke Rechtsaußen-Parteien präsent (Mudde, 2019). Im Vergleich zu ihren europäischen Pendants mobilisiert die AfD besonders stark im Bereich der Klimapolitik, wo sie eine Strategie der Fundamentalopposition verfolgt: Sie leugnet den menschengemachten Klimawandel und lehnt klimapolitische Maßnahmen wie den Ausbau der erneuerbaren Energien, die Reform des Gebäudeenergiegesetzes oder die Förderung der Elektromobilität dezidiert ab (Haas et al., 2025; Küppers, 2024; Otteni/Weisskircher, 2022; Weisskircher/Volk, 2025).

Für den Vorsitzenden der AfD Sachsen Jörg Urban, einst ein Gegner der Atomkraft und selbst Nutzer einer Solaranlage, ist Kritik an diesen politischen Maßnahmen Teil seines politischen Tagesgeschäfts.

Diverse Umfragen zeigen jedoch, dass überwältigende Mehrheiten der deutschen Bevölkerung eine ambitionierte Klimapolitik nicht nur grundsätzlich befürworten (Europäische Kommission, 2023), sondern auch konkreten klimapolitischen Maßnahmen wie den Ausbau der Wind- und Solarenergie positiv gegenüberstehen (Diermeier/Weisskircher, 2024; siehe auch FA Wind, 2024). Jedoch sind die Zustimmungsraten räumlich ungleich verteilt – in urbanen Räumen ist die Zustimmung höher als in ländlichen; in Ostdeutschland ist die Zustimmung niedriger als in Westdeutschland. Im Hinblick auf die Klimapolitik und gerade auch ihre Zustimmungsfähigkeit steckt der Teufel also im Detail. Dasselbe zeigt sich bei lokalen Auseinandersetzungen rund um konkrete Energieinfrastruktur wie z.B. der Netzinfrastuktur, aber auch bei den erneuerbaren Energien. Wie führende AfD-PolitikerInnen in anderen Bundesländern betont auch Urban, dass er diese lokale Opposition parlamentarisch im Landtag vertreten möchte – und greift insbesondere die CDU für ihre vermeintlich „grüne“ Klimapolitik an, um deren WählerInnen auf die Seite seiner Partei zu ziehen (z.B. Jörg Urban Direkt, 2025).

Aus Sicht der AfD Sachsen ist die CDU wohl die wichtigste politische Kraft, von der sie sich weitere Stimmenzuwächse erhoffen kann. Die Christdemokraten dominieren das politische System Sachsens und regieren das Bundesland seit 1990 ohne Unterbrechung (Weisskircher, 2025a) – in den ersten 14 Jahren sogar mit absoluter Mehrheit. Mit Bayern und Brandenburg gehört Sachsen zu den Bundesländern, in denen seit der Wiedervereinigung jeweils dieselbe Partei durchgehend die Regierungsspitze stellte. In den letzten Jahren stieg die AfD jedoch zur größten Oppositionspartei auf, die die CDU nicht nur im Parlament, sondern auch durch Mobilisierung auf der Straße herausfordert. Die AfD-Fundamentalopposition gegenüber klimapolitischen Maßnahmen hat also auch eine wichtige strategische Komponente – die Partei möchte unzufriedene WählerInnen, insbesondere von der CDU, an sich binden.

Dieser Beitrag beleuchtet Rechtsaußen-Klimaobstruktion – also den Widerstand gegen klimapolitische Ansätze und Maßnahmen – in Sachsen auf Basis von Ergebnissen der Forschungsgruppe REXKLIMA („Rechtsextremismus versus Klimaschutz? Nationalistische Opposition

in einem transnationalen Politikfeld“) sowie mit Bezugnahme auf die wachsende deutschsprachige und internationale Forschung zum Themengebiet. Zunächst werden die konzeptuellen Grundlagen von Klimaobstruktion diskutiert. Im empirischen Abschnitt wird anschließend (1) die klimapolitische Position der AfD Sachsen auf Grundlage der Landtagswahlprogramme 2014, 2019 und 2024 analysiert, (2) ihre Bewegungsparteistrategie im Kontext der Windkraft untersucht sowie (3) die realpolitischen Auswirkungen der Klimaobstruktion dieser mittlerweile größten sächsischen Oppositionspartei herausgearbeitet. Im Fazit steht die Frage im Mittelpunkt, inwiefern die Alternative für Deutschland in Sachsen auch künftig eine – wenn auch nicht die einzige – Herausforderung für eine effektive Klimapolitik darstellt.

KLIMAOBSTRUKTION VON RECHTSAUSSEN

Die Leugnung des Klimawandels ist in Deutschland und anderen europäischen Gesellschaften eine „fringe position“ – je nach Umfrage bezweifeln rund zehn bis zwanzig Prozent der deutschen Bevölkerung den menschlichen Einfluss auf den Klimawandel oder leugnen gar das Steigen der globalen Durchschnittstemperatur seit Beginn der Industrialisierung (Fronde et al., 2021 finden zum Teil noch größere Mehrheiten, die den Klimawandel anerkennen). Der Anteil der expliziten KlimawandelleugnerInnen innerhalb der deutschen Bevölkerung liegt also unter dem der AfD-UnterstützerInnen: Die Partei hat im Jahr 2025 in bundesweiten Umfragen rund ein Viertel der WählerInnen hinter sich. Auch unter AfD-WählerInnen ist die explizite Leugnung des Klimawandels also nicht konsensual. Beispielsweise räumt laut Daten des Potsdamer *Social Sustainability Barometer* eine relevante Minderheit der AfD-SympathisantInnen einen menschlichen Einfluss auf das globale Klima ein (analysiert in Otteni / Weisskircher, 2022). Die Leugnung des menschengemachten Klimawandels ist jedenfalls keine anschlussfähige Position – sie verfängt nicht in der politischen Mitte und taugt eher nicht zur Ansprache breiterer gesellschaftlicher Schichten.

Dennoch schafft es eine wachsende Anzahl von Rechtsaußen-Parteien in Europa, insbesondere die AfD in Deutschland, die Parteien der politischen Mitte in der Klimapolitik unter Druck zu setzen. Wie ist dieses Phänomen am besten zu verstehen? Die Forschung fasst es unter dem Begriff der „Klimaobstruktion“ (Ekberg et al., 2023) zusammen –

sie meint damit insbesondere die konkrete Mobilisierung gegen klimapolitische Maßnahmen wie z. B. den Ausbau der erneuerbaren Energien, die Förderung der Elektromobilität oder internationale Klimaabkommen. In Bezug auf ihre Gegenargumente zeigen sich Rechtsaußen-Parteien dabei flexibel und verweisen auf eine Vielzahl aus ihrer Sicht kritikwürdiger Aspekte. Dazu zählen sie etwa gesamtwirtschaftliche Belastungen, steigende Strompreise für private Haushalte, umweltpolitische Bedenken, die Ablehnung von „Zwang“ oder marktwirtschaftliche Einwände gegen Liberalisierungsmaßnahmen. Ihre klimapolitische Opposition betten sie in ein größeres Narrativ der Ablehnung „linksgrüner“, oftmals urbaner Eliten ein. In vielen Fällen delegitimieren Rechtsaußen-Parteien in diesem Zusammenhang das gesamte politische System, insbesondere wenn sie Klimapolitik als antidemokratische Maßnahmen einer „Ökodiktatur“ porträtieren.

Strategische Motive sind ein wesentlicher Treiber der Klimaobstruktion von Rechtsaußen-Parteien. Ideologisch betrachtet könnten diese den Umstieg auf erneuerbare Energien auch befürworten, verspricht „heimische“ Energieproduktion doch immerhin nationale Autarkie, also die Unabhängigkeit von Energieimporten. Dieser Umstand wäre durchaus kompatibel mit nationalistischen Weltvorstellungen, welche die nationale Souveränität hochhalten. Und in der Tat, einige Rechtsaußen-Parteien, wie z. B. die *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ), bedienen sich einer solchen Argumentation, um ihre Unterstützung für den Ausbau der erneuerbaren Energien zu begründen (Weisskircher/Volk, 2025). Die AfD bedient sich dieser Rhetorik jedoch nicht. Vielmehr scheint für sie der strategische Anreiz, durch klimapolitische Fundamentalopposition Unzufriedene zu mobilisieren und dadurch Stimmen zu maximieren, ausschlaggebend zu sein. Dies ähnelt der Positionierung der Partei im Zuge der COVID-19-Pandemie, als sie ebenfalls eine Strategie der Fundamentalopposition zwecks Stimmenmaximierung verfolgte – nachdem ihre führenden VertreterInnen zu Beginn der Pandemie sogar restriktivere Maßnahmen gegen die Verbreitung des Virus forderten (Lehmann/Zehnter, 2024). Dennoch verbindet die AfD ihre Ablehnung der Klimapolitik mit bekannten ideologischen Elementen, die an ihr Weltbild anschlussfähig sind, insbesondere mit Anti-Elitismus, Wirtschaftsliberalismus oder lokalem Umweltschutz bzw. „Heimatschutz“ (Forchtner, 2019; Küppers, 2024; Weisskircher/Volk, 2025).

Um die Entwicklung von Rechtsaußen-Parteien zu verstehen, ist die Analyse der subnationalen Ebene entscheidend (Chou et al., 2022). Die Ebene der Landes- und Kommunalpolitik dient ihnen in vielen Staaten zur lokalen Verankerung in elektoralen Hochburgen, der strategischen Innovation und der Kooperation mit den etablierten Parteien (Arzheimer et al., 2024; Bellè, 2025; Fitzgerald, 2018; Heinze, 2022; Paxton, 2023). Dies gilt insbesondere in Deutschland, einem stark föderalen Land, wo die AfD in Ostdeutschland bei rund einem Drittel der Wählerinnen und Wähler Unterstützung findet (Weisskircher, 2020). Sachsen ist hier als bevölkerungsreichstes ostdeutsches Bundesland von besonderem analytischem Interesse, auch aufgrund der langfristigen Mobilisierung von Rechtsaußen-Akteuren im Parlament und auf der Straße (Weisskircher, 2025a).

Auch im Kontext der Klimapolitik ist die subnationale Ebene von hoher Bedeutung. Üblicherweise wird bei Klimapolitik zuerst an die internationale bzw. supranationale Ebene gedacht (Aykut/Maertens, 2022) – es sei an das Pariser Übereinkommen der Vereinten Nationen oder den European Green Deal der Europäischen Union erinnert. Klimapolitische Ziele müssen jedoch auf nationaler und subnationaler Ebene umgesetzt werden, ansonsten bleiben selbst ambitionierte Vorhaben bloße Papiertiger. Genau deshalb ist die Landes- und Lokalpolitik im Bereich der Klimapolitik entscheidend (Jørgensen et al., 2015; Schreurs, 2008). Auf dieser Ebene kommt es jedoch regelmäßig zu Kontroversen um konkrete klimapolitische Maßnahmen, etwa im Falle Deutschlands beim Ausbau der Windkraft oder beim Bau von Stromtrassen (Hoeft et al., 2017). Gute Gründe also, näher zu untersuchen, wie die AfD ihre Strategie der Klimaobstruktion im Bundesland Sachsen verfolgt.

DIE KLIMAOBSTRUKTION DER AfD SACHSEN

Ähnlich wie in anderen peripheren Gebieten des ländlichen Raums stößt die Energiewende auch im ländlichen Raum Sachsens in Teilen der Bevölkerung auf Widerstand. In einer transformationsmüden Gesellschaft bedeutet die Energiewende eine weitere Veränderung im Lebensalltag, die Gefühle von Benachteiligung verstärken kann. Darüber hinaus führen der geplante Kohleausstieg in der Lausitz bis spätestens 2038 und die Krise der deutschen Automobilindustrie (insbesondere in Dresden und Zwickau) zu weiteren Unsicherheiten über die ökonomische Zukunft der Region.

Diese komplexe Situation vor Ort wird von der AfD langfristig strategisch bearbeitet – die Partei ist hier deutlich fundamentaloppositioneller als manch andere Rechtsaußen-Partei in Westeuropa. Drei Dimensionen der Klimaobstruktion der AfD in Sachsen möchte ich im Folgenden genauer in den Blick nehmen: (1) die langfristige Positionierung der Landespartei auf Grundlage der Landtagswahlprogramme der Jahre 2014, 2019 und 2024, (2) die Versuche der AfD Sachsen, die Opposition gegen die Klimapolitik zu einem Bestandteil ihrer Bewegungspartei-Strategie zu machen, sowie (3) die Auswirkungen der AfD-Mobilisierung im Bereich der Windkraft.

AFD-POSITIONEN ZUR KLIMAPOLITIK IN DEN LANDTAGSWAHL-PROGRAMMEN – 2014, 2019 UND 2024

Eine Analyse der Landtagswahlprogramme zeigt, dass die AfD Sachsen nicht erst seit dem Ende der 2010er Jahre – als *Fridays-for-Future*-Massenproteste organisierte und das Thema Klimapolitik öffentlich besonders salient war – eine Strategie der Klimaobstruktion verfolgt. Bereits im Zuge der Landtagswahl 2014, etwas mehr als ein Jahr nach seiner Gründung im April 2013, schürte der Landesverband Zweifel am menschengemachten Klimawandel und lehnte die Energiewende fundamental ab. Opposition gegen die Klimapolitik ist also von Beginn an ein wesentliches Element der AfD-Politik. Die folgende Analyse konzentriert sich auf grundlegende Positionen zur Existenz des Klimawandels und zu spezifischen Positionen zur Wind- und Solarenergie, zur Elektromobilität, zum Abbau von Braunkohle und zur Kernenergie.

Bereits im Landtagswahlprogramm 2014 leugnete die AfD den menschengemachten Klimawandel explizit:

Das Wetter ändert sich ohne Einfluss des Menschen, die statistische Größe Klima hat überwiegend natürliche Ursachen. Wir wissen, dass sich die Temperaturen durch wirtschaftliche Sanktionen bei der Nutzung bestimmter Energiearten höchstens randständig beeinflussen lassen.

AfD, 2014, 11

Die Partei konnte nicht nur den „frei erfundenen und längst widerlegten Klimaprognosen“ (AfD 2014, 10) nichts abgewinnen, sondern mobili-

sierte auch schon damals gegen den Ausbau der erneuerbaren Energien. Interessanterweise betraf das schon damals nicht nur die Windkraft, sondern auch bereits die Solarenergie:

Wir sind gegen die Verschandelung der Landschaft durch Windkraft- und Solargroßanlagen. Wir wenden uns gegen die Zerstörung der Natur durch Windparks und durch zusätzliche Hochspannungsleitungen, die nur wegen der un stetigen Energieproduktion durch Windkraftanlagen (WKA) und Solaranlagen notwendig würden.

AfD, 2014, 11

Die AfD plädierte in jenem Jahr ebenso für eine „verantwortungsbewusste Weiternutzung von Braunkohle“, verwies auf die Sicherung von Industriearbeitsplätzen, räumte jedoch lokale Umweltschäden ein (ebd., 11 f.). In Sachen Kernenergie plädierte die AfD Sachsen für verstärkte Forschung zu technologischen Verbesserungen (ebd., 11). Elektromobilität war im Landtagswahlprogramm 2014 noch kein Thema.

Im AfD-Wahlprogramm zur Landtagswahl 2019 verfestigten und erweiterten sich die Positionen der Partei. Bereits in der (ausführlichen) Präambel lehnte die Partei den Ausbau von Windkraft ohne Zustimmung der BürgerInnen auf lokaler Ebene ab und forderte eine 10-H-Abstandsregelung (AfD, 2019, 9), die damals in Bayern noch in einer restriktiven Form bestand, 2022 jedoch gelockert wurde. Die Abschnitte zur Energiepolitik fielen in diesem Dokument deutlich ausführlicher aus – die Partei hatte ein halbes Jahrzehnt lang Zeit, um ihre Fundamentalopposition zu schärfen. Der entsprechende Abschnitt begann erneut mit einer expliziten Leugnung des menschengemachten Klimawandels:

Die derzeitige Energiepolitik fußt auf der in keinem einzigen wissenschaftlichen Test oder Experiment bewiesenen Hypothese, dass der Mensch mit seinen CO₂-Emissionen das Klima messbar beeinflusst. Selbst wenn man dieser Hypothese folgte, würde Deutschland bei kompletter CO₂-Neutralität und bei Verwendung der Berechnungsmethoden des sogenannten Weltklimarates eine Temperatursteigerung nur um 0,000653° Celsius – Sachsen dementsprechend noch weniger – verringern.

AfD, 2019, 63

Folglich lehnte die Partei im „Energiepolitik“-Kapitel den weiteren Ausbau von Wind- und Solarenergie in Sachsen grundsätzlich ab:

Grundforderung der AfD in der Energiepolitik ist die Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Der Bestandsschutz der Altverträge von Wind- und Photovoltaikanlagen ist gewährleistet. Dazu sind spezielle Regelungen zu treffen. [...] Technisch ist der weitere Ausbau von erneuerbaren Energien nicht sinnvoll, weil es auf absehbare Zeit keine Speichermöglichkeiten für die erforderlichen Energiemengen gibt. Die Energiedichte von Solar- und Windkraft ist nicht ausreichend, um den Industriestandort Deutschland stabil mit Elektroenergie zu versorgen.

AfD, 2019, 66

Skeptische Verweise auf die Windkraft fanden sich im Landtagswahlprogramm 2019 auch andernorts. Im Kapitel zur Gesundheitspolitik verwies die Partei ebenso auf das Thema: „Die gesundheitlichen Gefahren von Lärm, Lichtsmog, Strahlen durch die Mobilfunktechnologie und Infraschall, hervorgerufen durch Windkraftanlagen, sind kaum erforscht“ (AfD, 2019, 61).

Im Landtagswahlprogramm 2019 befürwortete die AfD Sachsen nicht nur weiterhin den langfristigen Erhalt von Kohle als Energiequelle, sondern lehnte nun auch Elektromobilität ab – Positionen, die auch bereits in der Präambel vertreten („Wir wollen den Verbrennungsmotor ebenso weiter nutzen wie den einheimischen Primärenergieträger Braunkohle“; ebd., 9) und im restlichen Landtagswahlprogramm ebenso erwähnt wurden, u. a. mit der Forderung nach „Sonderwirtschaftszonen“ im Erzgebirge, Lausitz und dem Vogtland (ebd., 14). In Sachen Kernenergie verwies die AfD Sachsen auf „die höchsten Sicherheitsstandards“ deutscher Anlagen und den internationalen Trend in Richtung Atomkraft (ebd., 68).

Im Landtagswahlkampf 2024 setzte die AfD Sachsen ihre Fundamentalopposition gegen die Energiewende fort. Im Wahlprogramm wurde der Klimawandel nur an einer Stelle des 108 Seiten umfassenden Dokuments begrifflich erwähnt – und wurde hier weiterhin geleugnet:

Da auf der wissenschaftlich nicht belegten Behauptung eines durch menschliche CO₂-Emissionen verursachten Klimawandels die gesamte Politik der „Erneuerbaren Energien“ aufbaut, entfällt generell jede Notwendigkeit, diese CO₂-Emissionen über die gesetzliche Präferenzierung von Energieformen wie Wind- und Solarenergie zu Lasten der grundlast- und regelfähigen Energieformen Kernkraft sowie Kohle- und Gasverstromung zu reduzieren.

AfD, 2024, 70

Ansonsten behielt die AfD Sachsen bestehende Positionen bei; sie lehnte den mittlerweile beschlossenen Kohleausstieg bis 2038 ab und verwies auf die notwendige Zustimmung der lokalen Bevölkerung für den Tagebau und auf Renaturierungsmaßnahmen (AfD, 2024, 72). Die ablehnende Position gegenüber der Elektromobilität wurde im Programm noch prononcierter als zuvor ausgeführt (AfD, 2024, 75 f.), und im Bereich der Kernkraft kündigte die Partei nun an, sie werde „die technischen Möglichkeiten für den Bau neuer Kernkraftwerke in Sachsen prüfen. Gleichzeitig werden wir uns für die Reaktivierung der bestehenden Kernkraftwerke in Deutschland einsetzen, wo dies technisch möglich ist“ (AfD, 2024, 72).

Die untersuchten Themenfelder illustrieren die langfristige Klimaabstruktionsstrategie der AfD Sachsen. Damit sticht sie im Vergleich zu den Positionen der Bundespartei und den anderen Landesverbänden der AfD keineswegs hervor. Während die Geschichte der AfD durch heftige Konflikte rund um Themen wie das Rentensystem oder die Maßnahmen im Zuge der COVID-19-Pandemie geprägt war, gab es bei den führenden AfD-PolitikerInnen auf Partei- und Landesebene zu klimapolitischen Fragen keinen nennenswerten Dissens. Die Ausnahme bestätigt jedoch die Regel: Als die Spitzenkandidatin Alice Weidel beim Bundesparteitag in Riesa 2025 vom Abbau bestehender Windkraftanlagen sprach („Und ich kann euch sagen, wenn wir am Ruder sind, wir reißen alle Windkraftwerke nieder. Nieder mit diesen Windmühlen der Schande.“), schob Oliver Zwerg, parlamentarischer Geschäftsführer der AfD Sachsen, dies auf den Wahlkampf und bemerkte, dass die AfD Sachsen keine solche Schritte umsetze, da dies rechtlich nicht möglich sei (dpa-infocom, 2025).

EXTRAPARLAMENTARISCHE MOBILISIERUNG GEGEN DIE WINDKRAFT

Führende AfD-PolitikerInnen verfolgen die Strategie einer Bewegungspartei, was bedeutet, dass sie auf die regelmäßige Präsenz jenseits der institutionellen Arena des Parlaments setzen (Heinze/Weisskircher, 2022). Dies inkludiert die Organisation von Demonstrationen oder die Kooperation mit erfolgreichen Bewegungsakteuren, wie z.B. mit PEGIDA oder *Querdenken*. Bei Themen wie Migration und der COVID-19-Pandemie konnte die AfD diese extraparlamentarische Mobilisierung bis dato effektiv nutzen.

Mit dem Ziel, an diese Erfolge anzuschließen, bemüht sich die AfD auch im Kontext anderer politischer Fragen, Protest zu mobilisieren, wie z.B. im Kontext der russischen Invasion in die Ukraine – oder eben der Klimapolitik. So pflegt sie in Sachsen beispielsweise die Nähe zu Anti-Windkraft-Protesten – nachdem sich eine solche Opposition über die Jahre bereits in verschiedenen Kommunen gebildet hatte. Die AfD hat hier oftmals angestrebt, die Welle lokaler Proteste zu reiten, beispielsweise im Fall eines Konflikts um einen geplanten Windpark in einem Waldgebiet in Schönfels bei Zwickau, den die Partei als „CDU-Windpark“ titulierte (AfD-Fraktion Sachsen, 2024). Andernorts wurde durch einen AfD-Bundestagsabgeordneten auf Facebook zum (unangemeldeten) Protest gegen Windkraftanlagen im Neukirchener Wald in der Nähe von Chemnitz aufgerufen (Freie Presse, 2023). Auch im Bereich der Solarenergie versucht die AfD zunehmend lokalen Unmut zu instrumentalisieren, beispielsweise im Leipziger Norden im Konflikt um die ehemalige Deponie Seehausen (Joshi/Fiederling, 2026). Die Partei möchte diese Konflikte für sich nutzen, auch wenn die lokalen AkteurInnen (bzw. Teile von ihnen) nicht notwendigerweise mit der AfD zusammenarbeiten wollen.

Neben diesen Versuchen der Kooption von Unmut auf lokaler Ebene war die AfD auch bei einer Demonstration vor dem Sächsischen Landtag gegen den Ausbau der erneuerbaren Energien involviert. Am 30. Mai 2025 riefen „Bürgerinitiativen aus ganz Sachsen“ zu einer „Großdemo gegen Windkraftanlagen in Sachsen!“ auf. Weitere Parolen auf einem Plakat, das keine konkreten OrganisatorInnen nennt, waren „unsere Landschaft, unsere Stimme“ sowie „Erneuerbare Energie Ja – aber nicht auf Kosten von Mensch und Natur“. Auch die AfD selbst

bewarb die Veranstaltung und lud zur „Kundgebung gegen Windkraft“ und zur „Öffentliche[n] Anhörung ‚Windkraftgesetz‘“ ein (beide Plakate liegen dem Autor vor). Der Organisator der Veranstaltung, Michael Eilenberger, ist Vorsitzender des Bundesverbands Landschaftsschutz und gleichzeitig AfD-Mitglied (Sächsische Zeitung, 2025). Einer der Redner war Jörg Urban, der in einem für die AfD-Website produzierten Interview ergänzte: „Die Windenergie an sich ist ein Verbrechen an Mensch und Natur“ (AfD Sachsen, 2025). Er nutzte damit eine Rhetorik, die deutlich drastischer ist als jene in den Wahlprogrammen. Nur einige hundert Teilnehmende wohnten der Veranstaltung letztlich bei. Parallel dazu hatten die *Freien Sachsen* ebenso eine Protestveranstaltung organisiert (Sächsische Zeitung, 2025).

DIE AUSWIRKUNGEN DER KLIMAOBSTRUKTION

Auch in ihren elektoralen Hochburgen in Ostdeutschland konnte die AfD noch keine Regierungsbeteiligung erreichen. Im Vergleich ist dies ein durchaus beachtlicher Umstand. Anderswo haben Rechtsaußen-Akteure in Regierungsfunktion bereits einen negativen Einfluss auf die Klimapolitik gehabt – insbesondere Donald Trump ist hier hervorzuheben, der beispielsweise sowohl in seiner ersten als auch in seiner zweiten Amtszeit aus dem Pariser Übereinkommen der Vereinten Nationen ausgetreten ist (unter Joe Biden waren die USA zwischenwieder eingetreten). Doch auch in Deutschland gab es trotz des Oppositionsstatus wichtige Auswirkungen: In Thüringen war die AfD ausschlaggebend, um im Jahr 2023 das Waldgesetz zu reformieren. Gemeinsam mit CDU und FDP überstimmten sie die damalige Minderheitsregierung aus Linke, SPD und den Grünen (Kabinett Ramelow II) – die Reform führte zu einem De-facto-Verbot von Windkraft in Waldgebieten.

Wie sieht die Situation in Sachsen aus? Neben dem lokalen Bremsen von Windkraftprojekten und dem Einfluss auf den parteipolitischen Diskurs – beides Aspekte, die sich häufig nur schwer systematisch untersuchen lassen – erfolgte im September 2025 ein konkreter Beschluss gegen den Ausbau der Windkraft, der auf Rechtsaußen-Klimaobstruktion zurückzuführen ist: Auf Antrag der AfD verlangte der Kreistag des Landkreises Leipzig am 10. September ein Moratorium für neue Windkraftanlagen – Adressat war der regionale Planungsverband.

Unterstützung fand der Antrag von Teilen der CDU sowie den *Freien Wählern* und den *Freien Sachsen*.

Juristische Kommentatoren bezweifeln die Rechtmäßigkeit solcher Moratorien, wie sie in ähnlicher Form auch in anderen Bundesländern beschlossen wurden. Sie betonen jedoch die politischen Konsequenzen eines solchen Vorgehens, das sowohl an Parteien als auch an Unternehmen ein negatives Signal sendet und notwendige Behördenprozesse verzögert (z. B. Maslaton Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, 2025). Entsprechende Kritik kam nicht nur von politischen Konkurrenten, sondern auch von Vertretern der Wirtschaft. Lob gab es beispielsweise von der *Bürgerinitiative Gegenwind Frauendorf* (2025): „Dem Moratorium der AfD wurde stattgegeben. Wir freuen uns über dieses Zeichen aus dem Kreistag und wünschen uns eine neue Chance, den aktuellen Plänen ein Ende zu setzen, auch auf Landes- und Bundesebene.“

FAZIT UND AUSBLICK

Es ist zu erwarten, dass die AfD zumindest mittelfristig ein relevanter Akteur der sächsischen Landespolitik bleiben wird – und dabei weiterhin gegen klimapolitische Maßnahmen mobilisiert. Eine Erweiterung ihres politischen Einflusses wird auch davon abhängig sein, ob die CDU Sachsen in Zukunft mit der AfD Sachsen kooperieren oder gar koalieren wird. Im europäischen Vergleich stellt die CDU innerhalb ihrer konservativen Parteienfamilie weiterhin einen Ausnahmefall dar, da sie eine Kooperation mit der Rechtsaußen-Partei AfD ablehnt. Im Falle einer Regierungsbeteiligung würden sich etliche der klima- und energiepolitischen Forderungen der AfD aller Vorrausicht nach als heiße Luft entpuppen: Ein massiver Rückbau von Windkraftanlagen oder gar ein Wiedereinstieg in die Produktion von Atomenergie erscheinen selbst bei bundespolitischer Mitgestaltung der AfD als kaum zu realisierende Forderungen. Die AfD-Fundamentalopposition im Bereich der Klima- und Energiepolitik würde hier auf die politische Realität treffen.

Dennoch böte selbst die landespolitische Mitgestaltung eine Vielzahl an Möglichkeiten für symbolische oder tatsächliche Blockadepolitik. Ein Beispiel hierfür könnte eine Reduktion oder gar ein Ende der Landesförderungen für Solaranlagen sein. Eine landespolitische Mitgestaltung – in Sachsen oder auch in anderen Bundesländern – könnte

von der AfD ebenso genutzt werden, um gegen die Bundespolitik zu mobilisieren. Dies gilt insbesondere für die Umsetzung der Flächenziele im Bereich des Ausbaus der Windenergie (zwei Prozent bis 2032) – deren Nicht-Implementierung könnte als Anlass für populistische Mobilisierung gegen eine unliebsame Bundesregierung dienen. Die Stärke der AfD ist mit Sicherheit nicht die einzige Hürde für eine effektive Klimapolitik (z. B. Ekberg et al., 2023; siehe auch Beckert, 2024), denn es handelt sich nicht zuletzt um ein hochkomplexes Politikfeld. Die AfD ist, wie dieser Beitrag gezeigt hat, selbst in Opposition – ohne jegliche Regierungsbeteiligung – bereits Sand im Getriebe einer effektiven Klimapolitik.

Entscheidend ist, ob die Parteien der politischen Mitte, wie bei anderen Politikfeldern auch, zu Getriebenen der AfD-Fundamentalopposition werden – oder ob sie offensiv eine eigenständige politische Agenda betonen können. Diese Forschung hat gezeigt, dass die Kritik der AfD an erneuerbarer Energieinfrastruktur nicht notwendigerweise verfängt (Weisskircher/Diermeier, 2025). Wie oben erwähnt ist die explizite Leugnung des menschengemachten Klimawandels eine klare Minderheitenposition in der deutschen Gesellschaft. Dennoch ist es wichtig, für Akzeptanz von konkreten Maßnahmen der Energiewende auf regionaler und lokaler Ebene zu sorgen. Dabei ist auch die sozialpolitische Komponente der Klimapolitik stets mitzudenken (Westheuser/Siebert, 2025). Im Falle der Windkraft zeigen Studien beispielsweise, dass ihre lokale Akzeptanz durch die finanzielle Beteiligung von Kommunen oder AnrainerInnen erhöht werden kann (z. B. Toke et al., 2008).

Im September 2025 beschlossen CDU und SPD (Kabinett Kretschmer III) gemeinsam mit dem BSW, das von der CDU-SPD-Grünen-Koalition (Kabinett Kretschmer II) festgelegte Ziel anzupassen: Bis 2027 müssen nun nicht mehr bereits zwei Prozent der Fläche Sachsens für Windenergie ausgewiesen werden. Dies deutet einerseits auf eine Reduktion politischer Ambitionen, andererseits auch auf die Anerkennung der komplexen Realität hin, denn selbst unter der Leitung eines grünen Umweltministeriums kam der Windkraftausbau in Sachsen nur schleppend voran. Gleichzeitig wurde beschlossen, dass die Betreiberfirmen von Windkraftanlagen künftig 0,3 Cent statt 0,2 Cent pro erzeugter Kilowattstunde an benachbarte Gemeinden zahlen müssen. Auf den Beschluss einer Direktzahlung an AnrainerInnen hat die Mehr-

heit im sächsischen Landtag verzichtet. Die AfD reagierte darauf in einem Online-Statement folgendermaßen:

Diesen Irrsinn gilt es schnellstmöglich zu beenden! Wir setzen uns auch dafür ein, die verpflichtenden Flächenziele für Windräder komplett aufzuheben. Sachsen sollte selbst darüber entscheiden können, ob der Bau von Windrädern sinnvoll ist oder nicht. Unsere Meinung dazu ist klar: Der Bau von Windrädern ist energiepolitischer Unsinn. Mittelfristig brauchen wir unsere Kohlekraftwerke sowie Gaskraftwerke und langfristig Kernkraft.

AfD-Fraktion Sachsen, 2025

Der politische Konflikt um die Klimapolitik wird dem Freistaat Sachsen noch lange erhalten bleiben.

LITERATUR

- AfD (2014). *Wahlprogramm 2014. Langfassung*.
- AfD (2019). *Trau dich Sachsen. Regierungsprogramm der Alternative für Deutschland zur Landtagswahl Sachsen 2019*.
- AfD (2024). *Damit Sachsen Heimat bleibt! Wahlprogramm Landtagswahl Sachsen 2024*.
- AfD-Fraktion Sachsen (2024). Bürger kämpfen gegen CDU-Windpark: Keine Windräder im Wald!, 16.08.2024. URL: <https://afd-fraktion-sachsen.de/buerger-kaempfen-gegen-cdu-windpark-keine-windraeder-im-wald> (29.10.2025).
- AfD-Fraktion Sachsen (2025). AfD-Antrag: „Erneuerbare-Energien-Gesetz“ abschaffen!, 20.10.2025. URL: <https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-antrag-erneuerbare-energien-gesetz-abschaffen> (29.10.2025).
- AfD Sachsen (2025). Protest der Bürgerinitiativen vorm Landtag. URL: <https://afdsachsen.de/protest-der-buergerinitiativen-vorm-landtag> (29.10.2025).
- Arzheimer, Kai (2019). „Don't Mention the War!“ How Populist Right-Wing Radicalism Became (Almost) Normal in Germany. *Journal of Common Market Studies*, 57(S1), 90–102.
- Arzheimer, Kai / Berning, Carl / de Lange, Sarah / Dutozia, Jerome / Evans, Jocelyn / Gould, Myles / Hartevelde, Eelco / Hood, Nick, Ivaldi, Gilles / Norman, Paul / van der Brug, Wouter / van der Meer, Tom (2024). How Local Context Affects Populist Radical Right Support: A Cross-National Investigation Into Mediated and Moderated Relationships. *British Journal of Political Science* 54(4), 1133–1158.
- Aykut, Stefan / Lucile Maertens (2022). *The Climatisation of Global Politics*. Cham: Palgrave Macmillan.
- Beckert, Jens (2024). *Verkaufte Zukunft. Warum der Kampf gegen den Klimawandel zu scheitern droht*. Berlin: Suhrkamp.
- Bellè, Elisa (2025). When the Local Is Illiberal: Local Welfare Chauvinism and the Populist Radical Right. *Government and Opposition*, 1–20.
- Berbuir, Nicole / Lewandowsky, Marcel / Siri, Jasmin (2014). „The AfD and its Sympathisers: Finally a Right-Wing Populist Movement in – Germany?“ *German Politics* 24(2), 154–178.
- Bürgerinitiative Gegenwind Frauendorf (2025). Groß-Demo in Borna, September 2025. URL: <https://www.gegenwind-frauendorf.de> (29.10.2025).
- Chou, Mark / Moffitt, Benjamin / Busbridge, Rachel (2022). The Localist Turn in Populism Studies. *Swiss Political Science Review* 28(1), 129–141.
- Diermeier, Matthias / Weisskircher, Manès (2024). Breite Zustimmung zum Ausbau der Erneuerbaren: Widerstände im ländlichen Ostdeutschland. *IW Kurzbericht* 57/2024.
- Diermeier, Matthias / Weisskircher, Manès (2025). Climate action versus environmental protection? How far-right and environmentalist messengers shape public attitudes towards renewable energy infrastructure in forests. *Environmental Politics*, online first.
- dpa-infocom GmbH (2025). *AfD in Sachsen will bestehende Windräder nicht antasten*. Die Welt, 14.01.2025. URL: <https://www.welt.de/regionales/sachsen/article255127730/AfD-in-Sachsen-will-bestehende-Windraeder-nicht-antasten.html> (15.10.2025).
- Ekberg, Kristoffer / Forchtner, Bernhard / Hultman, Martin / Jylhä, Kirsti M. (2023). *Climate Obstruction: How Denial, Delay and Inaction are Heating the Planet*. London: Routledge.
- Europäische Kommission (2023). *Climate Change. Special Eurobarometer 538*.
- FA Wind (2024). *Umfrage zur Akzeptanz der Windenergie an Land Herbst 2023. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage zur Akzeptanz der Nutzung und des Ausbaus der Windenergie an Land in Deutschland*. Berlin.
- Fitzgerald, Jennifer (2018). *Close to home: Local ties and voting radical right in Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Forchtner, Bernhard (2019). *The Far Right and the Environment Politics, Discourse and Communication*. Abingdon: Routledge.
- Freie Presse (2023). AfD-Abgeordneter ruft in Neukirchen zur Versammlung gegen Windkraft auf – Polizei ermittelt. *Freie Presse*, 11.09.2023. URL: <https://www.freiepresse.de/chemnitz/afd-abgeordneter-ruft-in-neukirchen-zur-versammlung-gegen-windkraft-auf-polizei-ermittelt-artikel13042996> (15.10.2025).
- Frondel, Manuel / Kükenthal, Vanessa / Larysch, Tobias / Osberghaus, Daniel (2021). Wahrnehmung des Klimawandels in Deutschland: Eine Längsschnittbefragung privater Haushalte. *Zeitschrift für Energiewirtschaft* 45, 119–131.
- Giddens, Anthony (2009). *The Politics of Climate Change*. Cambridge: Polity.
- Haas, Tobias / Sander, Hendrik / Fünfgeld, Anna / Mey Franziska (2025). Climate obstruction at work: Right-wing populism and the German heating law. *Energy Research & Social Science*, 123, 104034.
- Hansen, Michael / Olson, Jonathan (2024). *Political Entrepreneurship in the Age of Dealignment. The Populist Far-Right Alternative for Germany*. Wiesbaden: Springer VS.
- Heinze, Anna-Sophie (2022). Dealing with the populist radical right in parliament: mainstream party responses toward the Alternative for Germany. *European Political Science Review* 14(3), 333–350.
- Heinze, Anna-Sophie / Weisskircher, Manès (2022). No strong leaders needed? AfD party organisation between collective leadership, internal democracy, and „movement-party“ strategy. *Politics and Governance* 33(1), 263–274.
- Hoeft, Christoph / Messinger-Zimmer, Sören / Zilles, Julia (2017). *Bürgerproteste in Zeiten der*

- Energiewende: Lokale Konflikte um Windkraft, Stromtrassen und Fracking.* Bielefeld: transcript.
- Joshi, Neelakshi / Fiederling, Johanna (2026). Climate, nature or people? A critical discourse analysis of a contentious solar energy farm in Leipzig, Germany. *Local Environment*, i. E.
 - Jörg Urban Direkt (2025). Widerstand wächst – Kommunen lehnen Windräder ab! | Jörg Urban Direkt. *youtube.de*, 24.09.2025. URL: <https://www.youtube.com/watch?v=i6mrSL1kMME> (15.10.2025).
 - Jörgensen, Kirsten / Jogesh, Anu / Mishra, Arabin-da (2015). Multi-Level Climate Governance and the Role of the Subnational Level. *Journal of Integrative Environmental Sciences* 12(4), 235–245.
 - Küppers, Anne (2024). ‚Climate-Soviets‘, ‚Alarmism‘, and ‚Eco-Dictatorship‘: The Framing of Climate Change Scepticism by the Populist Radical Right Alternative for Germany. *German Politics* 9(4), 1–21.
 - Lehmann, Pola / Zehnter, Lisa (2024). The Self-Proclaimed Defender of Freedom: The AfD and the Pandemic. *Government and Opposition* 59(4), 1109–1127.
 - Maslaton Rechtsanwaltsgesellschaft mbH (2025). Windenergie-Moratorien: Juristische Luftnummer oder politisches Eigentor?, 02.20.2025. URL: <https://www.maslaton.de/news/Windenergie-Moratorien-Juristische-Luftnummer-oder-politisches-Eigentor-n1148> (15.10.2025).
 - Mudde, Cas (2019). *The Far Right Today*. Cambridge: Polity.
 - Otteni, Cyrill / Weisskircher, Manès (2022). AfD gegen die Grünen? Rechtspopulismus und klimapolitische Polarisierung in Deutschland. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 35, 317–335.
 - Paxton, Fred (2023). *Restrained Radicals: Populist Radical Right Parties in Local Government*. Cambridge: Cambridge University Press.
 - Radtke, Jörg / Kersting, Norbert (2018). *Energiewende: Politikwissenschaftliche Perspektiven*. Wiesbaden: Springer VS.
 - Sächsische Zeitung (2025). Bürgerinitiativen aus Sachsen planen Demo in Dresden gegen Windräder. *Sächsische Zeitung*, 28.05.2025. URL: <https://www.saechsische.de/wirtschaft/regional/in-sachsen-regt-sich-protest-gegen-windraeder-demo-in-dresden-geplant-ZBKS2HE7FNHCF-DCXP5EDND6VHQ.html> (15.10.2025).
 - Schreurs, Miranda (2008). From the Bottom Up: Local and Subnational Climate Change Politics. *The Journal of Environment & Development* 17(4), 343–355.
 - Schroeder, Wolfgang / Weßels, Bernhard (2019). *Smarte Spalter. Die AfD zwischen Bewegung und Parlament*. Bonn: Dietz.
 - Stefes, Christoph (2010). Bypassing Germany's Reformstau: The Remarkable Rise of Renewable Energy. *German Politics* 19(2), 148–163.
 - Toke, David / Breukers, Sylvia / Wolsink, Maarten (2008). Wind power deployment outcomes: How can we account for the differences? *Renewable and Sustainable Energy Reviews* 12(4), 1129–1147.
 - Weisskircher, Manès (2020). The strength of far-right AfD in eastern Germany: The east-west divide and the multiple causes behind „populism.“ *The Political Quarterly* 91(3), 614–622.
 - Weisskircher, Manès (2024). *Contemporary Germany and the Fourth Wave of Far-Right Politics. From the Streets to Parliament*. Abingdon: Routledge.
 - Weisskircher, Manès (2025a). Das Parteiensystem in Sachsen. Jahrzehntelange CDU-Dominanz und die Herausforderung der AfD im Parlament und auf der Straße. In Anna-Sophie Heinze / Uwe Jun / Torsten Oppelland (Hrsg.), *Regionale Vielfalt? Neue Trends subnationaler Parteiensysteme in Deutschland* (S. 409–427). Wiesbaden: Springer VS.
 - Weisskircher, Manès (2025b). German Politics in Times of Crises: The Success of the Post-Merkel Conservatives in the 2025 Federal Election. *Journal of Common Market Studies*, online first.
 - Weisskircher, Manès / Volk, Sabine (2025). The People against the Sun? Ideology and Strategy in Far-Right Parties' Climate Obstruction of Solar Energy. *Environmental Politics*, online first.
 - Westheuser, Linus / Siebert, Johanna (2025). Warum wir Klimapopulismus brauchen. *Surplus. Das Wirtschaftsmagazin*, 10.01.2025. URL: <https://www.surplusmagazin.de/warum-wir-einen-klimapopulismus-brauchen> (15.10.2025).





Angriffe auf Vielfalt

Anti-CSD-Proteste und die Mobilisierung rechter Jugendlicher in Sachsen

Seit einigen Jahren finden anlässlich des Christopher Street Days (CSD) auch abseits der Metropolen in kleineren Städten Pride-Paraden für die Rechte von LGBTIQ-Personen statt. Sie geraten zunehmend in den Fokus neonazistischer Mobilisierungen. In Sachsen gab es 2024 an mindestens 32 Orten rechte Demonstrationen oder Kundgebungen anlässlich des CSDs. Darüber hinaus kam es zu Störaktionen und Angriffen auf Teilnehmende und Infrastruktur (AK Fe.In, 2025; Volk, 2025). Die größte Mobilisierung gelang der extremen Rechten am 10. August 2024 in Bautzen, wo rund 700 Neonazis unter dem Motto „Gegen Gender-Propaganda und Identitätsverwirrung“ demonstrierten. In der Folge versuchten Akteure der extremen Rechten auch in anderen Regionen, dem Bautzener Beispiel zu folgen, wobei ein deutlicher Schwerpunkt der Mobilisierungen in den ostdeutschen Bundesländern und hier insbesondere in Sachsen lag (Mellea/Düker, 2024; AK Fe.In, 2025).

Besonders auffällig an den Protesten waren ihre jungen Teilnehmenden und die Mobilisierung durch neu entstandene jugendliche Neonazigruppen (Deutscher Bundestag, 2025). Das Center für Monitoring, Analyse und Strategie (CeMAS) spricht von einer „neue[n] Generation von Neonazis“ (Mellea/Düker, 2024). Das Thema schien gerade bei frisch politisierten rechtsextremen Jugendlichen zu verfangen.

Inwiefern handelt es sich bei den Anti-CSD-Protesten und ihrer starken jugendlichen Beteiligung um ein neues Phänomen? Wie stellte sich die Protestmobilisierung in Sachsen dar und was macht sie für Jugendliche attraktiv? Um diesen Fragen nachzugehen, greifen wir auf zwei Zugänge zurück. Zunächst blicken wir auf empirische Daten, die wir im Rahmen des am EFBI etablierten Monitoring antidemokratischer Mobilisierungen gesammelt haben. Diese ordnen wir vor dem Hintergrund der Strukturen und Strategien der extremen Rechten sowie ihrer geschlechterpolitischen Forderungen und Kampagnen ein. Warum gerade Jugendliche dafür ansprechbar sind, diskutieren wir anhand sozialpsychologischer Ansätze.

In unserem Beitrag verfolgen wir einerseits die These, dass sich in den Protesten neue politische Umstände und extrem rechte Strategien erkennen lassen, wir es also in Teilen mit einem neuen Phänomen zu tun haben. Andererseits argumentieren wir, dass die Proteste selbst nicht überraschend kamen. Ihnen wurde im Rahmen neurechter Metapolitik und Kampagnen zu den Themen Geschlecht und Sexualität lange der Boden bereitet. Geschlechterpolitik als zentraler Bestandteil rechter Ideologie hat immer auch das Potenzial, in den Vordergrund extrem rechter Mobilisierungen zu treten.

PRIDE UNTER DRUCK: DYNAMIKEN DER ANTI-CSD-PROTESTE 2024/25 UND DIE NEUE RECHTE JUGEND

Die Mobilisierungen gegen die CSDs im Sommer 2024 initiierten maßgeblich die *Jungen Nationalisten* (JN), die Jugendorganisation der Partei *Die Heimat* (früher NPD).

Seit ihrer Umbenennung im Jahr 2018 orientierten sich die JN zunehmend an der *Identitären Bewegung* (IB)¹ – sowohl begrifflich („Nationalisten“) als auch in einer stilisierten, aktionsorientierten und bewusst ästhetisierten Inszenierung auf sozialen Plattformen. Ab 2024 übernahmen sie zudem deren Praxis, Ortsgruppen als „Revolten“ neu zu labeln, und vollzogen damit einen sichtbaren Strategiewechsel, der an die Umbenennungen der IB nach deren Deplatforming² anschloss. Die Dresdner Ortsgruppe, die ab Frühjahr 2024 als *Elblandrevolte* mit neuen Gesichtern in Erscheinung trat, mobilisierte am 1. Juni 2024 in Dresden gegen den CSD – vor allem über TikTok und Instagram. Diese Demonstration markierte den Auftakt für die folgenden Anti-CSD-Proteste in Sachsen. Zwar nahmen an ihr nur rund 90 Personen teil (MDR Sachsen, 2024), doch Spiegel TV drehte eine Reportage, die den Mobilisierungsschub verstärkte (Kostrzewa/Neumann, 2024). In der Reportage wurde der extrem rechte Influencer Lucas „Chino“ Seifert porträtiert und sein TikTok-Account eingeblendet, was ihm einen enormen Zulauf an Followern bescherte.

1) Die JN benannten sich 2018 von *Junge Nationaldemokraten* in *Junge Nationalisten* um, dabei bezogen sie sich ausdrücklich auf die IB, welche daran arbeitete, den Begriff „Nationalismus“ aufzuwerten (VSBY, 2019).

2) Zunehmende Strafverfolgung (Wetzel, 2024a) und Sperrung auf den sozialen Plattformen (Beer, 2024) führten dazu, dass die IB ihre Ortsgruppen umbenannte: *Lederhosen Revolte*, *Revolte Rheinland*, *Wackre Schwaben* oder *Sachsengarde*.

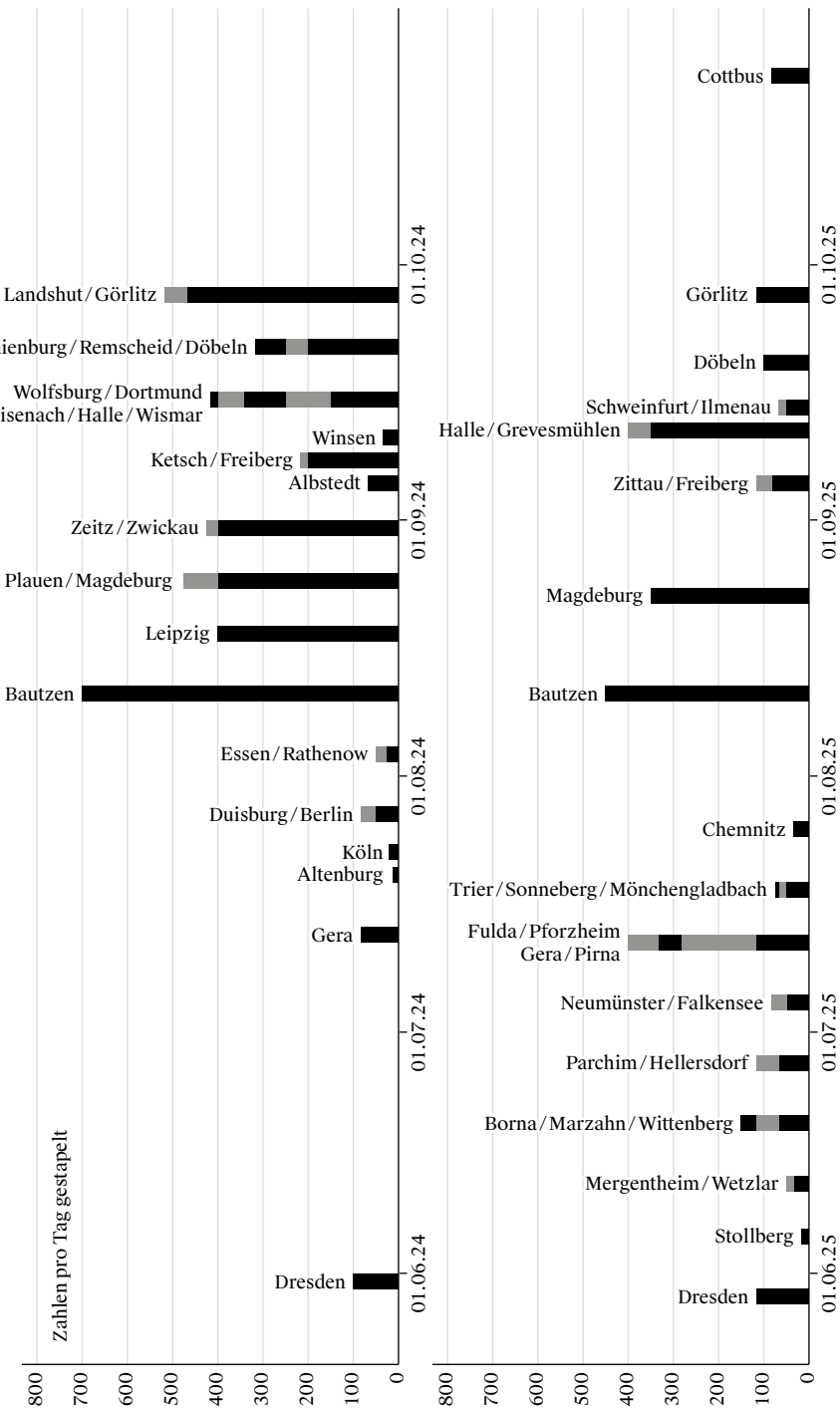
Der Wirkungsbereich der *Elblandrevolte* umfasst neben Dresden auch Meißen, Görlitz und Bautzen. Am 10. August 2024 unterstützte die Gruppe gemeinsam mit den *Freien Sachsen* den Anti-CSD-Protest der Bautzener Gruppe *Urbs Turrium* (Wetzel, 2024b). „Chino“ und die *Elblandrevolte* nutzten ihre gewachsene Reichweite, um für diesen Gegenprotest zu mobilisieren. Rund 700 Personen nahmen teil; unter ihnen auch neu gegründete Gruppierungen wie *Jung & Stark* (JS) und *Deutsche Jugend Voran* (DJV), welche ebenfalls über die sozialen Netzwerke zur Teilnahme aufriefen.

Die beiden letztgenannten Gruppen entstanden im Frühjahr/Sommer 2024 (Monitor Berlin, 2024) und fielen zunächst nur durch Online-Aktivitäten auf (TikTok-Videos, Edits). Dabei wirkten sie eher wie lose Freundeskreise und traten nicht als streng hierarchische Neonazi-Organisationen auf. Mitmachen konnten alle, die ihre Ansichten teilten und die Gruppennamen in Stories, Profilen und Posts verbreiteten. Eine tiefergehende ideologische Schulung war kaum erkennbar. Zugleich zeigte die DJV früh eine Nähe zur JN (Lenze, 2024). Öffentlich trat sie erstmals beim Berliner CSD 2024 auf: Rund 30 schwarz gekleidete, teils verummte Personen versuchten, den CSD zu stören, wurden dabei jedoch von der Polizei gestoppt (RBB, 2025).

Die Bilder der überwiegend sehr jungen Teilnehmenden an dem Anti-CSD-Protest in Bautzen, deren Auftreten an die 1990er Jahre erinnerte, stießen auf großes Interesse – sowohl in der Presse als auch in der extrem rechten Szene und bei noch nicht in deren Strukturen organisierten Jugendlichen, die über zahlreiche TikTok-Videos von der Demonstration erfuhren. In der Folge wurden weitere ostdeutsche CSDs von größeren extrem rechten Protesten begleitet (Düker et al., 2025), insbesondere in den Monaten August und September (vgl. Tab. 1). Im Zuge dieser Entwicklung begannen 2024 auch andere extrem rechte Parteien CSD-Gegendemonstrationen anzumelden: so etwa *Der III. Weg* in Zwickau (31.08., ca. 400 Teilnehmende; VSSA, 2024a) und die *Freien Sachsen* in Freiberg (07.09., ca. 200 Teilnehmende; VSSA, 2024b). Es folgten Döbeln (21.09., ca. 200 Teilnehmende) und Görlitz (28.09., ca. 460 Teilnehmende). Überall traten auch die Gruppen JS, DJV, *Deutsche Jugend Zuerst* (DJZ) oder *Der Störtrupp* (DST) auf (Geiler, 2024b). Ende September 2024 gründete sich zudem die Gruppe *Chemnitz Revolte* (CR), die enge Kontakte zu DJV und JS pflegte (ARC, 2025).

TABELLE 1 Teilnehmende an den Anti-CSD-Protesten in 2024 und 2025

TABELLE 1



Parallel zur hohen Beteiligung so vieler, insbesondere junger Menschen aus dem extrem rechten Spektrum sowie der Online-Mobilisierung in Form von TikTok-Videos zeigte sich auch eine neue Qualität im Protestgeschehen in Sachsen. Zwar gab es bereits in den Vorjahren queerfeindliche Vorfälle während der Pride-Saison (Berliner Register, 2023), neu sind jedoch Demonstrationen, welche parallel zu den CSDs angemeldet werden. Ein Großteil der Teilnehmenden waren lose organisierte Jugendliche, welche mit den online entstandenen Gruppen sympathisieren. Dieses Muster der Vernetzung lässt sich mit dem Konzept der *connective action* (Bennett/Seeger, 2012) fassen: Individuelle, dezentral koordinierte Beiträge stehen neben den stärker organisationsgebundenen Strukturen der *collective action*. Sloganhafte Gruppennamen (Deutsche Jugend Voran, Jung & Stark, Deutsche Jugend Zuerst) in Profilen laden zur Nachahmung ein; zugleich bleiben Kohärenz, Ressourcen und langfristige Bindung schwach – weshalb erst eine Überführung in kollektive Strukturen ein langfristiges Fortbestehen der Bewegung sichert.

Durch Strafverfolgung sowie interne Zerwürfnisse gebremst, rückten die neu entstandenen Gruppen, welche 2024 die Mobilisierung gegen die CSDs maßgeblich trugen, bei den Demonstrationen im Jahr 2025 in den Hintergrund. Ihre Führungspersonen, die sich teilweise innerhalb weniger Monate radikalisiert hatten, zeigten sich unerfahren im Umgang mit Presse und Polizei und einzelne Mitglieder posteten selbstbelastende Inhalte zu Übergriffen auf politische Gegner in sozialen Netzwerken (Geiler, 2025a). Nach Hausdurchsuchungen bei mutmaßlichen Mitgliedern der DJV kam ihr Anführer Julian Milz in Untersuchungshaft (Geiler, 2024a). Bei der *Chemnitz Revolte* kam es gerade einmal einem Monat nach ihrer Gründung zu einem Führungswechsel (ARC, 2025) und auch zwischen ursprünglich befreundeten Gruppen kam es zu Konflikten (Fröhlich/Geiler, 2025b; Geiler, 2025b).

2025 waren die Anti-CSD-Proteste nicht nur von den JN initiiert, sondern auch von deren Auftreten geprägt, während die neu entstandenen Gruppen weniger präsent waren und *Der III. Weg* keine Demonstration anmeldete. Insgesamt gab es zwar etwa genauso viele Proteste wie 2024, das Mobilisierungspotenzial ging jedoch zurück: In Bautzen erschienen nur rund 450 Personen (2024: 700), in Magdeburg waren es etwa 350 (2024: 400) und in Halle 40 (2024: 100). In Leipzig und Zwickau blieb ein organisierter Gegenprotest sogar ganz aus.

Gleichzeitig verzeichnen die JN nach eigenen Angaben Zulauf (tatsächlich sind auf ihren Demonstrationen vermehrt neue, junge Gesichter auszumachen) und auch *Der III. Weg* profitiert von der Mobilisierung. Gerade mit Blick auf das junge Alter vieler Neumitglieder ist die dort betriebene Indoktrination sowie die Ausbildung in Kampftechniken besorgniserregend. Dass von diesen Milieus erhebliche Gewalt ausgeht, belegen Überfälle aus dem Umfeld von DJV (Fröhlich/Geiler, 2025a), der *Nationalrevolutionären Jugend* (NRJ) (dpa/bb, 2024; ADW, 2025) oder der *Elblandrevolte* (Kaul et al., 2024; MDR Sachsen, 2025). Die angezeigten Straftaten umfassen Körperverletzung, Raub, Bedrohung und Volksverhetzung.

IDENTITÄT, GESCHLECHT UND GEWALT IN DER ADOLESCENZ

Die Ergebnisse des Monitorings werfen die Frage auf, woraus sich das aufgezeigte jugendliche Mobilisierungspotenzial der Anti-CSD-Proteste und die darin aufscheinende Gewaltbereitschaft speisen. Zunächst muss festgehalten werden, dass Ressentiments gegenüber Homosexualität, Transgeschlechtlichkeit, Feminismus und queeren Menschen nicht allein Teil rechter Ideologien sind, sondern sich in verschiedenen Ausprägungen in der gesamten Gesellschaft finden (Kalkstein et al., 2024, Zick et al., 2025; Simon/Birsl, 2025). So zeigt sich trotz zunehmender gesellschaftlicher Liberalisierungsprozesse in Bezug auf Geschlechter- und Sexualitätsvorstellungen bundesweit eine vergleichsweise hohe Zustimmung zu Homo- und Transfeindlichkeit, Heterosexismus und Antifeminismus. Vergleichbare Befunde gibt es auch für die Einstellungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen (Zick et al., 2023; Baier/Kamenowski, 2020).

Dass ein nicht unerheblicher Teil von Jugendlichen potenziell für rechte Geschlechtervorstellungen ansprechbar ist, zeigt sich auch in den sozialen Netzwerken: Hier gewinnen in den letzten Jahren Bewegungen, die traditionelle Geschlechterrollen propagieren, zunehmend an Popularität. Sowohl die *Tradwife*-Bewegung als auch die *Manosphere* (eine Online-Community, die sowohl männliche Überlegenheit als auch männliche Opfernarrative propagiert) weisen starke ideologische Überschneidungen mit anderen rechts-autoritären Positionen auf (Rösch, 2023; Jasser/Rothermel, 2024).

In Bezug auf Gewaltanwendung stellen insbesondere männliche Jugendliche und junge Männer ein Risiko für LGBTIQ-Personen dar (Lüter et al., 2024). Diese Gewaltaffinität kann im Jugendalter – neben familiären, kulturellen und sozialen Faktoren – von einer unbewussten Dynamik in der jugendlichen Sozialisation bestimmt werden. Dabei liegt die Hauptquelle einer gewaltbereiten Abwehr von Homosexualität und Transgeschlechtlichkeit laut dem Sozialpsychologen Rolf Pohl in dem abwehrenden Umgang mit „unbewussten Repräsentanzen des Eigenen und des Fremden“ in der sexuellen Identitätsentwicklung (Pohl, 2005, 249). Das Erleben vieler Jugendlicher schwankt in dieser Phase zwischen Größenfantasien einerseits und Ängsten vor Minderwertigkeit, Schwäche und Uneindeutigkeit andererseits. Diese Ängste können projektiv an Homosexuellen, queeren und Transpersonen festgemacht und abgewehrt werden und zur Sicherung der eigenen geschlechtlichen Identität als „richtiger Mann“ oder „richtige Frau“ dienen (ebd., 250f.).

Homosexualität und Transgeschlechtlichkeit stellen – gerade auch in Form der eigenen homosexuellen Neugier oder nicht geschlechterkonformen Anteile – die Eindeutigkeit heteronormativer Geschlechtergrenzen infrage. Gewalt gegen die eigenen unerwünschten Regungen sowie gegen diejenigen, die sie (vermeintlich) ausleben, erscheint dann als probates Mittel der Identitätssicherung (ebd., 254). Diese gewaltbereite Abwehr erscheint umso nötiger, je mehr sich die starren Männlichkeits- und Weiblichkeitsnormen verflüssigen und gleichzeitig an verinnerlichten Autoritäten festgehalten wird (Winter, 2022, 354).

Jugendliche Konfliktlagen und rechte Angebote wirken zusammen, wenn die DJV gegen „Identitätsverwirrung“ und die JN für eine „Jugend ohne Identitätsstörung“ mobilisiert. Ein zentraler Vorwurf gegenüber der LGBTIQ-Bewegung ist die Zerstörung von Identität. Die Betonung von feststehenden Identitäten verweist auf zentrale Wünsche und Ängste im Umgang mit adoleszenten Konflikten und Krisen. Gerade für junge Männer kann das dazu beitragen, sich rechten Gedanken und Bewegungen zuzuwenden (Schiedel, 2019; Fischer/Farren, 2023), aber auch junge Frauen sind in rechtsextremen Bewegungen aktuell sichtbarer denn je (vgl. Lochau/Müller, 2025; zu den Gründen vgl. Lang 2021; Winter 2022).

KONTINUITÄTEN DER EXTREMEN RECHTEN UND IDENTITÄRE
METAPOLITIK IM KONTEXT DER ANTI-CSD-PROTESTE

Die Bilder der Anti-CSD-Proteste lösten Assoziationen zu den sogenannten Baseballschlägerjahren aus. So sind Kleidungsstil und -marken (Lonsdale, Pitbull), aber auch die Musikwahl der neu entstandenen jungen rechtsextremen Gruppierungen – auf der Straße und auf TikTok – der Nazi-Skinhead-Bewegung der 1990er entlehnt. Daneben zeigten sich bei den Protesten auch Bezüge zur Fußball-Fan- und Ultra-Bewegung. Das Demonstrationsgeschehen am 8. August 2024 in Bautzen erinnerte an die ultra-typischen Fanmärsche mit Pyrotechnik und Vörsänger. Die aktivistisch anmutenden Choreografien der Ultras sind vor allem bei männlichen Jugendlichen beliebt, da sich dabei Demonstrationen von Macht und Stärke mit männlicher Identifikation verbinden. Das damit verbundene Potenzial wurde bereits vor Jahren durch die neurechte *Identitäre Bewegung* (IB) erkannt, die Elemente wie Transparente, Megafon-Anheizer oder Pyrotechnik früh für ihre eigenen, auf soziale Medien zugeschnittenen Inszenierungen adaptierte.

An bestehende Trends und Szenen anzudocken, um an deren Erfolg anzuknüpfen und ihre Bedeutung politisch aufzuladen, ist Teil der rechten Strategie der sogenannten Metapolitik. Dabei wird das Ziel verfolgt, über kulturelle Vorherrschaft im ‚vopolitischen‘ Raum Deutungshoheit zu gewinnen, Begriffe umzudeuten und die Grenzen des Sagbaren zu verschieben.

Ein Beispiel neurechter Metapolitik ist die Kampagne „Stolzmonat“, die gerade auch im Zusammenhang von Anti-CSD-Protesten bedeutsam ist, wurde sie doch als Gegenmodell zum Pride Month entworfen. Dabei wurde der Pride-Begriff umgedeutet: Aus „Stolz“ auf queere Identität wurde „Stolz“ auf Deutschland (bzw. wahlweise auf Österreich oder die Schweiz). Die Kampagne startete 2023 als Hashtag-Aktivismus (Tschiderer, 2023). Plattformen wie Twitter und Instagram wurden systematisch mit nationalistischen und queerfeindlichen Inhalten bespielt, die Regenbogenflagge in Deutschlandfarben umgestaltet und ein Bildgenerator für Profilrahmen in ebendieser Färbung bereitgestellt. Ziel war es, Begriff und Symbolik in das öffentliche Bewusstsein zu tragen und den Pride Month zu überschreiben.³ Die Strategien

3) Der queere Aktivist Fabian Grischkat ließ die Bezeichnung „Stolzmonat“ als Wortmarke eintragen (Grimm, 2024) und schwächte damit die neurechte Kampagne 2025 erheblich.

folgen so klassischen Werkzeugen der Online-Mobilisierung. Als Vertretung des neurechten Vorfeldes trug auch die IB die Stolzmonat-Kampagne mit, wobei sich deren Aktionen angesichts der Wahlen 2024 (Europawahl, Kommunal- und Landtagswahlen in Sachsen) vor allem auf Sachsen konzentrierten (Wetzel, 2024a). Auch der Wahlkampf der AfD, der 2024 deutlich stärker auf soziale Medien ausgerichtet war, band im Juni die Stolzmonat-Kampagne ein. In jenem Jahr begannen auch die Anti-CSD-Proteste, deren Botschaften deckungsgleich mit der Stolzmonat-Kampagne sind.

Unter dem Hashtag „Stolzmonat“ versammelten sich Postings, die vor allem zwei Motivbereiche miteinander verknüpfen: die Ablehnung von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt einerseits sowie die offene Artikulation des Stolzes auf die deutsche Nation andererseits. Diese Verbindung ist nicht zufällig. Antifeminismus, Frauen-, Homosexuellen-, Queer- und Transfeindlichkeit gehören zu den Kernelementen im Denken der extremen Rechten (Bitzan, 2017; Lehnert, 2025). Zentral sind dabei essenzialistische Vorstellungen vom „Wesen“ der Geschlechter und deren geschlechtsspezifischen Rollen sowie Sexualitäts- und Familienentwürfe, die auf die „Volksgemeinschaft“ verweisen. Aus den vermeintlich „natürlichen Wesen“ von Mann und Frau leiten sich deren Funktionen für die Nation ab.

Diese „klassischen“ rechts-autoritären Weiblichkeitskonstruktionen werden veränderten Geschlechterverhältnissen angepasst, was sich auch in selbstbewussten, sexualisierten Selbstinszenierungen von Frauen in rechtsextremen Subkulturen widerspiegelt (für diese Entwicklung in den 1990er Jahren Bitzan, 2000; aktuell Rösch, 2023). Auch bei den Männerbildern, die sich vor allem am Ideal der *soldatischen Männlichkeit* orientieren, zeigen sich Modernisierungseffekte: Inszenierungen neokonservativer Bürgerlichkeit finden sich ebenso wie rebellisch-militante Männlichkeitsbilder (Heilmann, 2010; Sanders/Jentsch, 2011).

Ausgehend von der binären Geschlechterkonstruktion und ihrer Bedeutung für die Volksgemeinschaft gilt Heterosexualität als eine „naturgegebene“ Tatsache“, Homosexualität hingegen als „widernatürlich“ und „dekadent“ (Bitzan, 2017, 351 f.). Darüber hinaus wird in der extremen Rechten die je eigene Sexualität kaum thematisiert und auch eine Auseinandersetzung damit findet nicht statt. Relevant wird das Thema nur dann, wenn es in negativer Konnotation an „Anderen“ verfolgt werden kann (ebd., 352 f.; Niendorf/Wetzel, 2023; Niendorf/

Winter, 2024). Exemplarisch dafür ist die Kategorisierung nicht-heterosexueller Vorlieben als krank, pervers, degeneriert und potenziell sexuell übergriffig gegenüber Kindern. Die AfD in Sachsen sprach sich 2024 in ihrem Wahlprogramm dafür aus, dass Kinder zu ihrem „Schutz“ nicht an CSDs teilnehmen sollten (AfD Sachsen, 2024, 2).

Rechte Propaganda sieht in CSD-Paraden Orte der Identitätsverwirrung oder -vernichtung. Dass dieser Vorwurf auch antisemitisch grundiert ist, zeigt sich an einem Sticker der JN mit dem Slogan „Familie, Heimat & Nation statt CSD!“, wobei der Schrifttyp der Abkürzung CSD hebräische Buchstaben imitiert. Hier wird nahegelegt, dass der Christopher-Street-Day von Juden instrumentalisiert wird, um die deutsche Nation zu zerstören. Ein weiterer antisemitischer Sticker der JN („Aus Anne wird Frank, das ist doch krank! Gegen den Genderwahnsinn“) schließt neben dem Verweis auf Anne Frank (und damit implizit auf den Holocaust) auch an die nationalsozialistische Praxis an, geschlechtliche und sexuelle Identitäten als Krankheit zu kategorisieren. Homosexualität wurde im Nationalsozialismus als „Volksseuche“ bezeichnet, die es zu eliminieren galt. Infragestellung und Überschreitung von Geschlechtergrenzen und Heteronormativität wurden als „unsichtbare jüdische Gefahr“ für Nation und Gemeinschaft konstruiert (Stögner, 2017), wobei diese Verknüpfung von Juden und Jüdinnen mit Vorstellungen von einer „abweichenden“ Sexualität bereits Jahrhunderte zurückreicht (Volkov 2000; Hessel/Miesiewicz 2020).

Aktuell zeigen sich antisemitische Bezüge insbesondere in Verschwörungserzählungen über den mächtigen Einfluss einer vermeintlichen „Gender-Verschwörung“ und „Translobby“ oder gar einer jüdischen Elite, die das Ziel verfolge, die nationale Einheit und Identität zu unterminieren. So bettete auch Sven Skoda beim Anti-CSD-Protest in Magdeburg 2025 die LGBTIQ-Bewegung in seiner Rede in eine antisemitische Verschwörungserzählung ein:

Das Ganze ist Teil der Umerziehung. Und ich sage euch ... ich muss euch gar nicht sagen, wessen Geist dahinter steht – jeder klar denkende Mensch weiß es ohnehin – und ohne sie beim Namen zu nennen [...]. Der gleiche Geist, der dieses Volk in zwei Weltkriege getrieben hat. [...] Es ist immer der gleiche Menschenschlag, der sich gegen unser Volk stellt.

Sven Skoda (zitiert nach Endstation Rechts, 2025)

Hier wird eine Bedrohung konstruiert, die Gewalt legitimiert. Verteidigt wird die Vorstellung einer natürlichen Gesellschafts- und Geschlechterordnung, die auf klaren Herrschaftsverhältnissen und eindeutigen Identitätskategorien beruht. Im antisemitischen Verschwörungsdenken sind es Juden und Jüdinnen, emanzipierte Frauen, Homosexuelle und Transpersonen, die die Vorstellungen „natürlicher Identität“ infrage stellen. An ihnen manifestiert sich „die Angst vor der vollständigen Auflösung gesellschaftlicher Identitätskategorien und damit die Angst vor der Erosion der gesellschaftlichen Ordnung“ (Hermann, 2020, 30).

FAZIT

Antifeminismus und Anti-Gender-Diskurse haben sich mindestens seit den 1990er Jahren zu einem bedeutenden Scharnier zwischen verschiedenen rechten Strömungen entwickelt (Bitzan, 2017, 358). Aktuell wird das insbesondere durch die Bedeutung von Transfeindlichkeit als Brückenideologie flankiert (Kalkstein et al., 2024). In diesem Kontext ist auch die Kampagne „Stolzmonat“ zu sehen, die mit der Ablehnung von LGBTIQ Differenzen und Kontroversen im rechten Lager überwindet. Damit sind auch in Deutschland Entwicklungen zu beobachten, die die Protestlandschaften in anderen Ländern, insbesondere in Mittel- und Osteuropa, stärker prägen (Graff/Korolczuk, 2022; Norocel/Paternotte, 2023).

Die Kampagne des „Stolzmonats“ hat im Sinne neurechter Metapolitik maßgeblich zum Erfolg der rechtsextremen Anti-CSD-Proteste 2024 beigetragen. Sie zielte darauf, den Pride Month umzudeuten und queerfeindliche Narrative zu verbreiten. Der Wahlkampf der AfD verstärkte ihre Reichweite erheblich. Durch diese metapolitische Vorbereitung im digitalen Raum trug das neurechte Vorfeld maßgeblich zur Mobilisierung gegen die CSDs bei. In dieser Form der digitalen Mobilisierung als *connective action* spielen soziale Medien eine zentrale Rolle. Die neu entstandenen Jugendgruppen ermöglichen über Social Media einen niedrigschwelligen Einstieg in die Szene der extremen Rechten. Mit Homosexuellen-, Trans- und Queerfeindlichkeit bedienen sie ein klassisches Thema, das sowohl unterschiedliche rechte Strömungen miteinander verbindet als auch über rechte Milieus hinaus anschlussfähig ist und junge Menschen in einer besonderen Entwicklungsphase trifft.

In der Adoleszenz spielt die Aushandlung von Identitäts- und Geschlechterentwürfen eine zentrale Rolle und sie findet in widersprüchlichen gesellschaftlichen Verhältnissen statt, die sowohl durch Modernisierung und Flexibilisierung als auch Retraditionalisierung und sexistische Beharrungskräfte geprägt sind. Gegenüber dieser Widersprüchlichkeit versprechen rechte Narrative Eindeutigkeit. Auch wenn diese zwanghafte Eindeutigkeit nicht mehr zu den gegenwärtig flexibilisierten Geschlechternormen passt, scheint sie, vielleicht gerade deswegen, zur Vergewisserung einer längst prekär gewordenen Identität gebraucht zu werden (Stögner, 2025, 48). Der Wandel der traditionellen Geschlechtervorstellungen setzt Ängste frei, die vorher in einer heteronormativen Geschlechter- und Sexualitätsordnung gebunden waren (Mentzos, 2016 [1976]; Niendorf/Winter, 2024).

Die rechten Angebote sind erfolgreich aufgrund ihres „affektiven Attraktionspotentials“ (Behringer et al., 2026). So nutzten etablierte Neonazi-Organisationen wie JN oder NRJ das entstandene Momentum der Anti-CSD-Proteste, um neue Mitglieder zu gewinnen. Das führte zu personellen Übergängen von den lose organisierten neuen Gruppierungen in gefestigte Parteistrukturen und einer zunehmenden Annäherung beider Milieus.

Die Gewaltbereitschaft dieser Mischmilieus ist durch zahlreiche Übergriffe belegt, über Kampfsportangebote findet eine weitere Professionalisierung statt. Die neue Generation neonazistischer Jugendgruppen stellt damit eine ernstzunehmende Bedrohung dar – insbesondere für marginalisierte Gruppen. Immer deutlicher wird, dass queere Lebensweisen zunehmend in den Fokus der gewaltbereiten rechten Bewegung geraten (vgl. Volk, 2025).

QUELLEN UND LITERATUR

- AfD Sachsen (2024). *Wahlprogramm der AfD Sachsen für die Landtagswahl Sachsen 2024. Damit Sachsen Heimat bleibt.*
- Antifaschistische Recherche Chemnitz (ARC) (2025). Neue junge Neonazis: Radikale Normalität/„Alle in schwarz“ – Die Gruppe „Chemnitz Revolte“. *Antifaschistisches Info Blatt*, Nr. 146, 6–9. URL: <https://chemnitz.noblogs.org/post/2025/01/08/chemnitz-revolte/> (16.09.2025).
- Aus Dem Weg (ADW) (2025). 15.06.2025 – III. Weg Angriff in Bad Freienwalde. URL: <https://www.ausdemweg.net/15-06-2025-iii-weg-angriff-in-bad-freienwalde/> (16.09.2025).
- Autor*innenkollektiv Feministische Intervention (AK Fe.In) (2025). Demonstrationen, Angriffe und Störungen: Nazis greifen queeres Leben an. Ein Rückblick auf die Pride-Saison 2024. *NSU-Watch*, 30.04.2025. URL: www.nsu-watch.info/2025/06/demonstrationen-angriffe-und-stoerungen-nazis-greifen-queeres-leben-an-ein-rueckblick-auf-die-pride-saison-2024/ (22.08.2025).
- Baier, Dirk / Kamenowski, Maria (2020). Verbreitung und Einflussfaktoren von Homophobie unter Jugendlichen und Erwachsenen. Befragungsbefunde aus der Schweiz und Deutschland. *Rechtspsychologie. Zeitschrift für Familienrecht, Strafrecht, Kriminologie und Soziale Arbeit*, 6(1), 5–35.
- Beer, Sebastian (2024). Alterungsprozess: Die Identitäre Bewegung ist in die Jahre gekommen. *Democ*, 22.07.2024. URL: <https://democ.de/artikel/alterungsprozess-die-identitaere-bewegung-ist-in-die-jahre-gekommen/> (05.09.2025).
- Behringer, Franziska / Langer, Phil C. / Winter, Sebastian (2026). Affektive Attraktivitätsmomente in völkischen „Jugend“-Bünden. Synthese der Studienergebnisse und Perspektiven für Prävention und Forschung. In Sebastian Winter / Phil C. Langer (Hrsg.), *Politische Sozialisation in völkischen Jugendbünden. Sozialpsychologische Studien zum Erlebnisangebot von Freibund und Deutscher Gildenschaft* (S. 231–248). Bielefeld: transcript.
- Bennett, Lance / Segerberg, Alexandra (2012). *The Logic of Connective Action: Digital Media and the Personalization of Contentious Politics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Berliner Register (2023). 2023: Hohe LGBTIQ*-Feindlichkeit während der Pride-Saison in Berlin. *Berliner Register*, 11.08.2023. URL: <https://berliner-register.de/artikel/2023-hohe-lgbtqi-feindlichkeit-waehrend-der-pride-saison-in-berlin/> (21.11.2025).
- Bitzan, Renate (2017). Geschlechterkonstruktionen und Geschlechterverhältnisse in der extremen Rechten. In Fabian Virchow / Martin Langebach / Alexander Häusler (Hrsg.), *Handbuch Rechtsextremismus* (S. 325–373). Wiesbaden: Springer VS.
- Bitzan, Renate (2000). *Selbstbilder rechter Frauen. Zwischen Antisexismus und völkischem Denken*. Tübingen: edition diskord.
- Der III. Weg (D3W) (2018). Kundgebung gegen Homo-Propaganda in Gera. URL: <https://der-dritte-weg.info/2018/09/kundgebung-gegen-homo-propaganda-in-gera/> (05.09.2025).
- Deutscher Bundestag (2025). Neue rechtsextremistische Jugendgruppen. *Parlamentsnachrichten*. 22.05.2025. URL: <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-1075946> (26.11.2025).
- dpa/bb (2024). *Vermummte Männer überfallen Gruppe am Ostkreuz – Verletzte*. DPA. URL: <https://www.zeit.de/news/2024-07/08/zwei-verletzte-bei-auseinandersetzung-am-berliner-ostkreuz> (05.09.2025).
- Düker, Joe / Mellea, Jessa / Rafael, Simone / democ (2025). Rechtsextreme Mobilisierung gegen CSDs: Eine Recherche von CeMAS und democ. *Center für Monitoring, Analyse und Strategie (CeMAS)*. URL: <https://cemas.io/blog/rechtsextreme-mobilisierung-gegen-csds-2025/> (05.09.2025).
- Endstation Rechts (2025). Videoblick zum gestrigen Aufmarsch der neonazistischen Szene gegen den CSD in Magdeburg. URL: <https://www.face-book.com/reel/1148673147170343/> (05.09.2025).
- Fischer, Jannik M.K. / Farren, Diego (2023). *Männliche Opfernarrative und rechtsextreme Einstellungen bei jungen Menschen: Validierung und Anwendung eines Instrumentes zur Erfassung maskulistischer Bedrohungsgefühle*. Monatsschrift für Kriminologie und Strafrecht, Vol. 106, Nr. 2, Seite 57–72.
- Fröhlich, Alexander / Geiler, Julius (2025a). Schläge, Tritte, Scheinhinrichtung: Anführer einer jungen Neonazi-Truppe aus Berlin vor Gericht. *Tagesspiegel*, 23.03.2025. URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/schlaege-tritte-scheinhinrichtung-anfuhrer-einer-jungen-neonazi-truppe-aus-berlin-vor-gericht-13319227.html> (05.09.2025).
- Fröhlich, Alexander / Geiler, Julius (2025b). Wieder beim Berlin-CSD festgenommen: Neonazi-Anführer Julian M. lief trotz Hafturteil vier Monate frei herum. *Tagesspiegel*, 29.07.2025. URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/wieder-beim-berlin-csd-festgenommen-neonazi-anfuhrer-julian-m-lief-trotz-hafturteil-vier-monate-frei-herum-14101262.html> (05.09.2025).
- Geiler, Julius (2024a). Nach Razzia bei Rechtsextremisten: Kopf von Berliner Neonazitruppe in Untersuchungshaft. *Tagesspiegel*, 25.10.2024. URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/nach-razzia-bei-rechtsextremisten-kopf-von-berliner-neonazitruppe-in-untersuchungshaft-12594326.html> (05.09.2025).
- Geiler, Julius (2024b). Springerstiefel, Ku-Klux-Klan und „Zecken boxen“: Das sind die Hintergründe der Neonazi-Schläger von Berlin-Lichterfelde. *Tagesspiegel*, 17.12.2024. URL: <https://>

- www.tagesspiegel.de/berlin/springerstiefel-klub-lux-klan-und-zecken-boxen-das-sind-die-hintergrunde-der-neonazi-schlager-von-lichterfelde-12886609.html (05.09.2025).
- Geiler, Julius (2025a). Gezielte Rekrutierung?: Wie alte Neonazi-Kader bei der rechtsextremen Jugend mitmischen. *Tagesspiegel*, 08.06.2025. URL: <https://www.tagesspiegel.de/politik/gezielte-rekrutierung-wie-alte-neonazi-kader-bei-der-rechtsextremen-jugend-mitmischen-13813057.html> (06.10.2025).
- Geiler, Julius (2025b). Es geht um Liebesbeziehungen und Techno: Warum sich junge Neonazi-Gruppen gerade gegenseitig bepöbeln. *Tagesspiegel*, 10.07.2025. URL: <https://www.tagesspiegel.de/potsdam/brandenburg/wieder-neonazi-demon-gegen-csd-in-brandenburg-bernau-will-am-sonnabend-das-queere-leben-feiern-13995851.html> (10.09.2025).
- Graff, Agnieszka / Korolczuk, Elżbieta (2022). *Anti-Gender Politics in the Populist Moment*. London/New York: Routledge.
- Grimm, Imre (2024). Posse um den „Stolzmonat“: Wie ein cleverer Aktivist die rechte Szene foppte. *RedaktionsNetzwerk Deutschland*, 02.06.2024. URL: <https://www.rnd.de/politik/rechter-begriff-stolzmonat-queerer-aktivist-meldet-wortmarke-an-644PWBY13ZHLVGMJIRUII325DL.html> (05.09.2025).
- Heilmann, Andreas (2010). Normalisierung und Aneignung – Modernisierung und Flexibilisierung von Männlichkeiten im Rechtsextremismus. In Robert Claus / Yves Müller / Esther Lehnert (Hrsg.), *„Was ein rechter Mann ist ...“ Männlichkeiten im Rechtsextremismus* (S. 53–66). Berlin: Karl Dietz.
- Hermann, Melanie (2020). Antimoderner Abwehrkampf. Zum Zusammenhang von Antisemitismus und Antifeminismus. In Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.), *Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt: Kontinuitäten* (S. 26–35). Jena: IDZ.
- Hessel, Florian / Misiewicz, Janne (2020). Antifeminismus und Antisemitismus in der Gegenwart – eine Fallanalyse zu Verschränkung und kultureller Codierung. In Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.), *Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt: Antisemitismus* (S. 168–179). Jena: IDZ.
- Jasser, Greta / Rothermel, Ann-Kathrin (2024). Die Manosphere: Männlichkeit(en), Misogynie und Rechtsextremismus. In Fabian Virchow / Anke Hoffstadt / Cordelia Heß / Alexander Häusler (Hrsg.), *Handbuch Rechtsextremismus*. Wiesbaden: Springer VS.
- Kalkstein, Fiona / Pickel, Gert / Niendorf, Johanna (2024). Antifeminismus und Antisemitismus – eine autoritär motivierte Verbindung? In Oliver Decker / Johannes Kiess / Aylene Heller / Elmar Brähler (Hrsg.), *Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024* (S. 161–180). Gießen: Psychosozial.
- Kaul, Martin / Fröhmecke, Helene / Pittelkow, Sebastian (2024). Angriffe in Dresden: Spuren in die rechtsextreme Szene. *Tagesschau*, 07.05.2024. URL: <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/dresden-taeter-angriff-auf-spd-politiker-102.html> (16.09.2025).
- Kostrzewa, Yuvina / Neumann, Henrik (2024). Die Elblandrevolte: Der Neonazi-Nachwuchs von Dresden. /SPIEGEL TV/. URL: https://www.youtube.com/watch?v=MfuHnPmR_4U <https://www.youtube.com/watch?v=MfuHnPmR_4U> (05.09.2025).
- Lang, Juliane (2021). Im Fokus: autoritär und extrem rechte Zugriffe auf ungleiche Lebenslagen von Mädchen und Frauen. In Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.), *Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Ursachen von Ungleichwertigkeitsideologien und Rechtsextremismus* (S. 26–37). Jena: IDZ.
- Lehnert, Esther (2025). Die extreme Rechte und Gender. In Fabian Virchow / Anke Hoffstadt / Cordelia Heß / Alexander Häusler (Hrsg.), *Handbuch Rechtsextremismus*. Wiesbaden: Springer.
- Lenze, Dominik (2024). Zu Besuch bei der deutschen Jugend. *Jungle World*, 31.10.2024. URL: <https://jungle.world/artikel/2024/44/berlin-brandenburg-razzien-neonazis-zu-besuch-bei-der-deutschen-jugend> (05.09.2025).
- Lochau, Lea / Müller, Hannes (2025). Jung. Weiblich. Rechtsextrem. *Belltower News*, 28.06.2025. URL: www.belltower.news/von-natur-aus-friedfertig-jung-weiblich-rechtsextrem-160757/ (27.08.2025).
- Lüter, Albrecht / Breitscheit, Dana / Konradi, Moritz / Riese, Sarah (2024). *Queerfeindliche Gewalt. Berliner Monitoring Trans- und homophobe Gewalt. Dritte Ausgabe 2024. Schwerpunktthema BI+ Feindlichkeit und Gewalt*. Berlin: Camino.
- MDR Sachsen (2024). Polizei verhindert Störaktion von Rechtsextremen beim CSD in Dresden. *MDR*, 01.06.2024. URL: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/dresden/dresden-radebeul/csd-neonazi-stoeraktion-polizei-100.html> (05.09.2025).
- MDR Sachsen (2025). Görlitz: Rechtsextremist Finley P. wieder in Untersuchungshaft. *MDR*, 17.05.2025. URL: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/bautzen/goerlitz-weisswasser-zittau/neonazi-finley-untersuchungshaft-rechtsextrem-gericht-100.html> (05.09.2025).
- Mellea, Jessa / Düker, Joe (2024). Eine neue Generation von Neonazis. Mobilisierungen gegen CSD-Veranstaltungen im Jahr 2024 durch rechtsextreme Jugendgruppen im Internet. Research Paper. Center für Monitoring, Analyse und Strategie (CeMAS). URL: https://cemas.io/publikationen/neue-generation-neonazis-mobilisierung-gegen-csd-veranstaltungen/cemas_-_2024-11_-_research_paper_-_neue_generation_neonazis.pdf (11.03.2025).
- Mentzos, Stavros (2016 [1976]). *Interpersonale und Institutionalisierte Abwehr*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

- Monitor Berlin (2024). Deutsche Jugend Voran – Vernetzung junger Neonazis in Berlin. URL: <https://web.archive.org/web/20250612122344/https://monitorberlin.blackblogs.org/2024/08/01/deutsche-jugend-voran/> (05.09.2025).
- Niendorf, Johanna / Wetzel, Gideon (2023). Antifeminismus, „Anti-Gender“ und Transfeindlichkeit in sächsischen Telegram-Kanälen und Gruppen. *EFBI Digital Report 2023-3*. Leipzig: Else-Frenkel-Brunswik-Institut.
- Niendorf, Johanna / Winter, Sebastian (2024). The evil sex of others. On the meaning of sexuality in authoritarian thinking. *Constelaciones. Revista de Teoría Crítica*, (16), 220–243.
- Norocel, Ov Cristian / Paternotte, David (2023). The Dis/Articulation of Anti-Gender Politics in Eastern Europe: Introduction. *Problems of Post-Communism*, 70(2), 123–129.
- Pohl, Rolf (2005). Sexuelle Identitätskrise. Über Homosexualität, Homophobie und Weiblichkeitsabwehr bei männlichen Jugendlichen. In Vera King / Karin Flaake (Hrsg.), *Männliche Adoleszenz. Sozialisation und Bildungsprozesse zwischen Kindheit und Erwachsensein* (S. 249–264). Frankfurt a.M. / New York: Campus.
- RBB (2025). Hunderttausende bei CSD-Demo in Berlin – Festnahmen bei kleinem Gegenprotest. *RBB*, 27.07.2025. URL: <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2025/07/christopher-street-day-berlin-csd-demonstration.html> (05.09.2025).
- Re:set (2023). Rechtsextreme Synergien – Am Beispiel der Dresdner Kameradschaft Werra Elbflorenz. *Digital Report 2023-2*. Leipzig: Else-Frenkel-Brunswik-Institut.
- Rösch, Viktoria (2023). Heimatromantik und rechter Lifestyle. Die rechte Influencerin zwischen Self-Branding und ideologischem Traditionalismus. *GENDER – Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft*, (2), 25–40.
- Sanders, Eike / Jentsch, Ulli (2011). AN und gender. In Jan Schedler / Alexander Häusler (Hrsg.), *Autonome Nationalisten. Neonazismus in Bewegung* (S. 135–153). Wiesbaden: Springer VS.
- Sauer, Birgit / Penz, Otto (2023). *Konjunktur der Männlichkeit. Affektive Strategien der autoritären Rechten*. Frankfurt a.M. / New York: Campus.
- Schiedel, Heribert (2019). Angry White Men. Männlichkeit(en) und Rechtsextremismus. In Forschungsgruppe Ideologien und Praktiken der Ungleichheit (Hrsg.), *Rechtsextremismus. Band 3: Geschlechterreflektierte Perspektiven* (S. 278–312). Wien: mandelbaum.
- Simon, Mara / Birsil, Ursula (2025). Maskulinität und Antifeminismus. In Andreas Zick, Beate Küpper, Nico Mokros, Marco Eden (Hrsg.), *Die angespannte Mitte. Rechtsextreme und Demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/25* (S. 157–172). Bonn: Dietz.
- Stögner, Karin (2017). „Intersektionalität von Ideologien“ – Antisemitismus, Sexismus und das Verhältnis von Gesellschaft und Natur. *Psychologie & Gesellschaftskritik*, 41(2), 25–45.
- Stögner, Karin (2025). Provinzialität und Modernität in Antisemitismus und Antifeminismus. In Johanna Niendorf / Fiona Kalkstein / Henriette Rodemerk / Charlotte Höcker (Hrsg.), *Antifeminismus und Provinzialität. Zur autoritären Abwehr von Emanzipation* (S. 39–59). Bielefeld: transcript.
- Tschiderer, Martin (2023). Wie Rechtsextreme gegen den Pride Month Stimmung machen. *Der Standard*, 05.06.2023. URL: <https://www.der-standard.at/story/3000000173105/wie-rechts-extreme-gegen-den-pride-month-stimmung-machen> (05.09.2025).
- Verfassungsschutz Bayern (VSBY) (2019). Junge Nationaldemokraten (JN). *Verfassungsschutz Bericht Bayern 2018*.
- Verfassungsschutz Sachsen (VSSA) (2024a). Aktivitäten rechtsextremistischer Akteure, die sich gegen Veranstaltungen zum „Christopher-Street-Day“ (CSD) im Berichtsmont August richteten. *Monatsbericht August 2024*, S. 20–25.
- Verfassungsschutz Sachsen (VSSA) (2024b). Aktivitäten rechtsextremistischer Akteure, die sich gegen Veranstaltungen zum „Christopher-Street-Day“ (CSD) richteten. *Monatsbericht September 2024*, S. 9–12.
- Volk, Sabine (2025). Pride im Visier. Rechtsextremismus, Queerfeindlichkeit und aktuelle Bewegungsforschung. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 38(3), 518–528.
- Volkov, Shulamit (2000). Antisemitismus als kultureller Code. In Shulamit Volkov, *Antisemitismus als kultureller Code. Zehn Essays* (S. 13–36). München: C. H. Beck.
- Wallace, Lewis (2009). Wired Backs Internet for Nobel Peace Prize. URL: <https://www.wired.com/underwire/2009/11/internet-for-peace-nobel/> (22.11.2009).
- Wetzel, Gideon (2024a). Aktuelle Entwicklungen. *Digital Report 2024-1*. Leipzig: Else-Frenkel-Brunswik-Institut.
- Wetzel, Gideon (2024b). Are the Kids far-right? *Digital Report 2024-3*. Leipzig: Else-Frenkel-Brunswik-Institut.
- Winter, Sebastian (2022). Die Geschlechtlichkeit zwischen sexueller Malaise und autoritärer Identität. Zur affektiven Funktion des antigenderistischen Wahns. In Karin Stögner / Alexandra Colligs (Hrsg.), *Kritische Theorie und Feminismus* (S. 345–366). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Zick, Andreas / Küpper, Beate / Mokros, Nico (2023) (Hrsg.). *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/2023*. Bonn: Dietz.
- Zick, Andreas / Küpper, Beate / Mokros, Nico / Eden, Marco (2025) (Hrsg.). *Die angespannte Mitte. Rechtsextreme und Demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/25*. Bonn: Dietz.



Zwischen Provokation, Destruktivität und „Menschlichkeit“

Wie extrem rechts sind die heutigen Montagsdemonstrationen?

Montagsdemonstrationen sind das zentrale Symbol der Friedlichen Revolution und gehören seitdem fest zur ostdeutschen Protestkultur. An diese Tradition knüpfen auch die „Montagsspaziergänge“ an, die im Zuge der Corona-Pandemie entstanden bzw. neuen Zulauf erlangten und bis heute fortgeführt werden. Diese weisen hinsichtlich ihrer Beteiligungskonstellationen und politischen Ansprüche deutliche Überschneidungen mit der *Querdenken*-Bewegung und anderen Corona-Protestbewegungen auf. Betrachtet man die Versammlungen aus der Ferne oder – wie im Rahmen meiner ethnografischen Studie – aus der Nähe, stößt man rasch auf einen Befund, auf den auch die mittlerweile umfangreiche Forschung zu den *Querdenker*- und Corona-Protesten hingewiesen hat: Sie zeichnen sich durch eine hohe Unübersichtlichkeit aus. Sowohl die Vielzahl an Themen, Sorgen und Ausdrucksformen als auch die heterogene Zusammensetzung der Teilnehmenden, die widersprüchliche Verwendung von Symbolen, uneindeutige Deutungsmuster und das Fehlen eines gemeinsamen ideologischen Kerns (Nachtwey et al., 2021; Brunner et al., 2021; Teune, 2021) lassen Beobachter*innen oft ratlos zurück. Die semantische und performative Offenheit dieser Demonstrationen – ihr vermeintliches Brechen mit klassischen Protestformen (Völz, 2021) zugunsten einer markanten Selbstinszenierung (Wirth, 2022; Brockhaus, 2021) – stellt eine methodische wie analytische Herausforderung dar, weil der Untersuchungsgegenstand droht, in seiner Vieldeutigkeit zu entgleiten. Und doch sind diese Proteste – trotz schwacher organisatorischer Kontur und ambivalenter politischer Ausrichtung – ausgesprochen präsent. In vielen ostdeutschen Städten halten die Montagsdemonstrationen mit bemerkenswerter Beharrlichkeit und Routine an. Das wöchentliche Ritual des Montagsspaziergangs zeichnet

sich demnach weniger durch ein geschlossenes inhaltliches Programm aus, sondern – wie zu zeigen sein wird – durch seine praktisch-performative Dauerhaftigkeit, durch Wiederholung und die damit verbundene Herstellung von Sichtbarkeit im öffentlichen Raum.

Während es bereits zahlreiche sozialwissenschaftliche Versuche gegeben hat, die Motive der Teilnehmenden zu verstehen (Freund-Möller et al., 2022; Frölich et al., 2023), wurde den Praxisformen, Affekten und Interaktionsdynamiken dieses Kollektivs – sowohl nach innen als auch nach außen – bislang nur punktuell Aufmerksamkeit geschenkt. An diesem Punkt setzt meine Untersuchung an. Im Zentrum meines Forschungsinteresses stehen die zugrunde liegenden *affektiven Strukturen* (Fromm, 1976 [1970]), die den heterogenen Zusammenschluss tragen und als Kitt dessen Zusammenhalt ermöglichen. Mit anderen Worten: Über bewusste Motive, Diskurse und Adressierungen hinaus zielen ich darauf ab, die psychosoziale Bedeutung beziehungsweise Funktion des montäglichen Rituals für die Demonstrierenden zu erfassen.

Vor diesem Hintergrund erweist sich ein ethnografischer Zugang als besonders geeignet. Dieser Forschungshaltung zufolge wird die Forscherin selbst Teil des Phänomens. Es geht darum, sich von den Beforschten mitnehmen zu lassen und sich auf eine leiblich-affektive Erfahrung einzulassen, die ein tieferes Verständnis für die Lebenswelt der Beteiligten eröffnet – für ihre Praxen und sozialen Dynamiken wie für ihr Tun und Fühlen, die nicht selten in Spannung zu ihren eigenen Selbstbeschreibungen stehen. Mein Feldaufenthalt erstreckte sich über den Zeitraum von 2023 bis 2025. In dieser Zeit begleitete ich in zwei sächsischen Städten die Demonstrationen, nahm an Zusammenkünften, Stammtischen und Gruppenausflügen teil und verabredete Einzeltreffen. Dabei bin ich keiner Person begegnet, die sich mit der Zuschreibung „rechts“ oder gar „rechtsextrem“ positiv identifizierte. Im Gegenteil: Diese politische Zuschreibung rief starke Reaktionen hervor – eine Mischung aus Empörung, Zorn und Verletzung –, gespeist aus der Erfahrung, von außen als „Nazis“ stigmatisiert zu werden. Eine distanziert-ablehnende Außenposition erschien mir daher für mein Erkenntnisinteresse nicht zielführend. Stattdessen entschied ich mich für eine praxeologische und affektsensible Forschungsposition, die eine möglichst weitgehende Annäherung an die Innenperspektive der Teilnehmenden erforderte. Dem der Ethnografie grundlegenden Prinzip der

Offenheit folgend suspendierte ich Voreinnahmen und Fremdzuschreibungen und ließ mich auf das Feld ein – auf seine Handlungs-, Sinn- und Affektstrukturen. Der ethnografische Zugang implizierte für mich dabei nicht nur eine epistemische, sondern ebenso eine ethische Dimension: In der Interaktion mit den Teilnehmenden war eine respektvolle, für Ambivalenzen und Komplexität durchlässige Haltung geboten – eine Haltung, die sensibel dafür ist, dass die von mir erforschten Individuen nicht nur Demonstrierende sind, sondern Männer und Frauen, die zahlreiche weitere soziale Positionen innehaben. Wie die Anthropologin Agnieszka Pasioka in ihren Überlegungen zur Ethnografie unter rechtsaußen Aktivist*innen betont: „The very same people may also be devoted nurses, passionate hikers and excellent pizza makers. And as we know, these other aspects of their lives are not ‚side information‘, but actually enable the ethnographer to better understand their positions.“ (Pasioka, 2019, 3f.) Ein Verständnis der Vielschichtigkeit ihrer Rollen und des komplexen Subjektnexus, der daraus resultiert, erschien mir unabdingbar für ein vertieftes Verständnis ihres politischen Engagements.

Im Folgenden zeige ich auf, inwiefern die Gruppe der Demonstrierenden Wesensmerkmale aufweist, die für rechtsextreme Positionen anschlussfähig sind und ihnen einen Resonanzraum bieten. Dabei vermeide ich Fremdzuschreibungen und beziehe mich allein auf die gewonnene Innenperspektive. Ausgehend von meinem empirischen Material, das aus ethnografischen Feldnotizen, Gesprächsprotokollen und Interviews besteht, beleuchte ich drei Dimensionen, die – meinen Befunden zufolge – konstitutiv für die Montagsdemonstrationen sind: (1) Provokation als Proteststrategie, (2) Destruktivität als Umgangsweise mit der Außenwelt und (3) „Menschlichkeit“ als bindendes und identitätsstiftendes Motiv. Abschließend stelle ich die drei Dimensionen in einen interpretativen Gesamtzusammenhang, der darauf abzielt, die Leitfrage meines Beitrags zu beantworten: Wie extrem rechts sind die heutigen Montagsdemonstrationen?

PROVOKATION ALS PROTESTSTRATEGIE

Die folgenden Beschreibungen und analytischen Überlegungen beruhen auf meinen Begegnungen und Erfahrungen in zwei Städten in Sachsen. Zur Wahrung der Anonymität verzichte ich darauf, zwischen den beiden

Städten zu unterscheiden, und nehme gezielte Verfremdungen vor, die jedoch die analytische Genauigkeit nicht beeinträchtigen. Die Darstellungen sind daher als Verdichtungen und Typisierungen meiner Beobachtungen und Interpretationen zu verstehen. Im Folgenden spreche ich von der Stadt K. – einer Stadt, die in dieser Form nicht existiert, jedoch exemplarisch zentrale Aspekte der beiden empirischen Fälle bewahrt und sichtbar macht.

Als Forscherin, die sich in der Welt der Montagsproteste bewegte, erhielt ich aus dem Kreis sozialwissenschaftlicher Kolleg*innen nicht selten halb neugierig, halb skeptisch formulierte Fragen: „Wie machst du das überhaupt? Ist das nicht gefährlich?“ oder „Wie bist du an die überhaupt herangekommen?“ Solche Fragen speisen sich meines Erachtens aus einer Tendenz zur *Exotisierung* des Anderen – einer Form der Fremdheitszuschreibung, die letztlich der moralischen Abgrenzung des Eigenen vom Fremden dient (Sanders-McDonagh, 2014; Pasiëka, 2019). Mit leichter Überraschung musste ich jedoch selbst feststellen, dass die Menschen, denen ich auf den Demonstrationen von Beginn an begegnete, äußerlich ungefährlich wirkten und mir mit fortschreitender Zeit sogar zunehmend vertraut wurden. Manche Protestierende begrüßten mich mit einem breiten Lächeln und einer herzlichen Umarmung; einige boten mir Schutz in unübersichtlichen oder konfrontativen Situationen auf der Straße an; für die Durchführung von Interviews luden mich manche zu sich nach Hause ein, wo frisch gekaufte Kuchenstücke und Kaffee für mich bereitstanden. Am regelmäßigen Versammlungsort selbst – einem Ort, der nicht nur zum Stadtzentrum gehörte, sondern auch eine historisch-symbolische Bedeutung für die Stadt K. besitzt – bot sich mir zumeist ein Bild von Menschen überwiegend höheren Alters, die langsam und ruhig eintrafen, sich freundlich begrüßten und sich über unterschiedliche Themen unterhielten – mal politischer, mal alltäglicher Natur. Entgegen der Vorstellung eines offen feindseligen und aggressiven Kollektivs begegnete mir bei den Montagsdemonstrationen stets etwas Profanes, das mit deren Erscheinungsweise und körperlichen Performativität verwoben war.

Wendet man sich dem Protestrepertoire dieser Zusammenkünfte zu, so stößt man auf ein buntes Spektrum an Symbolen und Plakaten: Friedens-, Reichsbürger-, Russland-, Deutschland- und Freie-Sachsen-Flaggen gehörten zu den häufigsten Erscheinungen. In Einzelfällen konnte die Präsenz roter Fahnen der „Freien Linken“ verwirren. Die

Protestierenden zeigten sich meist sehr kreativ und brachten eine Vielzahl selbstgefertigter Accessoires mit: Regenbogenherzen aus Pappe mit der Aufschrift „Love wins“, weiße oder grüne Regenschirme mit Schriftzügen wie „Ami go Home“ oder „Frieden! Freiheit!“, Lichterketten um den Hals und elektrische Kerzen in der Hand. Neben diesen harmlos wirkenden Symbolen traten auch etwas beunruhigendere Zeichen auf, etwa Mistgabeln aus Karton – ein Hinweis auf die im Jahr 2024 kurz laufenden Bauernproteste. Insgesamt spiegelten die Plakate ein affektives Klima von Angst und Misstrauen wider. Beispiele hierfür waren Slogans wie: „Wir können sie nicht zwingen, die Wahrheit zu sagen, aber dazu bringen, immer dreister zu lügen“ oder „Angst ist ihre Waffe. Unsere ist die Wahrheit“.

Unzweifelhaft war „Lautstärke“ ein prägendes Merkmal der montäglichen Aufführungen des Widerstands. Sie betraf sowohl die visuelle als auch die akustische Dimension. Das ritualisierte Ziehen durch das Stadtzentrum in geschlossener Runde diente nicht nur als symbolisches Reenactment der Montagsdemonstrationen von 1989, sondern verfolgte auch das eigenständige Ziel, eine starke und unnachgiebige Präsenz zu markieren. Die Verwendung knalliger Farben und auffälliger Requisiten war in dieselbe Strategie der Erzeugung von Sichtbarkeit eingeschrieben. Lautstärke war dabei selbstverständlich auch wörtlich zu verstehen – als akustische Durchdringung des öffentlichen Raums. So skizzierte ich einmal den folgenden Eindruck in meinen Feldnotizen.

Für einen Moment lasse ich mich aus dem tiefsten Inneren von der Atmosphäre des Aufzuges mittragen. Ich lasse die Lichter, die Klänge und die Gerüche über mich fließen, nehme ganz ursprünglich wahr, ohne mich zu wehren, ohne nachzudenken. Der Hintergrundklang: ein dumpfes, gleichmäßiges Schlagen der Trommeln, über deren Bass sich langsame und schmetternde Stadion-Plastiktrompeten erheben. Ich denke an den müden Ruf eines großen Schiffes, das den Hafen verlässt. Hin und wieder kreischt die Rednerstimme am Mikrofon dazwischen. Laut und drängend zählt sie fast pausenlos die Probleme des Landes auf: die Verarmung Deutschlands, wirtschaftlicher Niedergang, die fehlende Aufarbeitung von Corona, die Lüge über den Klimawandel,

100 Milliardenpaket für Aufrüstung und ein drohender Krieg. „Wir machen nicht mehr mit!“ war das Schlusswort. Wie so oft bleibt mir nur ein bitterer Nachgeschmack und ein aussichtsloses Gefühl des Niedergangs. Lösungen oder Visionen werden in keiner Weise vorgeschlagen. Es ist, als würden diese Reden, die zum Handeln einladen und ein Gefühl von Ermächtigung wecken sollten, in dem Moment, in dem sie sich erheben, zugleich wieder in sich zusammenfallen – in einen melancholischen Seufzer der Machtlosigkeit.

Die drängende Lautstärke des Protestrepertoires – insbesondere durch Trommeln und Stadiontrompeten – sowie die fragmentarische und doch apodiktische Formulierung politischer Deutungsmuster und Forderungen sind als Teil einer Proteststrategie zu verstehen, die mit Nachdruck und sogar Schockeffekten um Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit kämpft. Wie die *dichte Beschreibung* von oben illustriert, erschien die Montagsdemonstration performativ betrachtet als ein nach außen gewendeter kollektiver Körper, der auffällige, irritierende Requisiten, akustisch eindringliche Instrumente und Lieder sowie plakative Redebeiträge einsetzt, um starke emotionale Effekte beim umgebenden Publikum zu erzeugen. Dabei war die Intention weniger Analyse, Aufklärung, Aushandlung oder Bestimmung politischer Ziele. Vielmehr ging es um die Irritation des öffentlichen Raums – um dessen Erschütterung und gleichsam Verstörung. Mehr noch: Gerade an dieser Verstörung schienen die Protestierenden eine Gratifikation eigener Art zu gewinnen, die wesentlich darin bestand, sich über jenes Publikum moralisch zu erheben, das zugleich adressiert und gewonnen werden sollte.

Diese Vermutung ergibt sich aus dem ambivalenten Verhältnis, das die Montagsgruppe zu den Außengruppen unterhält. Dieses war von einer Spannung zwischen Annäherungsversuchen einerseits und Herablassung bis hin zu offener Verachtung andererseits geprägt. Dass sich diese Spannung im situativen Vollzug der Proteste immer wieder aktualisierte, lässt sich in weiteren Feldnotizen nachvollziehen:

*Der montägliche Rundgang dient offensichtlich diesem Zweck: die Passant*innen, die Zuschauer*innen auf den Balkonen, ja die gesamte Stadt K. dazu aufzurufen, sich*

*dem Zug anzuschließen und auf die Straße zu gehen. Dazu werden sehr offene, freundliche Körperhaltungen und Gesten eingesetzt: Die Teilnehmenden winken zu den Balkonen und Fenstern, lächeln Passant*innen an, zuweilen werfen sie ihnen einen Kuss zu. Ein Teilnehmer malt ein Herz auf den Bürgersteig, in pinker Pastellfarbe. Später hinterlässt derselbe an anderer Stelle ein „Sei frei“ in weicher, beinahe kindlicher Handschrift. Auch heute tönt die Stimme am Mikrofon, die versucht, die im Inneren eines Restaurants sitzenden oder am Straßenrand zuschauenden Menschen „abzuholen“. „Um 19 Uhr auf dem Platz K.! Komm vorbei! Wir gehen gemeinsam auf die Straße!“ Auf diese Einladung folgt dann eine knappe Beschreibung des Kollektivs, etwa durch die Hervorhebung der eigenen Friedlichkeit sowie der Opposition gegen Gewalt und Manipulation. Der Redner sucht die Zuschauenden und Zuhörenden zu erreichen, und dafür pocht er auf den Mut der Protestierenden – und appelliert über diesen Weg an den Mut der Zurückhaltenden. Ich rätsle nun: In demselben Appell schwingt ein Ton von Anklage mit; der Einladung folgt fast immer ein Vorwurf. Der Redner ruft diejenigen, die man zu Alliierten machen will, bald so an: „Getäuschte“, „Feige!“, „Euch geht es noch zu gut!“, „Ihr seid auch schuld daran, dass alles so bleibt!“*

Zu diesen unverkennbar feindseligen Äußerungen fügte sich nicht selten eine Praxis des Spottens und Schimpfens hinzu. Durch höhnische Bemerkungen oder gar beleidigende Zurufe ließen einzelne Teilnehmende ihren Unmut an jenen aus, die sie als „Resignierte“, „Schlafende“, „Faule“ oder „Dumme“ zu bezeichnen pflegten. In besonders gereizten Situationen konnte ich zudem beobachten, wie Teilnehmende Andersdenkende – nämlich Gegendemonstrierende, aber auch schlicht befremdet Vorbeilaufende – anschrien oder körperlich bedrängten. Man konnte sich schwer dem Eindruck entziehen, dass selbst die so eingespielte und zur Schau gestellte Freundlichkeit, die das öffentliche Auftreten der Gruppe charakterisierte, mit einer hämischen Intention verknüpft war, welche eine moralische Ökonomie absteckte. Interaktionsmomente, die vermeintlich einer Annäherung dienen sollten, wirkten im letzten Effekt vielmehr als Mittel der Differenzierung zwischen dem „Wir“ und

dem „Sie“ – zwischen den „mutigen Straßenkämpfern“ und jener Menge, die sich der Mobilisierung verweigerte, den „Passiven“, die aus dieser Logik heraus Verachtung verdienten.

Im starken Kontrast zu den ostentativen Gesten der Liebe und des Friedens, zum deklarierten Anspruch auf Dialog und gegenseitige Anerkennung stand die herablassende Grundhaltung des Kollektivs im Umgang mit seiner Umgebung. Gerade dieser Widerspruch zwischen *Harmlosigkeit* und *Abwertung* machte unter anderem seinen ambivalenten Charakter aus: Im Schutzraum der pazifistischen Performativität konnten sich unhöfliches Verhalten, Provokationen und die Missachtung gesellschaftlicher Erwartungen und Befindlichkeiten vollziehen, ohne dass dabei die Selbstgewissheit aufgegeben werden musste, zu den *Guten* zu gehören.

Nicht zuletzt lässt sich sagen, dass die provokative Erschütterung durch die eigene (laute, unbequeme) Präsenz womöglich bereits an sich einen Sinn und Zweck erfüllt – als bestünde eine eigene Form der Befriedigung darin, Außenseiter*in zu sein und anderen die Situation so unangenehm wie möglich zu machen. Einmal erklärte mir eine Teilnehmerin, die dem montäglichen Ritual eine tiefe persönliche Bedeutung zuschrieb, den Sachverhalt direkt und eindrücklich: „Wir wollen ein Stachel im Fleisch sein.“

DESTRUKTIVITÄT ALS UMGANGSWEISE MIT DER AUSSENWELT

Die Provokation der Montagsdemonstrierenden zeigte sich neben der beschriebenen lautstarken Präsenz durch ein ambivalentes Verhalten zur Umwelt. In Symbolen, im Auftreten und in performativen Praktiken zeigten sich menschenfreundliche und menschenfeindliche, einladende und verunglimpfende Ausdrucksformen nebeneinander.

Das provozierende Auftreten lässt sich aber nicht nur als bloßes Mittel verstehen, durch das die Demonstrierenden versuchen, sich Gehör zu verschaffen. Sozialpsychologisch betrachtet kann dies auch als Abwehrmechanismus fungieren: Wer provoziert oder verspottet, tut dies oft, um Angst zu bändigen und Kontrolle über eine als feindlich empfundene Außenwelt zurückzugewinnen. In der Beziehungsdimension bedeutet dies, dass durch Provokation die Grenzen und Reaktionen der Umwelt ausgelotet werden, um indirekt die Sicherheit des Kontexts und die eigenen Handlungsoptionen zu prüfen. Ein anderer Fall tut sich

jedoch auf, wenn die Grenzen der anderen gar nicht als solche erkannt und respektiert werden und übergriffige sowie aggressive Handlungen und Deutungsmuster die Oberhand gewinnen. Hierbei werden Grenzen zwischen dem Eigenen und dem Fremden imaginativ oder praktisch forciert. Um die Welt dem Eigenen gleichzumachen, werden Differenzen und Unverfügbarkeiten unterlaufen und symbolisch zerstört.

Grenzüberschreitungen manifestierten sich in unterschiedlichem Ausmaß unter den Montagsdemonstrierenden – teils bewusst, teils unbewusst –, in ihrem Interaktionsverhalten zu anderen und zu mir als Forscherin. Die Lust an Destruktivität wurde dabei besonders erfahrbar im Kontext ethnografischer Gespräche und Interviews. Folgende Miniatur soll zur Veranschaulichung dienen.

Kurz vor Ende des Spaziergangs wird es interessant. Ein Teilnehmer beginnt ein Gespräch mit mir. Er hält seine Handykamera griffbereit, da ihn – wie er erklärt – die Reportagecrew, die den Protest heute begleitet, „stutzig“ gemacht habe. Er meint, das könne eine Falle sein, um den Protest bei erster Gelegenheit schlecht darzustellen. Als „Wachmann“ sei er notfalls bereit, die „Wahrheit“ zu dokumentieren. Ich spüre die Aufregung in seiner Stimme. Seine überflutende und chaotische Erzählweise lässt mich an eine Lawine denken. Ich kann nicht alles aufschreiben. [...] Ich frage ihn, welche Partei er bei den anstehenden Wahlen wählen werde. „Die AfD!“, antwortet er selbstbewusst. Aus seiner Begründung entnehme ich, dass es ihm eher um eine Proteststimme, eine Art Bestrafung der etablierten Parteien, als um einen wirklichen Glauben an die blaue Partei geht. Dabei spielt das Motiv der „Wahrheit“ in seinem Verhältnis zur AfD eine zentrale Rolle. Ihm zufolge sei die Erwartung, dass „die Wahrheit rauskommt“, das entscheidende Kriterium – egal, was es koste, selbst wenn es bedeuten würde, eine Partei an die Macht zu lassen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit ebenso enttäuschen werde wie alle anderen. Der desillusionierte Mann spricht weiter vom bevorstehenden Umbruch und der Zersetzung des Systems, zu deren Beschleunigung die AfD seiner Ansicht nach verhelfen könne. [...] Auf meine Frage, wie es konkret aussehen solle, nachdem man das Alte elimi-

niert habe, antwortet er mit einer vagen Vorstellung, die bereits eine erneute Ernüchterung, eine Wiederkehr des Immergleichen erahnen lässt. „Vielleicht werden wieder neue Parteien entstehen ...“, sagt er nun mit geringerer Emphase, aber heiterem Ton, und fügt dann mit einem kurzen Auf-lachen hinzu: „Es ist immer so: Die Revolution frisst ihre eigenen Kinder.“

In dieser Begegnung zeigt sich etwas Typisches für das Milieu. Zum einen tritt die defensive, misstrauische Haltung hervor, mit der die Protestierenden einer als feindlich wahrgenommenen Welt begegnen. Übertriebene Wachsamkeit gegenüber der Umgebung erzeugt den Druck, die Situation selbst unter Kontrolle bringen zu müssen. In der Szene vergegenständlicht die „Handykamera“ gewissermaßen diesen Versuch der Kontrollnahme einer unsicheren Lage, indem sie als Instrument dient, die „Wahrheit“ zu dokumentieren. Man kann die Handykamera insofern als ein haltgebendes Objekt begreifen, das Schutz bietet und im Zweifel auch zum Zurückschlagen einsetzbar ist, indem es eine *Gegenwahrheit* produziert. Gleichzeitig verweist die Natur der beschriebenen Interaktion – emotional hektisch, überschäumend, schwer zu strukturieren – auf eine fortbestehende innere Unkontrollierbarkeit, die trotz aller Versuche der Einordnung unauflösbar bleibt. Bemerkenswert am Motiv der „Wahrheit“, das von den Demonstrierenden so häufig bemüht wurde, ist seine zugleich schillernde und opake Semantik: Sie gilt als allen Menschen offensichtlich und ist zugleich von einer numinosen Aura umgeben. Im Erzählten meines Gesprächspartners wird „Wahrheit“ als zentrales Kriterium zur Begründung der Zustimmung für die AfD herangezogen. Die Partei wird zwar desillusioniert betrachtet und als bessere Option eher negativistisch bestimmt, doch ihr wird ein Potenzial beigemessen; sie könne massive Aufdeckungsprozesse einleiten, die das gegenwärtige politische System überrollen sollen. Man erkennt in diesem Denkmuster eine Sehnsucht nach Systemzusammenbruch, worin „Wahrheit“ wie eine naturgewaltige und erlösende Instanz einbricht – eine Art Deus ex Machina, der, wie in der altgriechischen Tragödie, aus einer ausweglosen Situation den Helden erlöst. Dabei scheint es weniger der Punkt zu sein, dass man im Nachgang etwas Neues und Besseres erschafft, sondern dass man sich in den eigenen Anklagen und Vorhersagen endlich bestätigt sieht. Erhofft wird die

Zerstörung der etablierten Strukturen einer als aus den Fugen geraten interpretierten Welt. Darin liegt die größte Restitution.

Der Wunsch nach dem Umbruch mittels Wahrheitsoffenbarung scheint bei vielen Montagsdemonstrierenden an sich ein befriedigender Gedanke zu sein; die schädlichen Effekte für die anderen, aber auch für das Selbst – die zum Beispiel der Machtergreifung einer antidemokratischen und menschenfeindlichen Partei wie der AfD folgen würden – werden als Kollateralschaden in Kauf genommen. Die Destruktivitätslust kommt auch in der nächsten Sequenz aus einem Interview zum Ausdruck, in welcher der ersehnte Systemzusammenbruch nicht an eine Partei wie die AfD delegiert, sondern unmittelbar einer Naturkatastrophe überantwortet wird.

[...] oder es passiert doch eine Naturkatastrophe und dann würde ich sofort einen Cut machen und ein System installieren, wo es darauf beruht, halt zu sagen: Leute, ihr wisst ganz genau, um was es jetzt geht, um Menschlichkeit, dann lasst uns doch jetzt damit anfangen. Jetzt sind diese ganzen Idioten weg, okay sie sind nicht weg, aber der große Reichtum von den Menschen ist zerstört worden, halt, zum Beispiel die ganzen Häuser kaputt. Und ich sage, lasst uns jetzt anfangen, noch mal alles aufzubauen. Jeder Krieg hat der Zerstörung gebracht, halt, und Naturkatastrophen genauso, und nach jedem Waldbrand sieht es schlimm aus, aber dadurch entsteht immer wieder was Neues halt. Und diesen Gedanken, den muss man sich nehmen und sagen: Jetzt lasst uns die Chance nehmen. Aber dazu dürfen die Menschen nicht mehr da sein, die immer Intrigen spinnen und immer versuchen, ähm, ja- das ähm- mein Gedanke wäre, wie gesagt, ähm, eine friedvolle- uns könnte es SO gut gehen hier auf dieser Welt als Menschen.

Der Interviewteilnehmer eröffnet ein dystopisches Szenario, welches dennoch positiv besetzt ist. Er fantasiert von einem durch eine Naturkatastrophe induzierten, völlig neuen System, in dem sich die Überlebenden im Namen einer regenerierten „Menschlichkeit“ zusammenfinden und wieder von vorn beginnen können. Die „ganzen Idioten“ haben die Katastrophe nicht überlebt, wobei ein Bezug zu den Politikern

dahinter zu erahnen ist. Die Nähe der beiden Bilder, der Zerstörung des „großen Reichtums“ und der „kaputten Häuser“, lässt die Vermutung zu, dass hier der Sturz des Kapitals und seiner Finanzzentren ausgemalt wird. Die Gewalt, die durch die metaphorische Trias – Naturkatastrophe, Krieg und Waldbrand – eingeführt wird, wird als notwendiger Preis akzeptiert, eventuell sogar als Segen begrüßt, da sie den Abschied vom frustrierenden Alten und den Eintritt in ein menschlicheres Neues verspricht. Die Hebel des Wandels unpersönlichen Naturgewalten zu überlassen, zusammen mit Fantasien von radikaler und willkürlicher Zerstörung, deutet jedoch eher auf das Motiv der Palingenese hin, auf den Glauben an eine vollständige Zerstörung der bestehenden Ordnung, begleitet von einer anschließenden Wiedergeburt und Bereinigung der Welt. Gerade dieses Motiv ist Bestandteil der faschistischen Ideologie, wie Griffin in seinem Buch „Die Natur des Faschismus“ (1991) darlegt. Außerdem könnte ein Bezug auf einen apokalyptischen Zusammenbruch Bestrafungsfantasien befrieden. In dieser Vorstellung liegt weit mehr als nur Ressentiment: Es gerinnt zu Hass, zu jener affektiven Form, die nicht bloß grollt, sondern auf Vergeltung, auf den „Tag X“ aus ist.

Direkt im Anschluss an die zerstörerische Vorstellung folgt die Forderung nach einer „friedvollen“ Welt, in der es allen Menschen gut gehen kann. Die Unmittelbarkeit, mit der erschreckende und gewaltvolle Szenarien harmonischen Bekenntnissen weichen, mag erstaunen. Die beiden Momente gehen tatsächlich fast ineinander über, als sei das eine nicht ohne das andere zu denken. So sind, in diesem Denkmuster, destruktive Fantasie und das Ideal der „Menschlichkeit“ und des Friedens eng miteinander verzahnt.

MENSCHLICHKEIT ALS VERBINDENES UND IDENTITÄSSTIFTENDES MOTIV

„Ich stehe hier für Menschlichkeit!“ Dieser Satz ist mir sowohl auf dem Protest als auch im Interview immer wieder wie ein Leitmotiv begegnet. Allerdings irritierte mich die Abstraktheit dieser Figur, denn: Was ist mit *Menschlichkeit* überhaupt gemeint? Im politischen Kontext fällt die hier eingeschriebene Semantik in zweierlei Hinsicht auf. Erstens wirkt der Begriff unpolitisch; das in ihm implizierte moralisch Gute scheint keiner (politischen) Aushandlung zu bedürfen. Denn wer wäre schon *gegen* Menschlichkeit? Zweitens ist er offen, also nahezu unbegrenzt

ausdehnbar und mit unterschiedlichsten Inhalten füllbar. Beide Merkmale erzeugen den Anschein von Allgemeingültigkeit und machen das Ideal anschlussfähig für sehr unterschiedliche – teils widersprüchliche – Positionen.

In einem Interview artikuliert eine Teilnehmerin den Wunsch nach einer Rückkehr zur Menschlichkeit, woraufhin ich nach ihrer persönlichen Deutung nachfragte. Das war ihre Antwort:

Menschlichkeit heißt, (.) dass jeder sein darf. (.) Also es ist im Prinzip ganz einfach. (.) Wenn ich sein darf und du sein darfst, dann kannst du dein Ding machen und ich mache mein Ding. Du so, ich so. Die einzige Verabredung, die wir treffen müssen im Sinne der Menschlichkeit: Ich tue nichts absichtlich, zumindest nicht, was dir schadet, und du tust nichts absichtlich, was mir schadet. (.) Dann brauchen wir uns- Also, dann können wir uns unterhalten. Wir können uns (.) die Köpfe heißreden, über Gott und die Welt, aber wir müssen uns nicht bekriegen. // I: Mhm // Und DAS ist für mich Menschlichkeit. Menschlichkeit hat auch was mit Liebe zu tun, und zwar nicht dieser Liebe, so, ich kaufe mir irgend-etwas oder keine Ahnung was, sondern- (.) Na das hat auch was mit- mit bedingungsloser Liebe. Und das ist ein absolut missbrauchter Begriff, das ist mir schon klar, aber göttliche Liebe und- und (.) das ist etwas- das ist nicht an Bedingungen geknüpft, (.) das ist einfach da. (.) Das hat für mich auch viel mit Menschlichkeit zu tun. Einfach da sein.

Die Passage stellt mehr dar als ein rhetorisches oder kognitives Konstrukt. Sie ist in eine affektive Struktur verstrickt und dient einem innenpsychischen Bedürfnis. Die gerade zitierten Ausführungen beinhalten zwei subjektive Vorstellungen von „Menschlichkeit“, die – so der Eindruck – miteinander unstimmt sind. Im ersten Teil liefert die Person eine Deutung, die etwa mit Akzeptanz von Singularitäten zu tun hat. Jeder darf sein und handeln nach eigenem Ermessen, wobei jedoch eine ‚Verabredung‘ notwendig sei: Man darf sich mit den eigenen Idiosynkrasien nicht in die Quere kommen. Der auffällige Rekurs auf Worte wie „schaden“ und „bekriegen“ könnte auf ein latentes Bedrohungserleben hindeuten, das unbedingt gebändigt werden muss. Nach dieser

Auffassung bedeutet eine Rückkehr zur Menschlichkeit ein Bedürfnis nach Authentizität und Autonomie bei gleichzeitiger Suche nach Bindung mit anderen jenseits von Verletzung und Ausstoßung. Menschlichkeit hat also hier die Funktion eines Schutzraumes gegen zerstörerische Tendenzen – die von anderen ausgehen, aber die auch im Selbst wirksam sein können. Im zweiten Teil emergiert ein etwas anderes Menschlichkeitsprinzip, das die Interviewteilnehmerin mit „göttliche[r] Liebe“ assoziiert. Am Ende mündet die Passage in die Vorstellung von reiner Präsenz – „einfach da“ sein, bedingungslos. Auch daran lässt sich der Wunsch nach einer Existenzform erkennen, die jenseits von Konflikt und Verletzbarkeit liegt. Während im ersten Teil noch die Notwendigkeit von Verabredung und Vermittlung postuliert wird, weicht diese Logik im zweiten Teil einer Vorstellung von Bedingungslosigkeit und spiritueller Einheit, in der Differenz aufgehoben wird. Warum solche zwei inkonsistenten Deutungen? Was ist hier mit dem „Göttlichen“ gemeint und wie gehört diese Dimension zum Menschlichen? Anhand weiterer Sequenzen im selben Interview wird deutlich, dass die Rückbesinnung auf die Menschlichkeit bedeutet, die ursprüngliche spirituelle Einheit der Menschen zu erkennen, um sich über diese Besinnung auf zwischenmenschliche Beziehungen einlassen zu können. So gesehen ist in dieser Deutung das Vertrauen in das menschliche Vermögen zum friedlichen Zusammenkommen sehr eingeschränkt. Weil für sie die potenziell destruktive Stoßkraft menschlicher Begegnungen ständig im Hintergrund lauert, entwirft die Teilnehmerin eine esoterisch-spirituelle Rettungsfantasie, die in ihrer letzten Folge mit der Nivellierung von Differenz gleichzusetzen ist. Wenn alle Kreaturen göttlich sind, gibt es keine Schuld, keinen Konflikt, keine Andersartigkeit und folglich keine Verwerfung. Auf diese Weise gelingt es ihr, die unheimliche Alterität der Welt – die sie möglicherweise selbst aus Misstrauen und durch Projektionen konstruiert – zu begrenzen und handhabbar zu machen.

Wie dieses Beispiel zeigt, ist „Menschlichkeit“ auf der Ebene des Subjekts ein symbolisches Terrain, auf welchem die Spannung zwischen Bezogenheitssehnsüchten und dem Wunsch nach gegenseitiger Anerkennung einerseits und der Angst vor realen oder imaginierten Beziehungsverletzungen andererseits verarbeitet wird. Es bietet in letzter Instanz ein abstraktes Gegenbild zu einer als bedrohlich erlebten Realität; ein mystischer Zufluchtsort, in dem man sich dem verschmel-

zenden Gefühl mit allen und allem hingeben kann. Ihre Weltabgewandtheit macht sie jedoch weitgehend entpolitisierend.

Was macht dieses Motiv jedoch auf der kollektiven Ebene so attraktiv und politisch so mobilisierungsfähig? Naheliegend ist, dass es – wenn auch so unkonkret und unterbestimmt, oder gerade *weil* es so unkonkret und unterbestimmt ist – den auf unterschiedliche Weise mit der Welt unzufriedenen Menschen ein egalitäres Gefühl von Beheimatung vermittelt. Jeder darf sich dort als „angekommen“ und „aufgehoben“, ja sogar in den eigenen Idiosynkrasien vollständig akzeptiert fühlen. Die häufige Selbstbeschreibung des Montagskollektivs als „Menschheitsfamilie“ zeugt von jener emotionalen Bindekraft, die die Imagination von etwas als natürlich, eindeutig und universell Geltendem erzeugt.

Dabei darf nicht übersehen werden, dass die absolute Positivität, die die Demonstrierenden diesem Ideal beimessen, nicht ohne Preis auskommt: Geopfert wird das Bewusstsein für Negativität – nämlich Differenz, Ambivalenz und Widerspruch. Damit wird die wahre Natur weltlicher Erfahrung erstickt. Es scheint, als verfolge dieses Ideal das praktische Ziel, Beziehungen zu entgrenzen und das Ich in einem spiegelnden Ganzen aufgehen zu lassen. Doch um diese Entgrenzung zu ermöglichen, muss zugleich mit scharfen Grenzziehungen operiert werden – darin liegt seine Paradoxie. Was und wer entscheidet in der Tat darüber, wer zu den „Menschlichen“ gehört und wer nicht? Diese Irrationalität zeigt sich bereits dort, wo die für die Zugehörigkeit zur „Menschenfamilie“ geforderten moralisch-spirituellen Qualitäten nicht argumentativ oder diskursiv ausbuchstabiert werden. Das Urteil darüber gehört zum offenbaren Wissen – zur Gnostik. Die kryptische Unbestimmtheit dieses Wissens benötigt notwendigerweise einen anderen, gegen den es sich verriegelt und welcher in seinem Nicht-Verstehen-Können/Wollen Verachtung verdient. Die Obskurität der Menschlichkeitssemantik wird so selbst zu Obskurantismus: universalistisch-inkludierend im Anspruch, exkludierend in der Praxis.

ZUSAMMENFASSUNG

Die ethnografische Untersuchung der Montagsdemonstrationen in der Stadt K. macht deutlich, dass ihre politische Verortung – und insbesondere ihre potenzielle Anschlussfähigkeit an rechtsextreme Positionen – nicht

hinreichend über explizite Inhalte, ideologische Selbstzuschreibungen erfasst werden kann. Vielmehr erschließt sich ihre politische Signatur erst dann angemessen, wenn zusätzlich die affektiven Dynamiken, die soziale Performativität und die zum Teil unbewussten Sinnstrukturen berücksichtigt werden, die das kollektive Handeln im Feld prägen. Die im Verlauf der Analyse herausgearbeiteten Dimensionen von Provokation, Destruktivität und „Menschlichkeit“ sind nicht als voneinander getrennte Elemente zu verstehen, sondern als miteinander verschränkte.

Die Praxis der Provokation – laut, widersprüchlich, irritierend – dient nicht nur als Kampf um Aufmerksamkeit im öffentlichen Raum, sondern fungiert zugleich als Form der Selbstermächtigung eines Kollektivs, das sich in seiner politischen Wirksamkeit marginalisiert und missverstanden fühlt. Die performative Lautstärke sowie die demonstrative Missachtung sozialer Höflichkeitsregeln und der Befindlichkeit anderer erzeugen eine stolze Distinktion, die ihre emotionale Energie wesentlich aus der Aneignung des Außenseiterstatus bezieht – aus jenen „spoiled identities“, von denen Goffman (2009) spricht. Die strategische Umcodierung einer negativ zugeschriebenen Identität in ein positives Selbstbild wurde bereits als charakteristisches Element reaktionärer Bewegungen beschrieben (Terman, 2020). Auch die Praktiken des *Spottens* und *Schimpfens*, die sowohl der Irritation der Umgebung als auch der internen Selbstvergewisserung dienen, sind aus dem Feld äußerst rechts orientierter Aktivist*innen bekannt (Spissinger, 2024). Vor diesem Hintergrund erscheint eine ideell-praktische ‚Wahlverwandtschaft‘ der Montagsdemonstrationen mit rechten Bewegungen kaum von der Hand zu weisen.

Die destruktiven Denkmuster, die in Gesprächen und Interviews zutage treten, erweisen sich als Ausdruck eines strukturellen Grundaffekts des montäglichen Kollektivs. Die Sehnsucht nach einem Systemzusammenbruch – sei es durch den Erfolg einer Partei wie der AfD oder durch eine Katastrophe – verweist auf ein beunruhigendes Moment: Zerstörung wird nicht als Unheil, sondern als (Er-)Lösung imaginiert. Diese Form politischen Denkens ist anschlussfähig an rechtsextreme Narrative, gerade weil sie den Umweg über demokratische Aushandlung überspringt und die Lösung in einem abrupten Umbruch verortet. Die „Vernarrtheit in die Zerstörung“ (Sutterlüty, 2021) ist nicht selten auf persönliche Kränkungen zurückzuführen – daher ihre besondere affek-

tive Intensität. In dieser Logik soll die Welt, wie sie ist, verschwinden, damit man selbst – endlich – in ihr erscheinen kann.

Das prominente Motiv der „Menschlichkeit“ reagiert auf eine affektive Ökonomie, die die Sehnsüchte nach Beziehung der Beteiligten bündelt und ihnen eine gemeinsame moralische Grammatik bereitstellt, welche jede Selbstkritik unterläuft. „Menschlichkeit“ fungiert als bindendes und identitätsstiftendes Ideal, das Konfrontationen mit Differenz und Widerspruch abwehrt. Ihr praktisches wie symbolisches Hauptziel liegt in der Entgrenzung aller sozialen und politischen Positionen – auch der sagbaren und denkbaren. Vor diesem Hintergrund überrascht es kaum, dass die Montagsspaziergänge es versäumen oder gar verweigern, sich von bekannten rechtsextremen Akteur*innen abzugrenzen. Was im Inneren als Harmonieversprechen erscheint, führt nach außen jedoch zwangsläufig zu einem dualistischen Weltbild, das zwischen den „Menschlichen“ und den „Unmenschlichen“ unterscheidet. Entgrenzung und Ausgrenzung sind untrennbar verbunden. Bei genauerem Hinsehen könnte man im Menschlichkeitsideal sogar ein verschobenes Äquivalent jener völkischen Mythen erkennen, die sich traditionell in Ideologemen wie Heimat, Natur oder Identität verbergen. Aufgrund seiner semantischen Offenheit und seines unpolitischen Tons bietet das Menschlichkeitsideal jedoch eine für viele attraktivere Alternative zu den normativ schwerfälligen Begriffen wie etwa Identität oder Heimat.

Damit fällt die Antwort auf die im Titel dieses Beitrags gestellte Frage ambivalent aus: Die Montagsdemonstrierenden gehören nicht zur extremen Rechten im Sinne einer geschlossenen Ideologie. Auch ihre Erscheinungsweise und ihre Praxis unterscheiden sich deutlich von klassischen „Neo-Nazi“-Gruppierungen. Vielmehr zeigen sie ein autoritäres Verhältnis zur Welt – ein Bedürfnis nach Einfachheit, Abwehr von Ambivalenz und Differenz und eine Orientierung zur Destruktivität –, das einen Resonanzraum für rechtsextreme Programmatiken eröffnet. Genau hierin liegt ihre Gefährlichkeit. Die Nähe zur extremen Rechten ist den Montagsdemonstrierenden häufig nicht bewusst, zumindest nicht im vollen Umfang. Dies erschwert ihre Selbstreflexion erheblich. Ihre Haltung entsteht weniger aus ideologischer Überzeugung als aus affektiven Dispositionen und situativ interaktiven Dynamiken – sowohl auf der Straße als auch im privaten Leben –, die mit den Deutungen und strategischen Angeboten der Neuen Rechten kompatibel sind. Man denke an Strategen wie Kubitschek, der für die rechte Politik die Metho-

den der „Selbstverharmlosung“ und der „Verzahnung“ zur Gewinnung öffentlich-politischer Räume herausgearbeitet hat (Kubitschek, 2017). Mit ihren selbstverharmlosenden Manifestationen von Frieden und Liebe und durch entgrenzende Semantiken – wie derjenigen von „Menschlichkeit“, die auf die „Auflösung klarer Fronten“ (ebd., 28) abzielt – scheinen die Montagsdemonstrationen genau diese Methoden in die Praxis umzusetzen.

Diese Prozesse der politischen Radikalisierung werden zusätzlich durch Echokammern verstärkt, in denen rechte Inhalte und Gefühle zirkulieren und eingeübt werden (Strick, 2021), aber auch durch gruppeninterne „kognitive Einschließung“ (Della Porta, 2013, 243 ff.), die Kritik externalisiert und Selbstkritik minimiert.

Abschließend erscheint es mir wichtig zu betonen, dass es in der Forschung zum Rechtsextremismus fruchtbar sein kann, die Unterschiede zwischen Strategen/Organisatoren und der protestierenden Basis systematisch zu berücksichtigen. Diese Unterscheidung ist analytisch gedacht – nicht ontologisch –, das heißt: Sie dient dazu, unterschiedliche Dynamiken sichtbar zu machen, ohne dabei auszublenden, dass es Übergänge, Überschneidungen und wechselseitige Beeinflussungen zwischen beiden Ebenen gibt. Während strategische Akteure meist ideologiegeleitet und mit langfristigen politischen Zielsetzungen agieren, erschließt sich das Verhalten der Basis nicht allein über explizite diskursive Inhalte oder programmatische Überzeugungen. Vielmehr rücken affektive Strukturen, implizite Sinnordnungen und soziale Praktiken in den Blick, die erst den Boden bereiten, auf dem bestimmte politische Angebote Resonanz finden. Um diesen Dynamiken angemessen nachzugehen, ist es unerlässlich, mikrosoziologische und ethnografische Studien in der protestierenden Basis weiter auszubauen und nachhaltig zu fördern.

LITERATUR

- Brockhaus, Gudrun (2021). Emotionale Dilemmata im Umgang mit Hasspolitik. *Freie Assoziation*, 23(1-2), 84-104.
- Brunner, Markus / Daniel, Antje / Knasmüller, Florian / Malle, Felix / Schauder, Andreas / Stern, Verena (2021). *Corona-Protest-Report. Narrative – Motive – Einstellungen*.
- Della Porta, Donatella (2013). *Clandestine Political Violence*. New York: Cambridge University Press.
- Freund-Möller, Johannes / Streitberger, Johannes / Koch, Matthias / Miehke, Marius / Lorenz, Carolin / Mohrmüller, Marie / Kleinschmitt, Annika / Wistuba, Frederike / Thinius, Jakob (2022). *Wem gehört der Montag? Montagsdemonstrationen im Herbst 2022 in Thüringen*. Jena: Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration der Friedrich-Schiller-Universität Jena.
- Fröhlich, Paulina / Ranft, Florian / Vollmann, Erik (2023). *Mir reicht's Bürger. Analyse der Montagsdemonstrationen in Chemnitz und Gera im Winter 2022/23*. Berlin: Das Progressive Zentrum e. V.
- Fromm, Erich (1976 [1970]). *Analytische Sozialpsychologie und Gesellschaftstheorie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Goffman, Erving (2009). *Stigma. Notes on the Management of Spoiled Identity*. New York: Simon & Schuster.
- Griffin, Roger (1991). *The Nature of Fascism*. London: Routledge.
- Kubitschek, Götz (2017): Selbstverharmlosung. *Sezession*, 76, 26-28.
- Nachtwey, Oliver / Schäfer, Robert / Frei, Nadine (2021). Die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen. Eine soziologische Annäherung. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 34(2), 249-258.
- Pasieka, Agnieszka (2019). Anthropology of the far right. What if we like the 'unlikeable' others? *Anthropology Today*, 35(1), 3-6.
- Sanders-McDonagh, Erin (2014). Conducting 'Dirty Research' with extreme groups: understanding academia as a dirty work site. *Qualitative Research in Organizations and Management: An International Journal*, 9(3), 241-253.
- Spissinger, Florian (2024). *Die Wohlgemeinschaft der AfD. Narrative, Praktiken und Räume zum Wohlfühlen*. Opladen: Barbara Budrich.
- Strick, Simon (2021). *Rechte Gefühle. Affekte und Strategien des digitalen Faschismus*. Bielefeld: transcript.
- Sutterlüty, Ferdinand (2021). Destruktivität des Rechtspopulismus. *WestEnd. Neue Zeitschrift für Sozialforschung*, 18(1), 73-86.
- Terman, Rochelle (2020). The positive side of negative identity. Stigma and deviance in backlash movements. *The British Journal of Politics and International Relations*, 22(4), 619-630.
- Teune, Simon (2021). Querdenken und die Bewegungsforschung – Neue Herausforderung oder Déjà-vu? *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 34(2), 326-334.
- Völz, Johannes (2021). Verletzte Form, Formen der Verletzung. *WestEnd. Neue Zeitschrift für Sozialforschung*, 18(1), 141-151.
- Wirth, Hans-Joachim (2022). *Gefühle machen Politik. Populismus, Ressentiments und die Chancen der Verletzlichkeit*. Gießen: Psychosozial.



Antisemitismus an Hochschulen in Sachsen

Entwicklungen und Vorfälle seit dem 7. Oktober 2023

Am 7. Oktober 2023 griffen die islamistische Terrormiliz Hamas und ihre Verbündeten Israel an. In brutalen Massakern folterten, vergewaltigten und ermordeten sie israelische Zivilisten und entführten mehr als 200 Menschen. Damit gilt dieser Angriff als das größte Massaker an Jüdinnen:Juden seit der Schoa.

In der Folge nahmen weltweit antisemitische Vorfälle massiv zu. Für die zivilgesellschaftlichen Meldestellen für antisemitische Vorfälle und Betroffene war dies wenig überraschend, dienten doch der Terrorangriff der Hamas und seine Folgeereignisse als Gelegenheitsstruktur für den bestehenden Antisemitismus. Auch in Deutschland kam es zu einer drastischen Zunahme an antisemitischen Äußerungen und Handlungen, wobei Sachsen keine Ausnahme bildet: Die *Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Sachsen* (RIAS Sachsen) verzeichnet seit dem 7. Oktober 2023 für den Freistaat einen massiven Anstieg an verletzendem Verhalten, aber auch an Bedrohungen und körperlichen Angriffen.

Wie im gesamten Bundesgebiet wurden auch in Sachsen Hochschulen zu Orten, an denen sich antisemitische Ressentiments in besonderer Weise zeigten: Es kam zu Besetzungen, Schmierereien und körperlichen Angriffen auf Studierende und Mitarbeitende. Ein Fokus dieses Beitrags liegt daher auf antisemitischen Vorfällen an sächsischen Hochschulen seit dem 7. Oktober. Nach einer Vorstellung der Arbeit von RIAS Sachsen, des zugrundeliegenden Kategoriensystem und der Datengrundlage folgen zunächst Ausführungen zur Lage in Sachsen allgemein.¹ Daran anschließend kommen die antisemitischen Vorfälle

1) Wenn in diesem Beitrag antisemitische Vorfälle vor dem 7. Oktober 2023 thematisiert werden, bezieht sich dies auf den Zeitraum vom 1. Januar 2023 bis zum →

an den sächsischen Hochschulen in den Blick, wobei vor der analytischen Einordnung einzelne Vorfälle exemplarisch geschildert werden.

DIE ARBEIT VON RIAS SACHSEN

Antisemitismus ist für die jüdische Bevölkerung Deutschlands ein alltagsprägendes Phänomen. Das bedeutet, dass Jüdinnen:Juden im Freistaat täglich zwischen persönlicher Sicherheit und Sichtbarkeit ihrer jüdischen Identität abwägen müssen (vgl. Bundesverband RIAS, 2023a, 39 ff.). So müssen Jüdinnen:Juden bereits in Situationen, die für Nichtbetroffene völlig unbedenklich sind, Gefahrenpotenziale antizipieren – etwa auf dem Weg zur Arbeit, in der Schule oder im Sportverein, aber auch im eigenen Wohnumfeld. Daraus ergeben sich deutliche Unterschiede in den Sichtweisen der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft und der jüdischen Community bezüglich der Wahrnehmung, der Folgen und der Erwartbarkeit von Antisemitismus (Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus, 2018, 93).

An dieser Perspektivendivergenz setzt die Arbeit von RIAS an. Die Stellen dokumentieren antisemitische Vorfälle ober- und unterhalb der Strafbarkeitsgrenze.² Die Erfassung und Analyse antisemitischer Vorfälle dient dazu, die Erfahrungen Betroffener sichtbar zu machen und die Mehrheitsgesellschaft für die Relevanz von gegenwärtigem Antisemitismus zu sensibilisieren. Für den Freistaat Sachsen ist hierfür RIAS Sachsen zuständig.

BEGRIFFLICHER RAHMEN UND KATEGORIENSYSTEM

RIAS Sachsen unterliegt in seiner Arbeit den bundesweit einheitlichen Qualitätsstandards der Vertraulichkeit der Bundesarbeitsgemeinschaft des *Bundesverbands der Recherche und Informationsstellen Antisemi-*

7. Oktober 2023. Sobald von Zahlen seit dem 7. Oktober die Rede ist, bezieht sich dies auf den Zeitraum 7. Oktober 2023 bis zum 31. Dezember 2024. Die Vorfallzahlen für 2025 sind noch in der Auswertung und lassen sich voraussichtlich im Frühjahr 2026 im Zuge des Jahresberichts von RIAS Sachsen veröffentlichen. Dieser Beitrag umfasst daher keine Zahlen aus 2025 oder 2026, jedoch dienen einzelne antisemitische Vorfälle aus 2025 als Beispiele.

2) Antisemitische Vorfälle können anonym über das mehrsprachige Onlineportal [www.report-antisemitism.de](https://report-antisemitism.de) gemeldet werden. Eine Veröffentlichung von Vorfällen erfolgt nur mit Zustimmung der Meldenden sowie nach einheitlichen datenschutzrechtlichen Standards und Abwägung hinsichtlich der Sicherheitsrelevanz.

tismus e. V. (Bundesverband RIAS) und bezieht sich auf ein bundesweit standardisiertes Dokumentationssystem.³ Durch die einheitliche Erfassung und Kategorisierung antisemitischer Vorfälle wird eine Vergleichbarkeit der Daten gewährleistet.

Inhaltlich orientiert sich die Einordnung antisemitischer Vorfälle an der von der Bundesregierung empfohlenen „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ der *International Holocaust Remembrance Alliance* (IHRA). Zivilgesellschaftlichen Initiativen aus Berlin haben diese für den deutschsprachigen Kontext spezifiziert und operationalisiert. Darüber hinaus verwendet RIAS Sachsen zur Orientierung die von der IHRA verabschiedete „Arbeitsdefinition zur Leugnung und Verfälschung / Verharmlosung* des Holocaust“ (Bundesverband RIAS, o. J.). Bei der Abgrenzung zwischen israelbezogenem Antisemitismus und legitimer Kritik an israelischer Politik orientiert sich RIAS Sachsen an der von Nathan Sharansky vorgeschlagenen Trias aus Dämonisierung, Delegitimierung und doppelten Standards (Sharansky 2004).

Bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle berücksichtigt RIAS Sachsen verschiedene Kategorien, von denen einige im Folgenden erläutert werden: Vorfalltyp, Erscheinungsformen von Antisemitismus und politisch-weltanschaulicher Hintergrund.

VORFALLTYP

Je nach Art und Schwere eines Vorfalls unterscheidet RIAS Sachsen sechs verschiedene Vorfalltypen. Diese Kategorien hatte ursprünglich der *Community Security Trust* (CST) in Großbritannien entwickelt. RIAS Berlin passte sie für den deutschen Kontext an.

Als *extreme Gewalt* gelten (auch versuchte) physische Angriffe oder Anschläge, die den Verlust von Menschenleben zur Folge haben (können) oder schwere Körperverletzungen darstellen. Zu dieser Kategorie gehören auch Fälle von Kidnapping, Messerangriffe oder Schüsse. Als *Angriffe* werden Vorfälle gewertet, bei denen Personen körperlich angegriffen werden, ohne dass dies lebensbedrohliche oder schwerwiegende körperliche Schädigungen nach sich zieht. Diese Kategorie beinhaltet auch versuchte physische Angriffe. Unter einer *gezielten Sachbeschädigung* werden das Anbringen von Plakaten oder Aufkle-

3) Details zu den Qualitätsstandards und dem Dokumentationssystem finden sich unter: <https://report-antisemitism.de/arbeitsweisen/>.

bern mit antisemitischen Symbolen gefasst. Dazu zählt auch die Beschädigung oder Beschmutzung von Erinnerungszeichen und -orten, etwa von Gedenkstätten, Gedenktafeln oder Stolpersteinen, aber auch von Geschäftsstellen entsprechender Institutionen. Als *Bedrohung* gilt jegliche eindeutige und direkt an eine Person oder Institution adressierte schriftliche oder mündliche Androhung von Gewalt. Als *verletzendes Verhalten* werden sämtliche antisemitische Äußerungen gefasst. Das gilt auch für Aussagen, die online getätigt oder verbreitet werden, sofern diese konkret eine Person oder Institution adressieren. Als *verletzendes Verhalten* gelten auch Beschädigungen oder das Beschmieren nicht-jüdischen Eigentums durch antisemitische Symbole, Plakate, Aufkleber und Ähnliches. Als *Massenzuschriften* werden antisemitische Zuschriften erfasst, die sich – meist online – an einen größeren Kreis von Personen richten. Zudem werden *Versammlungen* dokumentiert, bei denen es zu antisemitischen Äußerungen oder Handlungen kommt. Werden in Aufrufen, Redebeiträgen oder Parolen, auf mitgeführten Transparenten oder Plakaten antisemitische Inhalte festgestellt, wird die gesamte Versammlung als ein antisemitischer Vorfall des Typs verletzendes Verhalten gewertet. Ereignen sich bei oder am Rande einer solchen Versammlung antisemitische Angriffe oder Bedrohungen, werden diese jeweils als zusätzliche antisemitische Vorfälle dokumentiert.

ERSCHEINUNGSFORMEN VON ANTISEMITISMUS

Bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle unterscheidet RIAS Sachsen fünf inhaltliche Erscheinungsformen von Antisemitismus. Beim *antisemitischen Othering* werden Betroffene aufgrund einer (angenommenen oder tatsächlichen) Zugehörigkeit zum Judentum antisemitisch konfrontiert und als nicht zugehörig zur jeweils imaginierten Eigengruppe adressiert. *Antijudaistischer Antisemitismus* beschreibt die Verbreitung religiös begründeter antisemitischer Stereotype, beispielsweise den Vorwurf, Jüdinnen:Juden seien für den Tod Jesu Christi verantwortlich. Dem *modernen Antisemitismus* ordnet RIAS Sachsen Aussagen zu, die Jüdinnen:Juden eine besondere politische oder ökonomische Macht zuschreiben – etwa im Rahmen von Verschwörungsmithen. Die Erscheinungsform des *Post-Schoa-Antisemitismus* erfasst Aussagen, die den Nationalsozialismus oder dessen Massenverbrechen bagatellisieren oder relativieren, sowie Aussagen, die eine Erinnerung

an diese Verbrechen ablehnen. Unter *israelbezogenem Antisemitismus* versteht RIAS Sachsen Vorfälle, in denen antisemitische Einstellungen auf den Staat Israel projiziert werden, etwa wenn sich Äußerungen zur Politik Israels mit Ideologemen des Antisemitismus verbinden.

Viele Vorfälle lassen sich dabei zwei oder sogar mehr Erscheinungsformen zuordnen, da entweder unterschiedliche antisemitische Stereotype geäußert werden oder eine Äußerung den Kriterien verschiedener Erscheinungsformen entspricht. Aufgrund dieser Mehrfachzuordnungen ist die Anzahl der Zuordnungen von Erscheinungsformen in der Regel höher als die Zahl der antisemitischen Vorfälle.

POLITISCH-WELTANSCHAULICHER HINTERGRUND

Soweit möglich, ordnet RIAS Sachsen antisemitische Vorfälle einem politisch-weltanschaulichen Hintergrund zu. Diese Zuordnung erfolgt jedoch nur, wenn sich dieser Hintergrund eindeutig ergibt – entweder aus dem Vorfall selbst (etwa aufgrund einer Selbstbezeichnung der Täter:innen), aus den verwendeten antisemitischen Stereotypen (etwa wenn diese bestimmte religiöse Glaubensinhalte umfassen) oder aus dem Kontext der Situation (beispielsweise Vorfälle im Kontext einer Versammlung). Da solch eine eindeutige Zuordnung nicht immer möglich ist, ordnet RIAS Sachsen viele antisemitische Vorfälle keinem politisch weltanschaulichen Hintergrund zu. Insgesamt unterscheidet RIAS Sachsen sieben politisch weltanschauliche Hintergründe. Jeder antisemitische Vorfall kann nur einem solchen Hintergrund zugeordnet werden.

Als *rechtsextrem/rechtspopulistisch* gelten Vorfälle, die mit einem entsprechenden politischen Spektrum verbunden sind. Dabei steht Rechtsextremismus als Sammelbegriff für antimoderne, antidemokratische, antipluralistische und gegen die Menschenrechte gerichtete Einstellungen, Handlungen und Strömungen. Rechtspopulismus fungiert als Sammelbegriff für gemilderte und modernisierte Varianten des Rechtsextremismus (für eine ausführlichere Definition des Begriffs Rechtsextremismus in Anlehnung an den Politologen Hans-Gerd Jaschke siehe Bundesverband Mobile Beratung, 2024, 19 ff.).

Einen *linken/rantiimperialistischen* Hintergrund ordnet RIAS Sachsen antisemitischen Vorfällen zu, die mit linken Positionen verbunden sind oder bei denen ein Bezug zu linken Traditionen wie etwa den (befreiungsnationalistischen) Antiimperialismus feststellbar ist.

Die Zuordnung zum Hintergrund *christlich/christlicher Fundamentalismus* erfolgt, wenn antisemitische Vorfälle eine positive Bezugnahme auf christliche Glaubensinhalte oder Symboliken aufweisen und kein anderer politisch weltanschaulicher Hintergrund dominiert. Das schließt fundamentalistische Spielarten des Christentums mit ein.

Einen *islamischen/islamistischen* Hintergrund erfasst RIAS Sachsen bei antisemitischen Vorfällen, die sich positiv auf islamische Glaubensinhalte oder Symboliken beziehen und bei denen kein anderer politisch-weltanschaulicher Hintergrund dominiert. Das schließt Bezugnahmen auf unterschiedliche Islamverständnisse mit ein, darunter auch islamistische.

Einem *verschwörungsideologischen* Hintergrund ordnet RIAS Sachsen antisemitische Vorfälle zu, bei denen die Verbreitung antisemitischer Verschwörungsmythen im Vordergrund steht und bei denen kein anderer politisch weltanschaulicher Hintergrund dominiert.

Dem Hintergrund *antiisraelischer Aktivismus* werden antisemitische Vorfälle zugerechnet, bei denen die israelfeindliche Motivation gegenüber einem linken, rechten oder islamistischen Hintergrund überwiegt und die keinem anderen politisch weltanschaulichen Hintergrund zugeordnet werden können. Dazu zählen beispielsweise antisemitische Vorfälle säkularer palästinensischer Gruppen sowie die Unterstützung für antisemitische Boykottkampagnen gegen den jüdischen Staat Israel.

Dem Hintergrund *politische Mitte* ordnet RIAS Sachsen antisemitische Vorfälle zu, die keinem zuvor genannten politisch weltanschaulichen Hintergrund eindeutig zugeordnet werden können und bei denen die Verantwortlichen für sich in Anspruch nehmen, demokratische Positionen zu vertreten.

DATENGRUNDLAGE

Während RIAS Sachsen etwa in der Stadt Leipzig auf ein funktionierendes Meldenetzwerk an zivilgesellschaftlichen, institutionellen und individuellen Kooperationen zurückgreifen kann, lässt sich dies nicht für ganz Sachsen sagen. Die Etablierung eines sachsenweites Meldernetzwerk steht noch am Anfang. Es ist davon auszugehen, dass in den kommenden Aufbauphasen der Stelle, der Ausbau von Partnerschaften

vor Ort sowie die Bekanntheit von RIAS Sachsen zunimmt und es somit auch möglich wird, den vorhandenen Antisemitismus im Freistaat sichtbarer zu machen.

Generell bleibt zu betonen, dass die von RIAS dokumentierten antisemitischen Vorfälle immer nur einen Ausschnitt der Wirklichkeit erfassen. Trotz aller Bemühungen ist weiterhin davon auszugehen, dass es eine hohe Dunkelziffer gibt, also viele antisemitische Vorfälle niemals gemeldet oder registriert werden. So gaben in der letzten Umfrage der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte nur 35 Prozent der befragten Jüdinnen:Juden in Deutschland an, den letzten Fall antisemitischer Belästigung der Polizei oder einer anderen Organisation mitgeteilt zu haben (FRA, 2024, 84). Zudem werten die RIAS-Meldestellen nur Vorfälle aus, die den Kriterien von RIAS für einen antisemitischen Vorfall entsprechen. Aus diesen und anderen Gründen ist die Zahl, der von RIAS registrierten antisemitischen Vorfälle statistisch nicht repräsentativ für die Gesamtbevölkerung. Die im Folgenden genannten Zahlen antisemitischer Vorfälle lassen daher nicht darauf schließen, wie viele Menschen in Sachsen insgesamt antisemitisch denken oder handeln, sondern gibt nur einen ersten Einblick in die Alltäglichkeit von Antisemitismus in Sachsen.

Ein großer Teil der gemeldeten antisemitischen Vorfälle erreicht RIAS Sachsen über das bundesweite Onlinemeldeportal www.report-antisemitism.de. Daneben ist das zivilgesellschaftliche Partnernetzwerk eine wichtige Quelle für das Bekanntwerden antisemitischer Vorfälle. Neben diesen institutionalisierten Formen der Übermittlung erfährt RIAS Sachsen von antisemitischen Vorfällen auch durch Presseberichte und Polizeimeldungen.

RIAS Sachsen geht von einem hohen Dunkelfeld nicht gemeldeter und nicht dokumentierter antisemitischer Vorfälle in Sachsen aus, auch weil sich das Projekt noch im Aufbau befindet. Ein systematischer Abgleich mit den polizeilichen Statistiken findet aktuell nicht statt. Antisemitische Straftaten, die ausschließlich der Polizei bekannt wurden, fließen nicht in die Statistik ein. Auch eine Prüfung, ob Vorfälle möglicherweise sowohl von der Polizei als auch von RIAS Sachsen erfasst werden, kann daher derzeit leider nicht erfolgen. Dieses Dunkelfeld gilt es weiter zu erhellen, um antisemitische Vorfälle in ihrer tatsächlichen Dimension besser sichtbar zu machen. Dazu ist eine kontinuierliche Netzwerk- und Monitoringarbeit erforderlich.

ANTISEMITISMUS SEIT DEM 7. OKTOBER IN SACHSEN

Das Massaker der Hamas am 7. Oktober sowie der anschließende Krieg in Israel und Gaza werden auch in Sachsen als Gelegenheitsstruktur für Antisemitismus genutzt. Unter Gelegenheitsstrukturen sind exogene Faktoren wie der arabisch-israelische Konflikt zu verstehen, die vermittelt über eine organisierte Mobilisierung – etwa in sozialen Medien oder durch Versammlungen – antisemitische Übergriffe, die von sprachlichen Äußerungen bis hin zu Gewalt reichen, begünstigen. Die Gelegenheitsstruktur ist gewissermaßen eine Rahmenbedingung, die antisemitisches Handeln ermöglicht und wahrscheinlicher macht. Sie ist also nicht der Grund für antisemitische Äußerungen oder Handlungen, sondern dient Täter:innen lediglich als Bezugspunkt. Zudem befördert eine Gelegenheitsstruktur, dass latenter Antisemitismus manifester wird, dass also antisemitische Äußerungen stärker oder häufiger explizit und dass antisemitische Taten gewaltförmiger werden.

All das zeigen die seit dem 7. Oktober 2023 in Sachsen dokumentierten antisemitischen Vorfälle. Dabei nimmt der israelbezogene Antisemitismus eine Schlüsselrolle ein. Ihn artikulieren Akteur:innen mit unterschiedlichen politisch-weltanschaulichen Hintergründen. Vielfach fungiert israelbezogener Antisemitismus auch als Einfallstor für andere Erscheinungsformen von Antisemitismus (BV RIAS, 2023b, 37).

Jüdinnen:Juden in Sachsen erlebten antisemitische Vorfälle mit unterschiedlichen politisch-weltanschaulichen Hintergründen: Rechtsextreme oder verschwörungsideologische Hintergründe waren dabei ebenso vertreten wie linke/antiimperialistische. Der am häufigsten dokumentierte politisch-weltanschauliche Hintergrund ist seit dem 7. Oktober 2023 der antiisraelische Aktivismus. Dass die Vorfälle aus sämtlichen politischen Spektren kommen, verdeutlicht einmal mehr, dass Antisemitismus als gesamtgesellschaftliches Problem verstanden werden muss – er also nicht ausschließlich an den politischen Rändern zu finden ist, sondern auch in der Mitte der Gesellschaft.

Die dokumentierten Fälle reichen von der Dämonisierung und Delegitimierung Israels über antisemitische Verschwörungsmythen, Bagatellisierungen der Schoa und Täter-Opfer-Umkehrungen bis hin zu offenen antisemitischen Beleidigungen. Häufig gingen die Vorfälle mit Terrorverherrlichung oder positiven Bezügen auf Terrororganisationen bzw. auf Symbole, die mit diesen assoziiert sind, einher. Beson-

ders präsent war seit Anfang 2024 das sogenannte rote Dreieck, das bei Versammlungen und Schmierereien oder in sozialen Medien als symbolische Feindmarkierung verwendet wurde. Auch explizite Unterstützung für Terrororganisationen wurde offen geäußert; so wurden auf Versammlungen etwa die Parolen der Terrororganisation Hamas gerufen. Es gab auch Fälle, in denen die Massaker, die Vergewaltigungen und die Entführungen vom 7. Oktober als legitimer „Widerstand“ der palästinensischen Terrororganisationen verklärt wurden.⁴

Für die Zeit zwischen dem 7. Oktober 2023 und dem 31. Dezember 2024 zeigt sich im Vergleich zum Zeitraum von 1. Januar bis zum 6. Oktober 2023 ein neues Ausmaß antisemitischer Vorfälle in Sachsen. Während RIAS Sachsen vor dem 7. Oktober 2023 zwei antisemitische körperliche Angriffe bekannt wurden, waren es seitdem 25. Wurde also zuvor alle vier bis fünf Monate ein Angriff im Freistaat bekannt, erhöhte sich der Schnitt auf einen Angriff alle zwei bis drei Wochen. Ebenso haben Bedrohungen und gezielte Sachbeschädigungen massiv zugenommen: Bedrohungen sind von einer in über neun Monaten auf eine alle ein bis zwei Monate gestiegen. Gezielte Sachbeschädigungen sind rechnerisch von weniger als einer alle drei Monate auf eine alle zwei bis drei Wochen gestiegen. Ebenso hat verletzendes Verhalten massiv zugenommen: Hier sind die dokumentierten Fälle von ein bis zwei Vorfällen auf fünf bis sechs Vorfälle pro Woche gestiegen. Zu verletzendem Verhalten zählt RIAS ebenfalls antisemitische Versammlungen. Diese waren bereits vor dem 7. Oktober auf einem hohen Niveau, in knapp 40 Wochen sind RIAS Sachsen 39 bekannt geworden. Seitdem sind 73 antisemitische Versammlungen hinzugekommen, was rechnerisch 1,2 Versammlungen pro Woche bedeutet.

Insgesamt zeigt sich, dass die Zahl an Vorfällen drastisch gestiegen ist. Während RIAS vor dem 7. Oktober 2023 monatlich im Schnitt neun antisemitische Vorfälle in Sachsen bekannt wurden, sind es seitdem 31. Nicht zuletzt verdeutlichen die Zahlen auch, dass sich die Art und Schwere der Vorfälle intensiviert und eine (noch) bedrohlichere Qualität angenommen haben. (Tab. 1)

4) RIAS Sachsen erfasst diese Fälle nur dann als antisemitische Vorfälle, wenn sie sich explizit als Drohungen gegen Jüdinnen:Juden oder gegen jüdische bzw. israelische Einrichtungen richten oder wenn sie mit antisemitischen Inhalten einhergehen. Ohne eine solche Drohung oder Verbindung mit antisemitischen Inhalten werden rote Dreiecke nicht als antisemitische Vorfälle erfasst – ebenso wenig wie Aufrufe zu einer „Intifada“ oder Vorwürfe, Israel begehe einen Genozid.

TABELLE 1

Durchschnittliche Anzahl antisemitischer Vorfälle vor und nach dem 7. Oktober 2023

	1. Januar 2023 bis 6. Oktober 2023		7. Oktober 2023 bis 31. Dezember 2024	
	<i>pro Monat</i>	<i>insgesamt</i>	<i>pro Monat</i>	<i>insgesamt</i>
Physische Angriffe	0,22	2	1,69	25
Bedrohungen	0,11	1	0,68	10
Gezielte Sachbeschädigung	0,32	3	1,56	23
Verletzendes Verhalten	8	74	24,54	362
Davon: Versammlungen	4,22	39	4,94	73

Für Betroffene heißt dies, dass Antisemitismus nicht nur präsent geworden ist, sondern sich sein alltagsprägender Charakter massiv verstärkt hat. Jüdinnen:Juden müssen zunehmend antizipieren, an sämtlichen Orten des Alltags mit Antisemitismus konfrontiert werden zu können, etwa beim Treffen des Sportvereins, in der Lerngruppe der Universität oder im öffentlichen Nahverkehr. Auch Vorfälle, die sich im unmittelbaren Wohnumfeld ereignen, wie beispielsweise antisemitische Markierungen von Häusern, in denen Jüdinnen:Juden oder Israelis leben, haben seit dem 7. Oktober stark zugenommen.

ANTISEMITISCHE VORFÄLLE AN HOCHSCHULEN

Hochschulen sind für Studierende ebenso wie für Mitarbeitende fester Bestandteil ihres Alltags und somit besonders schwer zu meiden. Seit dem 7. Oktober hat RIAS Sachsen auch und gerade hier einen drastischen Anstieg antisemitischer Vorfälle dokumentiert – in Hinblick auf deren Anzahl, Art und Schwere. Während bis dahin keine antisemitischen Vorfälle an sächsischen Hochschulen der Meldestelle bekannt wurden, wurden seitdem bis Ende 2024 33 Vorfälle erfasst: drei körperliche Angriffe und 30 Vorfälle von verletzendem Verhalten, darunter auch neun antisemitische Versammlungen, von denen drei zu den sogenannten Protestcamps zählen. Letztere spielen im Zusammenhang mit Antisemitismus eine wichtige Rolle, kommt es dort doch häufig zu antisemitischen Äußerungen und affirmativen Bezugnahmen zum Terrorangriff der Hamas (zur Einordnung der verwendeten Begriffe und Parolen siehe den Kasten auf Seite 157).

„FROM THE RIVER TO THE SEA, PALESTINE WILL BE FREE!“

Die auf antiisraelischen Demonstrationen häufig zu hörende Parole heißt übersetzt: „Vom Fluss bis zum Meer, Palästina wird frei sein!“. Da damit der Fluss Jordan und das Mittelmeer gemeint sind, handelt es sich um die Forderung nach einem „freien“ palästinensischen Staat, der sich über das gesamte Gebiet des heutigen Israel sowie der Westbank und des Gazastreifens erstreckt. Die Parole ist also als Wunsch nach dem Ende Israels zu verstehen. In der angeblichen Forderung nach „Freiheit“ steckt außerdem die Behauptung, das Land sei unter israelischer Kontrolle nicht frei und Israel ein illegitimes Besatzungsregime, das beseitigt werden müsse. Oft findet sich auch eine Verbildlichung dieser Forderung in Form von Landkarten, auf denen das gesamte Gebiet mit der palästinensischen Flagge gefüllt ist (RIAS Bayern, 2021, 48).

INTIFADA

Das Wort „Intifada“ bezeichnet im Kontext des palästinensisch-israelischen Konflikts palästinensische Aufstände gegen Israel. Der Begriff kommt aus dem Arabischen und bedeutet so viel wie „sich erheben“, „loswerden“, „abschütteln“, womit die sogenannte israelische Besatzung gemeint ist. Historisch wird zwischen der ersten Intifada (1987–1993) und der zweiten Intifada (2000–2005) unterschieden. Bei der zweiten Intifada verübten Palästinenser:innen zahlreiche Selbstmordattentate gegen die israelische Zivilbevölkerung; über 700 israelische Zivilist:innen wurden getötet. Auch Palästinenser:innen wurden aufgrund vermeintlicher Kollaboration mit Israel ermordet. Es gab seither mehrere weitere Gewaltausbrüche gegen jüdische Israelis, die manchmal auch als Intifadas bezeichnet werden, etwa die „Messer-Intifada“ von 2015 oder die „Tiktok-Intifada“ vom Frühjahr 2021. Der Begriff Intifada ist auch als Aufruf zur Zerstörung des israelischen Staates zu verstehen. Wenn etwa von einer „Intifada bis zum Sieg“ die Rede ist, sind damit selten der Rückzug des israelischen Militärs nur aus den umstrittenen Gebieten und die Anerkennung eines palästinensischen Staates an der Seite Israels gemeint, sondern vielmehr die Zerstörung des jüdischen Staates an sich (RIAS Bayern, 2021, 52).

BEISPIELHAFTE VORFÄLLE

Bereits kurz nach den Massakern der Hamas wurde Mitte Oktober 2023 ein Banner aus einem Seminargebäude der Universität Leipzig gehängt, auf dem „Free Gaza, Free Palestine“ stand, und mit Sprechchören „From the river to the sea, Palestine will be free“ kommentiert.

Anfang Mai 2024 wurde eine Versammlung gegen Antisemitismus von Gegnern mit nationalsozialistischen Verbrechen gleichgesetzt und so auch die Schoa verharmlost. Da an der Universität Leipzig ein Hörsaal besetzt wurde und Demonstrierende durch antisemitische Parolen auffielen, hatte sich spontan eine Gegenveranstaltung auf dem Campus organisiert. Die Teilnehmenden hielten eine israelische Flagge hoch und wurden daraufhin antisemitisch beschimpft, unter anderem als „Nazis“ und „Kinderficker“, aber auch als „Terroristen“.

Im Juni 2024 waren bei einem Encampment an der Universität Leipzig mehrfach Rufe nach der Vernichtung Israels in Sprechchören („From the river to the sea, Palestine will be free“ oder „From the sea to the river, Palestine will live forever“) und Aufrufe zur Intifada („Yalla, Yalla, Intifada, von Leipzig bis nach Gaza“) zu hören sowie Plakate zu sehen, auf denen auf den das gesamte Gebiet Israels, des Gazastreifens und des Westjordanlandes mit der palästinensischen Flagge ausgefüllt wurde, womit die Vernichtung Israels propagiert wird.

Ebenfalls im Juni 2024 verteilte die Gruppe *Handala Leipzig*⁵ antisemitische Flyer an der Universität Leipzig. Meldende haben Gruppenmitglieder aus dem Protestcamp *Palestine.Campus* in die dortige Universitätsbibliothek gehen und die Broschüren verteilen sehen.⁶ In dieser wurde versucht, mehrere Statements aus der öffentlichen Debatte um den aktuellen Israel-Gaza-Krieg anhand zahlreicher Falschdarstellungen zu widerlegen und die Verbrechen der Hamas am 7. Oktober 2023 in Israel zu leugnen:

Die Erzählungen vom Angriff des palästinensischen Widerstands im Oktober letzten Jahres sind von der Besatzungs-

5) *Handala* beschreibt sich selbst als antikoloniale Gruppe aus Palästinenser:innen in der Diaspora und Palästinasolidarischen. Die Gruppierung fällt immer wieder durch antisemitische Aussagen und israelfeindliche Propaganda auf (s. a. RIAS Sachsen-Anhalt, 2024, 45 ff.).

6) Die Broschüre sowie Fotografien der im Folgenden erwähnten Schmierereien liegen der Autorin vor.

macht erlogen. Inzwischen haben viele internationale Medien diese Darstellung als fälschlich anerkennen und zurückziehen müssen: Nein, der palästinensische Widerstand hat keine Babys geköpft und keine Frauen vergewaltigt. Dazu gibt es keine Beweise. Es gibt Beweise dafür, dass die Geschichten fingiert wurden. Jedoch wiederholen noch immer deutsche Regierungsvertreter und deutsche Medien die Lügen der Besatzungsmacht. Im Gegensatz dazu sind geköpfte Babys und Vergewaltigungen durch die israelische Besatzungsmacht belegt.

Aus einem antisemitischen Flyer der Gruppe *Handala Leipzig*

Der Verbrechen des Nationalsozialismus wurden zudem verharmlost und Israel mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt:

Die Darstellung des palästinensischen Widerstandes als terroristisch ist reiner kolonialer Rassismus: [...] Das Gegenteil ist die Realität: Während der palästinensische Widerstand seine Geiseln gut behandelt, hält die israelische Besatzungsmacht seine tausenden palästinensischen Geiseln in Foltergefängnissen oder in Konzentrationslagern in der Wüste. Beides ist belegt: die Unversehrtheit der Geiseln durch den Widerstand und die Folter, Vergewaltigungen (z. T. durch trainierte Hunde), Ermordungen der palästinensischen Geiseln durch Israel. Diejenigen, die heute den palästinensischen Widerstand als terroristisch bezeichnen, sind diejenigen, die damals vom Aufstand des Warschauer Ghettos als terroristisch gesprochen hätten.

Aus einem antisemitischen Flyer der Gruppe *Handala Leipzig*

Außerdem wurde das Existenzrecht von Israel geleugnet und dem Staat Apartheid unterstellt:

Das Völkerrecht kennt kein Existenzrecht von Staaten. Nicht der israelische Staat und kein anderer Staat hat ein völkerrechtlich verbrieftes Recht zu existieren. Es ist eine absurde und sehr reaktionäre Behauptung. Es würde bedeuten, dass Völker kein Recht hätten, ihre Staatsform zu wählen oder

gegen ihren Staat zu revoltieren und eine andere Staatsform einzusetzen. Die Franzosen hätten nicht das Ancien régime absetzen dürfen und die Russen nicht den Zarismus, usw. Von keinem anderen Staat als dem israelischen heißt es, es habe ein Existenzrecht. Der Begriff wurde für Israel entwickelt und wird ausschließlich für ihn verwendet. Die Argumentation des Existenzrechtes des Staates Israels wird verwendet für die Aufrechterhaltung des Status quo: Eine Apartheid, in der eine ethnisch definierten Gruppe von Menschen über eine andere ethnische Gruppe herrscht und diese unterdrückt.

Aus einem antisemitischen Flyer der Gruppe Handala Leipzig

Seit dem 7. Oktober 2023 sind an sächsischen Hochschulen auch vermehrt antisemitische Schmierereien und Aufkleber zu finden. So war beispielsweise Ende Juli 2024 an einer Wand einer Toilettenkabine in der Universitätsbibliothek Albertina in Leipzig „ZIONISM = FASCISM“ zu lesen.

An der Technischen Universität Chemnitz wurde im August 2024 eine antisemitische Schmiererei in einem Hörsaal entdeckt. Auf einem Tisch hatten Unbekannte: „Je dicker der Jude, desto wärmer die Bude“ geschmiert.

Für 2025 lassen sich auch exemplarisch antisemitische Vorfälle zeigen. So fanden sich an der Technischen Universität Dresden antisemitische Schmierereien in Toilettenräumen. Auf einer Spülung stand „Jede Spülung, 1 toter Jude“. Diese antisemitische Gewaltdrohung war von zahlreichen Schmierereien umgeben, die den Nationalsozialismus verherrlichten, darunter Hakenkreuze und SS-Runen.

Dass das Thema auch 2025 virulent blieb, verdeutlichen die folgenden beispielhaften Vorfälle. So riefen im Mai 2025 Teilnehmende während eines Protestcamps vor einem Gebäude der Universität Leipzig – und so vor dem Büfenster einer jüdischen Mitarbeiterin – erneut minutenlang antisemitische Parolen wie „From the river to the sea, Palestine will be free“ und riefen mit Sprechchören wie „There is only one solution, Intifada Revolution“ und „Yalla, Yalla, Intifada“ zur Gewalt gegen Jüdinnen:Juden auf. Die Betroffene fühlte sich dadurch direkt bedroht und unfähig, ihr Büro zu verlassen.

Ebenfalls im Mai 2025 ereignete sich der folgende Vorfall: Im Rahmen der *Public Climate Week* an der Universität Leipzig hatten sich Studierende, die alle Kufiyeh⁷ trugen, vor einem der aufgebauten Stände zusammengefunden und freundschaftlich mit den Menschen, die dort tätig waren, unterhalten. Als eine jüdische Kommilitonin ein Foto der Szene machte, sprach die Gruppe sie an und fragte, warum sie das tue. Sie antwortete: „Für meine Freunde, die gesagt haben, ich soll nicht im Täterland studieren. Die hatten Recht.“ Dann wollte sie gehen. Einzelne Kommilitonen stellten sich ihr jedoch in den Weg und beschimpften sie als „Nazi“ und „Kindermörder“. Als sie in die andere Richtung auswich, liefen sie ihr nach. Erst als sie anfang zu rennen, ließen sie von ihr ab, spuckten ihr jedoch nach und einer rief ihr „Judenschlampe“ hinterher.

EINORDNUNG

Ein Großteil der antisemitischen Vorfälle seit dem 7. Oktober an Hochschulen (31 von 33) produzierten Stereotype des israelbezogenen Antisemitismus. Damit ist diese inhaltliche Erscheinungsform des Antisemitismus an Hochschulen sehr dominant. Daneben spielten jedoch auch andere Erscheinungsformen des Antisemitismus eine Rolle, wobei zu beachten ist, dass einzelne antisemitische Vorfälle mehreren Erscheinungsformen gleichzeitig zugeordnet werden können. So fallen auch acht antisemitische Vorfälle in den Bereich des Post-Schoa-Antisemitismus, bezogen sich also positiv oder verharmlosend auf die nationalsozialistischen Verbrechen und drücken dies auch antisemitisch aus. Zweimal sind zudem antijudaistische Stereotype bedient worden, die als antisemitischen Vorfall aufgenommen hat. Zudem hat die Meldestelle einen Vorfall des antisemitischen Otherings erfasst, in dem Jüdinnen:Juden als fremd und nicht dazugehörig markiert wurden.

Auch hinsichtlich der Frage, aus welchen politisch-weltanschaulichen Spektren antisemitische Vorfälle an Hochschulen stammen, ergibt sich ein relativ eindeutiges Bild. Fast die Hälfte (16 von 33) ordnete RIAS dem antiisraelischen Aktivismus zu, sechs Vorfälle dem links-anti-imperialistischen Spektrum. Elf Vorfälle konnten keinem politischen

⁷⁾ Hierbei handelt es sich um ein Baumwolltuch mit häufig rotem oder schwarzem Muster auf weißem Stoff. Seit dem 7. Oktober ist es besonders von israelfeindlichen Aktivist:innen als palästinensisches Nationalsymbol genutzt worden, ähnlich zur Flagge der palästinensischen Autonomiegebiete (s. a. RIAS Bayern, 2024, 127).

Hintergrund zugeordnet werden. Beispiele für Gruppen, die dem antiisraelischen Aktivismus zugeordnet werden und die an Hochschulen aktiv sind, sind etwa *Students-for-Palestine*-Bündnisse und die bereits erwähnte Gruppierung *Handala*.

An Hochschulen ereignen sich auch deshalb so häufig antisemitische Vorfälle, weil sie Orte der Auseinandersetzung politischer Akteur:innen sind. Es ist zumindest nicht ausgeschlossen, dass ein relevanter Teil dieser Vorfälle nicht von Studierenden oder Hochschulangehörigen ausgeht, sondern von politischen Akteur:innen, die gezielt an Hochschulen mobilisieren, um Studierende zu erreichen. Im Rahmen dieser politischen Mobilisierungen kommt es dann zu antisemitischen Vorfällen.

Antisemitische Vorfälle an Hochschulen sind sowohl für die Betroffenen als auch für das Ausmaß von Antisemitismus in einer Gesellschaft von besonderer Bedeutung. Zum einen sind Jüdinnen:Juden auf den Besuch von Hochschulen angewiesen, wenn sie bestimmte Bildungsabschlüsse erreichen wollen. Sie können dem Antisemitismus dort daher nicht einfach ausweichen, wie sie das vielleicht in anderen gesellschaftlichen Kontexten können. Zum anderen ist es besonders besorgniserregend, wenn antisemitische Vorfälle von Studierenden oder Mitarbeitenden von Hochschulen ausgehen, da man annehmen kann, dass diese überdurchschnittlich oft Teil gesellschaftlicher Eliten sind oder sein werden.

FAZIT

Der islamistische Terroranschlag am 7. Oktober auf Israel und der damit einhergehende weltweite Anstieg an antisemitischen Vorfällen stellen eine deutliche Zäsur dar. Die Massaker der Hamas sowie zwei Jahre währende Unsicherheit über die Zukunft der inhaftierten israelischen Geiseln und schließlich für die Perspektive des jüdischen Schutzraums per se stellen für Jüdinnen:Juden in Sachsen eine hohe psychische Belastung dar. Hinzu kommen Bedrohungen und Angriffe vor Ort, durch die neben der akuten Gefahr den in Sachsen lebenden Jüdinnen:Juden auch die Bewältigung der Geschehnisse vom 7. Oktober 2023 erschwert werden. Sie können den Schock der Terrorangriffe, den Tod von Angehörigen bzw. Bekannten sowie die existenzielle Bedrohung oft nur unter stark erschwerten Bedingungen bearbeiten,

da sie sich durch den Antisemitismus vor Ort mit einer Mehrfachbelastung konfrontiert sehen.

Der seit dem 7. Oktober offen gelebte Antisemitismus zeigt sich auch an sächsischen Hochschulen. Während dort bis dahin keine antisemitischen Vorfälle erfasst wurden, sind sie seitdem zu Hotspots antisemitischer Äußerungen und Handlungen geworden. In über 90 Prozent der Fälle handelt es sich um Stereotype des israelbezogenen Antisemitismus und der mit Abstand am häufigsten dokumentierte politische Hintergrund der Täter:innen ist antiisraelischer Aktivismus.

Die Anzahl der antisemitischen Vorfälle mit verletzendem Verhalten hat sich zudem vervielfacht. Konkret bedeutet das: Betroffene werden häufiger etwa von ihren Kommiliton:innen antisemitisch beleidigt oder sind mit deutlich mehr antisemitischen Schmierereien beispielsweise auf Toiletten konfrontiert. Der alltagsprägende Charakter solcher Vorfälle hat sich massiv verstärkt.

Hierzu zählen auch antisemitische Versammlungen auf Universitätsgeländen, die sogenannten Protestcamps, die es vielen jüdischen und israelischen Studierenden zwischenzeitlich unmöglich machten, sich an ihrer Hochschule sicher aufzuhalten. Darüber hinaus kam es zu antisemitischen Angriffen auf jüdische Kommiliton:innen und solche, die sich israelsolidarisch zeigten.

Die Gefahr, der sich Jüdinnen:Juden ausgesetzt sehen, führt nicht nur zu einer psychischen Mehrfachbelastung der Betroffenen, sondern konkret zu erhöhten Schutzbedarfen jüdischer Organisationen und Personen gegen physische Angriffe. Die aus der Kontinuität des Antisemitismus resultierende Notwendigkeit der alltäglichen Abwägung zwischen Sichtbarkeit und Sicherheit – also der Versuch, nicht als jüdisch erkennbar zu sein und somit potenziellen Angriffen eher entgehen zu können – hat seit dem 7. Oktober eine neue Dimension angenommen.

Das bedeutet etwa, dass jüdische Studierende sich nicht in Vorlesungen oder aufs Universitätsgelände trauen, daher Urlaubssemester einlegen oder ihr Studium sogar abbrechen. Ebenso wie jüdische Mitarbeitende versuchen sie, ihre jüdische Identität nicht offen zu zeigen. Während also antisemitische Gruppen ihre inner- und außeruniversitären Aktivitäten ausbauen, werden Betroffene von ihrer Hochschule allein gelassen. Sie sehen sich zunehmend antisemitischen Vorfällen sowie den damit verbundenen psychischen Belastungen und physischen Bedrohungen ausgesetzt.

LITERATUR

- Arnold, Simon (2024). Eingestürztes Weltvertrauen nach dem 7. Oktober. Antisemitismuserfahrung und Traumaträdierung in der Dritten Generation. *psychosozial*, 178(4), 68–88.
- Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus (2018). Zweiter Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus: Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen. URL: <https://www.antisemitismusbeauftragter.de/SharedDocs/downloads/Webs/BAS/DE/expertenbericht-antisemitismus-in-deutschland.pdf> (31.07.2025).
- Bundesverband Mobile Beratung (2024). Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus. Inhaltliche und methodische Grundsätze. URL: https://bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2024/07/BMB_Grundsatzpapier_2024.pdf (31.07.2025).
- Bundesverband RIAS (2023a). Problembeschreibung Antisemitismus in Sachsen. URL: <https://report-antisemitism.de/documents/Problembeschreibung%20-%20Antisemitismus%20in%20Sachsen%20-%20Bundesverband%20RIAS.pdf> (31.07.2025).
- Bundesverband RIAS (2023b). „Das bringt einen in eine ganz isolierte Situation“ – Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland 2017–2020. URL: https://report-antisemitism.de/documents/2023-02-28_Isolierte_Situation_Web.pdf (04.03.2024).
- Bundesverband RIAS (2024). Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2023. Jahresbericht. URL: https://report-antisemitism.de/documents/25-06-24_RIAS_Bund_Jahresbericht_2023.pdf (31.07.2025).
- Bundesverband RIAS (2025). Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2024. Jahresbericht. URL: https://report-antisemitism.de/documents/04-06-25_RIAS_Bund_Jahresbericht_2024.pdf (31.07.2025).
- Bundesverband RIAS (o. J.). Arbeitsweisen. <https://report-antisemitism.de/bundesverband-rias/#operatingPrinciple> (31.07.2025).
- FRA – European Union Agency for Fundamental Rights (2024). Jewish People's Experiences and Perceptions of Antisemitism – EU Survey of Jewish People. URL: https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2024-experiences-perceptions-antisemitism-survey_en.pdf (31.07.2025).
- Gruber, Julius/Loy, Bianca/Poensgen, Daniel (2023). Antisemitische Vorfälle nach den Massakern der Hamas am 7. Oktober. Die Rolle von Gelegenheitsstrukturen für das antisemitische Vorfalleschehen in Deutschland. *RIAS Working Paper* 01/23. URL: https://report-antisemitism.de/documents/2024-05-17_Working-Paper-01-23_Antisemitische-Vorfälle-nach-den-Massakern-der-Hamas-am-7-Oktober.pdf (31.07.2025).
- Loy, Bianca (2024). Die Verschränkung von Antisemitismus und Sexismus nach dem 7. Oktober 2023. *RIAS Working Paper* 02/24. URL: https://report-antisemitism.de/documents/2024-12-18_RIAS_Working-Paper-3.pdf (31.07.2025).
- RIAS Bayern (2021). From the river to the sea – Israelbezogener Antisemitismus in Bayern 2021. URL: https://report-antisemitism.de/documents/From_the_river_to_the_sea_-_Israelbezogener_Antisemitismus_in_Bayern_2021_-_RIAS_Bayern.pdf (31.12.2025).
- RIAS Bayern (2024). Israelbezogener Antisemitismus in Bayern nach dem 7. Oktober. URL: https://report-antisemitism.de/documents/Israelbezogener-Antisemitismus_in_Bayern_nach_dem_7_Oktober.pdf (31.12.2025).
- RIAS Sachsen (2024). Antisemitische Vorfälle in Sachsen 2023. URL: https://report-antisemitism.de/documents/2024-06-24_rias-sn_Antisemitische-Vorfälle-SN-2023.pdf (31.07.2025).
- RIAS Sachsen (2025). Antisemitische Vorfälle in Sachsen 2024. URL: https://report-antisemitism.de/documents/2025-05-28_rias-sn_Antisemitische-Vorfälle-SN-2025.pdf (31.07.2025).
- RIAS Sachsen-Anhalt (2025). Antisemitische Vorfälle in Sachsen-Anhalt 2024. URL: https://ofek-beratung.de/wp-content/uploads/2025/05/2025-05-14_rias-lsa_Antisemitische-Vorfälle-LSA-2024.pdf (31.07.2025).
- Sharansky, Natan (2004). 3D Test of Anti-Semitism: Demonization, Double Standards, Delegitimization. URL: <https://icpa.org/article/3d-test-of-anti-semitism-demonization-double-standards-delegitimization/> (31.07.2025).





Die Nachwehen des Umbruchs

Akzentuierungen von DDR- und Transformationserfahrungen, ostdeutsche Identitätsprozesse und politische Perspektiven heute

Was passiert mit einer Gesellschaft, wenn innerhalb weniger Jahre nichts mehr so ist, wie es war, wenn es neue Möglichkeiten und Freiheiten gibt, aber auch neue Herausforderungen und Spielregeln, die zunächst unverstanden bleiben? Inwieweit hängen die spezifische Erfahrung des Systemzusammenbruchs der DDR und der polit-ökonomischen Transformationen damit zusammen, dass Ost und West bis heute „ungleich vereint“ (Mau, 2024) sind? Wie gestaltet sich vor diesem Hintergrund die Erinnerung an die Umbruchszeit und welche Rolle spielt diese für politisch-gesellschaftliche Deutungsmuster heute?

Lange Zeit wurde die Vereinigung von DDR und BRD zur „neuen Bundesrepublik“ (Mehring, 2019) vorrangig unter dem Leitbegriff der Diktaturbefreiung diskutiert, die vor allem den Zugewinn demokratischer Teilhabe und bürgerlicher Freiheiten für die Bürgerinnen und Bürger der DDR fasste. Gleichzeitig wurde den Verlusten sowie den Ambivalenzen, die ebenfalls mit der politischen Wende einhergingen, kaum Raum gegeben. Werden jedoch die Folgen der Friedlichen Revolution a priori ausschließlich positiv und frei von jeglicher Ambivalenz gefasst, laufen reale Erlebnisse Gefahr, vereinfacht und vereindeutigt zu werden (Jerzak, 2018). Ostdeutsche Lebensrealitäten waren in den letzten 30 Jahren in ihrer Vielschichtigkeit kaum medial repräsentiert (Mau, 2024; Oschmann, 2023). Forschung über die Wende- und Transformationsjahre als *ambivalenten* Erfahrungsraum, in dem neben Zugewinn von Freiheiten und Möglichkeiten auch Verluste ausgehalten und verarbeitet werden mussten, besteht bisher nur rudimentär. Einige jüngere Publikationen verweisen jedoch auf die komplexen historischen Hinterlassenschaften, wenn auf das *umstrittene Erbe von 1989* (Leistner / Wohlrab-Sahr, 2022) und die *Gegenwart eines Gesellschaftszusammenbruchs* (ebd.) sowie auf die *lange Geschichte der Wende* (Brückweh et al., 2022) und die Mystifizierung von 1989 (Sabrow, 2021) rekurriert

wird. In den zeitgenössischen Veröffentlichungen besteht weitestgehend Einigkeit darin, dass nicht nur die Geschehnisse vor dem Mauerfall, sondern auch die anschließenden sozialpolitischen und ökonomischen Transformationsprozesse Relevanz besitzen, um die ungleiche Vereinigung zwischen Ost und West zu verstehen (ebd., Oschmann, 2023; Mau, 2024). Zugleich ist das Thema hoch politisiert und polarisierend. Positive Bezugnahmen auf die DDR werden schnell als autoritär oder ostaligisch abgetan (Neller, 2000), womit die Entwicklung eines differenzierten Bezugsrahmens erschwert wird. Zugleich sind der einseitige Verweis auf die diktatorischen Elemente der DDR und die Hervorhebung der Ostdeutschen als „diktatursozialisiert“ für diese häufig verletzend (ebd.).

Aufgrund der geteilten Erfahrung einer radikalen politischen, ökonomischen und sozialen Transformation des Gesellschaftssystems drängt sich diese als gemeinsamer Bezugsrahmen nahezu auf. Es liegt jedoch auf der Hand, dass sowohl die DDR-Sozialisation als auch der Transformationsprozess in die neue BRD zwar eine kollektive Erfahrung darstellen, die zugleich verschiedene Erlebnisfacetten enthalten und vor dem Hintergrund individueller Erfahrungen, Wünsche und Erwartungen unterschiedlich bewertet werden. Die Bürgerinnen und Bürger waren auf unterschiedliche Art und Weise in die DDR integriert und sozialökonomische Transformationsprozesse hatten regional gesehen verschiedene Auswirkungen (vgl. z.B. Kalkstein et al., 2023; Küpper/Milbert, 2020). Der Systemzusammenbruch der DDR wurde von einigen Menschen in mehrfacher Hinsicht als Verlust erlebt, beispielsweise durch den plötzlichen Wegfall des Arbeitsplatzes und eines damit verbundenen Bruchs in der Biografie. Aber auch der Alltag änderte sich und ging mit erlebten Verlusten einher. Nach den Ergebnissen einer repräsentativen Befragung sahen sich 23,6 Prozent der Befragten in den ostdeutschen Bundesländern im Jahr 2023 als „Verlierer der deutschen Einheit“, 45,6 Prozent als „Gewinner der deutschen Einheit“ (Decker et al., 2023, 21). Zudem gaben 57,8 Prozent der Befragten an, sich weiterhin als „Bürger der ehemaligen DDR“ zu fühlen (ebd.). Die Erfahrungen zur Wende- und Transformationszeit scheinen bis heute nachzuwirken.

Vor diesem Hintergrund werden wir im Folgenden der Frage nachgehen, wie Menschen, die in der DDR aufgewachsen sind, über ihr Leben in der DDR, die Wende- und Transformationszeit und deren

Bedeutung bis in die Gegenwart sprechen und mit welchen Gefühlen sie auf die letzten 35 Jahre blicken. Es wird untersucht, welche Aspekte akzentuiert und wie Ereignisse bewertet werden. Unmittelbar damit verknüpft ist die Frage, inwieweit die affektiven und kognitiven Wertungen der jüngsten deutsch-deutschen Geschichte politisch-gesellschaftliche Deutungsmuster bis heute prägen.

DATENERHEBUNG UND -AUSWERTUNG

SAMPLE

Im Rahmen des Forschungsprojektes „Transformationserleben nach 1989“ werden Gruppendiskussionen mit Menschen durchgeführt, die seit 1987 an der Sächsischen Längsschnittstudie¹ teilnehmen und allesamt zu einem Jahrgang gehören. Sie waren im Jahr 1989 etwa 16 oder 17 Jahre und sind heute knapp über 50 Jahre alt. Sie erlebten die Wendezeit im Jugendalter und schlugen anschließend verschiedene Lebenswege ein. Während einige im „Osten“ blieben, zogen andere in den „Westen“ und wurden dort sesshaft oder kehrten nach einiger Zeit wieder in den Osten zurück.

Im Folgenden werden partiell Inhalte einer ersten Gruppendiskussion aus dem Frühsommer 2025 vorgestellt. An dieser haben sechs Personen teilgenommen; sie dauerte 90 Minuten. Die Pseudonyme *Am*, *Bw*, *Cm*, *Dw*, *Em*, *Fm* folgen zum einen der Reihenfolge der Sprechenden (A hat sich als erstes geäußert, B als zweites usw.) und geben zum anderen das Geschlecht der sprechenden Person an (w=weiblich, m=männlich).

Auf Grundlage eines Leitfadens wurden die persönlichen Perspektiven auf die DDR, die Wende- und Transformationszeit sowie auf gesellschaftliche und politische Entwicklungen seither untersucht. Zudem standen die Perspektiven der Teilnehmenden auf die jeweiligen Lebensentwicklungen und Zukunftserwartungen im Fokus. Die besprochenen Themen wurden auf die inhaltlich-affektive Ausrichtung der Gruppe hin analysiert. Was wird thematisiert, wenn beispielsweise

1) Die Sächsische Längsschnittstudie ist eine Panelstudie, die 1987 zu DDR-Zeiten begann und in deren Rahmen bis heute eine ausgewählte Gruppe von damals DDR-Jugendlichen befragt wird. Eine Besonderheit liegt u.a. in der Erforschung der Einstellungen und Identitätsentwicklungen der Jugendlichen während des Übergangs von der DDR zur Bundesrepublik (Berth et al., 2020).

über die DDR gesprochen wurde? Wo liegen eventuelle Streitpunkte und worin ist sich die Gruppe einig? An welchen Stellen gibt es Widersprüche oder Ungereimtheiten und bei welchen Themen entsteht eine besonders emotionale Gesprächsdynamik? Diese Aspekte werden aufgegriffen und vertiefend dargestellt, um einen ersten Eindruck zu gewinnen, welche Ereignisse und Erfahrungen von besonderer (affektiver) Relevanz waren und weiterhin sind. Das Vorgehen entspricht den ersten beiden Schritten tiefenhermeneutischer Auswertung (König, 2019), dem *logischen Verstehen (was wird gesagt?)* und dem *psychologischen Verstehen (wie wird es gesagt?)*. Im darauffolgenden Schritt werden erste Deutungshypothesen gebildet, ohne den Anspruch an das tiefenhermeneutische *szenische Verstehen* – die Reinszenierung unbewusster gesellschaftlicher Konflikte in der Gruppe – vollständig zu erfüllen. Das langfristige Ziel der Untersuchung ist es, wiederkehrende emotional aktivierende Ereignisse und Erlebnisse über die Gruppendiskussionen hinweg herauszuarbeiten und der Frage nachzugehen, wie diese mit dem heutigen Blick auf Gesellschaft und Politik zusammenhängen.

Im Folgenden werden kursorisch die als relevant erachteten Inhalte der Gruppendiskussion aufgezeigt, wobei der Logik des Gesprächsleitfadens und dessen Themen gefolgt wird: Zunächst richtet sich der Blick der Teilnehmenden auf Alltags- und Systemerfahrungen. Anschließend werden Erinnerungen an die Wende- und Transformationszeit sowie die damit verbundenen Freiheitsgefühle und Ängste thematisiert. Es folgt die Betrachtung der durch Orientierungslosigkeit sowie Abwertungs- und Ausschluss Erfahrungen geprägten Zeit nach der Wende als „gesetzesfreier Raum“. Den Abschluss bildet die Wahrnehmung der heutigen Situation und der aktuellen politischen Lage.

BLICK AUF DIE DDR

Der Blick der Teilnehmenden auf die DDR lässt sich in zwei inhaltliche Bereiche einteilen, die durch die Gruppe unterschiedlich betrachtet werden. Zunächst stellen wir die Perspektiven innerhalb der Gruppe auf das Alltagsleben in der DDR dar, welches in vielerlei Hinsicht positiv erinnert wird. Erst nachgeordnet kommt die Gruppe auf das zum Teil kritisch betrachtete politische System zu sprechen.

„MIR HAT NICHTS GEFEHLT“ – ERINNERUNGEN AN DEN ALLTAG IN DER DDR

Die Teilnehmenden haben die DDR als Kinder und Jugendliche erlebt, zum Zeitpunkt des Mauerfalls waren sie ungefähr 16 oder 17 Jahre alt. In vielerlei Hinsicht sind ihre Erinnerungen positiv, fast ein wenig nostalgisch gefärbt. In ihnen wird aber vor allem der Versuch deutlich, ein „Gegennarrativ“ zu dem zu entwickeln, was die Gruppe als „westlichen“ Blick auf die DDR thematisiert. An verschiedenen Stellen des Gesprächs wird betont, dass das Bild „des Ostens“ öffentlich falsch oder „zu negativ“ (Em, 1079) dargestellt werde. Mit Blick auf diese für ihn einseitige Wahrnehmung betont der Teilnehmer, er habe „mehr schöne, als schlechte Erinnerungen“ (Em, 1086 f.) an die DDR und dass ihm „nie was gefehlt“ (Em, 1086) habe. Auch die eingeschränkte Reisefreiheit sei weniger schlimm gewesen als allgemein angenommen. Die Teilnehmenden sind sich einig, dass sie sich damit gut arrangieren konnten, denn „was ich nicht kenne, kann ich nicht vermissen“ (Em, 1068).

In der Gruppe wird der Eindruck vermittelt, dass man sich hinsichtlich des Lebens in der DDR und der damit zusammenhängenden Besonderheiten und Gewohnheiten untereinander ohne viele Worte verständigen kann. Es sei jedoch schwierig, die eigenen Erfahrungen und Gefühle an Menschen zu vermitteln, die außerhalb der DDR aufgewachsen sind, selbst wenn es sich um nahe Angehörige handelt: „Und wir haben natürlich immer-, ich hab ihr versucht die, diese DDR zu erklären. Also die ich halt äh 17 Jahre erlebt habe. Und ich hab's nie geschafft. Also dieses äh zu vermitteln, was der Kern wirklich war, wie das Leben dort war“ (Cm, 1021–1024). Hier wird ein Verständigungsproblem eröffnet, welches dazu führt, dass Teile der eigenen Geschichte unverstanden bleiben. Das Leben und die Sozialisation in der DDR erscheinen den Teilnehmenden nicht vermittelbar. Dies zeigt sich auch, als ein Teilnehmer anführt, es gäbe „so verschiedene DDR-Geschichten wie's DDR-Bürger gibt“ (Em, 1047 f.). Implizit wird damit eine Pluralität der Lebensmöglichkeiten im Realsozialismus angesprochen, die ebenfalls im Kontrast zum als homogenisierend empfundenen „westlichen“ Bild von der DDR steht. Durch die Sozialisation in der DDR besteht zugleich ein gemeinsamer Erfahrungsraum, der die Teilnehmenden verbindet und einen zentralen Aspekt im Gruppengefüge darstellt. Dabei werden nur wenige Unterschiede zugelassen. Dies zeigt

sich vor allem mit Blick auf Cm, dessen religiöser Hintergrund in der DDR mit Schwierigkeiten verbunden war. Er berichtet von einem Verbot, in der Schule über seine religiösen Ansichten zu sprechen, und dem damit einhergehenden „mental Spagat“ (Cm, 1096) „aufpassen“ (Cm, 1098) zu müssen. Zugleich betont er aber vor der Gruppe, dass er keine Diskriminierung erfahren hätte.

Hier wird deutlich, dass Dissonanzen in der Wahrnehmung der DDR zwar vorhanden sind, jedoch nicht weiter verfolgt bzw. eingehegt werden. Die Gruppe konstituiert sich über die Gemeinsamkeit, eine lebenswerte Jugend in der DDR verbracht zu haben, deren „Kern“ untereinander ohne viele Worte verständlich wird. In der Abgrenzung zu Menschen, die im Westen sozialisiert wurden, wird diese Gemeinsamkeit so relevant, dass die Gruppe widerstrebenden oder ambivalenten Erfahrungen hinsichtlich der Jugend in der DDR wenig Platz einräumt.

„DIE DDR WAR EIN POLIZEISTAAT“ – DER BLICK AUF DEN STAAT UND SEINE INSTITUTIONEN

Interessant ist, dass sich die Gruppe hinsichtlich des politischen Systems der DDR und seiner Institutionen dennoch mehrfach kritisch äußert und dies nebeneinanderstehen lässt. Teilweise werden diese unterschiedlichen Aspekte von derselben Person angesprochen. Em, der eingangs bemängelt, das Bild auf die DDR sei ihm zu negativ, führt an, dass „die DDR diktatorisch war“ (Em, 1034 f.). Menschen wurden, „weil sie keine Grundrechte hatten, in-, ins Gefängnis gebracht, und ausgebürgert, alles schlimm“ (Em, 1036 f.). Die DDR sei „ein Polizeistaat ein Stück weit ‘ne, die Leute wurden in Bautzen weggesperrt über viele Jahre-, warum, wieso, weshalb?“ (Em, 1081–1083). Die Kritik an der DDR betrifft den Staat und seine Institutionen, doch sie bleibt weitestgehend abstrakt. Die kritisch bewerteten Aspekte im DDR-System tangierten den Alltag der Teilnehmenden scheinbar nur marginal. Das Leben in der DDR wird, im Gegensatz zu dem westlichen negativ geprägten Bild, allgemein als gut und lebenswert dargestellt. Die Gruppe selbst weiß um die Repressionen und thematisiert sie, die Teilnehmenden waren jedoch anscheinend nicht unmittelbar betroffen. Lediglich Cm, der aus einer religiösen Familie stammt, wird in seinen Erfahrungen etwas konkreter, als er herausstellt „in der Schule, musste ich meine Klappe halten“ (Cm, 1097). Die Erlebnisse der Teilnehmenden scheinen jedoch weniger einschrän-

kend zu sein als das, was man sich unter Ausführungen wie „Polizeistaat“ vorstellt. Passend dazu merkt ein Teilnehmer an, er war „rebellisch und trotzdem hat mir nichts gefehlt“ (Fm, 1118). Denn „die Strafen waren auch nie so drakonisch, wo ich gesagt hab, ‚okay das hätte-, wäre mir in der BRD nicht passiert‘“ (Fm, 1119 f.). Diese und andere Erzählungen zeigen, dass die Repression für die Gruppe abstrakt blieb, womöglich ist das Wissen um die politische Verfolgung in der DDR nicht mit den eigenen Erfahrungen vereinbar. Die Gruppe scheint hier um den Umstand zu ringen, dass beides zugleich bestand: Politische Verfolgung sowie ein Alltag, in dem eine gewisse Rebellion als möglich erlebt wurde. In ihren Schilderungen über diese Widersprüche und den Versuchen, das Bild auf die Jugend der DDR differenziert darzustellen, geraten die Teilnehmenden durch ihre positiven Erinnerungen in eine Art Verteidigungshaltung gegenüber dem aus ihrer Sicht zu negativen und auch westlich geprägten Bild der DDR. Es scheint, als wolle die Gruppe implizit eine Schlussfolgerung vom autoritären politischen System auf einen Alltag voller Repressionen abwehren. Die gemeinsame Verständigung auf den DDR-Alltag als lebenswert steht einer Affirmation der neuen Bundesrepublik und ihres Systems dabei nicht entgegen. Dies ist ersichtlich, wenn Am äußert, dass „das gesellschaftliche System jetzt eigentlich um- um- um vieles besser ist, also nicht nur wegen dem Politischen, sondern auch-, also ich finde auch wegen dem Wirtschaftlichen [...]. Also bin auch ein großer Fan vom Kapitalismus und Wettbewerb“ (Am, 955–959).

Der Abwehr des negativen, teils westlich geprägten Bildes auf die DDR liegt womöglich auch die nostalgische Erinnerung an die DDR als Sehnsuchtsort der Kindheit und Jugend zugrunde. Der Systemzusammenbruch wurde von vielen Menschen als Verlust erlebt, wobei der nostalgischen Erinnerung an das Leben in der DDR die Funktion zugesprochen werden kann, das Gefühl von Zugehörigkeit zu stärken und die eigene Identität als Teil der ehemaligen DDR-Bürgerinnen und -Bürger zu stabilisieren.

WENDE- UND TRANSFORMATIONSZEIT

Im Folgenden treten die Erzählungen der Gruppe hinsichtlich ihrer Erfahrungen während der Wende- und anschließenden Transformationszeit in den Blick. Was hat sich verändert? Welche positiven und negativen Aspekte

hat die Transformationszeit mit sich gebracht? Welche Vorstellungen, Hoffnungen und Ängste kamen auf und wie wurde damit umgegangen?

DIE ZEIT DES UMBRUCHS – ZWISCHEN NEUER FREIHEIT UND ORIENTIERUNGSLOSIGKEIT

Die zur Wendezeit jugendlichen Teilnehmenden sehen sich größtenteils als Profiteurinnen und Profiteure der Wende. Im Vergleich zur Mehrheitsgesellschaft in der DDR und speziell der älteren Generation stellen sie sich als „Gewinner-Generation“ (Em, 1039) dar; der Begriff fällt mehrfach. Zur Zeit der politischen Wende befanden sich die Teilnehmenden im Übergang zwischen Jugend- und Erwachsenenalter, sie waren dabei, die Schule abzuschließen, und befanden sich dementsprechend zusätzlich in einer persönlichen Umbruchszeit. Gleichzeitig standen sie erst am Anfang ihrer beruflichen Karriere und waren in der Position, sich den Veränderungen anzupassen, die mit der politischen Wende einhergingen, oder sich ggf. umzuorientieren. Zugleich waren sie in dieser Zeit mit vielen grundsätzlichen sozialen Veränderungen konfrontiert und dabei weitestgehend auf sich allein gestellt. Innerhalb der Gruppe zeigen sich verschiedene Umgangsweisen mit der neuen Situation. Während einige Teilnehmende die neuerworbenen Möglichkeiten und Freiheiten auskosteten, erinnern sich andere vor allem an Zukunftsängste und Sorgen. Das Erzählen über die Umbruchszeit ging demzufolge nicht nur mit positiven Assoziationen einher. Zudem wird die Zeit als „Konsumschock-Zeit“ (Am, 103) und „Kulturschock“ (Am, 115) beschrieben. Dennoch werden die Transformationsjahre nach 1989/90 mit Begriffen wie „Raum der Freiheit“ (Em, 500) und „Befreiung“ (Am, 517) beschrieben. Ein Teilnehmer spricht davon, dass für ihn mit der Wende ein „Traum in Erfüllung gegangen“ (Cm, 466) sei:

Ich kann mich erinnern, dass gerade in in dieser Umbruchsituation zu erleben, wie der Staat glaub aufgehört hat zu existieren und dann-, wie dann so ein gesetzessfreier Raum gefühlt teilweise entstanden ist. Also ich weiß auch zum Beispiel, dass Leute dann auch so-, so Wohnungen besetzt haben und so weiter. Also es gab da in der Hinsicht auch sehr viel Gestaltungsspielraum.

Cm, 467–472

Der Freiheitsgewinn, der von der Gruppe beschrieben wird, bezieht sich jedoch nicht auf die Freiheiten der Demokratie wie Presse- und Meinungsfreiheit. Lediglich die Reisefreiheit spielt in der Diskussion eine Rolle. Der Osten wird zunächst als ein „wilder Westen“ beschrieben, ein raues Pflaster ohne staatliche Ordnungsmacht. Zwei Teilnehmende beschreiben ihr Leben nach der Wende als ein Sich-treiben-Lassen („in der Situation der Freiheit, hab ich so ein bisschen vergessen, was ich eigentlich machen wollte, was ich werden wollte“, Fm, 486f.).

ANPASSUNGEN UND DOPPELTE FREIHEIT

Trotz aller positiv bewerteten neuen Freiheiten schwingt in der Diskussion auch mit, dass sich die Teilnehmenden mehr Unterstützung zur (beruflichen) Orientierung gewünscht hätten, denn „alles was danach kam, musste ich selbst erarbeiten, musste ich mir selbst erarbeiten. Also, dass da-, da wurde dir nichts mehr in das Körbchen gelegt und du musstest dich nur bedienen, sondern das wurde dann auch wirklich vorausgesetzt, dass du das möchtest“ (Fm, 673–676). Allgemein entsteht der Eindruck, dass die Teilnehmenden mit der neuen Situation überfordert waren und erste Abwertungserfahrungen erlebten. Die Gruppe einigt sich an verschiedenen Stellen darauf, dass sie, im Vergleich zu Jugendlichen mit westdeutschem Hintergrund, leistungsfähiger sein mussten, sich stärker beweisen und zusätzliche Hürden überwinden mussten, um sich beruflich zu orientieren und Fuß fassen zu können. Die Teilnehmenden äußern die Vermutung, dass westdeutsche Jugendliche eine bessere Beratung zu (beruflichen) Möglichkeiten und dem Werdegang erfuhren, weshalb sie auf beruflicher Ebene bessere Startchancen gehabt hätten. Sie thematisieren damit eine Ungleichheit der Lebensverhältnisse:

Gerade so Leute aus dem Osten, oder jetzt aus Osteuropa, die haben irgendwie ein Ziel gehabt. // Fm: Ja // Dw: Ja // Cm: Die waren-, ich hab's immer so als hungrig bezeichnet. // Fm: Genau. // Cm: Währenddessen, sag ich mal, viele, die im Westen groß geworden sind, in einem unglaublich, sag ich mal, behüteten Umfeld. // Fm: Ja. // Cm: Oder wo alles einfach da war, dass die diesen-, diesen Reiz nicht gehabt haben.

Cm, 702–706

Die Beschreibung von Personen aus „dem Osten“ oder Osteuropa als „hungrig“ kann hierbei als Verweis darauf interpretiert werden, dass diese besonders leistungsorientiert und zäh sowie es gewohnt seien, sich anstrengen und „durchbeißen“ (Am, 944) zu müssen. Dem gegenüber kämen Person aus „dem Westen“ aus einem „behüteten Umfeld“. Dies geht mit der Annahme einher, dass alle notwendigen Ressourcen ohne Anstrengungen zur Verfügung standen. Der Eindruck, sich als „Ossi“ auf dem Arbeitsmarkt mehr anstrengend zu müssen, zeigt sich auch in der Erzählung eines Teilnehmers über seinen späteren beruflichen Verlauf: „man musste sich schon bemühen, 'ne. Man musste es zeigen, man musste es wollen und dann ging das auch. Und dann hast du auch die Eingeborenen auf der rechten Spur, auf der linken Spur überholt“ (Fm, 697–699). Die Erfahrung, die eigenen Fähigkeiten unter Beweis stellen zu müssen, scheint für die Gruppe ein festes Merkmal ostdeutscher Lebensrealität und gleichzeitig einen gemeinsamen Bezugsrahmen darzustellen. Es entstehen Bilder über Ostdeutsche und Westdeutsche als Gruppen, die bestimmte Fähigkeiten und Eigenschaften besitzen, die sich voneinander unterscheiden. In diesem Zusammenhang werden Personen mit ostdeutschem Hintergrund von den Teilnehmenden als leistungsorientierter, anpassungsfähiger und gruppenorientierter charakterisiert. Dem gegenüber zeichnen sich Eigenschaften ab, die von den Teilnehmenden „den Westdeutschen“ zugeschrieben werden: individualisierter, behüteter und ausgestattet mit einer besseren Fähigkeit sich auszudrücken.

Ein im Grunde sozialer Konflikt, der mit Abwertungs- und Benachteiligungserleben einhergeht, wird durch die Gruppe essenzialisiert, indem er durch bestimmte Eigenschaften der jeweiligen Gruppen erklärt wird. So beschreibt beispielsweise ein Teilnehmer, die Ostdeutschen hätten durch die Transformationserfahrungen bestimmte „Handwerkszeuge in der Hand, die möglicherweise manche im alten Teil der Bundesrepublik so nicht haben“ (Em, 804 f.). In diesem Zusammenhang bleiben komplexe politisch-ökonomische Dynamiken genauso außen vor wie der Umstand, dass sich nicht alle Westdeutschen in den beschriebenen komfortablen und privilegierten Positionen befanden. Die Teilnehmenden sind, ähnlich wie viele Menschen im Westen, im marxistischen Sinne doppelt frei (Marx, 1962 [1867], 183): Sie verfügen über bürgerliche Freiheiten, während sie zugleich frei von Eigentum und Vermögen sind, eine Ausgangsposition, die die Lebenschancen ver-

ringert. Die Perspektive der Gruppe und die Zuschreibung bestimmter Eigenschaften erlaubt hingegen eine kompensatorische Aufwertung der Eigengruppe als „Ostdeutsche“, wenn sich diese aufgrund der DDR-Sozialisation und der anschließenden Transformationserfahrungen bestimmte positive Fähigkeiten aneignen konnten.

KONSOLIDIERUNG SOZIALER UND KULTURELLER UNTERSCHIEDE – ABWERTUNGSERFAHRUNGEN UND SOZIALER AUSSCHLUSS

Die Unterscheidung zwischen Ost- und Westdeutschen bleibt die gesamte Gruppendiskussion über virulent und entwickelte sich aus der Diskussion selbst heraus. Die Teilnehmenden thematisieren, dass sie aufgrund ihres ostdeutschen Hintergrunds sozialen Ausschluss und Abwertung erfahren.

In der Gegenüberstellung und Charakterisierung der in West- und Ostdeutschland sozialisierten Bevölkerung werden sowohl Erlebnisse der Herabsetzung und Zurückweisung der Teilnehmenden besprechbar als auch der Versuch einer gruppenbezogenen Eigenaufwertung der „Ostdeutschen“ erkennbar, wofür sich die Teilnehmenden als homogene Gruppe in der DDR sozialisierter Personen darstellen. Der Fokus liegt vor allem auf dem gemeinsamen Erfahrungsraum. Die Abgrenzung gegenüber Westdeutschen wird vor allem im Schildern der eigenen Abwertungserfahrungen sowie des sozialen Ausschlusses als ostdeutsch sozialisierte Person sichtbar. Eine Teilnehmerin spricht von ihren Erlebnissen als ostdeutsche Auszubildende in Westdeutschland: Sie berichtet, dass ihr Bildungsabschlusses nicht anerkannt und sie in eine niedrigere Berufsschulklasse eingestuft wurde, die sie als laut und unkonzentriert wahrnahm und in die sie sich schlecht integrieren konnte. Sie setzte sich für die Anerkennung ihrer Leistungen ein, fühlte sich aber gleichzeitig von Beginn an ungerecht behandelt und, im Vergleich zu westdeutschen Auszubildenden, „auf eine niedrigere Stufe gestellt“ (Dw, 443). Ein anderer Teilnehmer beschreibt, es wäre nicht nur beruflich, sondern auch auf zwischenmenschlicher Ebene schwierig gewesen, Fuß zu fassen und Anschluss zu finden:

[...] hast es eigentlich immer schwer gehabt, Eingeborene-, für mich sind sie immer Eingeborene, ähm dort kennenzulernen. Wenn du nicht bei denen in die Schule gegangen bist,

wenn du mit denen keine Ausbildung gemacht hast, wenn du nicht zum Freundeskreis gehörst, war das extrem schwer.

Fm, 342–346

In dem Zitat wird deutlich, wie Fm versucht, die Kränkung durch den sozialen Ausschluss zu kompensieren. Einerseits beschreibt er das Fremdbleiben und die Unmöglichkeit der Integration, da er nicht über dieselben jahrealten Netzwerke verfügte und somit nie richtig dazu gehören konnte. Die Gruppengrenzen aufgrund der Herkunft und Sozialisation scheinen quasi undurchdringbar. Andererseits bezeichnet er die westliche Bevölkerung als „Eingeborene“, ein herablassender Begriff für die ursprünglichen Einwohner eines Landstrichs, der diese vor allem als primitiv und unzivilisiert darstellt. Die Wortwahl kann auch als unbewusster Versuch verstanden werden, Ausschlusserfahrungen durch Eigenaufwertung (nicht eingeboren = zivilisiert) zu kompensieren.

Im Verlauf der Gruppendiskussion treten Gefühle des Nicht-Genügens, des sozialen Ausschlusses, Abwertungserfahrungen der eigenen Leistungen und Fähigkeiten deutlich hervor. Diese Empfindungen führen wiederum zu einem verstärkten Leistungsdruck. Aus den negativen Erfahrungen scheint der Wunsch nach Aufwertung sowohl der eigenen Person als auch der „Ostdeutschen“ im Allgemeinen zu entspringen. Demnach stellen die Teilnehmenden, die nach der Wende nach Westdeutschland zogen, heraus, dass sie sich besonders bemühen mussten, dem negativ konnotierten Bild des „Ossis“ entgegenzutreten. Zudem stellen sie sich als beruflich besonders engagiert dar. Ein Teilnehmer berichtet beispielsweise, dass Personen aus seinem Bekanntenkreis in Westdeutschland „komisch behandelt“ (Am, 329) wurden, „wie so ein halber Idiot“ (Am, 329). Sie hätten verleugnet, dass sie ursprünglich aus Ostdeutschland kommen, und versuchten sich anzupassen, indem sie beispielsweise ihren „Akzent so ein bisschen umgelernt“ (Am, 331) hätten.

AKTUELLE POLITISCHE PERSPEKTIVEN

In der Diskussion über aktuelle politische Verhältnisse melden sich fast alle Teilnehmenden zu Wort und reden offen über ihre eigene politische Verortung. Das Sprechen der Teilnehmenden über aktuelle politische Verhältnisse ist größtenteils von Besorgnis, aber auch von Unverständnis geprägt. Ein Teilnehmer äußert beispielsweise, er kenne jemanden,

„der hat Junge Welt gelesen relativ lange [...]. Und ist jetzt so stramm AFD-Linie, ich bin da sehr verwundert. Also wie sowas geht-. Und das interessiert mich inhaltlich auch, wie sowas kommen kann“ (Am, 1202–1205). Hier wird sowohl Ratlosigkeit als auch Abgrenzung zu jenen deutlich, die AfD wählen. Zwar bezieht sich Am auf einen „Spezialfall“ der AfD-Wählerschaft, jene die sich vorher eher politisch links verorteten, in der Gruppe zeigt sich jedoch größtenteils eine Distanzierung zu autoritären und antidemokratischen Positionen. So äußert ein Teilnehmer, er sei „felsenfest davon überzeugt, dass Demokratie was Gutes ist“ (Em, 1254), sieht es jedoch auch als Aufgabe einer Demokratie, „diejenigen zu hören, die anderer Meinung sind“ (Em, 1255 f.). Passend dazu positioniert sich auch ein anderer Teilnehmer: „Mit den Leuten, die heute ihre AfD-Meinung klar äußern, geh ich immer noch in die Diskussion“ (Fm, 1215 f.). Die Gruppe sieht vor allem einen gesellschaftlichen Bedarf nach mehr Dialog, da „die Gesellschaft hier so ein bisschen auseinander fällt“ (Am, 1176.). Dabei wird die Ursache gesellschaftlicher Konflikte nicht nur im politisch rechten Spektrum gesehen, sondern „wenn ich nach links und rechts gucke“ (Am, 1196). Die Mehrheit der Teilnehmenden verortet ihre politischen Ansichten eher im politischen mitte-links Spektrum, doch eine Teilnehmerin äußert verklausuliert ihre Affinität zur AfD. Sie sei ein „Wahl-O-Mat-Mensch“ (Dw, 1267) und „leider lande ich größtenteils bei den Blauen“ (Dw, 1269 f.). Sie lässt ihre finale Wahlentscheidung dabei offen, indem sie äußert, sie wähle immer etwas „gemischt“ (Dw, 1273). Interessanterweise wird auch an dieser Stelle in der Diskussion die charakteristische Dynamik der Gruppe beibehalten und die Harmoniebedürftigkeit sichtbar. Als Reaktion versucht ein Teilnehmer den Bruch in der Gruppendynamik einzufangen, indem er Verständnis für eine Affinität zur AfD äußert: „Ich kann auch jeden, der AfD wählt, dahingehend zumindest verstehen, auch wenn ich's jetzt nicht machen würde, dass es Sachen gibt, die [...] zumindest nicht sinnvoll behandelt wurde“ (Am, 1291–1295). Es schließt sich daran eine in der Gruppe konsensfähige Kritik an den etablierten Parteien an, wodurch sich auch zeigt, dass die Gruppe den Aufstieg der AfD in einem gewissen Versagen etablierter Parteien sieht, bestehende Probleme zu lösen. So äußert ein Teilnehmer, Merkel sei nicht in der Lage, ihre Fehler zu reflektieren. Und auch „Rot-Grün“ und der Linken traut man nicht zu, vor allem die wirtschaftlichen Probleme zu lösen. Menschen, die „sehr links, oder sehr rechts wählen“ (Am, 1209 f.), werden als an

„irgendwelchen Punkten, so bisschen ausgestiegen“ (Am, 1311) wahrgenommen.

Die Gruppe oszilliert zwischen Nähe und Abgrenzung zu jenen Menschen, die AfD wählen. Diese Schwankungen zeigen sich teilweise in derselben Person. Die Teilnehmenden haben Kontakt zu Wählerinnen und Wählern der AfD, die beispielsweise Familienangehörige oder Menschen sind, die „ich [...] seit 20 Jahren kenne“ (Em, 1216). Trotz der eigenen Abgrenzung resultiert hieraus auch ein Verständnis und eine empfundene Notwendigkeit, zwischen unterschiedlichen politischen Positionen im Gespräch zu bleiben. Innerhalb der Gruppe findet keine Diskussion über gesellschaftliche Debatten zum Wahlerfolg der AfD im Osten statt – weder zu jener einer „Diktatursozialisation“², die den Osten ansprechbarer mache für autoritäre Ideologie, noch zu jener, die vor allem die Transformationsjahre und die soziale Ungleichheit mit verantwortlich für den Aufstieg der AfD sieht.

DISKUSSION

DAS PHANTASMA DES „OSSIS“ UND DES „WESSIS“

Mit der politischen Wende mussten sich die Bürgerinnen und Bürger der DDR umfassend neu orientieren und in ein anderes Gesellschaftssystem einfügen (vgl. Horzetzky 2009, 245). Dieser Umbruch war mit einigen Hürden und Belastungen verbunden. Sie gehörten einer sozial schwächeren Gruppierung an und erlebten die damit einhergehenden Konflikte (vgl. ebd., 254). Wie bereits herausgestellt wurde, berichten die Teilnehmenden von Abwertungserfahrungen und sozialem Ausschluss aufgrund ihrer ostdeutschen Herkunft. Laut Horzetzky ist eine mögliche Umgangsweise mit der Erfahrung sozialer Stigmatisierung aufgrund der Herkunft, diese zum eigentlichen Vorteil zu erklären (vgl. ebd.). Diese Umgangsweise lässt sich auch bei den Teilnehmenden der Gruppendiskussion erkennen. Ein Teilnehmer sieht die Ostdeutschen aufgrund der Transformationserfahrungen mit einer besonderen Form

2) Im Podcast der FAZ äußerte der damalige Ostbeauftragte der Bundesregierung, Marco Wanderwitz, die Vermutung, die Zustimmungsfähigkeit für die AfD sei im Osten besonders hoch, da die Menschen „teilweise in einer Form diktatursozialisiert sind, dass sie auch nach dreißig Jahren nicht in der Demokratie angekommen sind“ (<https://www.faz.net/podcasts/f-a-z-podcast-fuer-deutschland/ostbeauftragter-ueber-afd-waehler-nach-30-jahren-nicht-in-der-demokratie-angekommen-17363632.html>; 07.10.2025).

von Resilienz, bestimmten „Handwerkszeugen“ (Em, 804), ausgestattet, welche Westdeutsche möglicherweise so nicht entwickeln konnten, da sie von den Umbrüchen der Wendezeit weniger stark betroffen waren. Den in Westdeutschland sozialisierten Personen werden vereinheitlichend bestimmte Eigenschaften zugeschrieben, wie beispielsweise eine individualisierte Lebensweise (im Kontrast zur Orientierung an Gemeinschaft) sowie Sprachgewandtheit. Die Teilnehmenden nehmen an, dass sich die Westdeutschen für die Erlangung sozialer Ressourcen und damit besserer Startchancen auf dem Arbeitsmarkt kaum anstrengen mussten, da ihnen diese Ressourcen von ihren Eltern bzw. durch die Sozialisation im „Westen“ mitgegeben wurden. Es wird ferner deutlich, dass die erfahrenen Kränkungen teilweise bis heute anhalten und die andauernden sozialen Unterschiede zwischen in der DDR und in der BRD sozialisierten Menschen Frustration hervorzurufen scheinen.

Oschmann (2023) vertritt die These, dass es die Abwertung als „Ossi“ und die soziale Ungleichheit zwischen Ost und West sei, die die Menschen in die Hände der AfD treibe. Da sich die Teilnehmenden größtenteils von der AfD abgrenzten, konnte diese These im Rahmen dieser Gruppendiskussion nicht ausreichend untersucht werden. Für die Teilnehmenden zeigt sich jedoch, dass die Erfahrungen des sozialen Ausschlusses, der Herabsetzung und der strukturellen Diskriminierung als Personen mit ostdeutschem Hintergrund in Westdeutschland mehrheitlich nicht zu einer Hinwendung zur AfD führten.

Die Gruppe kann sich vor allem auf das *Phantasma* (Erdheim, 2013) des „Wessis“ einigen: Personen mit westdeutschem Hintergrund werden zu einer homogenen Gruppe, die kollektiv bessere Ausgangsbedingungen für das Leben in der neuen Bundesrepublik mitbrachten. Der „Ossi“ ist das phantasmatische Pendant dazu: ein Mensch, der es gewohnt sei, für das, was er erreicht hat oder erreichen möchte, hart zu arbeiten. Zugleich sei er krisenfester und orientiere sich vermehrt am Kollektiv. Erdheim (ebd.) hebt hervor, dass das Phantasma eine kollektive psychosoziale Funktion erfüllt und vor allem dazu dient, kollektiv etwas nicht zu Bewusstsein kommen zu lassen, um ein gesellschaftliches Arrangement nicht zu gefährden. In diesem Fall tragen beide Bilder dazu bei, eigene Kränkungen durch Abwertung und Herabsetzung zu kompensieren, indem die Fähigkeit, dennoch zu bestehen und sich im neuen System zu orientieren, zu einer kollektiven Eigenschaft der Gruppe als ehemalige DDR-Bürgerinnen und -Bürger wird. Die Auf-

wertung der Eigengruppe geschieht nicht durch die Abwertung und Bekämpfung Schwächerer, wie in der autoritären Dynamik des Rechts-Extremismus, sondern durch eine Verkehrung: Die durch die erschwerten Ausgangsbedingungen notwendige erhöhte Anstrengung wird zu einer Tugend, während sich die abwertende Haltung nun auf jene bezieht, durch die man die eigene Abwertung erfahren hat. Diese Dynamik in der Gruppe verweist vor allem darauf, wie virulent und psychosozial wirksam die Geschehnisse der Wiedervereinigung bis heute sein können. Nach Horzetzky (2009, 261) können Erfahrungen von drastischen Umbrüchen und Einschnitten, wie es zur Wendezeit der Fall war, für Jugendliche eine traumatische Bedeutung erlangen. Da fast alle DDR-Bürgerinnen und -Bürger von den Umbrüchen der Wende betroffen waren, wurde das Traumatische gegebenenfalls nicht abgegrenzt und als besonders wahrgenommen, in seiner emotionalen Belastung nicht anerkannt und nicht integrierend verarbeitet (ebd.). Dass die Gruppe diese kränkenden Erfahrungen besprechen kann, trägt womöglich dazu bei, dass sie nicht einer klassisch autoritären Dynamik verfällt, die sie womöglich für rechte Propaganda ansprechbar machen würde.

Die Dynamik der Gruppe verweist zudem auf jenes Phänomen, welches der Soziologe Steffen Mau (2024, 20) als „Ossifikation“ bezeichnet. Er geht davon aus, dass die DDR- sowie die Wende- und Nachwendezeiterfahrungen in den Identitäten der ehemaligen DDR-Bürgerinnen und -Bürger weiterhin nachwirkt und auch in Zukunft nachwirken wird. Ostdeutschland fasst er dabei als „Gefüge, dessen Sozialstruktur und Mentalitäten durch den Stempel der DDR, die Vereinigungs- und Transformationserfahrung und eigene Entwicklungspfade gekennzeichnet ist“ (ebd., 19). Die Teilnehmenden der Gruppendiskussion erleben sich als stigmatisiert durch den Westen und konstruieren zugleich gemeinsam eine durch die Sozialisation in der DDR geprägte ostdeutsche Identität mit bestimmten Merkmalen und Eigenschaften. Auch Erfahrungen und Gefühle mit Blick auf die DDR scheinen Menschen aus dem Westen nur schwer vermittelbar. Mau geht davon aus, dass das Abstreifen und Zurücklassen von Unterschieden immer unwahrscheinlicher werde, je mehr Zeit seit der Wiedervereinigung vergehe (ebd.). Stattdessen seien „Verstetigungstendenzen sowie Anhaftungseffekte von Soziokulturen und Mentalitäten zu beobachten“ (ebd., 20), aus denen bis heute Menschen mit bestimmten Prägungen und Erfahrungen hervorgingen. Dieses Phänomen fasst er als „Ossifikation“ (ebd.) – ein

Begriff, der ursprünglich aus der Medizin kommt und die „Verknöcherung und Regeneration nach einem Bruch durch die Bildung von Narbengewebe“ (ebd.) beschreibt.

DER UNVERARBEITETE TRANSFORMATIONSBALLAST

Trotz weit verbreiteter und seit 1990 kontinuierlicher Zustimmung zur Einheit (vgl. Berth et al., 2020) blieben viele Menschen in Ostdeutschland emotional und identitär unverarbeitet in einem Zwischenraum stehen: Sie scheinen emotional nicht vollständig mit dem alten System und den Erfahrungen der Wende- und Nachwendezeit abgeschlossen zu haben und mussten sich von heute auf morgen in einem neuen Gesellschaftssystem zurechtfinden und beweisen. Besonders prägend scheint im Zuge dessen die Erfahrung von Abwertung und sozialem Ausschluss aufgrund der ostdeutschen Herkunft sowie eklatantem Statusverlust, was sich beispielsweise in der Nicht-Anerkennung von Bildungsabschlüssen zeigt, oder auch psychischer Belastung und Fremdbestimmung – Aspekte, die bis heute nachwirken, aber eher selten öffentlich reflektiert werden.

Auch wenn sich die Teilnehmenden der Gruppendiskussionen weitestgehend als „Wende-Gewinnerinnen und -gewinner“ sehen, so wird der teils unverarbeitete Transformationsballast an einigen Stellen sichtbar. Anhand der Ergebnisse der Sächsischen Längsschnittstudie (ebd.) wird deutlich, dass sich die Mehrheit der Teilnehmenden sowohl mit der DDR als auch mit der BRD verbunden fühlen (vgl. Becker, 2025, 303). Um dieses Phänomen näher zu untersuchen, ist es von Bedeutung, die Entwicklung der identifikativen Akkulturation der Teilnehmenden in den Blick zu nehmen (siehe Becker, 2025). In der Gruppe nimmt die Verhandlung über Abwertungs- und Kränkungserfahrungen als Personen mit ostdeutschem Hintergrund sowie die Identifikation mit einer ostdeutschen Identität viel Raum ein. Dies kann darauf hindeuten, dass sich die Gruppe (als Ostdeutsche) nach wie vor in einer gesellschaftlich schwächeren Position sieht. Die Konstruktion einer spezifisch ostdeutschen Identität und damit einhergehende positive Erinnerungen an die gemeinsame DDR-Vergangenheit können dabei das Bedürfnis nach positiver Distinktion und Anerkennung ein Stück weit erfüllen.

In der Verhandlung der Erlebnisse und Erinnerungen deutet sich an, dass bestimmte Erfahrungen, die in Verbindung mit der Wende- und

Nachwendezeit stehen, nicht final verarbeitet werden konnten. Daher sollten mehr zugängliche Diskussionsräume zur Aufarbeitung des Erlebten geschaffen und öffentliche Diskurse angeregt werden. Zudem zeigt sich, analog zu den Ergebnissen von Mau (2024), dass sich die Teilnehmenden als Personen mit ostdeutschem Hintergrund teilweise andere Eigenschaften und Merkmale zuschreiben als Personen mit westdeutschem Hintergrund, was darauf hindeutet, dass es auch 35 Jahre nach der Wiedervereinigung zu keiner echten Einheit der Bundesbürgerinnen und -bürger gekommen ist.

LITERATUR

- Becker, Rolf (2025). „Ich bin und bleibe DDR-Bürger“. Die Entwicklung der identikativen Akkulturation im Lebensverlauf von 1972 und 1973 in Sachsen Geborenen. *Zeitschrift für Soziologie* 2025, 54(3), 300–321. <https://doi.org/10.1515/zfsoz-2025-2020>.
- Berth, Hendrik/Brähler, Elmar/Zenger, Markus/Stöbel-Richter, Yve (Hrsg.) (2020). *30 Jahre ostdeutsche Transformation: Sozialwissenschaftliche Ergebnisse und Perspektiven der Sächsischen Längsschnittstudie*. Gießen: Psychosozial.
- Brückweh, Kerstin/Villinger, Clemens/Zöllner, Katrin (2022). *Die lange Geschichte der „Wende“ – Geschichtswissenschaft im Dialog*. Berlin: Ch. Links.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2023). Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie. *EFBI Policy Paper* 2023-2. Leipzig: Else-Frenkel-Brunswick-Institut.
- Erdheim, Mario (2013). Gesellschaftlich Unbewusstes, Macht und Herrschaft. *PSYCHE*, 67 (9–10), 1023–1050.
- Fleury, Cynthia (2023). *Hier liegt Bitterkeit begraben. Über Ressentiments und ihre Heilung*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Horzetzky, Frank-Andreas (2009). Die Wende in Ostdeutschland für die Generation der damals Jugendlichen – Trauma und nachhaltig prägende Erfahrung. In Christoph Seidler/Michael J. Froese/Carl Nedelmann/Dorothee Adam-Lauterbach (Hrsg.), *Traumatisierungen in (Ost-)Deutschland* (S. 245–266) Gießen: Psychosozial.
- Jerzak, Claudia (2018). Dresdner Oppositionsbewegungen der 1980er Jahre und ihre „Vereinheitlichung“ im bundesdeutschen Erinnerungsdiskurs zur DDR: *Freie Assoziation*, 20(2), 13–29. <https://doi.org/10.30820/1434-7849-2017-2-13>.
- Kalkstein, Fiona/Dilling, Marius/Schliessler, Clara (2023). Heute wie damals? Die sächsische Oberlausitz als Konflikt- und Mobilisierungsraum der Corona-Proteste. In Oliver Decker/Fiona Kalkstein/Johannes Kiess (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswick-Instituts für 2022* (S. 179–200). Leipzig: edition überland.
- König, Hans-Dieter (2019). Dichte Interpretation. Zur Methodologie und Methode der Tiefenhermeneutik. In *Dichte Interpretation. Tiefenhermeneutik als Methode qualitativer Forschung* (S. 13–86). Wiesbaden: Springer VS.
- Küpper, Patrick/Milbert, Antonia (2020). Typen ländlicher Räume in Deutschland. In Christian Krajewski/Claus-Christian Wiegandt (Hrsg.), *Land in Sicht. Ländliche Räume in Deutschland zwischen Prosperität und Marginalisierung* (S. 82–97). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Leistner, Alexander/Wohlrab-Sahr, Monika (2022). Das umstrittene Erbe von 1989. *Zur Gegenwart eines Gesellschaftszusammenbruchs*. Köln: Böhlau.
- Marx, Karl (1962 [1867]). *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*. Erster Band. Berlin: Dietz.
- Mau, Steffen (2024). *Ungleich vereint: Warum der Osten anders bleibt*. Berlin: Suhrkamp.
- Mehring, Reinhard (2019). *Die neue Bundesrepublik*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Neller, Katja (2000). DDR-Nostalgie? Analysen zur Identifikation der Ostdeutschen mit ihrer politischen Vergangenheit, zur ostdeutschen Identität und zur Ost-West-Stereotypisierung. In Jürgen W. Falter/Oscar W. Gabriel/Hans Rattinger (Hrsg.), *Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich* (S. 571–607). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Oschmann, Dirk (2023). *Der Osten: Eine westdeutsche Erfindung: Wie die Konstruktion des Ostens unsere Gesellschaft spaltet*. Berlin: Ullstein.
- Sabrow, Martin (2021). Mythos „1989“. In Martin Sabrow/Tilmann Siebeneichner/Peter Ulrich Weiß (Hrsg.), *1989 – Eine Epochenzäsur?* (S. 3–32). Göttingen: Wallstein.



Transformation und Trauer

Über Verlusterleben im Strukturwandel und dessen politische (Be-)Deutung am Beispiel einer Werksschließung

**TRANSFORMATION, BETRIEBSSCHLIESSUNGEN UND
DIE GEISTER DER 1990ER JAHRE**

Die Automobilindustrie, die mit Endherstellern und Zulieferbetrieben die industriellen Kerne Sachsens und Thüringens prägt, steht unter Druck (Kraus, 2025). Versäumte Anpassungen an die Dekarbonisierung und Digitalisierung der Mobilität sowie die multiplen Krisen der Gegenwart haben Absatzprobleme erzeugt und Verteilungskonflikte verschärft (Dörre et al., 2024; Nettekoven, 2023). Viele Unternehmensleitungen reagieren mit Personalabbau, Produktionsverlagerungen und Werkschließungen. „Die Zukunftsängste sind zurück“, berichtete der MDR im Bundestagswahlkampf 2025 aus dem Wahlkreis Zwickau, in dem fast 100.000 Arbeitsplätze von der Auto- und Zulieferindustrie abhängen (MDR, 2025). Entlassungen und Standortschließungen haben auch die Gewerkschaften alarmiert. In einem offenen Brief warnten die Ost-Bezirke der Industriegewerkschaft Metall im Herbst 2025 vor der drohenden „Deindustrialisierung“ Ostdeutschlands und mahnten, „die traumatische Erfahrung der 1990er Jahre darf sich nicht wiederholen“ (dpa, 2025). Ihre Warnung spielt auch auf die demokratiepolitischen Verwerfungen an, welche die „schöpferische Zerstörung“ (Schumpeter, 2005 [1942]) kapitalistischer Transformation nach der Wendezeit hinterlassen hat: Entfremdung von der Politik, Sehnsucht nach Restauration und Abschottungsforderungen sind in der ostdeutschen Bevölkerung weit verbreitet (Decker et al., 2023). Vergleichbare Dynamiken treten jedoch auch in anderen Regionen auf, die einen intensiven Strukturwandel durchlaufen haben – etwa in Nordengland, im französischen Nordosten oder im US-amerikanischen Rust Belt. Dort wenden sich insbesondere Industriearbeiterinnen und -arbeiter verstärkt rechten

Bewegungen und Parteien zu (Beaud / Pialoux, 2004; Skocpol/Newman, 2023; Winlow et al., 2017).

In diesem Beitrag untersuchen wir das Verlusterleben von ostdeutschen Industriearbeiterinnen und -arbeitern in gegenwärtigen Transformationskonflikten und fragen nach dessen politischer (Be-) Deutung. Dazu greifen wir auf eine Fallstudie zurück, in der wir den Konflikt um eine Betriebsschließung in der ostdeutschen Zulieferindustrie begleitet haben.¹ Betriebsschließungen bilden Kristallisationspunkte von Transformationserfahrungen und -konflikten. Hier verdichten sich Verlusterfahrungen, die Eingang in kollektiv geteilte „Gefühlsstrukturen“ (Williams, 1961) finden und gesellschaftspolitisch gedeutet werden. Um die subjektive Bedeutung dieser Erfahrungen eingehender zu verstehen, verbinden wir sozialpsychologische Überlegungen zur „betriebliche[n] Lebenswelt“ (Volmerg et al., 1986) mit einer Sozialpsychologie der Trauer. Denn in unserer Fallstudie waren Trauersymbole und Metaphern von Tod und Sterben omnipräsent: Auf Protest-Transparenten, in kreativen Aktionen und in Gesprächen mit den Beschäftigten prägten sie die Symbolsprache des Schließungskonflikts. Auch in der neueren Forschung zur Frage, wie Transformationserfahrungen politische Subjektivität beeinflussen, gerät Trauer zunehmend in den Blick (Hochschild, 2025, 2017; Jaffe, 2024). In Anlehnung an psychoanalytische Literatur verstehen wir unter Trauer jene psychischen Prozesse, mit denen Menschen auf einen subjektiv bedeutsamen Verlust reagieren. Sie kann sich in unterschiedlichen Affekten äußern – etwa in Schmerz, Niedergeschlagenheit, Ohnmacht, Wut oder Kränkung (Auchter, 2019; Beutel, 2008). Dieser breite Trauer-Begriff unterscheidet sich von Alltagssprachlichen Verständnissen, die unter Trauer meist eine bestimmte Emotion wie Traurigkeit verstehen.

TRANSFORMATION UND VERLUST

Mit dem Begriff der industriellen Transformation wird eine grundlegende Veränderung in Industrie- und Produktionsstrukturen einer Region beschrieben, die mit einem tiefgreifenden sozialen Wandel verbunden ist – wie etwa im Zuge der Deindustrialisierung traditioneller Kohle- und

1) Die Fallstudie wurde im Rahmen des EFBI-Projekts „Handlungsfähigkeit (wieder-)entdecken: Arbeitskämpfe, Strukturwandel und die politische Kultur in Ostdeutschland“ durchgeführt, für eine Vorstellung siehe Bose/Schmidt (2023). Wir danken Sophie Bose für ihre sorgfältige und engagierte Arbeit an dieser Fallstudie.

Stahlregionen Westeuropas oder der USA in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts (Jaffe, 2024; Raphael, 2019). Dörre et al. (2024) weisen darauf hin, dass aktuelle Transformationsprozesse in der Automobilbranche als Verteilungskämpfe zwischen Kapital und Arbeit verstanden werden müssen, die im Betrieb und darüber hinaus geführt werden (siehe auch Silver, 2008). In Ostdeutschland vollziehen sie sich vor dem Hintergrund einer regionalen Transformationsgeschichte, bei der die Gleichzeitigkeit eines tiefgreifenden polit-ökonomischen Wandels mit der politischen Systemtransformation nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus das kollektive Gedächtnis prägen. Die Privatisierung der DDR-Wirtschaft durch die Treuhand und die schnelle Abwicklung ganzer Industriezweige führten vielerorts zu Betriebsschließungen, Massenarbeitslosigkeit und sozialer Desintegration (Ther, 2020). Dabei entstanden jedoch auch Momente von Widerstand und Solidarität (Gehrke/Hürtgen, 2001; Rau 2023). Sinnbildlich dafür stehen etwa der Kampf der „Kalikumpel“ von Bischofferode oder die Besetzung des Stahlwerks Henningsdorf. Sie waren Teil einer ganzen Welle von Belegschaftsprotesten zwischen 1989 und 1993, in denen sich ostdeutsche Beschäftigte gegen Deindustrialisierung und Arbeitsplatzverlust im Zuge der Privatisierung der DDR-Industrie wehrten. Diese Kämpfe werden heute kaum erinnert – wohl auch, weil sie vielerorts wenig auszurichten vermochten und in Desillusionierung und Ohnmacht mündeten (Axter / Berek, 2024; Hoffmann, 2022; Gehrke / Hürtgen, 2001).

Arbeitsplatzabbau und Betriebsschließungen sind Zäsuren, die tief in Lebenswelten, Lebensentwürfe und Selbstbilder eingreifen (Ferns, 2019; Walkerdine/Jiminez, 2012). In aktuellen Studien werden diese Erfahrungen sowohl mit Blick auf psychosoziale Folgen als auch hinsichtlich ihrer demokratiepolitischen Konsequenzen diskutiert. So weisen Beschäftigte, die eine Werksschließung erlebt haben, ein höheres Risiko für Depressionen, Herz-Kreislaufkrankungen und Krankenhausaufenthalte auf (Brand et al., 2008; Browning/Heinesen, 2012). Unter dem Schlagwort *deaths of despair* wird zudem auf steigende Raten von Suiziden sowie Alkohol- und Drogentoten in deindustrialisierten Regionen der USA und Osteuropas hingewiesen – besonders unter weißen, mittelalten Arbeitern und Arbeiterinnen ohne höhere Bildung (Case / Deaton, 2020; Scheiring et al., 2020).

Andere Untersuchungen betonen die subjektive Bedeutung von Betriebsschließungen und Arbeitsplatzabbau und zeigen, dass Beschäf-

tigte diese häufig als existenzielle Verlusterfahrung erleben (Ferns, 2019; Strangleman et al., 2013; Walkerdine/Jimenez, 2012). Walkerdine und Jimenez (2012) beschreiben Deindustrialisierung als kollektives Trauma und betonen die Bedeutung gemeinsamer Erinnerungs- und Trauerräume für dessen Bewältigung. Gleichzeitig wird beobachtet, dass diese Räume häufig fehlen, sodass Verlusterfahrungen trotz geteilter Betroffenheit individualisiert und Trauer überwiegend in private Kontexte verlagert wird (ebd.; Hochschild, 2025).

In der soziologischen und politikwissenschaftlichen Forschung werden Verlusterfahrungen im Strukturwandel mit einer Nähe von Arbeiterinnen und Arbeitern zu rechten Bewegungen und Parteien in Zusammenhang gebracht (Dörre/Schubert, 2023; Dörre et al., 2018; Hochschild, 2025, 2017). Studien diagnostizieren nostalgische Sehnsüchte nach einem vermeintlich „goldenen Zeitalter“ des „weißen männlichen Industriearbeiters“ und beschreiben die Herausbildung einer „Festungsmentalität“ im Kontext eines als bedrohlich wahrgenommenen gesellschaftlichen Wandels (Jaffe, 2024). Die erlebte Entwertung industrieller Arbeit spielt dabei eine zentrale Rolle (Dörre/Schubert, 2023). In Ostdeutschland, so Dörre, werde dieses Erleben durch die „doppelte Abwertung“ als Ostdeutscher und als Industriearbeiter nach der Wiedervereinigung verschärft. Während die Festungsmentalität häufig mit Abwertung und Ausschluss anderer marginalisierter Gruppen einhergeht, identifizieren Ressentiments vermeintliche Schuldige für das Ohnmachtserleben im kapitalistischen Wandel (ebd.). Mit dem Niedergang von Betrieben, Gewerkschaften und Arbeiterkultur entstehen zudem soziale Leerstellen, die durch rechte Vergemeinschaftungsangebote besetzt werden (Newman/Skocpol, 2023). Weitere Studien betonen, dass rechte Vergemeinschaftung dabei insbesondere durch die Mobilisierung von Emotionen wie Wut, Angst, Scham oder Verlustschmerz erfolgreich ist (Galais/Hernandez, 2025; Hochschild, 2025, 2017; Illouz, 2024; Dörre, 2024; Wirth 2022). An diese Perspektiven knüpfen wir an, indem wir Trauer und ihre vielfältigen Ausdrucksformen in den Blick nehmen. Eine sozialpsychologisch informierte Perspektive auf Trauer kann helfen, die Dynamiken des Verlusterlebens, seine individuelle wie kollektive Bearbeitung sowie seine Bedeutung für Konfliktwahrnehmung und Konflikthandeln von Arbeitern und Arbeiterinnen in der Transformation genauer zu verstehen.

VERLUST UND TRAUER AUS SOZIALPSYCHOLOGISCHER PERSPEKTIVE

In der psychoanalytischen Tradition gilt Trauer als psychischer Prozess, der durch Verlusterfahrungen ausgelöst wird. Freud beschrieb sie als „Reaktion auf den Verlust einer geliebten Person oder einer an ihre Stelle gerückten Abstraktion“ (Freud, 1949 [1917]). Daran anknüpfend betont die neuere Forschung, dass nicht nur der Tod eines Menschen, sondern auch abstrakte Verluste – etwa von sozialen Ordnungen, Lebensentwürfen oder Zugehörigkeiten, sogenannte *non-death losses* – Trauerprozesse auslösen können (Harris, 2020; Reckwitz, 2024; Vogel, 2024). Als Verlust kann jedoch nur erfahren werden, was zuvor libidinös besetzt, das heißt als bedeutsam erlebt und mit eigenen Bedürfnissen, Wünschen und Gefühlen verknüpft war (Auchter, 2019). Weil solche Objektbindungen untrennbar mit dem Selbst verknüpft sind, berührt ihr Wegfall immer auch die eigene Identität (Fuchs, 2019).

Trauer kann sich in vielfältigen Affekten äußern. Häufig beschrieben werden Schmerz, Niedergeschlagenheit, Ohnmacht und Wut. Geht etwas verloren, das eine zentrale Funktion für die Stabilisierung des Selbstwerts hatte, kann der Verlust als narzisstische Kränkung erlebt werden (Auchter, 2019; Beutel, 2008; Fuchs, 2019). Auch Verschiebungen, etwa von Trauer zu Wut oder von der Quelle des Verlusterlebens auf andere symbolische Felder und Handlungen, sind viel beschriebene Phänomene im Kontext der Trauer. Vermögen sie auch kurzfristig Energie zu mobilisieren, verdecken sie häufig tieferliegenden Schmerz. Psychoanalytische Ansätze gehen davon aus, dass Beziehungen zu bedeutsamen Objekten grundsätzlich *ambivalent* sind, weil sie sowohl Bindung und Nähe ermöglichen als auch unvermeidlich enttäuschen oder kränken (Auchter, 2019). Im Moment des Verlusts tritt diese Ambivalenz auf besondere Weise hervor (vgl. Freud, 1949 [1917]). So können etwa beim Tod eines Elternteils neben Liebe und Dankbarkeit gleichzeitig Gefühle wie Wut, Frustration, Schuld oder Kränkung auftreten. Solche widersprüchlichen Affekte können intensive Trauerreaktionen auslösen, finden im sozial normierten Ausdruck von Trauer jedoch meist wenig Raum, da sie kulturell tabuisiert und als unangemessen bewertet werden (Auchter, 2019; Fuchs, 2019; Reckwitz, 2024). Trauer kann auch blockiert bleiben, wenn sie etwa mit überwältigendem Leid oder starken Emotionen verbunden ist. In solchen Fällen wirken unbe-

wusste Abwehrmechanismen wie Verleugnung und Verdrängung, die das Erleben des Verlusts abwehren und zugleich seine Verarbeitung erschweren (Auchter, 2019). Ergänzend spricht Boss (1999) von *ambiguous loss*, also von uneindeutigen Verlusten ohne klaren Abschluss, die sich etablierten Trauerritualen entziehen und dadurch besonders schwer zu verarbeiten sind. Auch der allmähliche Wandel oder Zerfall industrieller Arbeits- und Lebenswelten im Strukturwandel lässt sich als solcher uneindeutiger Verlust begreifen.

Unter Trauerarbeit wird ein Prozess verstanden, in dem der Verlust bewusst anerkannt und affektiv durchgearbeitet wird, sodass sich die emotionale Bindung an das verlorene Objekt schrittweise löst und das Ich allmählich wieder handlungsfähig wird (Freud, 1949 [1917]). Wesentlich ist dabei, dass das verlorene Objekt nicht idealisiert, sondern mit seinen unterschiedlichen, auch widersprüchlichen Anteilen erinnert und anerkannt wird (Mitscherlich, 1992). Neuere Ansätze erweitern dieses Verständnis, indem sie mit dem Konzept der *continuing bonds* darauf verweisen, dass Trauer auch dann als bewältigt gelten kann, wenn die Beziehung zum Verlorenen in transformierter Form fortbesteht – etwa in Erinnerungen, Erzählungen oder symbolischen Bezügen (Fuchs, 2019; vgl. Klass et al., 1996). Auf gesellschaftlicher Ebene lassen sich beispielsweise Erinnerungskulturen zum britischen Kohlebergbau in diesem Sinne verstehen: Sie vereinen nostalgische Bezüge ebenso wie das Gedenken an Arbeitsunfälle, Todesfälle, berufsbedingte Krankheiten und an die verlorenen Abwehrkämpfe des Miners' Strike von 1984 (Jaffe, 2024).

Trauerprozesse vollziehen sich stets innerhalb soziokultureller Kontexte und unterliegen gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen (Jakoby et al., 2013). Normen, Diskurse und „Gefühlsregeln“ beeinflussen, welche Verluste als „betrauenswert“ gelten und wie Trauer gezeigt werden darf (Hochschild, 2006; Jakoby et al., 2013). Das Konzept der „entrechteten Trauer“ (*disenfranchised grief*) verweist auf Verluste, die gesellschaftlich kaum anerkannt sind und deshalb häufig unsichtbar bleiben – im Kontext der Deindustrialisierung etwa der Verlust von Status, Anerkennung oder Zugehörigkeit (Doka, 2020).

DER SCHLIESSUNGSKONFLIKT: KURZZEITIGE OFFENSIVE – UMFASSENDE VERLUST

Als wir im Herbst 2023 begannen, den Konflikt um die Schließung eines ostdeutschen Automobilzulieferbetriebs zu untersuchen, stand Trauer zunächst nicht im Fokus unseres Interesses. Zwischen Herbst 2023 und Frühjahr 2024 begleiteten wir den Konflikt mit teilnehmender Beobachtung (u. a. bei Betriebsversammlungen) sowie Gruppendiskussionen mit Betriebsräten und gewerkschaftlichen Vertrauensleuten. Die Auseinandersetzung galt als Positivbeispiel einer beschäftigtenorientierten Transformationsarbeit der Gewerkschaft, bei der es durch die Kombination von Arbeitskampf und Partizipationsformaten gelang, den Handlungsspielraum der Arbeitnehmerseite zu erweitern.

Der untersuchte Betrieb war zu DDR-Zeiten Teil eines renommierten Automobilwerks. Nach der Treuhandprivatisierung und massiven Schrumpfung zur Wendezeit übernahm ein internationaler Zulieferkonzern den Betrieb, der in den 2010er Jahren einen erneuten Aufschwung erlebte. Zu Jahresbeginn 2023 war eine hohe dreistellige Anzahl an Mitarbeitern am Standort beschäftigt. Löhne und Arbeitsbedingungen galten im regionalen Vergleich als überdurchschnittlich, die betriebliche Mitbestimmung als etabliert.

Wie viele Zulieferer litt der Betrieb zuletzt jedoch unter globaler Konkurrenz und steigendem Preisdruck der Endhersteller, was zu wiederkehrenden Rationalisierungen, höherer Arbeitsintensität und wiederholten Zugeständnissen der Beschäftigten – etwa bei Arbeitszeiten – führte. Nach einer langen Phase voller Unsicherheit, in der sich Anzeichen für eine Verlagerung der Produktion mehrten, ohne dass das Unternehmen entsprechende Absichten offenlegen wollte, verkündete das Management 2023, das Werk schließen zu wollen. Trotz guter Auslastung und hoher Fertigungsqualität entschied man sich für die Verlagerung in eine osteuropäische Niedriglohnregion, um Profite im schrumpfenden europäischen Markt zu sichern. Die Gewerkschaft reagierte mit einem innovativen Arbeitskampf, der unter der Losung „Zukunft oder Widerstand“ auf breite Mobilisierung und Beteiligung der Beschäftigten setzte. Er führte zum Abschluss eines umfassenden Sozialtarifvertrags und erstritt der Arbeitnehmerseite Mitsprache bei Investorensuche und Zukunftsentwicklung. Die kurzzeitige, erfolgreiche „Offensive“ verstetigte sich jedoch nicht zu einem Gefühl von Hand-

lungsfähigkeit unter den Beschäftigten. Ein halbes Jahr nach Streikende prägte eine reaktive, teils fatalistische Stimmung die Belegschaft; die erzielten Erfolge wurden kaum als solche wahrgenommen. Zwar war die Zukunft des Werkes noch offen und die Übernahme durch einen neuen Investor und die Umstellung auf neue Produkte weiterhin möglich. Dem Beteiligungsprozess zur Zukunftsentwicklung am Standort begegnete die Belegschaft jedoch überwiegend mit skeptischer Distanz. Er verlor weiter an Legitimität, während die Investorensuche intransparent blieb und sich die Krise der Automobilbranche zuspitzte. Ein vielschichtiges Verlust- und Ohnmachtserleben überlagerte die Ermächtigungserfahrung der Beschäftigten nach der Phase des betrieblichen Aktivismus.

WIE BESCHÄFTIGTE VERLUST ERLEBEN, BEWÄLTIGEN UND DEUTEN

Dieses Erleben rekonstruieren wir im Folgenden anhand einer Gruppendiskussion mit vier Facharbeiterinnen und -arbeitern. Gruppendiskussionen machen kollektiv geteilte Erfahrungen und Deutungsmuster der „betrieblichen Lebenswelt“ sichtbar (Volmerg et al., 1986). Analytisch folgen wir dabei Negt (1975, 32–82) sowie Volmerg et al. (1986, 249–256) und gehen von den subjektiv erlebten Konflikten der Teilnehmenden sowie den „sozialen Topoi“ aus, in denen diese zum Ausdruck gebracht werden. Dabei orientieren wir uns an der Methode tiefenhermeneutischer Textinterpretation (König, 2019; Leithäuser/Volmerg, 1988). Dieses sozialpsychologisch informierte Vorgehen zielt darauf, neben manifest geäußerten Inhalten auch latente Bedeutungen zu erschließen, die sich in Sprechweisen oder Interaktionsdynamiken der Teilnehmenden zeigen (Leithäuser/Volmerg, 1988). So entsteht ein umfassenderes Verständnis der Lebensentwürfe, Handlungsorientierungen und Emotionen, die das Erleben der Beschäftigten prägen.

Insgesamt führten wir drei Gruppendiskussionen, in denen die Teilnehmenden ihre Perspektive auf den Schließungskonflikt schilderten. Während zwei Gruppendiskussionen vor allem Rückblicke auf den Arbeitskampf enthielten, fokussierte die dritte die drohende Schließung – verbunden mit jener fatalistischen und wütenden Perspektive, die auch in unseren ethnografischen Beobachtungen auffiel. Diese Gruppendiskussion steht daher im Zentrum der folgenden Analyse. Drei

der Teilnehmenden – Sascha, Dirk und Anne – stehen kurz vor der Rente, Rene ist Mitte 30.² Alle vier arbeiten seit Beginn ihrer Ausbildung im Werk, Sascha und Anne jedoch mit langjährigen Unterbrechungen in der Nachwendezeit. Sie haben sich aktiv am Arbeitskampf beteiligt und waren – mit Ausnahme von Dirk – als gewerkschaftliche Vertrauensleute aktiv.

Obwohl die Zukunft des Werkes zum Zeitpunkt der Gruppendiskussion noch offen war, herrschte unter den Teilnehmenden weitgehend Einigkeit darüber, in einer „sterbenden Firma“ zu arbeiten (Z. 1091, 1100). Fatalistisch antizipierten sie das Ende des Standorts, während Gewerkschaft, Betriebsrat und eine Beratungsagentur weiterhin nach einem neuen Investor suchten. Die Ankündigung der Abstoßung durch den bisherigen Eigentümer, die auf einem Protestplakat als „Todesurteil“ skandalisiert wurde, markierte für viele eine unumkehrbare Zäsur und löste starke emotionale Reaktionen aus. Während die Standortschließung durch den Zuliefer-Konzern bereits beschlossen, über eine mögliche Übernahme jedoch noch nicht entschieden war, stellte die unklare Situation des Schließungskonflikts für die interviewten Beschäftigten eine erhebliche emotionale Belastung dar. Sie reagierten mit einer negativen Vereindeutigung der Situation. Positive oder auch nur annehmbare Zukunftsszenarien galten für sie als ausgeschlossen. Das Werk war – noch vor seiner tatsächlichen Schließung – symbolisch bereits tot. In biografischen Erzählungen einzelner Teilnehmender traten die Erfahrungen und Affekte, die dieser fatalistischen Haltung zugrunde liegen, besonders deutlich hervor.

BEDROHTE ZUKUNFT: „FÜR MICH [IST] DA 'NE WELT ZUSAMMENGEBOCHEN“

Rene ist ein jüngerer Arbeiter, der seit dem Beginn seiner Ausbildung im Jahr 2008 im Betrieb arbeitet und seine Lebensplanung auf die Beschäftigung im Werk gründete. Sie versprach Stabilität und im Vergleich zu den regionalen Handwerksbetrieben ein gutes Einkommen, das ihm Familiengründung und Wohneigentum ermöglichen sollte. Mit der angekündigten Schließung scheint das Fundament dieses Lebensentwurfes bedroht, wie er in der Gesprächsrunde offenbart:

2) Alle Informationen, die Rückschluss auf Personen zulassen würden, sind verfremdet. Wenn im Text Namen angegeben, handelt es sich um Pseudonyme.

Ja, wenn ich für mich sprechen muss, ist für mich da 'ne Welt zusammengebrochen. Ich habe mich natürlich für die Industrie entschieden, weil ich mir was aufbauen will. Familie gründen und so weiter und so fort. Was wir auch dann getan haben. Ich hatte 2017 dann meine Frau geheiratet, wir ham ein Kind gekriegt, wir ham ein Haus ausgebaut. [...] Für mich ist das ein harter Einschnitt.

Rene, Z. 182–189

Wie viele Kolleginnen und Kollegen reagiert Rene mit psychosomatischen Symptomen auf diese Zäsur (Z. 252–251), berichtet von Schlaflosigkeit und innerer Unruhe, fühlt sich misstrauisch und gereizt (Z. 191–195). Im Vordergrund seiner Beiträge stehen zunächst Existenzängste, vor allem angesichts laufender Verpflichtungen und Schulden. Diese Ängste werden von den älteren Teilnehmenden validiert, ohne dass es jedoch zu einem tiefergehenden Austausch käme. Rene begegnet seinen Ängsten, indem er sich sofort bei anderen Firmen bewirbt. In kurzzeitig erleichtertem Ton berichtet er von verschiedenen Angeboten und positiven Erfahrungen in Bewerbungsgesprächen, in denen ihm „nach fünf Minuten das Du“ angeboten worden sei (Z. 207). Dennoch stehen Verlust und Verunsicherung im Zentrum von Renes Erleben. So schließt er an die Erfolgsgeschichte der Bewerbungsgespräche unmittelbar mit einem „Aber“ an, das die Grenzen seiner emotionalen Bewältigung deutlich macht:

Aber es ist halt immer noch die Sache. Ich war mal stolz, bei [Untersuchungsbetrieb] zu arbeiten. Das ist, aber oh schon vor keene Ahnung fünf Jahren den Bach runter gegangen so bissl.

Rene, Z. 210–211

Zwar ist es Rene gelungen, durch sein Agieren unmittelbare Existenzängste zu bannen und das Gefühl von Kontrolle kurzfristig wiederherzustellen. Was auf einer tieferen Ebene jedoch bleibt, ist der Verlust von Anerkennung und Identität, die er aus seiner Position im renommierten Traditionsbetrieb bezogen hat. Indem Rene sich mit seiner Arbeit identifizierte, erfüllte diese eine stabilisierende Funktion für seinen Selbstwert. Fällt sie weg, droht eine Lücke im Selbstbild zu

entstehen. Rückblickend schildert Rene, dass ihm die Identifikation mit Betrieb und Arbeit bereits in den vergangenen Jahren zunehmend schwergefallen sei, weil dysfunktionale Rationalisierungsprozesse – „Industrie 4.0“ (Z. 217) und „automatisches Zeug“ (Z. 224) – den Charakter der Arbeit verändert und die innerbetrieblichen Beziehungen verschlechtert hätten. Während der im Betrieb sich verschärfende Transformationskonflikt auch bei Rene subjektive Arbeitskonflikte zuspitzte und Unmut erzeugte, arrangierte er sich jedoch weiterhin mit der zunehmend ambivalent erlebten Arbeit. Erst mit der Verkündung der Schließungsabsichten setzen sich Wut und Resignation im Arbeitsbezug durch. Die Schließungsabsichten bestätigen vergangene Entwertungserfahrungen und stellen zudem Renes Entscheidung für einen Lebensentwurf, der sich um die Industriearbeit zentrierte, grundlegend in Frage.

Der Topos von der „zusammengebrochenen Welt“ (Z. 182), den Rene aufgreift und damit eine kollektive Erfahrung ausdrückt, verweist nicht zuletzt auf eine innere Welt, in der sich eine latente Trauer über den erlittenen Verlust andeutet: Mit dem Status als Automobilarbeiter in einem Traditionsbetrieb droht Rene eine subjektive Säule von Identität und Selbstwert zu verlieren, die durch Anerkennungsverluste im rationalisierten Arbeitsalltag bereits brüchig geworden ist. Brüchig geworden ist zudem die Vorstellung von biografischer Kontrolle und Zukunftssicherheit – die Erwartung, das eigene Leben durch abhängige Arbeit dauerhaft planen und absichern zu können. Da beides in Renes Lebensentwurf zentral ist, hinterlässt die drohende Werksschließung eine existentielle Verunsicherung – auch wenn die materielle Unsicherheit zunächst gebannt scheint – und bedeutet für den jungen Arbeiter auch einen Verlust von Orientierung für die Zukunft. Angesichts dieser subjektiven Verstrickung mit der Erwerbsarbeit wird plausibel, warum Rene wie viele Kolleginnen und Kollegen die Schließungsankündigung im Paradoxon eines erwartbaren Schocks beschreibt – man habe es eigentlich „kommen sehen“, aber „nicht wahrhaben“ wollen (Z. 166–168).

ENTWERTETE VERGANGENHEIT: „WOFÜR HABE ICH MIR JETZT DEN HINTERN AUFGERISSEN?“

Ähnlich geht es auch dem deutlich älteren Sascha, der seine Ausbildung noch zu DDR-Zeiten im Werk gemacht und die Schließung des Betriebs und die Deindustrialisierung der Region zur Wendezeit erlebt hatte.

Nach längerer Arbeitslosigkeit konnte er Ende der 1990er Jahre in das Werk zurückkehren, wo er mittlerweile als Zerspaner ein Team leitet. Trotz seiner Lebenserfahrung und selbsterklärten Wachsamkeit trifft auch ihn die Schließungsankündigung als Schock:

Man sagt ja immer, einmal [volkstümliche Bezeichnung des Untersuchungsbetriebs] immer [volkstümliche Bezeichnung des Untersuchungsbetriebs]. Und irgendwann kriegst du dann – obwohl, ich halt mich eigentlich für nen Menschen der mit offenen Augen durchs Leben geht – plötzlich, ich sag mal, brutal eine in die Fresse, dass es dir die ganze Rübe durchschüttelt. Und sachste, wofür habe ich mir jetzt den Hintern aufgerissen?

Sascha, Z. 227–234

Während der jüngere Rene den Verlust einer Zukunftsperspektive beschreibt, droht Saschas Vergangenheit an Wert zu verlieren. Er spricht in aggressiven Metaphern, die darauf verweisen, dass sich in der Situation der drohenden Schließung ein vielschichtiges Gewalterleben im Arbeitskontext Bahn bricht: Da ist zum einen die Gewalt, die ihm das Management mit der beabsichtigten Schließung, diesem „plötzlichen“, „brutalen“ Angriff, antut (Z. 232). Die Schließungsabsichten bedeuten für Sascha, trotz jahrzehntelanger Aufopferung fallen gelassen zu werden. Dieser Eindruck wird dadurch verschärft, dass das Management die Belegschaft lange im Unklaren über die Schließungsabsichten beließ und sich auf strategische Kommunikation beschränkte, um die profitable Arbeit am Standort noch möglichst lange reibungslos nutzen zu können.

Sichtbar wird jedoch auch die Gewalt, die Sascha sich selbst bei der Anpassung im Arbeitsalltag angetan hat und die durch die Schließungsankündigung entwertet wird und an Sinn verliert. Saschas Engagement im Betrieb basierte nicht allein auf dem Wissen, einen in der Region vergleichsweise „guten“ Job zu haben (Z. 529–540), sondern setzte auch die implizite, moralische Vorstellung von Reziprozität in den Arbeitsbeziehungen voraus. Sein Glaube an eine gerechte Ordnung, in der Einsatz und Loyalität Bedeutung haben, wird erschüttert. Er betont die Loyalität, die er dem Betrieb gegenüber gezeigt habe und die Opfer, die er sich damit abgerungen hat:

Wir ham Familienfeierlichkeiten nach der Firma ausgerichtet [...] Sonnabend rein, Sonntag rein, eventuell noch de rollende Woche [...]. Wir ham uns danach gerichtet, wenn de Firma gesagt hat „HE! Sonnabend, Frühschicht MUSS SEIN!“ – Na gut!

Bruder, Schwester, Schwager, Geburtstag – en Runder [...] – soll der Ehepartner alleine fahrn [...]. Und dann kriegst du mit einem Schlag, von heute auf morgen, eine auf die Nuss. Und du sachst „AH, was ist jetzt passiert?“

Sascha, Z. 234–243

Dass die impliziten Gewissheiten, die dem Lebensentwurf des männlichen Industriearbeiters und dessen biografischen Relevanzsetzungen zugrunde liegen, ins Wanken geraten, hinterlässt bei Sascha Gefühle von Ohnmacht und Orientierungslosigkeit. Diese bringt er in seinen bildhaften Beschreibungen von Überwältigung zum Ausdruck, an die sich wie in den obigen Zitaten stets grundlegende Fragen anschließen. Die „brutale“ (s.o.) Desillusionierung und das verlorene Vertrauen (Z. 120) rufen zudem eine tiefe Kränkung hervor.

Dabei werden auch Demütigungserfahrungen aus der Vergangenheit aktualisiert, die im „normalen“ Arbeitsalltag beiseitegeschoben wurden, wie Sascha in Hinblick auf die Motivation, am Streik teilzunehmen, beschreibt:

Die Leute sind schon oft genug gedroschen worden, in Anführungsstrichen, vom Arbeitgeber [...], dass sie irgendwann mal sagen „So jetzt reicht's uns, jetzt Ende, jetzt mach ma Nägel mit Köppen“.

Sascha, Z. 566–571

Die Wut, die sich in den angedeuteten Rachewünschen (vgl. Z. 123–125) und in Saschas gewaltvoller Bildsprache äußert, ist seine deutlichste Reaktion auf die erfahrene Kränkung. Zugleich zieht er sich in eine reaktive Verweigerung zurück, die sich etwa im wiederkehrend geäußerten „Ihr könnt mich mal“ zeigt (Z. 851, vgl. Z. 266). Mit einem zynischen Gestus und humoristischen Sprachspielen bringt Sascha nicht nur Gewalt und Ungerechtigkeit, sondern auch Sinnverlust und das Erleben eigener Bedeutungslosigkeit und Degradierung in den Arbeits-

beziehungen zugespitzt zum Ausdruck. Das wird besonders in Passagen deutlich, in denen er Beteiligungsformate im Zuge der Investorensuche sarkastisch kritisiert:

Für meinen Geschmack isses a totgeborenes Kind. Denn ich kann mir nicht vorstellen, dass solche renommierten Firmen, die Investoren suchen [...] sich einlassen auf irgendwelche Hirngespinnste, die wir als Fußvolk vielleicht mal irgendwo zu Papier bringen. Ich hab hier ne Marktlücke, Kochtöpfe aus Holz, das wär doch was. Kann ich mir nicht vorstellen, dass sich da hoch renommierte Firmen auf so was einlassen.

Sascha, Z. 597–605

Saschas Polemik erfüllt dabei eine doppelte Funktion: Sie soll den Kolleginnen und Kollegen und nicht zuletzt den Interviewenden die ungeschönte Realität der (Klassen-)Herrschaft am Arbeitsplatz vor Augen führen und ermöglicht es Sascha zugleich, verletzende Erfahrungen zu artikulieren, ohne sich selbst verletzlich zu zeigen. Auf diese Weise stabilisiert er Selbstwert und Selbstbild. Schmerz über die erlittenen Verluste und auch die Scham darüber, sich in der Vergangenheit „verarschen lassen“ zu haben, werden hingegen in die Latenz gedrängt.

GENERALISIERTER VERLUST: „DAS GEHT ALLES DEN BACH RUNTER“

In Form verschärfter Arbeitskonflikte, die im Schließungskonflikt kulminieren, sowie durch Krisennachrichten weiterer lokaler Betriebe erfahren die Beschäftigten die abstrakte Krise der Automobilindustrie am eigenen Leib. Diese konkreten Erfahrungen bilden den Ausgangspunkt für die symbolische Bearbeitung ihrer arbeitsweltlichen Verluste. Eigene Verlusterfahrungen werden dabei in größere Krisenzusammenhänge eingeordnet und mit dem Narrativ eines umfassenden gesellschaftlichen Niedergangs gedeutet. Von der Schließung des eigenen Betriebs sowie der Krise bei lokal ansässigen Fahrzeugherstellern ausgehend prophezeien sie den „Tod“ der gesamten Region und schließlich des gesamten Landes (Sascha, Z. 931–932): „Deutschland geht den Bach runter!“, bemüht Facharbeiterin Anne ein aus konservativen und rechtspopulistischen Diskursen bekanntes Motiv (Z. 813). Transforma-

tion und Krise der deutschen (Automobil-)Industrie werden in Szenarien eines endgültigen lebensweltlichen Verfalls übersetzt, dem sich Automobilarbeiterinnen und -arbeiter ausgeliefert sehen. Die „Masse der Arbeiter“ wird „tot gemacht“ (Z. 948–950), sind Dirk, Sascha und Anne sich einig; eine „Arbeiterklassenkultur“, die auf „Zusammenhalt“ und „Solidarität“ basiere, sei schon länger im Verschwinden begriffen (Z. 337). Die von den Beschäftigten verwendeten Metaphern von Krankheit und Tod übersetzen ihr Ohnmachtserleben in Sprache. Dabei werden konkrete Verlusterfahrungen und abstrakte Verfallserzählungen zu einer „Verlusttotalen“ (Reckwitz, 2024) verdichtet, die hermetisch und ausweglos wirkt.

*Wenn hier tot ist und da drüben tot ist, dann ist alles tot.
ACH!*

Anne, Z. 970–973

Zugleich ist zu betonen, dass diese „Verlusttotale“ im Fall der Teilnehmenden keine bloße Projektion oder rein diskursive Figur darstellt. Das Erleben der Beschäftigten speist sich aus einer sehr sensiblen Wahrnehmung der ökonomischen Lage: Die regionale Wirtschaft hängt stark von der Automobilindustrie ab, deren Krisentendenzen spätestens ab 2023 öffentlich intensiv diskutiert wurden. Das Wissen um die fehlende Verfügbarkeit vergleichbarer Arbeitsplätze prägte die Gespräche im Betrieb. Dieser realistische Kern wird in der Gesprächsdynamik der Gruppendiskussion jedoch symbolisch überformt und mit fatalistischen Deutungen sowie rechten Niedergangsnarrativen verschmolzen.

Die Verlusttotale hat für die Einzelnen eine entlastende Wirkung, weil sie biografische Brüche in größere Sinnzusammenhänge einbettet und Gemeinschaft stiftet. Zugleich bleiben die Beschäftigten mit ihrer subjektiven Trauer und den damit verbundenen Konflikten weitgehend allein. Ein Teil der Traueraffekte wie Schmerz, Scham und insbesondere Wut wird jedoch kanalisiert, indem diese vom subjektiven (Arbeits-) Leben auf die gesellschaftliche Ebene verschoben und in anerkannte Äußerungen übersetzt werden. Dabei legitimiert und verstärkt das Niedergangsnarrativ die fatalistische Abwehrhaltung der Teilnehmenden, die sich insbesondere in der Weigerung äußert, „konstruktiv“ und „vernünftig“ an den Transformationsprozessen mitzuwirken. So verwehren sich die Teilnehmenden gegenüber Anrufungen von Management

und Gewerkschaft, an Beteiligungsformaten im Kontext der Suche nach einem neuen Eigentümer für das Werk mitzuwirken. Sie vergleichen diese Anrufungen mit klimapolitischen Auflagen, welche die Privathaushalte für die grüne Transformation in die Pflicht nehmen. Dass sie Verantwortung für Transformationsprozesse übernehmen sollen, die für sie wesentlich Verlust bedeuten, scheint ihnen ungerecht und zudem aussichtslos. Zum einen haben sie das Gefühl, dem Niedergang der Industrie im Großen ohnehin nichts entgegensetzen zu können. Zum anderen lässt sie die gegenwärtige Desillusionierungserfahrung daran zweifeln, dass es beim nächsten Mal für sie besser ausgehen würde. Denn selbst wenn sich andere Firmen oder Branchen ansiedeln und investieren würden, „die kommen hier her und machen das auch tot“ (Z. 793–795).

Während die Teilnehmenden die kapitalistische Dynamik als unveränderlich, fast naturwüchsig beschreiben, machen sie den Staat zum Adressaten ihrer Wut und die Politik zum Verantwortlichen für den Niedergang. Immer wieder kritisieren sie einen gleichsam ohnmächtig wie übergriffig erlebten Staat, der ihnen nicht helfen könne, aber zusätzliche Zumutungen auferlege. Besonders E-Mobilität, Energiepolitik und das „Heizungsgesetz“ werden als Symbole einer Politik wahrgenommen, die tief in den Alltag eingreife und Verantwortung auf die kleinen Leute abwälze, ohne auf deren Lage Rücksicht zu nehmen (Sascha und Anne, Z. 967; vgl. Z. 730–749, 948–1023). Mit einer wütenden und verweigernden Haltung reagieren sie auch hier auf einen Wandel, der ihnen gleichsam unmöglich und diskreditiert erscheint. Ist die „Verlusttotale“ (s. o.) einmal etabliert, entwickelt sie eine selbstverstärkende Dynamik. Die Erzählung vom industriellen Niedergang, den entkoppelte Entscheidungsträger forcieren, gewinnt vor dem Hintergrund der betrieblichen Erfahrung an zusätzlicher Plausibilität. Gleichzeitig verstärkt dieses Deutungsangebot die fatalistische Sicht auf die betrieblichen Prozesse.

FAZIT UND AUSBLICK

Ausgehend von einer Betriebsschließung in der ostdeutschen Automobilzulieferindustrie haben wir untersucht, wie Industriearbeiterinnen und -arbeiter arbeitsweltliche Verlusterfahrungen deuten und verarbeiten. Unsere Ergebnisse bestätigen Befunde arbeitssoziologischer

Studien, nach denen der Verlust von Status und Anerkennung tief in das Selbstverständnis der Beschäftigten in industriellen Schlüsselsektoren wie der Automobilindustrie eingreift (Beaud/Pialoux, 2004; Dörre et al., 2018; Dörre, 2024). Darüber hinaus zeigte sich, dass die Betriebschließung grundlegende Gewissheiten der Industriearbeiterinnen und -arbeiter infrage stellte – etwa Erwartungen an biografische Stabilität und Kontrolle oder die Gültigkeit arbeitsbezogener Wertvorstellungen. Diese Erosion impliziter Sicherheiten führte zu einem tiefgreifenden Sinn- und Orientierungsverlust – einer „ontologischen Verunsicherung“ (vgl. Negt, 2004; Giddens, 1997). Desillusionierung, Kränkung und Wut prägten die Reaktionen, fanden aber nur in der kurzen Phase des Arbeitskampfes einen kollektiven Ausdruck. Nach der zweckrationalen Einigung zwischen Interessensvertretung und Management konnten sie kaum mehr artikuliert werden. Die Bearbeitung des Verlusts blieb somit weitgehend privat. Insbesondere Gefühle wie Verlustschmerz oder Scham wurden verdrängt. So entstand ein affektives Reservoir, das sich in fatalistischen oder zynischen Haltungen verfestigte und auch durch Untergangsszenarien und vereinfachte Feindbestimmungen kanalisiert wurde, die zudem Gemeinschaft stifteten (vgl. Löwenthal/Guterman, 2021 [1949]). Deutlich wurde, dass die (unbearbeiteten) Verlusterfahrungen das Erleben gewerkschaftlicher Interessenpolitik beeinflussen: Wo sie in Ohnmachtserleben, Zynismus und Fatalismus umschlugen, fiel es der Gewerkschaft schwer, die, gemessen an der Tragweite der Werksschließung, begrenzten, aber realen Errungenschaften des Arbeitskampfes auch jenseits der Kernaktiven als Erfolge erfahrbar zu machen. Ob gewerkschaftliches Handeln in Transformationskonflikten Anerkennung findet, scheint auch davon abzuhängen, inwiefern es auch auf immaterielle Verluste Antworten zu finden vermag und Bedürfnisse der Beschäftigten nach Identität, biografischer und moralischer Orientierung adressieren kann (vgl. Negt, 2004).

Die beschriebenen Dynamiken charakterisieren eine spezifische Form des Transformationserlebens, die uns im untersuchten Fall begegnete. Die Generalisierbarkeit muss künftige Forschung prüfen. Vergleichende Studien könnten zudem aufklären, warum in manchen Kontexten gegenläufige Reaktionen entstehen – etwa, wenn Proteste gegen Betriebsschließungen Forderungen nach einer sozial-ökologischen und demokratisch mitbestimmten Umstrukturierung formulieren (Gabrielini et al., 2024; Kaiser, 2023).

Abschließend möchten wir einige weiterführende Überlegungen zur Diskussion stellen:

Transformationskonflikte im Betrieb legen – insbesondere, wenn sie sich zur „Schließungskrise“ zuspitzen (Kratzer et al., 2015) – grundlegende Ambivalenzen industrieller Arbeit offen, die im Arbeitsalltag meist verdrängt werden. In unserem Beispiel kollidierten Bedürfnisse der Beschäftigten nach Identität, Anerkennung und Stabilität im mit den Erfahrungen von Fremdbestimmtheit und Würdeverletzung. Die Anpassungs- und Abwehrmechanismen, mit denen die Beschäftigten diese Spannungen bewältigen – etwa die starke Identifikation mit der Arbeitsrolle und der Stolz auf die Industrie –, verlieren an Wirksamkeit, wenn der Verlust der Arbeit droht (ebd.; Volmerg et al., 1986). Dann wird auch vergangenes Arbeitsleid bewusst und grundlegende Konflikte der Arbeiterexistenz, die sich um Ohnmacht, Abhängigkeit oder Unsicherheit drehen, treten hervor (Hürtgen, 2023, Negt, 1975). Der Schock der Betriebsschließungen erinnere „Industriearbeiterinnen und -arbeiter, die sich als Mittelklasse verstanden hatten, [daran,] dass sie noch immer Proletarier sind“, schreibt Sarah Jaffe (2024, 142). Dieser strukturelle Kontext von entfremdeter Arbeit und herrschaftsförmigen Klassenbeziehungen ist zentral für das Verständnis von Verlusterleben im industriellen Wandel (Dörre et al., 2024; Ester / Koch, 2023).

Erschwert wird die Bearbeitung des Verlusts dadurch, dass Deutungsmuster, die diesen als Klassenerfahrung fassbar machen könnten, im öffentlichen Diskurs kaum verfügbar sind (Dörre, 2024). Stattdessen dominieren ein pragmatisch-technokratisches Fortschrittsnarrativ und eine rechte Niedergangserzählung. Während erstere Verlusterleben ausblendet und mit Anrufungen zu „konstruktivem“ und „vernünftigem“ Mittun häufig auf Abwehr stößt, kann letztere einen Teil der Traueraffekte kanalisieren und an Fatalismus und Zynismus unter den Beschäftigten anschließen. Überlegungen zur Rolle solcher Haltungen als Triebkräfte extrem rechter Politisierung – etwa bei Amlinger und Nachtwey (2025), Safatle (2025) oder Löwenthal und Guterman (2021 [1949]) – haben zuletzt wieder an Aufmerksamkeit gewonnen. Unsere Befunde legen nahe, dass Ohnmachts- und Verlusterfahrungen in der Arbeitswelt hierfür bedeutsam sind (vgl. Schmidt et al., 2024): Indem sie fatalistische und zynische Haltungen befördern und ein Reservoir schwelender Affekte wie Wut oder Scham hervorbringen, können sie die Ansprechbarkeit für Feindbestimmungen und Niedergangserzählungen extrem rechter „Unter-

gangs-Propheten“ (Löwenthal / Gutermann, 2021 [1949]) erhöhen.

Während zuletzt Forderungen nach öffentlicher Anerkennung von Verlusten und mehr Raum zum Trauern oft als Antwort auf politische Verwerfungen in der Transformation erhoben wurden, zeigt unsere Analyse deren Grenzen. Dennoch stellt für Gewerkschaften die Frage, inwiefern eine bewusste Kollektivierung und Politisierung von Trauer die eigene Praxis bereichern und Solidaritätsbildung befördern kann – etwa, wenn Verlusterfahrungen zum Ausgangspunkt politischer Bildung werden. Politische Antworten, die über symbolische Anerkennung hinausgehen wollen, müssen allerdings an der real erfahrenen Ohnmacht der Einzelnen in arbeitsweltlichen Herrschaftsbeziehungen und gegenüber dem (Welt-)Markt ansetzen. Im Konkreten impliziert das eine Ausweitung von Mitbestimmung, eine Industrie- und Klimapolitik aus Perspektive der Beschäftigten sowie eine humanisierende Arbeitspolitik (Urban, 2024).

LITERATUR

- Amlinger, Carolin / Nachtwey, Oliver (2025). *Zerstörungslust. Elemente des demokratischen Faschismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Achter, Thomas (2019). *Trauer*. Gießen: Psychosozial.
- Axster, Felix / Berek, Mathias (2024). „Bischofferoode ist überall“. Ohnmacht und Selbstwirksamkeit in Erinnerungen an die Arbeitskämpfe der Postweidenzeit. In H. Haag & T. Hilmar (Hrsg.), *Erinnerung des Umbruchs, Umbruch der Erinnerung. Soziales Gedächtnis, Erinnern und Vergessen – Memory Studies*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 139–156.
- Beaud, Stéphane / Pialoux, Michel (2004). *Die verlorene Zukunft der Arbeiter. Die Peugeot-Werke von Sochaux-Montbéliard*. Konstanz: UVK.
- Beutel, Manfred (2008). Trauer, Trauerarbeit. In Wolfgang Mertens / Bruno Waldvogel (Hrsg.), *Handbuch psychoanalytischer Grundbegriffe* (S. 952–956). Stuttgart: Kohlhammer.
- Bose, Sophie / Schmidt, Andre (2023). „Aufbruch Ost“ in der Arbeitswelt? Perspektiven sächsischer Gewerkschafter auf die demokratiepolitische Bedeutung arbeitsweltlicher Mobilisierungen“. In Oliver Decker / Fiona Kalkstein / Johannes Kiess (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2022*. Leipzig: edition überland.
- Boss, Pauline (1999). *Ambiguous loss. Learning to live with unresolved grief*: Harvard University Press.
- Brand, Jennie E. / Levy, Becca R. / Gallo, William T. (2008). „Effects of Layoffs and Plant Closings on Subsequent Depression Among Older Workers“. *Research on Aging*, 30(6), 701–721. <https://pubmed.ncbi.nlm.nih.gov/20011238/>.
- Browning, Martin / Heinesen, Eskil (2012). „Effect of Job Loss Due to Plant Closure on Mortality and Hospitalization“. *Journal of Health Economics*, 31(4), 599–616. <https://doi.org/10.1016/j.jhealeco.2012.03.001>.
- Case, Anne / Deaton, Angus (2020). Deaths of Despair and the Future of Capitalism. *Journal of Working-Class Studies*, 5(1), 207–209.
- Decker, Oliver / Kiess, Johannes / Brähler, Elmar (2023). Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie: Die rechtsextreme Einstellung in den ostdeutschen Bundesländern. *EFBI Policy Paper 2023-2*. Leipzig: Else-Frenkel-Brunswik-Institut.
- Dörre, Klaus (2024). Die Unsichtbaren Arbeiter. Arbeiter, Abwertung und Autoritarismus in der Transformation. In Steffen Elsnér / Charlotte Höcker / Oliver Decker / Christoph Türcke (Hrsg.), *Desintegration und gesellschaftlicher Zusammenhalt. Kritische Theorie – psychoanalytische Praxis*. Gießen: Psychosozial.
- Dörre, Klaus / Bose, Sophie / Lütten, John / Köster, Jakob (2018). Arbeiterbewegung von rechts? Motive und Grenzen einer imaginären Revolte. *Berliner Journal für Soziologie* 28, 1–2, 55–89.
- Dörre, Klaus / Liebig, Steffen / Lucht, Kim / Sittel Johanna (2024). Klasse gegen Klima? Transformationskonflikte in der Autoindustrie. *Berliner Journal für Soziologie*, 34(1), 9–46.
- Dörre, Klaus / Schubert, Livia (2023). *In der Warteschlange. Arbeiter*innen und die radikale Rechte*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Doka, Kenneth J. (2020). Disenfranchised Grief and Non-Death Losses. In Darcy L. Harris (Hrsg.), *Non-death loss and grief. Context and clinical implications*. New York: Routledge.
- dpa (2025). IG Metall warnt vor De-Industrialisierung im Osten. *Zeit Online*, 25.09.2025. URL: <https://www.zeit.de/news/2025-09/25/ig-metall-warnt-vor-de-industrialisierung-im-osten> (20.11.2025).
- Ester, Marvin / Koch, Rhonda (2023). Für eine psychoanalytisch-sozialpsychologische Perspektive auf die Klimakrise. *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 53(211), 307–318.
- Ferns, James Patrick (2019). Workers' Identities in Transition: Deindustrialisation and Scottish Steelworkers. *Journal of Working-Class Studies*, 4(2), 55–78.
- Freud, Sigmund (1949 [1917]). Trauer und Melancholie. In Anna Freud (Hrsg.), *Sigmund Freud. Gesammelte Werke. Chronologisch geordnet. Werke aus den Jahren 1913–1917* (S. 427–446). London: Imago Publishing Co.
- Fuchs, Thomas (2019). Phänomenologie der Trauer. In Hermann Kappelhoff / Jan-Hendrik Bakels / Hauke Lehmann / Christina Schmitt (Hrsg.), *Emotionen. Ein interdisziplinäres Handbuch* (S. 123–128). Berlin/Heidelberg: J. B. Metzler.
- Gabbriellini, Francesca / Moro, Angelo / Tassinari, Arianna (2024). A working-class road to radical industrial democracy. Workplace industrial relations and workers mobilisation in the ex-GKN factory in Florence. *Studi Organizzativi*, (2), 79–104.
- Galais, Carol / Ruiz Hernández, María (2025). Beyond anger and fear: the demobilizing role of sadness in far-right voting in Spain. *South European Society and Politics*, 1–27.
- Gehrke, Bernd / Hürtgen, Renate (Hrsg.) (2001). *Der betriebliche Aufbruch im Herbst 1989. Die unbekannte Seite der DDR-Revolution. Diskussion, Analysen, Dokumente. Protokoll einer Tagung von Betriebsaktivist/innen: Analysen zum Widerstand in DDR-Betrieben und zur „Betriebswende“*. Dokumente von Belegschaftsinitiativen und Bürgerbewegungen. Berlin: Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung.
- Giddens, Anthony (1997). *Modernity and self-identity. Self and society in the Late Modern Age*. Stanford: Stanford University Press.
- Harris, Darcy L. (Hrsg.) (2020). *Non-death loss and grief. Context and clinical implications*. New York: Routledge.

- Hochschild, Arlie Russell (2006). *Das gekaufte Herz. Zur Kommerzialisierung der Gefühle*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Hochschild, Arlie Russell (2017). *Fremd in ihrem Land. Eine Reise ins Herz der amerikanischen Rechten*. Weinheim: Campus.
- Hochschild, Arlie Russell (2025). *Geraubter Stolz. Verlust, Scham und der Aufstieg der Rechten*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Hoffmann, Dierk (Hrsg.) (2022). *Die umkämpfte Einheit. Die Treuhandanstalt und die deutsche Gesellschaft*. Sonderausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung. Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung, Band 10956. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Hürtgen, Stefanie (2023). Subjektive gesellschaftliche Handlungsfähigkeit von Arbeiter*innen in Zeiten entschierter Lohnarbeit. Arbeitssoziologie trifft Kritische Psychologie. *psychosozial*, 46(1), 47–63.
- Illouz, Eva (2024). *Explosive Moderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Jaffe, Sarah (2024). *From the Ashes. Grief and Revolution in a World on Fire*. New York: Bold Type Books.
- Jakoby, Nina / Haslinger, Julia / Gross, Christina (2013). *Trauernormen. Historische und gegenwärtige Perspektiven*. SWS-Rundschau, 53(3), 131–159.
- Kaiser, Julia (2023). Rückkehr der Konversionsbewegung? Potenziale und Grenzen der Konversionsbestrebungen sozial-ökologischer Bündnisse rund um Autozuliefererwerke. *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 53(210), 35–53.
- Klass, Dennis / Silverman, Phyllis R. / Nickman, Steven (Hrsg.) (1996). *Continuing Bonds. New Understandings of Grief*. Washington, DC: Taylor & Francis.
- König, Hans Dieter (2019). Dichte Interpretation. Zur Methodologie und Methode der Tiefenhermeneutik. In Julia König et al. (Hrsg.), *Dichte Interpretation. Tiefenhermeneutik als Methode qualitativer Forschung* (S. 13–88). Wiesbaden: Springer VS.
- Kratzer, Nick / Menz, Wolfgang / Tullius, Knut / Wolf, Harald (2015). *Legitimationsprobleme in der Erwerbsarbeit. Gerechtigkeitsansprüche und Handlungsorientierungen in Arbeit und Betrieb*. Baden-Baden: Edition sigma / Nomos.
- Kraus, Raja (2025). Autozulieferer in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen unter Druck. *MDR Aktuell*, 02.07.2025. URL: <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/wirtschaft/auto-zulieferer-krise-jobs-sachsen-anhalt-thueringen-100.html> (20.11.2025).
- Leithäuser, Thomas / Volmerg, Birgit (1988). *Psychoanalyse in der Sozialforschung. Eine Einführung Am Beispiel Einer Sozialpsychologie der Arbeit*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Löwenthal, Leo / Guterman, Norbert (2021 [1949]). *Prophets of Deceit: A Study of the Techniques of the American Agitator*. London/New York: Verso.
- MDR (2025). Deutschlands spannendste Wahlkreise. Zwickau: Die Zukunftsängste sind zurück. *MDR*, 10.02.2025. URL: <https://www.mdr.de/video/mdr-plus-videos/video-exactly-zwickau-die-zukunftsangste-sind-zurueck-100.html> (20.11.2025).
- Mitscherlich, Margarete (1992). Die (Un)Fähigkeit zu trauern in Ost- und Westdeutschland. Was Trauerarbeit heißen könnte. *Psyche*, 46(5), 406–418.
- Negt, Oskar (2004). *Wozu noch Gewerkschaften? Eine Streitschrift*. Göttingen: Steidl.
- Negt, Oskar (1975). *Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen. Zur Theorie und Praxis der Arbeiterbildung*. Frankfurt a. M.: Europäische Verlagsanstalt.
- Nettekoven, Zeynep (2023). Automotive industry transformation and industrial policy in the EU and Germany. A critical perspective. *Working Paper No. 208/2023*. Berlin: Institute for International Political Economy.
- Newman, Lainey / Skocpol, Theda (2023). *Rust Belt Union Blues. Why Working Class Voters Are Turning Away from the Democratic Party*. New York: Columbia University Press.
- Raphael, Lutz (2019). *Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom*. Frankfurter Adorno-Vorlesungen. Berlin: Suhrkamp.
- Rau, Christian (2023). *Hungern für Bischofferoode. Protest und Politik in der ostdeutschen Transformation*. Weinheim: Campus.
- Reckwitz, Andreas (2024). *Verlust. Ein Grundproblem der Moderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Safatle, Vladimir (2025). *Zynismus und das Scheitern der Kritik. Übersetzt von S. Gregory*. Freising: tentare Verlag.
- Scheiring, Gábor / Stuckler, David / King, Lawrence (2020). Deindustrialization and Deaths of Despair. Mapping The Impact of Industrial Decline on Ill Health. DOI: [10.31235/osf.io/m5r78](https://doi.org/10.31235/osf.io/m5r78).
- Schmidt, Andre / Bose, Sophie / Kiess, Johannes (2024). Zwischen Fatalismus und Selbstbehauptung. Facetten des Deprivationserlebens von Arbeiterinnen und Arbeitern in Sachsen. In Oliver Decker et al. (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2023* (S. 131–153). Leipzig: edition überland.
- Schumpeter, Joseph A. (2005). *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*. Tübingen/Basel: Francke.
- Silver, Beverly J. (2008). *Forces of labor. Workers' movements and globalization since 1870*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Strangleman, Tim / Rhodes, James / Linkon, Sherry (2013). Introduction to Crumbling Cultures: Deindustrialization, Class, and Memory. *Inter. Labor Working-Class Hist.*, 84, S. 7–22.
- Ther, Philipp (2020). The price of unity. The transformation of Germany and Eastern Europe after 1989. In Robert Holzmann / Doris Ritzberger-Grünwald / Helene Schuberth (Hrsg.), *30 Years of Transition in Europe. Looking Back and Look-*

- ing Beyond in CESEE Countries.* Cheltenham: Edward Elgar Publishing.
- Urban, Hans-Jürgen (Hg.) 2024. *Gute Arbeit gegen rechts.* Hamburg: VSA: Verlag.
 - Vogel, Ralf T. (2024). *Kollektives Trauern. Eine tiefenpsychologische Perspektive.* Stuttgart: Kohlhammer.
 - Volmerg, Birgit / Senghaas-Knobloch, Eva / Leithäuser, Thomas (1986). *Betriebliche Lebenswelt: Eine Sozialpsychologie industrieller Arbeitsverhältnisse.* Wiesbaden: VS Verlag.
 - Walkerdine, Valerie / Jiminez, Luis (2012). *Gender, Work and Community After De-Industrialisation. A Psychosocial Approach to Affect.* London: Springer Palgrave Macmillan.
 - Williams, Raymond (1961). *The Long Revolution.* Columbia: University Press.
 - Winlow Simon / Hall, Steve / Treadwell, James (2017) *The Rise of the Right: English Nationalism and the Transformation of Working-Class Politics.* Bristol: Policy press.
 - Wirth, Hans-Jürgen (2022). *Gefühle machen Politik. Populismus, Ressentiments und die Chancen der Verletzlichkeit.* Gießen: Psychosozial.





Persönliche Belastung und gesellschaftliche Polarisierung

Wie sächsische Jugendliche auf die COVID-19-Pandemie blicken

Der SARS-CoV-2-Erreger verursachte nicht nur eine Gesundheits- und Wirtschaftskrise, sondern auch eine gesellschaftliche Krise, die sich unterschiedlich auf verschiedene soziale Gruppen auswirkte. Im Verlauf der Pandemie wurde öffentlich zunehmend die Situation von Kindern und Jugendlichen diskutiert, die wegen „verordneter“ Solidarität mit vulnerablen Gruppen, vor allem älteren Menschen, Einschränkungen durch Lockdowns, Schulschließungen und Fernunterricht hinnehmen mussten. Politisch wurde darauf wenig reagiert, jedenfalls fielen die Maßnahmenpakete für junge Menschen im Vergleich zur Unterstützung der Wirtschaft marginal aus (Schickhardt, 2024).

Dass es sich aber um eine einschneidende Herausforderung handelte, bestätigen bislang veröffentlichte Studien, denen zufolge Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in besonderem Maße von der Pandemie betroffen waren. Umfangreiche quantitative Befragungen wie die Längsschnittstudie „Child Outcomes in PSYchology“ (COPSY) liefern empirisch fundierte Belege dafür, dass die Pandemie – insbesondere in ihrer Anfangsphase und in Abhängigkeit der Pandemiewellen – mit einer erheblichen Abnahme der gesundheitsbezogenen Lebensqualität und einem teils deutlichen Anstieg psychischer Auffälligkeiten einherging. Insbesondere zeigen sich in den Daten höhere Raten an Angst- und Depressionssymptomen sowie Stressbelastungen (Ravens-Sieberer et al., 2022; einen Überblick über die Studienlage bieten etwa Schlack et al., 2023). Neben gesundheitlichen werden auch weiterreichende soziale Konsequenzen bestätigt. Die reduzierten Kontakte mit Gleichaltrigen

und das damit einhergehende Wegfallen alterstypischer Sozialisierungsprozesse hatten negative Effekte auf die Stabilität sozialer Beziehungen und damit auf die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen (Andresen et al., 2020, 9; Bernhard, 2021, 58).

Die Befunde zeigen gleichzeitig, dass diese Belastungen sozial ungleich verteilt waren. So betrafen die negativen psychischen Effekte der Pandemie Kinder und Jugendliche aus sozioökonomisch benachteiligten Haushalten stärker (Ravens-Sieberer et al., 2022). Gleichzeitig verschärften gesellschaftliche Disparitäten bestehende Bildungsungleichheiten. Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Milieus hatten mit fehlenden materiellen Ressourcen wie ruhigen Rückzugsräumen und der technischen Ausstattung für die Teilnahme am Online-Unterricht zu tun (auch aus Praktikerperspektive vgl. Oomen-Halbach et al., 2022). Sozioökonomisch besser ausgestattete und bildungsnahe Familien konnten hingegen nicht nur für die notwendige Ausstattung sorgen, sondern waren auch besser in der Lage, ihren Kindern immateriell zur Seite zu stehen (Butterwegge, 2022, 201; Gravelmann, 2022, 195).

Angesichts dieser mannigfaltigen Herausforderungen wurde auch diskutiert, ob sich eine *Generation Corona* konstituiert hätte (Dohmen/Hurrelmann, 2021). Damit ging die Frage einher, wie sehr das Krisenmanagement das Verhältnis der jungen Menschen zur Demokratie beeinflussen würde. Hier dominierten zunächst quantitative Zugänge wie die mittlerweile vier Befragungen im Rahmen der Studie „Jugend und Corona“ (JuCo). Infolge mangelnder Beteiligung erlebten viele junge Menschen Gefühle von Machtlosigkeit und Frustration (Andresen et al., 2021, 14). Bei der Frage, inwiefern sie die Coronaschutzmaßnahmen für geeignet und nicht übertrieben erachten, stimmt zwar eine deutliche Mehrheit zu, jedoch zeigt sich eine Polarisierung bei konkreten Einzelmaßnahmen wie dem Wechselunterricht oder der viel diskutierten Impfpflicht (Jäckle/Waldvogel, 2022, 148).

Insgesamt zeigt der Forschungsstand eine eindeutige Belastung des psychischen Wohlbefindens und der Entwicklung bei Kindern und Jugendlichen, gepaart mit schulischen Herausforderungen. Diese negativen Konsequenzen korrelieren mit gesellschaftlichen Ungleichheiten, die durch die Pandemie weiter verschärft wurden. Insofern überrascht der Befund nicht, dass Jugendliche sich von der Politik in ihren Bedürfnissen nicht gehört fühlten, auch wenn insgesamt ein breites Verständ-

nis für die Coronamaßnahmen bestanden hat. Unser Beitrag knüpft an den Forschungsstand an, wählt jedoch einen ergänzenden methodischen Zugang. Die bislang genannten, überwiegend quantitativen Analysen, die auf großen Umfragen unter Kindern und Jugendlichen sowie deren Eltern beruhen, werden dabei qualitativ vertieft. Damit reihen wir uns methodisch in die qualitative Forschung ein, die sich schwerpunktmäßig mit den Konsequenzen der Pandemie für den familiären Alltag sowie für Bildungs- und Sozialisierungsprozesse beschäftigt (für einen Überblick über die vielfältigen qualitativen Studien aus etwa der Familienforschung siehe Krüger et al., 2024). Während sich die bislang vorliegenden Untersuchungen häufig auf bestimmte soziale Kontexte wie die Familie oder die Schule fokussieren, nehmen wir die politischen Deutungen der Jugendlichen selbst und die daraus resultierenden Implikationen für deren Perzeption von Krisenmanagement und Demokratie in den Blick.

Dafür haben wir 2024 im Rahmen des durch das BMFTR geförderten Projekts „Politische Einstellungen und politische Partizipation in Folge der Covid-19 Pandemie“ (PEPP-COV) unter anderem zwei Gruppendiskussionen mit Jugendlichen in einer sächsischen Großstadt sowie in einer sächsischen Kleinstadt durchgeführt. Die hieran beteiligten 15 Jugendlichen und jungen Erwachsenen waren zum Zeitpunkt der Erhebungen jeweils zwischen 17 und 27 Jahre alt und damit alle während der Pandemie schulpflichtig oder in ihrer Ausbildung (teilweise machten sie zu dieser Zeit ihre Abschlüsse). Unser Ziel ist es, auf dieser Basis die bislang vorliegenden Befunde um subjektive Deutungen und kollektive Verhandlungsprozesse der individuell erlebten Krisenerfahrungen aus der Perspektive der politischen Soziologie zu ergänzen. Dabei richten wir den Blick auf die persönliche Betroffenheit einerseits und Einschätzungen der politischen wie gesamtgesellschaftlichen Konsequenzen des Krisenmanagements andererseits und damit auf zwei Aspekte, die von den Befragten selbst ausführlich thematisiert wurden.

JUGEND IM KRIENMODUS: WAS ALS KRISE ERINNERT WIRD – UND WIE NAH SIE KOMMT

Auf die Einstiegsfrage nach drei Dingen, die einem in den Sinn kommen, wenn man an gesellschaftliche Krisen denkt, waren die Antworten vielfältig. Diese reichten von abstrakten Konzepten wie „Vertrauen in

Politik“, „Solidarität“, „Polarisierung“ oder „Radikalisierung“ bis hin zu den medial verhandelten Großkrisen der letzten Jahre wie dem Ukrainekrieg und der daraus folgenden Energiekrise und Inflation, dem Klimawandel sowie der COVID-19-Pandemie. Trotz dieser breiten Aufzählung offenbarten die Diskussionen eine klare Hierarchisierung biografischer Betroffenheit. So wurden Krisen nicht als eine gleichrangige Sequenz externer Schocks wahrgenommen, sondern entlang ihrer Beeinflussung von (Familien-)Alltag und persönlichen Entwicklungspfaden verhandelt. In beiden Gruppendiskussionen wurde dabei die COVID-19-Pandemie nicht nur schwerpunktmäßig – ohne dass der Diskussionsleiter dies forcierte – thematisiert, sondern von den meisten Teilnehmenden auch detailliert als der unmittelbarste und persönlich folgenreichste Einschnitt dargestellt. Ein Teilnehmer machte dies wie folgt deutlich:

Also ich glaube, Corona war einfach näher, also der Ukrainekrieg ist auch sehr nah dran und die Symptome erst recht, aber ich hab das Gefühl, die Pandemie war halt wirklich so, man ist dem nicht entwichen so. Es gab keinen Moment, wo das nicht präsent war.

Jakob, 24, Großstadt

Die Jugendlichen verwiesen im Austausch über diese *Präsenz* von Corona nicht nur auf politische Ereignisse oder mögliche zukünftige Folgen der Pandemie. Vielmehr zeigte sich, wie grundlegend die Alltagsroutinen, sozialen Beziehungen und die schulische Bildung beeinflusst wurden. Kontaktbeschränkungen, Schulschließungen und – in der Wahrnehmung der Teilnehmenden der Gruppendiskussionen – sich ständig ändernde und nicht immer nachvollziehbare Infektionsschutzmaßnahmen wurden als disruptiv und direkt die persönliche Entwicklung beeinträchtigend wahrgenommen.

Genau diese *Nähe* und die *ständige Präsenz* der Pandemie sowie die Diskussion der daraus resultierenden Konsequenzen für das gesellschaftliche Miteinander bilden die Grundlage für die nachfolgende Analyse. Im Mittelpunkt stehen werden die gerade angeklungenen persönlichen Folgekosten der Coronamaßnahmen ebenso wie die Einschätzung der Nachwirkungen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die öffentliche Kommunikation und das politische System insgesamt.

DER PREIS DER MASSNAHMEN: ISOLATION, EINSAMKEIT UND SCHULALLTAG

Die Jugendlichen verhandelten die Pandemie weniger als Gesundheitskrise, sondern vielmehr als einen weitgehenden Eingriff in das Alltagsleben. Als persönlich belastend stellten sie in ihren Erzählungen vorwiegend die Maßnahmen zur Bekämpfung der Infektionsverbreitung wie Kontaktbeschränkungen oder Schulschließungen heraus, da diese verschiedene Sphären des Erwachsenwerdens gleichzeitig tangierten. So wurden soziale Beziehungen, Bildungswege und das emotionale Wohlergehen unter einem ständigen Druck wahrgenommen.

VOM „ALLEINSEIN“ BIS ZUR „EINSAMKEIT“ : SOZIALE ISOLATION UND VERPASSTE JUGEND

Zentral für die Jugendlichen in unseren Diskussionsrunden war die Erfahrung sozialer Isolation. Aufgrund der verhängten Kontaktbeschränkung wurde in beiden Gruppendiskussionen mehrheitlich das Wegbrechen der Sozialwelt beklagt. Dabei wurde die Anfangsphase der Pandemie diesbezüglich zwar noch als unproblematisch erinnert, mit fortschreitendem Verlauf jedoch von Einsamkeit gesprochen, die teilweise als emotional beanspruchend erlebt wurde und wird:

Irgendwie in den ersten Tagen habe ich nur Zeit mit Freunden verbracht und irgendwie eher einfach mir eine schöne Zeit draus gemacht. Dann kam aber auch je länger es ging, desto zehrender wurde die Sache und desto mehr wurde aus Alleinsein irgendwie auch Einsamkeit an manchen Punkten. Und (.) das hat dann irgendwie auch auf, auf so die emotionale Basis, so sehr gedrückt und irgendwie auch runtergezogen.

Franziska, 18, Kleinstadt

Die Kontaktbeschränkungen mündeten damit in einer psychisch als belastend wahrgenommenen Einsamkeit, die als „super schwer“ (Verne, 24, Großstadt) oder „ne heftige Sache“ (Jakob, 22, Großstadt) beschrieben wurde, weshalb man auch „sozial in so ein kleines Loch reingefallen“ (Norma, 18, Kleinstadt) sei. Die gerade ausführlich zitierte Franziska formulierte dies wie folgt:

Aber irgendwann war es wirklich der Punkt, wo ich irgendwie so, so eine Sinnlosigkeit in meinem Leben gespürt habe. Oder irgendwie so, so, so was Tristes.

Franziska, 18, Kleinstadt

Die „soziale Abkapselung“ (Jakob, 22, Großstadt) hatte neben Einsamkeit und Sinnlosigkeit auch das Gefühl zur Folge, für das Heranwachsen konstitutive Erfahrungen verpasst zu haben. Die Jugendlichen berichteten, dass ihnen Freizeitaktivitäten fehlten, Schulabschlussrituale abgesagt wurden, Feierlichkeiten wie der 18. Geburtstag entfielen oder dass sie darüber nachdachten, wegen der Umstände den Studienstart zu verschieben, um die Erfahrung des studentischen Lebens nicht zu verpassen. Viele dieser „Meilensteine“ im Erwachsenwerden wurden als unersetzliche Erfahrungen dargestellt, die zu einem späteren Zeitpunkt nicht mehr nachgeholt werden konnten. Während der Pandemie konnte man also nicht nur „nichts machen“ (Andreas, 27, Großstadt), sondern vieles sei sogar unwiederbringlich verloren gegangen – und das, obwohl andere gesellschaftliche Bereiche trotz der Beschränkungen aufrechterhalten wurden:

Ähm aber dann war es eben auch so, dass eben es sich angefühlt hat, als würde einem halt so viel entgehen in der Jugend. Also ich hab äh irgendwie meinen 18. Geburtstag so mit Corona gefeiert und so weiter. Und einfach diese ganzen sozialen Aspekte, ähm das war, glaub ich, für mich das Heftigste und dann gleichzeitig aber zu sehen, dass eben irgendwie Leute in Großraumbüros arbeiten gehen, dass es einfach so diese Priorisierung gab, ähm fand ich, das hat mich am meisten damals aufgeregt.

Dominik, 24, Großstadt

Die Wahrnehmung des „Eingesperrtseins“ (Andreas, 27, Großstadt) als Belastung wurde von der überwiegenden Mehrheit der Teilnehmenden der beiden Gruppendiskussionen geteilt, hatte aber eine soziale Komponente und betraf insbesondere Jugendliche in prekären Lagen, beispielsweise wenn kleiner Wohnraum mit Familienangehörigen geteilt werden musste. Auch zeigen sich hier Unterschiede zwischen der Groß- und Kleinstadt. Nicht nur kamen junge Menschen im urbanen Raum in

Konflikt mit der Polizei, wenn sie sich beispielsweise trotz der Kontaktbeschränkungen zu Freizeitaktivitäten trafen – mehrfach wurde hier von großer Polizeipräsenz und sogar von Geldstrafen berichtet (bspw. von Jakob, 22, Großstadt). Im ländlichen Raum waren Begegnungen mit Freunden hingegen einfacher und vorwiegend durch die Distanz zu Freunden in anderen Dörfern behindert – zumindest, solange man keinen Führerschein hatte. Zudem waren Freizeitaktivitäten in der Natur und auf den Grundstücken der Einfamilienhäuser möglich, was in solchen Fällen eine Entlastung während der Lockdowns darstellen konnte.

SCHULE UND AUSBILDUNG: LERNLÜCKEN, UNGLEICHHEITEN UND SELBSTSTUDIUM

Neben der sozialen Isolation diskutierten die Jugendlichen auch die Schulschließungen als zentrales Krisenmoment, wobei die Einschätzung innerhalb der Gruppen ambivalenter ausfiel. Sie stimmten darin überein, dass die erste Schulschließung zu Beginn der Pandemie zwar den Ernst der Lage klar werden ließ, jedoch zunächst als eine positive Nachricht aufgenommen wurde: „Okay, jetzt heißt es, wir haben zwei Wochen schulfrei (.) und mit meinen 14 Jahren habe ich mich dann halt vor den Computer gesetzt und den ganzen Tag Computer gespielt“ (Enrico, 17, Kleinstadt). Aus der anfangs wie *Extraferien* wahrgenommenen und deshalb willkommenen Schulschließung wurde jedoch ein teilweise als unübersichtlich wahrgenommener Wechsel zwischen Präsenz- und Onlineunterricht – ein Zustand der Unsicherheit, der sich über mehr als zwei Jahre hinzog.

Damit konnten nicht alle an den Gruppendiskussionen teilnehmenden Jugendlichen gleich gut umgehen. Dies hatte nicht nur mit der von den meisten der Teilnehmenden der Gruppendiskussionen beklagten geringen Qualität des Onlineunterrichts zu tun. Probleme stellten sich insbesondere in sozial prekären Kontexten ein. Zu verweisen wäre hier auf die bereits erwähnten Fälle von knappem Wohnraum, der ein konzentriertes Lernen kaum ermöglichte. Es wurden aber auch noch grundsätzlichere Herausforderungen angesprochen, wenn etwa die technische Ausstattung wie Laptop oder Tablet nicht gegeben war:

Und dann hieß es ja, du kannst nicht mehr in die Schule gehen, alles passiert online, digital, wie auch immer. Und ich persönlich hatte keinen Computer oder Laptop, weil ich auch einfach kein Geld dafür hatte. Ä:h Bafög rettet jetzt auch nicht die Welt. Also bei mir hat die Ausbildung sehr darunter gelitten am Anfang, weil man ja erst mal da rein-kommen musste. Vieles mit dem Handy, okay, Handy geht klar, aber vieles konnte man auch einfach nicht mit dem Handy machen.

Verena, 24, Großstadt

Neben sozioökonomischen Hindernissen betonten die Jugendlichen, wie groß der Einfluss ihrer damaligen Einstellung gegenüber der Schule und die Bedeutung der Fähigkeit, selbstständig lernen zu können, waren. Hinzu kam die als schlecht bezeichnete Organisation der Onlinebeschulung, die auch wegen der eingeschränkten Überprüfbarkeit der Eigenleistung zu später noch spürbaren Defiziten im Lernstoff führte:

Damals (.) war mir Schule halt, (.) ja, relativ egal. Dann fand ich es auch schwierig für mich, mich immer wirklich hinzusetzen und das so zu machen. Und das merke ich auch jetzt noch, weil ich gerade, was du meintest, auch Mathe komplett, weil unsere Lehrerin hat damals immer uns Aufgaben geschickt und dann aber gleich die Lösungen mit dazu. Und dann dachte ich mir mit 14, naja gut, schreibe ich die Lösungen ab und das reicht. Und das merke ich dann jetzt so in vielen Sachen, (.) dass ich, ja, dass es halt jetzt fehlt, weil ich das damals nicht richtig gelernt habe.

Karoline, 17, Kleinstadt

Andere Teilnehmende hingegen unterstrichen, wie gut sie sich in dieser Situation wiedergefunden haben – dabei nicht selten auch mit Stolz und als Selbstvergewisserung über die eigene Handlungsfähigkeit. In solchen Fällen wurde nicht nur darauf verwiesen, wie wichtig es für die eigene Entwicklung war, zu lernen und sich selbst zu organisieren – weshalb die Schule während der Pandemie als eine „interessante, selbstständige“ (Enrico, 17, Kleinstadt) Zeit, eine „coole Erfahrung“ (Sebastian, 17, Kleinstadt) wahrgenommen werden konnte. Dazu trugen Umstände bei

wie die Möglichkeit, länger ausschlafen oder die Zeit für die Schule selbst einteilen zu können. Teilweise wurde der Fernunterricht gegenüber dem klassischen Präsenzunterricht sogar bevorzugt, weil man effizienter lernen und denselben Schulstoff in kürzerer Zeit abarbeiten konnte:

Also ich habe dann halt einfach selber mich am Tag so meine vier Stunden hingesetzt und habe dann die Bücher durchgearbeitet und das hat mir richtig Spaß gemacht. Ich habe das Gefühl gehabt, dass ich viel mehr gelernt habe als im Unterricht und dass alles viel schneller ging als im Unterricht. Und diese. (.) Also wenn man da im Unterricht sitzt, man sitzt da irgendwie acht Stunden in der Schule und man lernt fast nichts.

Andrea, 18, Kleinstadt

Doch selbst diejenigen Jugendlichen, die in ihrer Selbstwahrnehmung die Schulzeit während der Pandemie so souverän gemeistert hatten, beobachteten Schwierigkeiten bei ihren Mitschüler*innen oder den eigenen Geschwistern.

Insgesamt zeigt sich, dass Schule während der Pandemie sehr unterschiedlich wahrgenommen wurde, insbesondere weil manche Schüler*innen auf familiäre Ressourcen und die Kompetenz zur Selbstorganisation zurückgreifen konnten, während andere mit Verunsicherung und schulischen (Langzeit-)Problemen zu tun hatten. Unabhängig von der Einschätzung des eigenen Umgangs mit der Onlinebeschulung sind sich die Jugendlichen nicht nur der negativen Konsequenzen der Pandemie für die Schulleistung insgesamt bewusst. Auch wird eine kritische Bewertung der Schule (inkl. der Ausbildungsstätten) als Institution deutlich, die den Anforderungen weder im Online- noch im Präsenzunterricht gerecht werde.

POLARISIERUNG ALS „SEKUNDÄRE KRISE“: MASKE, LAGER-BILDUNG, BEZIEHUNGSSCHÄDEN

In beiden Gruppendiskussionen wurde die COVID-19-Pandemie ausführlich als treibende Kraft einer tiefen gesellschaftlichen Spaltung diskutiert. Polarisierung wurde dabei sowohl als abstrakt-gesellschaft-

liche als auch als Krise im persönlichen sozialen Nahumfeld, hier hauptsächlich bei der Eltern- und Großelterngeneration, verhandelt. Divergierende Einstellungen zur Impfung, zum Maskentragen oder allgemein zu einem angemessenen (weil vulnerable Gruppen schützenden) Verhalten beschrieben die Teilnehmenden als Momente, die soziale Beziehungen hyperpolitisierten und zu Konflikten im öffentlichen Raum führten. Sowohl im urbanen als auch im kleinstädtischen Kontext wurden die dabei entbrannten Auseinandersetzungen als persistent und als kaum zu entschärfen betrachtet. So wurden aus der Perspektive der Teilnehmenden der Gruppendiskussionen auch aus punktuellen und situativen Meinungsverschiedenheiten Bruchstellen, die persönlich, aber auch zunehmend das gesellschaftliche Klima belasteten – und bis heute belasten.

IMPF- UND MASKENPFLICHT ALS KONFLIKTTREIBER

Eine regelmäßig bemühte Beobachtung bezog sich auf die Maskenpflicht im öffentlichen Raum. Dabei wurde – wohl auch, um potenzielle Konflikte innerhalb der Gruppe zu moderieren – trotz divergierender Standpunkte, die von einer Gleichsetzung von Gegnerschaft und Befürwortung bis zu expliziter Maskenbefürwortung reichten, keine Auseinandersetzung geführt. Im Gegenteil einigten sich die Diskussionsteilnehmenden auf einen Austausch darüber, wie wenig man das hier wirksam werdende Konfliktpotenzial nachvollziehen konnte:

Aber ich fand's trotzdem krass, dass man halt damit rechnen musste, sei es jetzt, ich sitze in der Bahn und habe keine Maske auf, oder sei es jetzt, ich sitze in der Maske, äh, in der Bahn und habe eine Maske auf, sorry, (räuspert sich) dass man halt teilweise echt damit rechnen musste, dass man angegangen wird oder dass man mit nem Konflikt einfach grundsätzlich rechnen musste.

Markus, 25, Großstadt

Dabei wurden neben der *Maske* auch die *Impfung* oder allgemein die *Coronamaßnahmen* als „Triggerworte“ bezeichnet, die die Menschen sogleich in „Schubladen“ einteilten (Dominik, 24, Großstadt). Dieses Verhalten reflektierten auch die Gruppendiskussionsteilnehmenden

selbst und ordneten es retrospektiv selbstkritisch als übertrieben ein, wenn man sich etwa an Personen störte, die in einem Zug keine Maske oder diese nicht richtig über der Nase trugen.

Gleichzeitig beschrieben die Teilnehmenden – insbesondere diejenigen aus der Kleinstadt – eine beziehungsschädigende Polarisierung unter den Erwachsenen des persönlichen Nahfelds. Die Jugendlichen berichteten offen von „Entfremdung“ unter den Erwachsenen und davon, dass sich ihre Eltern und deren Freunde oder Verwandte aufgrund divergierender Einstellungen zu den Coronamaßnahmen gegenseitig „geächtet“ hätten (Franziska, 18, Kleinstadt). Dadurch entstanden so tiefgreifende Brüche, „dass eigentlich eine Aussöhnung gar nicht mehr in Sicht ist“ (Norma, 18, Kleinstadt). Die folgende Schilderung steht exemplarisch für das von den Jugendlichen beobachtete Verhalten:

Ja, also bei mir gab es auch in der Familie so einen Fall, wo sich eben (.) meine Tante und ihre Eltern quasi, also meine Großeltern, (.) einfach (.) sehr unterschiedliche Meinungen hatten gegenüber dem Impfthema. Und der eine Teil hat sich halt impfen lassen, und ab dem Zeitpunkt, als der andere Teil das erfahren hat, haben die nicht mehr miteinander geredet, und die reden bis heute nicht mehr miteinander. Und ich finde sowas halt sehr erschreckend, zu sehen, dass so eine Familie, die über 40 Jahre funktioniert hat, zusammengelebt hat, (.) einfach durch so ein Thema auseinanderbrechen kann und da bis heute halt so auseinandergebrochen bleibt.

Therese, 17, Kleinstadt

Die Jugendlichen waren jedoch nicht nur Beobachter von Polarisierung, sondern in zweifacher Weise betroffen. Einerseits emotional, weil sie aufgrund der Entwicklungen im sozialen Netzwerk der Eltern „schon ganz schön (.) mitgenommen“ (Andrea, 18, Kleinstadt), „traurig“ und „bedrückt“ (Sebastian, 17, Kleinstadt) waren. Deshalb war diese Polarisierung auch bei manchen „der eindrücklichste (.) Punkt, (.) während der Corona-Pandemie“ (Sebastian, 17, Kleinstadt). Andererseits konnten die Jugendlichen selbst zum Ziel der Ausgrenzung werden, wenn sich ihre Eltern radikalisierten. Besonders eindrücklich ist das Beispiel einer jungen Frau:

Corona hat irgendwie meine Familie komplett zerstört, muss ich sagen, weil es gibt so die (.) eine Front, meine Mutter, dann die andere Front, mein Vater, die sind an sich ähnlicher Meinung, aber reden nicht miteinander, weil sie getrennt sind. Und dann gibt es die andere Front, (.) die Kinder quasi, also meine älteren Geschwister, mein Zwillingbruder und ich. (.) Und es war teilweise dann auch so, dass (.) unsere Mom dann (.) gedroht hat, uns rauszuschmeißen, ohne finanzielle und (.) emotionale Unterstützung und so „Ja, guckt halt wo ihr bleibt“, weil wir uns impfen lassen wollten.

Andrea, 18, Kleinstadt

Die mediale und politische Polarisierung betraf damit direkt engste familiäre Beziehungen. Für die Jugendlichen waren Konflikte über Triggerworte wie „Impfung“ deshalb nicht nur wegen ihrer Intensität emotional folgenreich, sondern auch, weil Erwartungen an die Stabilität familiärer Netzwerke sowie selbst an elterliche Unterstützung und Fürsorge erschüttert wurden. Gesellschaftliche Spaltung wird deshalb nicht nur als Auseinandersetzung über einzelne Pandemiemaßnahmen erinnert, sondern als integrale Bedrohung für die Konstitution des sozialen Nahbereichs. Vor diesem Hintergrund suchten die Teilnehmenden der Gruppendiskussion nach Erklärungen für die Schärfe der beobachteten Konflikte, die sie vorwiegend in einer generationalen und historischen Perspektive verorteten, die weit über den Pandemiekontext hinausgeht.

GENERATIONEN- UND OSTDEUTUNGEN

Dem polarisierenden Verhalten der Erwachsenen wurde der Umgang innerhalb der eigenen Generation entgegengehalten, der zwar eine Distanzierung von über die Pandemiemaßnahmen andersdenkenden Mitschüler*innen beinhalten konnte, jedoch nicht im Bruch mündete und insgesamt als weniger emotionalisiert beschrieben wurde. Dafür wurden mehrere Gründe herangezogen. Einerseits würden Schulfreundschaften ohnehin zu einem Großteil unter politisch ähnlich denkenden Personen gepflegt, was im Falle von Familie oder jahrzehntelangen Freundschaften der Erwachsenen nicht gegeben sein muss. Andererseits habe man die politischen Differenzen beiseitelegen können, ohne sich

zu ächten, „weil wir merken, okay, wir kommen in allen Themen nicht auf den gleichen politischen Nenner, aber mögen uns trotzdem“ (Franziska, 18, Kleinstadt). Als Begründung dafür wurde die politische Sozialisierung der Eltern in der DDR angeführt, wobei rigide Positionierungen und die Schwierigkeit, mit Dissens umzugehen, in einen eindeutigen Zusammenhang mit der ostdeutschen Diktaturerfahrung gebracht wurden:

Und gerade jetzt unsere Eltern hier im Osten sind ja oft eben dann in der DDR aufgewachsen, was ja, (.) muss man so sagen, eine Art Diktatur war. Und dort wurden klare Feindbilder geschürt. Dort wurde eine klare richtige Meinung den Leuten beigebracht und die denken dann vielleicht immer eher „Meine Meinung ist die richtige“ und „das ist jetzt das neue Feindbild“ als wir, die jetzt aufwachsen und sagen: „okay, (.) es gibt die Meinung, es gibt meine Meinung, es gibt 10.000 Meinungen und alle sind irgendwo daseinsberechtigt.“

Enrico, 17, Kleinstadt

Diese historisierende Erklärung wurde nicht nur mit einer unversöhnlichen Positionierung und klaren Feindbildern in Verbindung gebracht, sondern auch um eine in einer Diktatur erworbene, tief sitzende Skepsis gegenüber staatlicher Autorität ergänzt:

Und das bei unseren Eltern dann auch, wenn sie in der DDR aufgewachsen sind, gerade dann auch so ein, so ein zwanghaftes Hinterfragen von Allem und so zwanghaftes Kritisieren des Staates gibt und dass man eben so und auch der Medien und dass so gar nicht dem mehr glauben kann, was irgendeine offizielle Stelle sagt, weil sie eben früher die Erfahrung mit der SED gemacht haben.

Andrea, 18, Kleinstadt

In beiden Fällen diente der Verweis auf die DDR-Erfahrung der Erwachsenen dazu, die durch die Coronamaßnahmen beschleunigte Polarisierung zu erklären. Diese sei nicht ausschließlich durch die Pandemie ausgelöst worden, sondern Konsequenz länger zurückliegender politischer Sozialisierung und biografischer Prägung.

POLARISIERUNG ALS PROBLEM FÜR EIN DEMOKRATISCHES
MITEINANDER

Die Jugendlichen erlebten die Polarisierung nicht nur als eine persönliche Belastung und mit der Diktatursozialisation der Eltern verbunden. Darüber hinaus beschrieben sie die tiefe Spaltung als Problem für ein demokratisches Miteinander. Damit verschob sich die Perspektive von Corona-Konflikten hin zu grundsätzlichen Fragen demokratischer Verständigung. Dabei zielte die Problemwahrnehmung der Jugendlichen zunächst nicht auf demokratische Institutionen und Prozeduren ab, sondern auf Moralisierung von Meinungsverschiedenheiten, soziale Sanktionierung und in der Folge auf die Erosion der Debattenkultur. Von Radikalisierung sprachen die Teilnehmenden nicht etwa mit Blick auf das Erstarken äußerst rechter Parteien und Bewegungen, sondern aufgrund der wahrgenommenen Einschränkung öffentlicher Aushandlungsprozesse:

Also man kann ja verschiedene Auffassungen haben und (.) von verschiedensten Bereichen und dann redet man nie über die Themen, sondern stigmatisiert. (.) Und das (.) empfinde ich als viel zu (.) viel, zu radikal schon, muss ich sagen.

Sebastian, 17, Kleinstadt

Damit beschrieben die Jugendlichen die Wahrnehmung eines weitreichenden Wandels in der Öffentlichkeit insgesamt. Anstatt gegenseitiges Verständnis zu fördern, entwickelten sich Diskussionen zu moralisierenden Auseinandersetzungen, gingen mit emotionaler Eskalation einher und generierten Distanz. In der Konsequenz spreche man bis heute innerhalb der Familienverbände entweder gar nicht mehr miteinander oder meide strittige Fragen, um so Konflikten auszuweichen.

Diese Strategie des Ausschweigens von Dissens betrachteten die Jugendlichen jedoch kritisch. Denn das Vermeiden von teilweise schwierigen gesellschaftspolitischen Diskussionen kollidiert mit ihrem Verständnis von Demokratie und einem zwischenmenschlichen Umgang:

Und dass dann zum Beispiel meine Eltern gesagt haben, wir reden einfach nicht über das Thema mit beiden Teilen, aber ich finde das halt. Ich frage mich dann immer, ob das der

Weg ist, einfach nicht darüber zu reden, weil ich finde, das ist halt ein essenzieller Teil von der (.) Demokratie, aber eben auch von der ganz normalen zwischenmenschlichen Beziehung, dass man miteinander über Probleme redet.

Theresa, 17, Kleinstadt

In einer solchen Auffassung wird Polarisierung nicht nur als konflikthaft und belastend, sondern auch als eine Einschränkung der freien Meinungsäußerung verstanden. Demokratie ist also in der Wahrnehmung der Teilnehmenden der Gruppendiskussionen nicht nur als politisches System, sondern vor allem als Praxis des lebendigen Austausches, von Kompromissen und gegenseitiger Anerkennung bedroht. Der Grund liege in der emotionalisierenden Dynamik polarisierter Diskurse, die sich vor allem um die argumentative Durchsetzung eigener Standpunkte und nicht um das integrierende Verstehen alternativer Perspektiven drehe:

Es geht dann eher so (.) aus meiner Wahrnehmung heraus auch darum, dass man in der Diskussion Recht hat (.) und (.) nicht mehr so sehr, dass man auf einen Konsens kommt oder irgendwie einen Austausch hat oder so.

Andrea, 18, Kleinstadt

Die vertiefte gesellschaftliche Spaltung wurde damit als Problem für ein alltägliches Miteinander ebenso wahrgenommen wie für die gesellschaftliche Diskursfähigkeit, und beides wurde in Verbindung mit einer breiteren Einschätzung von Politik, staatlichen Institutionen und Demokratie gebracht.

VERTRAUEN, POLITIK UND DEMOKRATIE: SKEPSIS OHNE
SYSTEMBRUCH

Die gerade dargestellte Einschätzung gesellschaftlicher Polarisierung ist damit konstitutiv für die Wahrnehmung der „Performance“ von Politik in Krisenzeiten, das heißt des Handelns politischer Entscheidungsträger*innen und ihrer Kommunikation. Dies gilt umso mehr, als die Pandemiezeit als Moment der eigenen Politisierung wahrgenommen wurde:

Das habe ich auch ganz stark so wahrgenommen, dass es irgendwie auch das erste Mal, glaube ich, in(.) meiner Jugend, das so war, dass ich mich politisch positioniert habe.

Franziska, 18, Kleinstadt

Gleichzeitig hielten Teilnehmende fest, dass diese „politische Positionierung“ nicht nur *erstmalig*, sondern während der Pandemie *ständig* eingefordert wurde. Insofern mussten die Jugendlichen sich zu konkreten Coronamaßnahmen ebenso regelmäßig positionieren wie zu allgemeinpolitischen Fragen. Vor diesem Hintergrund wurden in den Gruppendiskussionen auch Einschätzungen zum Vertrauen in Institutionen oder zur Verfasstheit der Demokratie verhandelt. Dabei entwickelte sich ein differenzierter Austausch über frustrierende Erfahrungen, ohne dass die Demokratie grundlegend abgelehnt worden wäre. Im Gegenteil, es überwog das Gefühl der Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

POLITISCHES VERTRAUEN UND KRITIK AM KRISENMANAGEMENT

Regelmäßig wurde Kritik am Krisenmanagement Gegenstand der Gruppendiskussionen. Diese hatte mehrere Stoßrichtungen. Zunächst entstand der Eindruck, dass die Coronamaßnahmen Familien und Jugendliche stärker betroffen hatten als etwa die Wirtschaft. Darauf deutet das bereits eingangs angeführte Zitat hin, in dem Dominik es als das „Heftigste“ bezeichnete, selbst auf die Feier seines 18. Geburtstags verzichten zu müssen, während „irgendwie Leute in Großraumbüros“ arbeiten (Dominik, 24, Großstadt). Dabei handelt es sich um einen Vorwurf, der auch abstrakter und auf die Allgemeinheit gerichtet formuliert wurde. Beispielsweise fragte ein Teilnehmender, „ob man das Gefühl hat, dass die Politik eben diese Krise in der Hinsicht behandelt, dass eben der Mehrheit der Gesellschaft oder der Gesamtgesellschaft äh erleichtert wird, damit klarzukommen“ (Jakob, 22, Großstadt). Auch wenn hier kein grundlegendes Misstrauen zum Ausdruck kommt, wird doch infrage gestellt, ob die politischen Entscheidungen immer im besten Interesse der Mehrheit der Menschen getroffen wurden.

Ein zweiter Themenstrang betraf die implizite Erwartung an die Politik, insbesondere in unsicheren Krisenzeiten Orientierung und Sicherheit zu bieten. Diese wurde in den Augen der Diskussionsteilnehmenden nicht immer erfüllt, wenn etwa die spezifischen Bedürfnisse

junger Menschen nicht berücksichtigt erschienen oder Coronamaßnahmen als inkonsistent und schlecht begründet bzw. kommuniziert betrachtet wurden. Dies machten die während der Pandemie schulpflichtigen Teilnehmenden der Gruppendiskussionen erwartungsgemäß häufig am Schulalltag fest:

Also ich habe zum Beispiel noch so diese Ungewissheit so im Kopf, die man damals, oder die ich damals so sehr gefühlt habe, weil man teilweise nicht wusste, wie es jetzt nächste Woche weitergeht, ob man jetzt nächste Woche in die Schule gehen kann oder nicht. Und es kam gefühlt jeden Tag eine andere Information.

Theresa, 17, Kleinstadt

Auch diese „Ungewissheit“ führte nicht zu einer offenen Ablehnung der hierfür verantwortlichen politischen Institutionen und Prozesse, sondern wurde vielmehr als Erfahrung anhaltender Unklarheit gefasst.

Eine besonders grundlegende Irritation entstand immer dann, wenn die Pandemiemaßnahmen mit Zwang in Verbindung gebracht wurden. Dies galt insbesondere für Personen, die sich aufgrund ihrer Ausbildung oder Wohnsituation unter Druck gesetzt fühlten, sich impfen zu lassen. Dabei wurden trotz teilweise bestehender Skepsis gegenüber „schnell entwickelten Impfstoffen“ Impfungen nicht per se abgelehnt, sondern Frustration darüber zum Ausdruck gebracht, keine Wahl zu haben und zu einer Entscheidung unter weitreichenden Sanktionsandrohungen gezwungen zu werden:

Du musst dich impfen, sonst darfst du deine Ausbildung nicht vollenden. Oder halt digital, da kriegst du aber nicht alles mit, wenn du nicht in der Schule sitzt. So war's dann zum Ende hin, das heißt, ich hab mich impfen lassen für meine Ausbildung. N halbes Jahr später hieß es, du musst dich gar nicht mehr impfen lassen. Fand ich auch super schwierig, dass man da diesen Druck bekommen hat. Du musst, weil sonst hast du keine Ausbildung mehr. Das heißt, du bist arbeitslos und musst von jetzt auf gleich ohne Abschluss äh ja ne Arbeit finden oder irgendetwas.

Verena, 24, Großstadt

Die kritische Bewertung der Krisenpolitiken durch die Jugendlichen wurde selbst im Kontext des Drucks, sich gegen den eigenen Willen impfen zu lassen, nicht fundamental. So legten sie das Vertrauen in das Funktionieren der Demokratie im Krisenmodus nicht gänzlich ab, sondern äußerten situativ Unzufriedenheit oder Irritation, wo immer die Maßnahmen zur Bekämpfung von COVID-19 als unverhältnismäßig oder schlecht begründet erschienen. Auch diese Erfahrung stellt einen wichtigen Referenzpunkt für Einstellungen der an der Gruppendiskussion beteiligten Jugendlichen zur Demokratie und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt dar.

Demokratie als fragiles Projekt – wie retten?

In den Gruppendiskussionen wurde insgesamt zwar Kritik an den Pandemiemaßnahmen offen zum Ausdruck gebracht, jedoch keine grundlegende Kritik am politischen System formuliert. Vielmehr äußerten die Jugendlichen ihre Sorge um die Verfasstheit der Demokratie. Sie nahmen die demokratische Grundordnung wegen der als vehement erlebten Polarisierung als bedroht wahr. Dabei stellten sie zwei Aspekte heraus, die zur Resilienz eines demokratischen Miteinanders beitragen könnten. Einerseits wurde eine demokratische Streitkultur eingefordert:

Ich meine jetzt den Streit in dem Sinne nicht, dass man sich streitet, also mit verbalen Ausdrücken oder körperlich, sondern (.) eben den, den demokratischen Streit, seine Argumente austauschen, um dadurch zu einem gemeinsamen Nenner zu kommen. Das meinte ich mit Streit. Ich meine ja, konstruktiven Streit.

Sebastian, 17, Kleinstadt

Dieser Wunsch ging allerdings, wie bereits ausgeführt, teilweise mit der Vorstellung einher, der diskursiven Stigmatisierung mit der Akzeptanz aller Meinungen zu begegnen. Dieser Wunsch mag durch die als belastend und demokratiezersetzend empfundene Spaltung nachvollziehbar erscheinen, verweist zugleich aber auf die Spannung zwischen dem Bedürfnis nach gesellschaftlichem Zusammenhalt und den normativen Grenzen demokratischen Pluralismus. Wenn etwa festgehalten wird, alle Meinungen „sind irgendwo daseinsberechtigt“ (Enrico, 17, Klein-

stadt), dann geht damit ein gesellschaftlicher Harmoniewunsch einher, der letztlich auch die Akzeptanz extremistischer und demokratiefeindlicher Positionen umfassen könnte.

Andererseits bestand in beiden Gruppen Konsens darüber, dass politisches Engagement gestärkt werden müsse. Angesichts der Tatsache, dass nur „zwei Prozent der deutschen Bevölkerung Mitglied in Parteien sind“ (Sebastian, 17, Kleinstadt), fordern die Jugendlichen eine bürgerschaftliche Übernahme von Verantwortung ein. Dies wurde in den Gruppendiskussionen sogar appellativ zum Ausdruck gebracht:

Es ist vielleicht irgendwie einfach jetzt wirklich ein Grundanspruch, dass wir sagen, wir müssen uns jetzt alle politisch reinhängen, damit es eben noch was wird. Und ich weiß nicht, also ich sehe das gerade so, ich weiß nicht, ob ihr das ähnlich wahrnimmt, aber irgendwie, dass jetzt wirklich eben der Effort von jedem, also so gebraucht ist und ja, deswegen auch das politische Engagement.

Franziska, 18, Kleinstadt

Hier erscheint es jedoch als problematisch, dass trotz des Bewusstseins für die Dringlichkeit, sich als Bürger*innen demokratisch zu engagieren, dies nicht in tatsächliches Handeln übersetzt wird. Dies gilt sogar für Jugendliche, die sich wegen der Krisenerfahrung politisiert und wegen des „totalen politischen Fehlverhaltens“ sogar überlegt hatten, einer Partei beizutreten (Jakob, 22, Großstadt). Offensichtlich kollidiert die Sorge um die Demokratie mit der Kapazität, sich politisch einzubringen, weil man beispielsweise bereits mit persönlichen Problemen überfordert ist. Zudem würden Krisen, die immer auch als schwer zu greifen beschrieben wurden, dazu führen, dass „man dann schnell auch an so nen Punkt kommt, dass man persönlich davon irgendwie überfordert ist oder nicht so wirklich Handlungsoptionen sieht“ (Dominik, 24, Großstadt). Die Sorge um die Demokratie kollidiert damit nicht mit ihrer grundsätzlichen Akzeptanz, sondern mit der begrenzten Möglichkeit, unter Bedingungen multipler Krisen politisch handlungsfäh zu sein.

FAZIT

In diesem Beitrag haben wir dargestellt, wie jugendliche Teilnehmende zweier Gruppendiskussionen in einer sächsischen Groß- und einer sächsischen Kleinstadt retrospektiv die COVID-19-Pandemie sowie ihre politischen und gesellschaftlichen Konsequenzen deuten. Unser Ziel war es, subjektive Sinnbildungs- und kollektive Verhandlungsprozesse alltäglicher Erfahrungen ebenso zu rekonstruieren wie damit verbundene Perspektivierungen von gesellschaftlichem Zusammenhalt und demokratischer Praxis in Krisenzeiten. Dabei zeigt sich, dass in beiden Gruppendiskussionen die Pandemie weniger als Gesundheitskrise, sondern vor allem als ein tiefgreifender und sich auch von anderen gegenwärtigen Krisen abhebender, biografischer Einschnitt erlebt wurde. Kontaktbeschränkungen, Schulschließungen und weitere, als sich ständig ändernd erinnerte Maßnahmen wurden als weitreichende Interventionen in die eigene Lebenswelt erfahren – mit multiplen Folgen für das Heranwachsen. Das Fehlen persönlicher Bezüge zu Gleichaltrigen, das ersatzlose Wegfallen von Riten auf dem Weg des Erwachsenwerdens oder die verunsichernde Situation an den Schulen wurden als prägend beschrieben. Im Gegensatz zu anderen öffentlich verhandelten Krisen wurde damit die Pandemie als besonders nah und ständig präsent wahrgenommen.

Gleichzeitig waren die Erfahrungen keineswegs einheitlich. Die Fähigkeiten, mit Schulschließungen und Fernunterricht umzugehen, variierten – eine Differenz, die vor allem durch sozioökonomische Disparitäten determiniert ist. Während also manche Teilnehmende der Gruppendiskussionen von fehlender Ausstattung oder langfristigen Lernstofflücken berichteten, betonten andere, dass dieselbe Situation eine Gelegenheit gewesen sei, in der Schule Selbstvertrauen und Autonomie zu gewinnen. Allein diese Diskrepanz illustriert, dass die COVID-19-Pandemie keine generational uniforme Erfahrung produzierte, sondern bestehende Ungleichheiten verschärfen konnte bzw. wie sehr strukturelle Voraussetzungen die Fähigkeiten eines Individuums beeinflussen, mit Krisensituationen umzugehen.

Besonders eindrücklich zeigen die Gruppendiskussionen, wie sehr die gesellschaftliche Spaltung bei den Jugendlichen durchgeschlagen hat, und das nicht unter den Gleichaltrigen selbst, sondern vor allem im sozialen Nahumfeld der Eltern- und Großelterngeneration. Dabei wurde diese als belastend wahrgenommene Polarisierung der Erwach-

senen bei Weitem nicht nur als Meinungsverschiedenheit über konkrete Maßnahmen diskutiert. Vielmehr kann man von einer *sekundären Krise* sprechen, die zwischenmenschliche Beziehungen, insbesondere zwischen Eltern und ihren engsten Freunden wie Verwandten, nachhaltig und tiefgreifend schädigen konnte. Der Ursprung für diese von den Jugendlichen als Radikalisierung bezeichnete Entwicklung wurde nicht zuletzt in der politischen Sozialisation der Erwachsenen in der DDR verortet, in der ebenso ein Freund-Feind-Denken wie Misstrauen gegenüber medialer Berichterstattung eingeübt wurde. Insgesamt brachten die Jugendlichen ob der beobachteten und persönlich belastenden Spaltung ihre Sorge darüber zum Ausdruck, wie eine solche wahrgenommene *Unfähigkeit* zur Debatte und zum konstruktiven Austausch das demokratische Miteinander beeinflusst. Inwiefern diese Deutung der Jugendlichen trägt, können wir hier nicht weiter erörtern. Allerdings scheint es im intergenerationalen Austausch über historische und gegenwärtige gesellschaftliche Erfahrungen große Leerstellen zu geben.

Insgesamt evaluierten die Jugendlichen das Krisenmanagement und den Zustand der Demokratie ambivalent. So wurden Frustrationen über die Inkonsistenz und Unübersichtlichkeit der Maßnahmen, vor allem aber über das Gefühl, zum Impfen gedrängt worden zu sein, zwischen den Teilnehmenden der Gruppendiskussionen kontrovers verhandelt. Daraus wurde jedoch an keiner Stelle der Schluss gezogen, demokratische Institutionen oder Prozesse grundsätzlich abzulehnen. Im Gegenteil: Wegen der erlebten gesellschaftlichen Spaltung und basierend auf der persönlichen bis intimen Betroffenheit warben die Teilnehmenden für eine lebendige Debattenkultur, die gegenseitige Anerkennung und das Aushalten unterschiedlicher Meinungen umfassen sollte. Zumindest in unseren Gruppen ließen sich keine offen antidemokratischen Positionen ausmachen. Allerdings lassen die andauernden sozialen und psychischen Belastungen, der trotz des Plädoyers für vielfältige Debatten dennoch offenkundig vorhandene Wunsch nach Harmonie, der selbst radikale Gegenpositionen einschließt, und die weiter virulente gesellschaftliche Krisendynamik befürchten, dass auch oder gerade unter jungen Menschen ein Zustand der politischen Erschöpfung eintritt (Kocyba/Kiess 2025). Angebote für Jugendliche und intergenerationelle Orte des Austausches sollten gerade auch im ländlichen Bereich flächendeckend bestehen. Zu besprechen und gemeinsam zu bearbeiten gibt es offenkundig vieles.

LITERATUR

- Andresen, Sabine / Heyer, Lea / Lips, Anna / Rusack, Tanja / Schröder, Wolfgang / Thomas, Severine / Wilmes, Johanna (2020). „Die Corona-Pandemie hat mir wertvolle Zeit genommen“. *Jugendalltag* 2020. Hildesheim: Universitätsverlag Hildesheim. <https://doi.org/10.18442/163>.
- Andresen, Sabine / Heyer, Lea / Lips, Anna / Rusack, Tanja / Schröder, Wolfgang / Thomas, Severine / Wilmes, Johanna (2021). *Das Leben von jungen Menschen in der Corona-Pandemie. Erfahrungen, Sorgen, Bedarfe*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung. <https://doi.org/10.11586/2021021>.
- Butterwegge, Christoph (2022). *Die polarisierende Pandemie. Deutschland nach Corona*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Dohmen, Dieter / Hurrelmann, Klaus (Hrsg.) (2021). *Generation Corona? Wie Jugendliche durch die Pandemie benachteiligt werden*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Gravelmann, Reinhold (2022). *Jugend in der Krise: Die Pandemie und die Folgewirkungen*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Jäckle, Sebastian / Waldvogel, Thomas (2022). Corona und Schüler:innen. Eine Analyse über die (schulischen) Lebenswirklichkeiten von Schüler:innen während der Corona-Pandemie und ihre Bewertung politischer Maßnahmen zur Eindämmung der Virusverbreitung. *Gesellschaft. Wirtschaft. Politik (GWP)*, 71(2), 141–149. <https://doi.org/10.3224/gwp.v71i2.12>.
- Kocyba, Piotr / Kiess, Johannes (2025). Politische Erschöpfung infolge der Covid-19-Pandemie in Sachsen. *EFBI Policy Paper 2025-2*. Leipzig: Else-Frenkel-Brunswick-Institut.
- Krüger, Franziska / Bossek, Jan Frederik / Gräfe, Christian / Lökk, Christina / Yıldızlı, Elif (Hrsg.) (2024). *Familie in pandemischen Zeiten: Zur Deutung, Aushandlung und Bewältigung der Corona-Krise in der Familie*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Oommen-Halbach, Anne / Weyers, Simone / Griemert, Maria (Hrsg.) (2022). *Kinder und Jugendliche in der COVID-19-Pandemie. Perspektiven aus Praxis und Wissenschaft*. Düsseldorf: düsseldorf university press.
- Ravens-Sieberer, Ulrike / Kaman, Anne / Erhart, Michael / Devine, Janine / Schlack, Robert / Otto, Christina (2022). Impact of the COVID-19 pandemic on quality of life and mental health in children and adolescents in Germany. *Eur Child Adolesc Psychiatry*, 31(6), 879–889. <https://doi.org/10.1007/s00787-021-01726-5>.
- Schickhardt, Christoph (2024). *Nicht systemrelevant. Eine Aufarbeitung der Corona-Politik aus kinderethischer Sicht*. Berlin: Suhrkamp.
- Schlack, Robert / Neuperdt, Laura / Junker, Stephan / Eicher, Sophie / Hölling, Heike / Thom, Julia / Ravens-Sieberer, Ulrike / Beyer, Ann-Kristin (2023). Veränderungen der psychischen Gesundheit in der Kinder- und Jugendbevölkerung in Deutschland während der COVID-19-Pandemie –

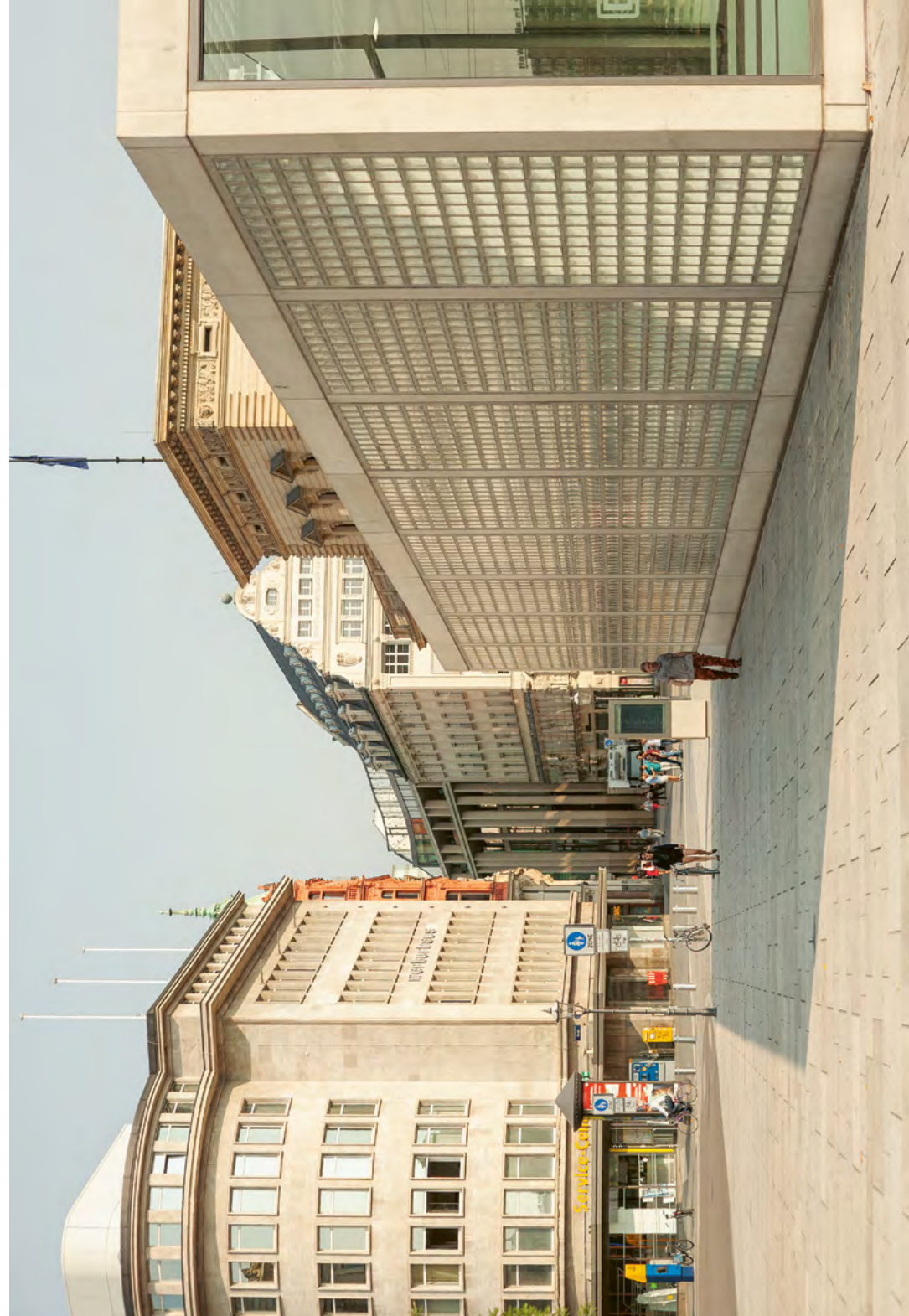
Ergebnisse eines Rapid Reviews. *J Health Monit*, 8(S1), 2–74. <https://doi.org/10.25646/10760>.





234

ARTHUR ZALEWSKI



235

GDYNIA · GDAŃSK · WARSZAWA · LEIPZIG



236

ARTHUR ZALEWSKI



237

GDYNIA · GDAŃSK · WARSZAWA · LEIPZIG



238

ARTHUR ZALEWSKI



239

GDYNIA · GDAŃSK · WARSZAWA · LEIPZIG



240

ARTHUR ZALEWSKI



241

GDYNIA · GDAŃSK · WARSZAWA · LEIPZIG



Rotes Reenactment

Marxistisch-leninistische Gruppierungen in Leipzig

„Die Straße frei der roten Jugend!“ Rote Schlauchschals im Gesicht, Hammer und Sichel aus Pappmaché über den Köpfen tragend: Anfangs wirkten die Blöcke der autoritär geführten, am orthodoxen Marxismus-Leninismus orientierten Gruppen auf linken Demos wie aus der Zeit gefallen. Gleichzeitig erwiesen sich diese wie Wiedergänger aus der Vergangenheit erscheinenden Gruppen als ziemlich agil. Sie ringen um Dominanz in der linken Szene, treten besonders im Rahmen von propalästinensischen Kundgebungen auf und zeigen sich gewaltbereit. Sie rekrutieren mit einfachen Antworten, antisemitischer Agitation, stalinistischen Merksätzen und straffen Hierarchien besonders in Leipzig und Dresden junge Menschen.

Zulauf erhielten die antiimperialistischen roten Gruppen vor allem durch die antiisraelischen Proteste der letzten drei Jahre. Dabei treten die Gruppen mit dem Anspruch auf, Avantgarde zu sein, und agieren innerhalb der linken Szene aggressiv gegen andere Strömungen. So besetzten sie die Rote Flora in Hamburg und riefen mehrfach zu Boykotten von linken Kulturzentren wie dem *Conne Island* in Leipzig auf. In Dresden und Leipzig übernahmen sie teilweise die Organisation der sogenannten *Kritischen Einführungswochen* an den Universitäten – eigentlich von undogmatischen linken Gruppen organisierte Veranstaltungen.

Mit ihren theoretischen Bezügen zu Lenin, Stalin und Mao zeigen sich viele Parallelen zu den K-Gruppen der Siebziger, besonders was die straffe Organisation und ihre Aktionsformen betrifft (Anonym, 1977; Benicke, 2010; Kühn, 2005). Neu an der Ideologie der aktuellen Autoritären ist, dass sie über Untergruppen mit feministischen und queeren Bezügen verfügen.

Um der Frage nachzugehen, warum diese jungen Leute auf alte Symbole und Theoriegebilde zurückgreifen und wie diese Entwicklung einzuordnen ist, begann ich mich mit den sogenannten roten Gruppen zu beschäftigen. Vorliegender journalistischer Text dient vor allem der Dokumentation, auf der spätere Analysen und Vergleiche aufbauen können. Er ist eine Materialsammlung und liefert eine vorläufige Ein-

ordnung. Organisations- und Aktionsformen werden mit Beispielen unterlegt vorgestellt und die zugrundeliegende politische Theorie skizziert. Der Text basiert neben der Recherche in den Selbstzeugnissen betreffender Gruppen vor allem auf eigenen Beobachtungen und Gesprächen mit Beobachter:innen. Diese stammen zum Teil aus der linken Szene, sind nicht frei von subjektiven Färbungen. Anders war ein Zusammentragen des Materials nicht möglich. Dieser Beitrag ist daher als Momentaufnahme zu verstehen. Der Schwerpunkt liegt auf Leipzig, weil die Stadt den größten Anlaufpunkt dieser Gruppen darstellt. Hier dargelegte Beobachtungen sind weitestgehend en détail belegt. Bei manchen Berichten kann ich hingegen nur auf das Vertrauen in meine journalistische Kompetenz setzen sowie auf den Quellenschutz verweisen.

INTRANSPARENZ DER SCHEINRIESEN

„Wir haben die für morgen geplante Demonstration ‚Ihr kriegt uns nicht klein – Rechte Strukturen zerschlagen‘ in Eisenach kurzfristig abgesagt.“¹ Diese Nachricht von Thüringer Antifaschist:innen im Herbst 2023 legte einen schwelenden Konflikt in der linken Szene offen, den viele vorher höchstens am Rande wahrgenommen hatten. Die Gruppe *Young Struggle* bestand gegen den ausdrücklichen Wunsch der Veranstaltenden auf der Teilnahme an der Demo, woraufhin diese ganz abgesagt wurde. *Young Struggle* vertritt antisemitische Positionen, feierte den Hamas-Überfall vom 7. Oktober 2023 als „Befreiungsschlag“. Neben dem *Solidaritätsnetzwerk*, *Zora* und der *Föderation kommunistischer Organisationen* zählt *Young Struggle* zu den sogenannten roten Gruppen mit autoritär-antiimperialistischer Ausrichtung; es gibt in vielen Städten Ortsgruppen, unter anderem in Leipzig.

Die bereits genannten Parallelen zu den K-Gruppen der Siebziger zeigen sich bei diesen orthodox marxistisch-leninistisch orientierten Organisationen in Dogma, Hierarchie und Praxis. Dazu zählen Befreiungsnationalismus und als Antizionismus camouflierter Antisemitismus, der im Folgenden noch zu erklärende Entrismus sowie Konformitätsdruck nach innen. Die Kleinstgruppen von damals verstanden sich als Speerspitze des Marxismus-Leninismus und zeichneten sich durch

1) A.L.ESA, 2023, <https://kontrapolis.info/11771> (11.09.2025).

straffe Organisationsformen aus. Das Individuum zählte nichts. Man konnte innerhalb sogenannter Kaderverschickung in eine andere Stadt beordert werden, um dort Mitglieder zu gewinnen oder in Betrieben zu agitieren. Selbst auf Karrierewege und auf Liebesbeziehungen nahmen die Gruppen Einfluss, damit die Betroffenen nicht vom bürgerlichen Leben verführt wurden.

„Auch dieses Jahr haben wir uns gemeinsam mit der @rotewende-leipzig, den @revolutionaerefrauenleipzig und zahlreichen weiteren Genoss*innen unter dem Motto ‚Arbeitskämpfe verbinden‘ am Ersten Mai die Straße genommen.“² Hinter derzeit besonders laut vernehmbaren Gruppen in Leipzig wie *Jugend im Kampf* steckt der *Kommunistische Aufbau*. Von der bundesweit agierenden Organisation etablierte sich 2019/20 ein Ableger an der Pleiße. Anfangs aus zwei, drei Leuten bestehend, bildeten sich darum andere Gruppen. Mutmaßlich wurden Kader aus dem Westen geschickt, um im von undogmatischen Linken geprägten Osten zu agitieren. Den Eindruck einer gezielten Kampagne verstärken fast zeitgleich gegründete Ableger in Dresden und Chemnitz – auch wenn von der Chemnitz-Zelle wenig wahrnehmbar ist. Eine zweite sehr aktive Gruppe ist die *Föderation klassenkämpferischer Organisationen*. Dem imponierenden Namen zum Trotz ist das eine weitere Kleingruppe, die sich in Untergruppen wie *Solidaritätsnetzwerk*, *Frauenkollektiv*, *Betriebskampf* und *Internationale Jugend* auffächert.

Daneben existieren weitere Gruppen wie die *Rote Wende Leipzig* und die angeschlossene Jugendorganisation *Jugend im Kampf*, der *Rote Aufbruch* oder die *Kommunistische Partei*, ehemals *Kommunistische Organisation*. Letztere ist in Leipzig sichtbar und soll laut Dachorganisation auch in Chemnitz über eine Ortsgruppe verfügen. Auffällig ist, dass fast alle (Unter-)Gruppen auf Social Media erst im Zeitraum zwischen 2021 und 2023 in Erscheinung treten. Die kürzlich gegründete *Revolutionäre Kommunistische Partei* spielt im Freistaat keine Rolle, auf sie wird unten kurz zurückzukommen sein.

Eine weitere, in diesem Zusammenhang wichtige Gruppe ist *Handala* – auch wenn sie keine „typische“ rote Gruppe darstellt, da ihr der Kaderaufbau fehlt. Überschneidungen finden sich aber im Hinblick auf das gefestigte antiimperialistische Weltbild und das Feindbild der

2) Jugend im Kampf, 2023, https://www.instagram.com/p/Cr9ALZsIkjN/?img_index=1 (11.09.2025).

antiautoritären Linken. Aus dem *AK Nahost* der Hochschulgruppe SDS (Die Linke) entstanden, agiert *Handala* monothematisch israelfeindlich und antisemitisch. Der sächsische Verfassungsschutz stuft *Handala* als verfassungsfeindlich ein.³ Der 2022 gegründete Verein löste sich im Dezember 2025 auf, als Aktionsgruppe blieb *Handala* jedoch bestehen (Prüwer, 2025, 2026). *Handala* zählt zum festen Umfeld der roten Gruppen, die auf ihren Kundgebungen Stammgäste sind und zu diesen mobilisieren. Auch wurde *Handala* im März 2024 von der Initiative Leipzig gegen Krieg mit dem „Leipziger Friedenspreis“ ausgezeichnet (Wagner, 2024). Federführend bei dieser Initiative ist unter anderem Mike Nagler, ein selbsterklärter „Unterstützer“ der *Kommunistischen Organisation*, der immer wieder durch seine Nähe zu Russland und dem verschwörungsideologischen Milieu auffällt (ebd.).

In Dresden übt *Free Palestine Dresden* eine ähnliche Funktion wie *Handala* aus. Seit Herbst 2023 organisiert sie Demonstrationen. Starke Verbindungen gibt es zu den marxistisch-leninistischen Gruppen *Kommunistische Organisation* und *Roter Aufbruch* (Thümmeler, 2025).

Insgesamt agieren die Gruppen intransparent. Der Eindruck von Scheinriesen drängt sich auf. Man teilt dieselben Beiträge auf Social Media, personelle Überschneidungen oder Personalunionen sind wahrscheinlich. So gibt es auch keine validen Angaben zur Mitgliederstärke der Gruppierungen. Bei *Young Struggle* Leipzig spricht der sächsische Verfassungsschutz von „ca. 15 Personen“; bei *Handala* von „ca. 20 Mitgliedern“.⁴ Die personellen Verbindungen zwischen den verschiedenen Gruppierungen werden beispielsweise im Aufruf zum „Sozialistischen Block“ am 1. Mai in Leipzig 2025 deutlich, bei dem die Logos von *Young Struggle*, *Zora*, *Pride Rebellion*, der *Kommunistischen Jugend*, des *Kommunistischen Aufbaus* und der *Föderation klassenkämpferischer Organisationen* auf einer Grafik erscheinen.⁵ Die diversen Gruppennamen verschleiern, dass es sich oft um dieselben Leute handelt. Wenn die vielen verschiedenen Gruppennamen auf den Fahnen stehen, signalisiert das Masse und Vielfalt – auch nach innen. Denn alle Gruppen sehen sich jeweils an der Spitze einer proletarischen Revolution, wollen eine neue kommunistische Partei alten Typs aufbauen. Das ist für sie

3) <https://www.verfassungsschutz.sachsen.de/handala-e-v-6656.html> (10.01.2026).

4) <https://www.verfassungsschutz.sachsen.de/young-struggle-leipzig-ys-leipzig-6655.html> (10.01.2026).

5) *Pride Rebellion*/Young Struggle Leipzig/Zora, 2025, https://www.instagram.com/p/DJlb84FNzZm/?img_index=1 (10.01.2026).

das Werkzeug der Revolution, die historisch notwendig vor der Tür steht. Entsprechend nutzen auch alle Gruppen – bis auf wenige abweichende Details – dasselbe Wording und beziehen sich auf dieselben theoretischen Grundlagen und nehmen dieselben praktischen Positionen ein. So klingt es regelrecht selbstentlarvend, wenn die *Internationale Jugend Leipzig* über eine Aktion an der Universität Leipzig schreibt „Heute morgen waren wir gemeinsam als @zora_leipzig und als @fko-online im #Audimax der #universitätleipzig“.⁶

Beachtenswert ist die Strategie der Gruppierungen bei gesellschaftlichen Debatten und Demonstrationen: Sie besetzen Themen wie die Mietproteste und drängen mit ihren Fahnen und Transparenten als Blöcke in Demonstrationen hinein, um diese zu kapern (Prüwer, 2023a). Dabei changieren die Gruppen zwischen Anbiedern und Konfrontation. Die *Rote Wende Leipzig* etwa äußerte sich aus „taktische[r] Entscheidung“ spät zum Gaza-Krieg: „Die Gründe hierfür sind opportunistischer Natur gewesen. Unsere Strukturen haben eine offene Konfrontation mit links-liberalen Kräften versucht zu meiden. Aufgrund des politisch vorherrschenden Narratives in Leipzig lag eine zeitige Diffamierung unserer Politik im Falle einer Positionierung zum Nahostkonflikt nahe.“⁷

JUGEND- UND MÄRTYRERKULT: AUTORITÄRE LÖSUNGEN FÜR UNERFAHRENE

„Wir sind die Jugend der Zukunft, die des Hochverrats, wir sind die Jugend im Kampf!“⁸ Rote Gruppen vermitteln Gewissheit und die Mitgliedschaft in einer revolutionären Avantgarde, die die Befreiung der Menschheit vorbereitet; ihren Straßenaktivismus dokumentieren sie online. Etwa wenn sie mit großen roten Buchstaben „JUGEND GEGEN KRIEG“ vor einem Meer von Palästinafahnen formen.⁹ Unfreiwillig komisch wirkt ihre Sprache, in der alles als „notwendig“, „richtig“, „objektiv“ bezeichnet wird und die wie die Gruppen selbst anachronistisch anmutet. Ein Account twitterte: „Der sozialistische Block läuft

6) Internationale Jugend Leipzig/Zora, 2022, <https://www.instagram.com/p/Cl16RHv7dS> (10.01.2026).

7) Rote Wende Leipzig, 2024, <https://rotewendeleipzig.org/statement-der-rlw-und-jik-zum-nahost-konflikt> (12.9.2025).

8) Jugend im Kampf, 2022, <https://rotewendeleipzig.org/jik> (14.09.2025).

9) Young Struggle Leipzig, 2025, https://www.instagram.com/p/DOJfGbuDCH-/?img_index=8 (12.09.2025).

diszipliniert in Reihen.“¹⁰ Und: „Unter der Parole ‚Die Reichen wollen Krieg – die Jugend eine Zukunft‘ wurde im sozialistischen Block erneut ein Rauchtopf gezündet.“¹¹

Auch frönen Gruppierungen wie die *Kommunistische Jugend* einem Märtyrerkult, wenn in einer Jugendbroschüre gefragt wird: „Werde ich unseren unsterblichen GenossInnen gerecht?“ Die Broschüre porträtiert junge Menschen, „die die Grenzen, die vor ihnen standen, eingerissen haben.“ Sie seien „mutig voran gegangen“ und „bis heute unsere Vorbilder“ – vor allem, weil sie tot sind (Kommunistische Jugend, 2019, 4). Die prominenteste Figur dieses Märtyrerkults heißt Ivana Hoffmann, die sich 2011 *Young Struggle* anschloss und 2015 beim bewaffneten Kampf in Westkurdistan starb. Alle Gruppen der *Föderation klassenkämpferischer Organisationen* nehmen heißglühend auf sie Bezug:

Unsere Genossin hat mit ihrem bürgerlichen Leben gebrochen, ihre individualistische, beschränkte Haltung aufgegeben, sämtliche innere Grenzen und Schwächen überwunden, und sich für das risikoreiche aber erfüllende Leben einer Guerillakämpferin entschieden.

Kommunistische Jugend, 2019, 9

Vor zehn Jahren wurde unsere Genossin Ivana bei der Verteidigung der Revolution in Rojava unsterblich.

Young Struggle Leipzig¹²

In solchen Äußerungen klingt weniger ein ernsthaftes Gedenken an als vielmehr die moralische Erpressung der Lebenden, indem ihnen qua ihrer Jugend besondere Verantwortung zugeschrieben wird. „Ivana lebt in unserem Kampf“, lautet die (Er-)Mahnung.¹³ In Leipzig demonstrierte man ihr zu Ehren und veranstaltete ein Fußballturnier, die gemeinsame Anreise zum jährlichen „Ivana Hoffmann Festival“ nach Duisburg wurde organisiert.¹⁴

10) Perspektive Online, 2025, <https://x.com/PerspektiveOn/status/1917943801441608172> (01.09.2025).

11) Perspektive Online, 2025, <https://x.com/PerspektiveOn/status/1917954668128280874> (01.09.2025).

12) Young Struggle Leipzig, 2025, https://www.instagram.com/p/DGtSjIDN89M/?img_index=1 (01.09.2025).

13) Young Struggle Leipzig, 2025, https://www.instagram.com/p/DGtSjIDN89M/?img_index=1 (01.09.2025).

HISTORISCHER MATERIALISMUS

Gruppen wie der *Kommunistische Aufbau* teilen die marxistisch-leninistische Geschichtsauffassung einer teleologischen Entwicklung der Menschheit. Geschichte ist demzufolge auf ein Ziel hin ausgerichtet. Das nennen die Anhänger Historischen Materialismus. Wie die Naturerscheinungen verlaufe das „gesellschaftliche Leben mit all seinen Erscheinungen, [...] die Geschichte und die Politik nicht ‚zufällig‘, sondern Gesetzmäßigkeiten entsprechend. „Daraus folgt, dass [...] die Entwicklung der Gesellschaft ebenfalls erkennbar ist. Die Ergebnisse der Wissenschaft bezüglich der Entwicklungsgesetze der Gesellschaft sind zuverlässig und haben die Bedeutung objektiver Wahrheiten.“¹⁵

Geschichtswissenschaft könne darum zur „exakten Wissenschaft werden wie die Biologie, Physik etc.“ Mit dieser sei man in der Lage, „die Entwicklungsgesetze der Gesellschaft in der Praxis auszunutzen. Es ist die Aufgabe der Kommunist:innen, diese Gesetzmäßigkeiten zu studieren und auf ihrer Grundlage die Linie für die praktische Politik zu entwickeln.“ Diese Erzählung folgt dem Schematismus, den auch die Bildertafeln in den DDR-Klassenzimmern zeigten: Die Gesellschaft habe sich „von der Urgesellschaft über die Sklavenhaltergesellschaft und den Feudalismus hin zum Kapitalismus entwickelt“. Aus den Thesen des historischen Materialismus folge, „dass der Kapitalismus nur durch den Sozialismus abgelöst werden kann“. Dazu ermuntert die „wissenschaftliche Weltanschauung“. Weiter heißt es über den dialektischen Materialismus: Er „erkennt die Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus, erkennt also, warum der Kapitalismus zum Untergang verurteilt ist. Er ist daher nicht eine klassenneutrale Weltanschauung, sondern die Weltanschauung der Arbeiter:innenklasse und eine Waffe im Kampf der Arbeiter:innenklasse gegen die Bourgeoisie.“¹⁶

14) Young Struggle Leipzig, 2025, https://www.instagram.com/p/DHL7sXyNG-D/?img_index=1 (07.09.2025); https://www.instagram.com/p/DKZAKSOxvZ/?img_index=2 (08.09.2025); Zora, 2024, https://www.instagram.com/p/C_NIS2CsP5a/?img_index=1 (08.09.2025).

15) Kommunistischer Aufbau, 2021, <https://komaufbau.org/historischer-materialismus/> (10.09.2025).

16) Kommunistischer Aufbau, 2021, <https://komaufbau.org/historischer-materialismus/> (10.09.2025).

DIE PARTEI HAT IMMER RECHT

Das marxistisch-leninistische Denken, dem die roten Gruppen folgen, beinhaltet einen Messianismus, der das Ende der Geschichte vorhersieht. Das Lehre schafft Gewissheit, auf Revolution statt reformistischer Entwicklung zu vertrauen. Organ der Revolution ist nach Lenin die Partei. „Das Klassenbewusstsein bietet hierfür das Fundament, um den Weg einer solchen Partei zu ebnen.“ Dazu müsse man „Klassenbewusstsein bei unseren Schwestern und Brüdern“ schaffen, durch „Massenarbeit in Schulen, Betrieben, Stadtteilen und Universitäten“. ¹⁷ Die kommunistische Partei vertritt ihrem Selbstverständnis nach die Interessen der Arbeiterklasse:

Die kommunistische Partei ist die Kampforganisation der Arbeiterklasse, der bewussteste und konsequenteste Teil der Arbeiterbewegung. Die kommunistische Partei stellt sich den Anspruch, Avantgarde, d. h. Vorhut der Arbeiterklasse zu sein, indem sie durch ihre Einsicht in die Bewegungsgesetze der Gesellschaft, ihre enge Verbindung mit der Klasse und ihre vorantreibende Rolle in den Klassenkämpfen als eben solche Anerkennung findet. Diese Führungsrolle im Klassenkampf muss sie auch gegenüber den anderen Organisationen der Arbeiterklasse erringen.

Kommunistische Partei, 2025, 16

Wenn man derlei Ausführungen liest, stellt sich automatisch die Frage: „Wer hat die Aufklärer aufgeklärt?“ In der marxistisch-leninistischen Theorie kommen hier die „Kader“ ins Spiel; sie bilden die Avantgarde der sich als Avantgarde verstehenden Partei: Kader widmen ihr Leben dem Aufbau des Kommunismus, „sind entsprechend geschult“ und „leben und handeln“ so. „Als Teil einer kommunistischen Organisation bereiten sie die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten auf die Revolution vor, führen sie in der Revolution an und leiten den Aufbau der Diktatur des Proletariats.“ (Kommunistische Partei, 2025, 16) Daraus leitet sich eine Unfehlbarkeitslogik ab, welche die Kader gegen gruppeninterne Kritik immunisiert.

¹⁷ Rote Wende Leipzig, 2024, <https://rotewendeleipzig.org/am-1-mai-auf-die-strasse> (07.09.2025).

Die Partei agiert nach einem Prinzip, das nach einem hölzernen Eisen klingt, dem demokratischen Zentralismus. „Die Zentralisierung aller Erfahrungen, Gedanken, Ideen und Initiativen der Mitglieder und die Beschlussverbindlichkeit aller Genossen ermöglichen ein einheitliches und diszipliniertes Handeln.“ Individuelle Freiheit als Gegensatz zum Kollektiv zu denken, sei „bürgerlich“ und ziele bloß auf „Selbstverwirklichung“. „Die Entwicklung jedes individuellen Mitglieds im Sinne der Herausbildung einer kommunistischen Persönlichkeit ist zudem nur auf der Grundlage der Kollektivität [...] möglich.“ (Ebd., 17)

Das Individuum verschwindet im straffen Kollektiv, erfährt Verbindlichkeit und Verlässlichkeit. Und, wenn die Gruppen in Blockformation mit Fahnenmeer auftreten, vermittelt das Kollektiv auch Stärke. Hinzu kommt das Gefühl, die Avantgarde in einem linear verstandenen Geschichtsverlauf zu sein. Man ordnet alles der Partei unter. Die K-Gruppen der 1970er wurden mit Psychosekte verglichen. Aussteiger hatten „nicht selten mit massiven psychischen Konflikten, persönlicher Ratlosigkeit, Resignation und Zweifel über Sinn und Zweck politischer Arbeit überhaupt zu kämpfen“ (Anonym, 1977, 5). Die Aktivisten standen unter psychischem Druck, die soziale Kontrolle war ein wesentliches Element der Gruppenerhaltung. Ähnliches ist aus heutigen roten Gruppen zu hören, allerdings vereinzelt. Eine Welle der Aufarbeitung, wie sie auf den Niedergang der K-Gruppen damals folgte, steht noch aus. Und erfolgt vielleicht nie, weil die roten Gruppen (noch) kein linkes Massenphänomen darstellen.

Ein Brandbrief aus der Schweiz dokumentiert das Innenleben einer aktuell bestehenden roten Gruppe, namentlich *Der Funke*. Sie ist Teil der zentralistisch von London aus geführten *Internationalistischen Marxistischen Tendenz*. Ideologische Führungsperson des autoritären Netzwerks ist Alan Woods; der deutsche Ableger gründete sich Ende 2024 als *Revolutionäre Kommunistische Partei* neu. Im anonym veröffentlichten Brandbrief kritisiert ein ehemaliges *Funke*-Mitglied den Personenkult und den herrschenden Gruppendruck, mit dem man zu Spenden getrieben wird. Auch stelle man Neumitglieder mittels Umarmungsstrategie unter Dauerkontakt, um sie ideologisch an sich zu binden. In den Gruppen werde autoritär von oben nach unten durchregiert. Spenden einzutreiben, sei vornehmliches Ziel. Mitglieder habe man zum Teil schon bei Erstkontakt angeworben und dann versucht, sofort einzubinden und Kontakte zu anderen Kreisen abzuschneiden,

um ein soziales Leben außerhalb der K-Gruppe zu ersticken.¹⁸ Hier werden Ähnlichkeiten zu den Berichten aus den Siebzignern deutlich. Die *Revolutionäre Kommunistische Partei* spielt in Sachsen kaum eine Rolle. Zwar gibt es Gruppen in Dresden, Leipzig und Ostsachsen, im Gegensatz zu den anderen roten Gruppen ist ihre Attraktivität jedoch gering, ihre Social-Media-Auftritte sind blass.¹⁹

Den Eindruck von Gruppenzwang und Konformitätsdruck spiegeln auch Erfahrungsberichte von Betroffenen von sexueller Gewalt wider. So kam es auf einer Demonstration in Leipzig zu mindestens zwei Fällen von sexuellen Übergriffen auf Frauen; Mitglieder zweier roter Gruppen hätten sich jedoch schützend vor die Täter gestellt. Den betroffenen Frauen, die ebenfalls Mitglieder roter Gruppen waren, wurde jedoch nicht geglaubt und ihr Erleben heruntergespielt. Zu hartnäckige Diskussionen wurden durch Ausschluss der als Störfaktor empfundenen Personen beendet. Das zumindest vermitteln die Einzelbeiträge auf dem Account *Stoppt Täter!*.²⁰

AUF DER GUTEN SEITE: ANTIIMPERIALISMUS UND DIMITROFF-THESE

Ein weiteres ideologisches Fundament der roten Gruppen ist der in den 1960er Jahren aufgekommene Antiimperialismus. Mao Zedong und Che Guevara machten ihn populär, versprühten *revolutionary chic*. Seine Stärke ist der integrale Dogmatismus: Man muss nichts hinterfragen. Mit der durch Lenin personifizierten Oktoberrevolution beruft er sich auf einen historischen Erfolg. Dieses manichäische Denken teilt die Welt in leidende Völker und imperialistische Ausbeuter. Alle gegen diese gerichteten Kämpfe sind somit antiimperialistisch, also gut. Hauptfeind wurden die USA beziehungsweise USA und Israel („USrael“). Der Antiimperialismus verbindet Lenins Idee des Imperialismus, die Zuspitzung zur Monopolbildung auf globaler Ebene als letzte Phase des Kapitalismus, mit Maos Kriegstheorie. Mithilfe der Vorstellung der permanenten Revolution und des Partisanenkampfes imaginieren sich die roten Gruppen als Vorhut einer kommenden Revolution.

18) Anonym, 2024, <https://barrikade.info/article/6282> (15.09.2025).

19) RKP Dresden, www.instagram.com/rkp.dresden; RKP Leipzig, www.instagram.com/rkp.leipzig; RKP Ostsachsen, www.instagram.com/p/DA_O7STN2Hb (10.09.2025).

20) Stoppt Täter, www.instagram.com/stoppt.taeter/?hl=de (09.09.2025).

Mit der Hinwendung zu Kämpfen in der sogenannten Dritten Welt wird der Antiimperialismus ethnisiert: Es geht um Völker, die homogen gedacht werden, nicht mehr um Klassenkampf; das Individuum verschwindet in dieser völkischen Vorstellung. Antiimperialistische Parteinahme galt nun den „unterdrückten“ Ländern, Binnenwidersprüche in Befreiungsbewegungen wurden ignoriert. Das entsprach auch Maos Widerspruchs-Idee: Auch komplexe Dinge wie gesellschaftliche Entwicklungsprozesse lassen sich auf einen Hauptwiderspruch reduzieren. Den muss man bekämpfen, damit sich alle anderen Widersprüche in Wohlgefallen auflösen. Mit so einfacher Analyse konnte sich eine antiimperialistische Internationale mit allen Gruppen solidarisieren, die irgendwo einen Befreiungskampf führten oder das behaupteten.

Diese Sicht erlaubt es, von solchen Bewegungen und Gruppen verantwortete Kriegsverbrechen, Menschenrechtsverletzungen und dergleichen einfach zu übergehen. So nannte der *Kommunistische Aufbau* den Terror der Hamas am 7. Oktober 2023 „die größte Militäroperation des palästinensischen Widerstands der letzten Jahre.“ Zora schrieb: „Vor über einem Jahr eskalierte die Gewalt im Gaza-Streifen in Form von massiver Bombardierung und einer israelischen Bodenoffensive“ und: „Seitdem findet dort ein Genozid statt.“²¹ Israel sei „kein normaler Nationalstaat“, sondern „ein multinationales Gemisch“ und „siedlerkoloniales Projekt“, urteilte die Gruppe *Kommunistische Organisation*, die im antisemitischen Duktus übliche Wurzellosigkeit der Globalisten andeutend.²² „Im Ziel der Befreiung ist der Widerstand vereint: Alle nationalen Kräfte des palästinensischen Widerstands haben gemeinsam die Operationen seit dem siebten Oktober geplant und durchgeführt. Islamische, nationalistische und kommunistische Kräfte kämpfen Seite an Seite.“²³

Das dichotomische Weltverständnis des Antiimperialismus teilt die Welt in eine gute und eine schlechte Seite ein. Es vermittelt die Gewissheit, auf der richtigen Seite der Geschichte zu stehen. Das befriedigt das Gemeinschaftsbedürfnis, für das gerade junge und politisch Unerfahrene empfänglich sind. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang

21) Zora, 2024, https://www.instagram.com/p/DBYjJVysnb/?img_index=2 (10.09.2025).

22) Kommunistische Organisation, 2023, <https://kommunistische-organisation.de/klaerungunddebatte/mit-palaestina-solidarischen-vorsaetzen-in-die-zionistische-hoelle-eine-kritik-an-den-grundlinien-der-mlpd-zum-palaestinensischen-befreiungskampf/> (06.09.2025).

23) Kommunistische Organisation, 2023, <https://kommunistische-organisation.de/stellungnahmen/freiheit-fuer-palaestina/> (06.09.2025).

auch die Wiederkehr des Volksbegriffs als identitärer politischer Kategorie. „Volksverräter“ beispielsweise wurde auf Wahlplakate in Leipzig gesprüht – mit Hammer und Sichel verziert. Bei der *Kommunistischen Partei* heißt es entsprechend: „Auch nehmen wir als Internationalisten keine feindliche Haltung zur Heimatverbundenheit oder den patriotischen Gefühlen der Massen ein.“²⁴ Während man hingegen linke Gegner folgendermaßen einordnet: „Zwischen den ‚Antideutschen‘, die der Rechten zuzurechnen sind, und Teilen der kleinbürgerlichen ‚Linken‘ üben bestimmte ‚antinationale‘ Spektren eine Scharnierfunktion aus.“ (Kommunistische Partei, 2025, 13)

Diese Deutung findet sich auch in der Analyse des Faschismus; hier halten die roten Gruppen an der sogenannten Dimitroff-These fest: Diese Analyse, „die den Faschismus als Diktatur des Finanzkapitals erkannte und das Kapital als Kraft hinter faschistischen Bewegungen und Parteien benannte“, habe „nichts an ihrer Richtigkeit verloren“ (ebd., 11). Den Faschismus etwa als Massenbewegung zu begreifen und damit auch ideologiekritisch zu analysieren, sei falsch. Vielmehr heißt es zu anderen Faschismuserklärungen: „Sie tragen zum Verständnis des Faschismus nichts bei und dienen objektiv dazu, die Bourgeoisie und ihren Staat von der Verantwortung für den Faschismus reinzuwaschen oder ihre Rolle zu relativieren.“ (Ebd.) Die roten Gruppen sehen sich selbst als einzig wahre Vertreter eines ernsthaften Antifaschismus: „[E]rst wenn der Klassencharakter des Faschismus als einer bürgerlichen Bewegung und Herrschaftsform erkannt wird, ist es möglich, eine wirksame antifaschistische Strategie zu entwickeln.“ (Ebd., 12)

Der Nationalsozialismus, den alle Schichten der deutschen Bevölkerung trugen, und der für ihn wesentliche Antisemitismus werden so verkannt, um den Ruf der Arbeiterklasse zu retten. Das führt zu weiterer Geschichtsklitterung: „Vor allem die Rote Armee und die Partisan:innen waren die treibende Kraft im antifaschistischen Kampf.“²⁵ Auch Rassismus und Antisemitismus seien nur ein „Spaltungsinstrument“ der Imperialisten, womit deren Verankerung in breiten Teilen der Bevölkerung und damit auch in der Arbeiterklasse geleugnet wird.²⁶

24) Kommunistische Partei, <https://kommunistischepartei.de/grundlagenschulung/kapitel-6-revolutionaere-strategie-und-sozialistische-revolution/> (06.09.2025).

25) Young Struggle Leipzig, 2024, https://www.instagram.com/p/C6tb8Scs_pg/?img_index=4 (08.09.2025).

26) Kommunistischer Aufbau, 2021, <https://komaufbau.org/die-nationale-frage-in-palastina-und-israel/> (08.09.2025).

Dazu passt, dass sich die roten Gruppen selten an antifaschistischen Aktionen beteiligen. So veranstalteten sie in der Vergangenheit lieber eigene Erste-Mai-Demonstrationen in Leipzig, während antifaschistische Bündnisse dazu aufriefen, an dem Tag anderenorts gegen Neonazi-Aufmärsche zu protestieren. Auch störten sie sich nicht daran, dass im Herbst 2023 mit der *Bürgerbewegung Leipzig 2021* eine extrem rechte Kleingruppe an ihren propalästinensischen/antiisraelischen Demonstrationen in Leipzig teilnahmen (Prüwer, 2023b).

NIEDRIGSCHWELLIGE PRAXIS

Nach dem politischen Verständnis der roten Gruppen muss aus der Theorie „revolutionäre Praxis“ erwachsen, und zwar „im ständigen Austausch untereinander und mit unseren Klassengeschwistern“.²⁷ Die Praxis besteht vor allem aus Niedrigschwelligkeit. Die Gruppen sind sehr aktiv in den sozialen Medien, wo sie von Aktionen berichten und inszenierte Sprühaktionen posten.²⁸ Mit offenen Treffen und Freizeitangeboten wie Wandertagen²⁹ und gemeinsamem Sport offerieren sie ein zwangloses Zusammensein: „Kommt morgen zum Basketball spielen! Ihr erkennt uns an der YS Fahne :)“³⁰; „Für Getränke und Snacks ist gesorgt“ beim „Kennenlernen Fussballtreffen“³¹. In den wärmeren Monaten bauen sie Infostände an angesagten Orten wie der Leipziger Sachsenbrücke auf. Auch Partyformate dienen der barrierearmen Öffentlichkeitsarbeit: „Kommt ab 19 Uhr ins Soziale Zentrum und performt euren Lieblingssong auf Karaoke!“³² Man veranstaltet ein Frauencafé mit Freigetränken und „Nail station“ fürs Nagellackieren³³ und lädt „zum Revolutionären Rendezvous mit uns ein! Kommt vorbei, wenn ihr uns kennenlernen wollt, Fragen habt oder einfach nur chillen wollt.“³⁴ Neben diesen Veranstaltungen gibt es aber auch Lesekreise, in denen „Grundlagen des Marxismus-Leninismus“ vermittelt werden. Als

27) Jugend im Kampf, 2022, <https://rotewendeleipzig.org/jik> (14.09.2025).

28) Radical Graffiti, 2024, <https://www.instagram.com/p/C4ti-mpsCUj> (08.09.2025).

29) Young Struggle Leipzig, 2024, https://www.instagram.com/p/C9J_joQs7NU/?img_index=1 (08.09.2025).

30) Young Struggle Leipzig, 2024, https://www.instagram.com/p/C_JHNKUMqC9 (08.09.2025).

31) Young Struggle Leipzig, 2023, <https://www.instagram.com/p/CrctE76MazH> (08.09.2025).

32) Young Struggle Leipzig, 2024, https://www.instagram.com/p/Cot_l7SMFIA/?img_index=1 (08.09.2025).

33) Zora, 2025, <https://www.instagram.com/p/DMaznp1oJt5> (08.09.2025).

34) Zora, 2024, <https://www.instagram.com/p/C4bLZrFM34u> (08.09.2025).

Veranstaltungsorte dienen eigene Räume wie das *Soziale Zentrum Clara Zetkin* oder Räume von befreundeten antiimperialistisch-orientierten Projekte wie der *Bäckerei* oder dem *Zweieck*. Auch im Leipziger *Lieb-knecht-Haus* der *Linken* tagte eine Gruppe bereits. Zur Situation in Dresden schreibt Tom Thümmeler in der *Jungle World*: „So dürfen im Internationalistischen Zentrum in Dresden seit neustem Flyer ausliegen, in denen vom Genozid in Gaza geschrieben wird. In der anarchistischen Bibliothek Malobeo wurde der Film ‚Forced to Flee South Lebanon‘ gezeigt, der die Hizbollah legitimiert.“ (Thümmeler, 2025)

RAUMNAHME UND ENTRISMUS

Insbesondere im Umfeld der Hochschulen ist die selbst ernannte Avantgarde der Arbeiterklasse aktivistisch unterwegs. Rote Gruppen nahmen an der „Unibesetzung gegen den Genozid“ im Mai 2024 in Leipzig teil. Dabei verbarrikadierten 60 Personen den großen Hörsaal. Mitglieder der roten Gruppen übten Wächterfunktion aus, verwehrten bestimmten – vor allem jüdisch gelesenen – Studierenden und Mitarbeitenden den Einlass (Prüwer, 2024a). *Handala* und die autoritären Gruppen waren Initiatoren der Campusbesetzungen an der Universität Leipzig und der Hochschule für Grafik und Buchkunst Leipzig (Wagner, 2024). Bei diesen Protestcamps trat mit dem *Studikollektiv Leipzig* eine weitere mit dem *Kommunistischen Aufbruch* verbundene Gruppe in Erscheinung, die gezielt an den Hochschulen agiert.³⁵

Neben solchen Momenten offensichtlicher Raumnahme nutzen die autoritären Gruppen die Taktik des Entrismus. Dabei dringen sie in andere Organisationen ein mit dem Ziel, diese zu unterwandern, sie zu beeinflussen und gar zu übernehmen. So sind sie bei linken Angeboten zum Studienbeginn wie den *Kritischen Einführungstagen* an der TU Dresden (Thümmeler, 2025) oder den *Kritischen Einführungswochen* an der Universität Leipzig präsent. „Dich erwarten zwei spannende Vorträge und ein entspannter Barabend.“³⁶ Im Oktober 2023 tauchten im Plenum des dortigen *StudentInnenrats* die Autoritären in Gruppenstärke auf, um ihr Anliegen durchzusetzen. Sie wischten einen auf der Tagesordnung stehenden Antrag gegen eine Zusammenarbeit mit ihnen vom Tisch und bewirkten die Verabschiedung einer einseitigen Stel-

35) Studikollektiv Leipzig, 2024, https://www.instagram.com/p/C6_iUQNCVo1 (08.09.2025).

36) Young Struggle Leipzig, 2024, <https://www.instagram.com/p/DA3YIArs6q1> (08.09.2025).

lungnahme gegen Israel. Das Antirassismus-Referat und die Beauftragungsstellen Antifaschismus des StuRa unterstützten das Vorgehen (Prüwer, 2023c). Im StuRa-Radio sprachen mehrfach Mitglieder autoritärer Gruppen und der *Fachschaftsrat Politikwissenschaft* lud, unterstützt vom StuRa, einen Redner ein, der der Kampagne der *Bewegung Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen* (BDS) nahesteht und den Hamas-Terror des 7. Oktober relativiert hatte (Prüwer, 2024a).

Auch außerhalb der Hochschulen sind die autoritären Gruppen bemüht, bestehende Strukturen und Bewegungen zu kapern. So übernahmen sie bereits das Leipziger *Bündnis 8. März*.³⁷ Die jüngste Volte ist das Label „CSD-verteidigen“. Mit diesem treten seit März 2025 Initiativen auf, hinter denen sich autoritäre Aktivisten verbergen. Es ist ein Vorfeldprojekt der Gruppe *Pride Rebellion*, der es weniger um den Schutz der LGBTQIA-Community als vielmehr um Agitation geht. „Wie sich bei dem Treffen in Dresden herausstellte, ist der ‚CSD Verteidigen‘ eine Top-Down-Kampagne von autoritären Gruppen.“³⁸ Das sei bei Einladungen nicht transparent gemacht worden. „Bei dem Treffen haben einige Teilnehmer*innen auch über ihre Zugehörigkeit zu Gruppen gelogen und sich stattdessen als ‚interessierte Einzelpersonen‘ ausgegeben.“³⁹ Solches Verhalten zielt vor allem auf Rekrutierung, wie das fahnenbewehrte Auftreten der Gruppen auf CSDs deutschlandweit und die nachfolgende Online-Inszenierung nahelegt.

Bei Demonstrationen anderer Organisatoren versuchen sich die roten Gruppen einzureihen und ihre Inhalte zu setzen. Teilweise wird dies geduldet, teilweise werden die Gruppen aber auch ausgeschlossen. Im Oktober 2022 nahmen einige Gruppen an der Bündnisdemo „Jetzt reicht’s – Wir frieren nicht für Profite“, die Energiepreise und soziale Krisen thematisierte, teil und zeigten israelfeindliche Schilder.⁴⁰ In Dresden organisierte man einen „internationalistischen“ Block für die Erste-Mai-Demonstration des Deutschen Gewerkschaftsbunds 2025. Als palästinensische Fahnen geschwenkt wurden, drängten die Veranstalter den Block jedoch aus der Demonstration, weil Nationalfahnen dort verboten seien. Die Ausgeschlossenen reagierten mit dem Ruf „Antideutsche sind keine Linken“ (Thümmeler, 2025).

37) <https://knack.news/12080> (08.09.2025).

38) <https://knack.news/12550> (08.09.2025).

39) <https://knack.news/13016> (08.09.2025).

40) Bei dieser Demonstration wurde für die meisten das erste Mal erkennbar, dass die verschiedenen Gruppen zusammen agieren (Prüwer, 2023a, 2024a).

Wo Entrismus versagt, suchen die Gruppen die direkte Konfrontation. Deutschlandweit haben antiisraelische Gruppen Läden, die nicht auf ihrer Linie sind, im Visier: etwa die Hamburger *Rote Flora* und das Berliner *About Blank*; in Leipzig trifft es vor allem das *Conne Island* (Prüwer, 2024b).

Young Struggle Leipzig veröffentlichte 2024 unter dem Titel „Conne Racist Island“ einen Artikel, laut dem eine Besucherin, die ein Kufiya trug, rassistisch beleidigt worden sei. Hintergrund ist, dass das Tragen des Palästinenserschals im *Conne Island* aufgrund dessen antisemitischer Konnotation verboten ist, was den antiimperialistisch-autoritären Gruppen ein Dorn im Auge ist. Laut Angaben des *Conne Islands* hätten in der Folge binnen kurzer Zeit mehr als 13 Acts Auftritte abgesagt. Das Vorgehen der roten Gruppen habe ein Muster: Taucht ein Act in den Line-ups auf, wird er mittels copy and paste konfrontiert. Auf *Instagram* sieht man Künstler:innen, die bei YS direkt getaggt sind (ebd.). Das gleiche Vorgehen führte 2025 zur Absage des selbstorganisierten *Paranoya-Fests* in Dresden: Die antinationale Veranstaltung untersagte einer Band das Hissen der Palästinaflagge, woraufhin den anderen Bands seitens autoritärer Gruppen klar gemacht wurde, „dass sie keine Gelegenheit mehr bekommen sollten, in anderen Teilen von Europa zu spielen, wenn sie auf unserem Festival auftreten“, so die Veranstalter:innen. „Einzelpersonen wurde klar gemacht, es wäre besser sich von dem Festival zu distanzieren.“⁴¹

Im Leipziger Veranstaltungsort *Atari* provozierten Mitglieder roter Gruppen 2024 einen Rauswurf, der geplant und inszeniert war: Ein Vortrag, den die Gruppe *Punks gegen Antisemitismus* organisiert hatte, wurde durch eine Person mit Zwischenrufen gestört. Nachdem sich diese nicht davon abbringen ließ, wurde sie aus dem Saal gedrängt. Ein nur einen Ausschnitt zeigendes Video wurde sogleich mit verfälschendem Kommentar veröffentlicht. Noch während der Veranstaltung vergrößerte sich Gruppe vorm Atari, um diese zu stören.

Im Januar 2026 richtete sich eine von *Handala* und anderen roten Gruppen organisierte Demonstration „Antifa means: Free Palestine“ gegen israelsolidarische Gruppen und Strukturen in Leipzig-Connwitz. Der Fokus lag auf der Landtagsabgeordneten Juliane Nagel (Die Linke) sowie wieder auf dem *Conne Island* (Prüwer, 2026).

41) Paranoya, 2024, <https://paranoyafestival.de/category/news> (10.09.2025).

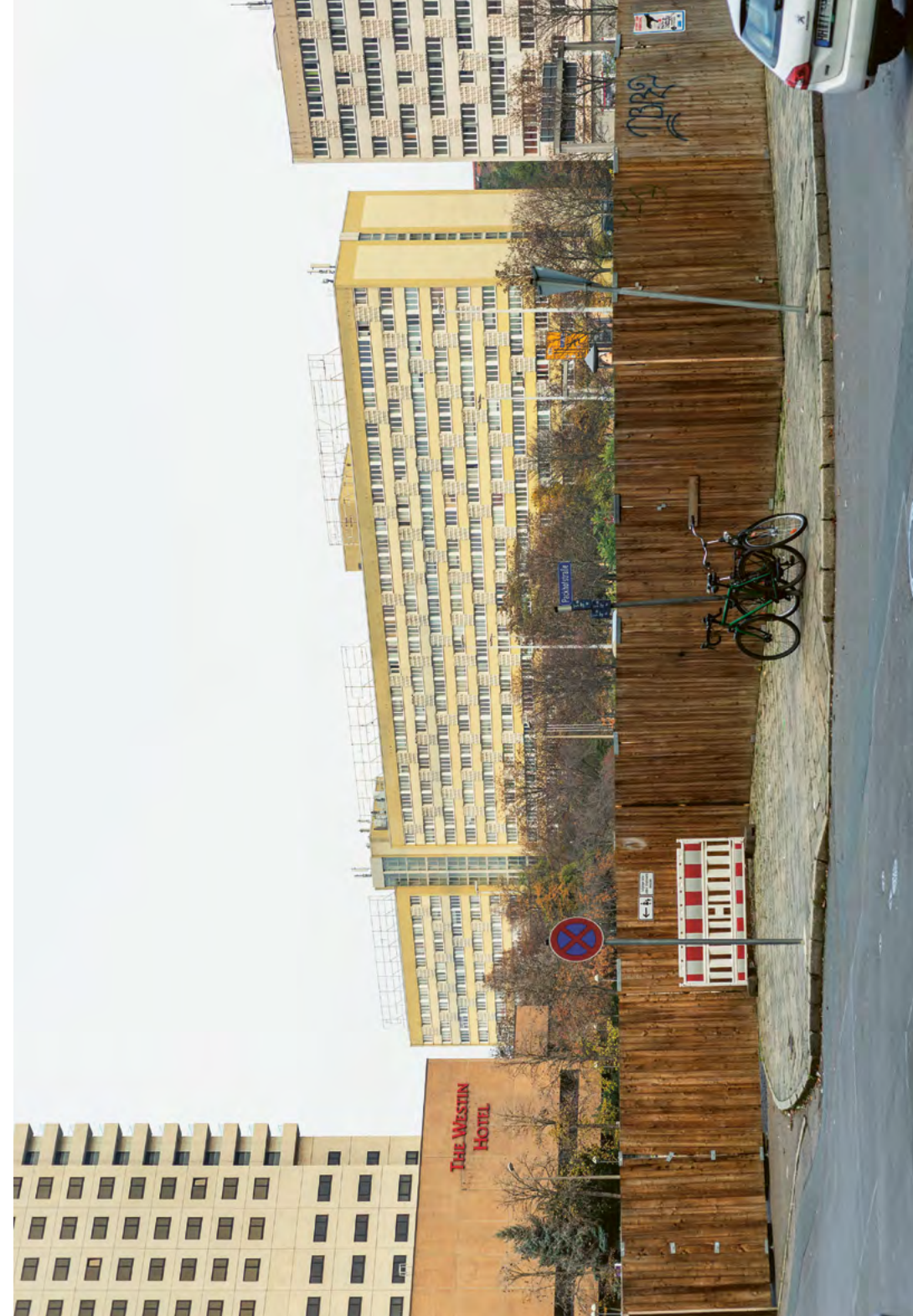
AUSBLICK

All diese Beispiele zeigen, wie hierarchisch orientierte, autoritäre kommunistische Gruppen andere linke Gruppen und Bewegungen, die nicht in ihr Weltbild passen, unter Druck setzen. Wie die K-Gruppen der 1970er sind auch die roten Gruppen der Gegenwart von der „Euphorie“ befeuert, „nun endlich ‚das todsichere Rezept‘ zur Gesellschaftsveränderung gefunden zu haben“. (Anonym, 1977, 5) So altbacken das theoretische Fundament ist, es vermittelt den Mitgliedern der roten Gruppen Gewissheit und Stärke. Die alten K-Gruppen stellten eine Reaktion auf das Scheitern der spontanistischen 68er dar; und auch die autoritären Gruppierungen versuchen die Lücken zu füllen, welche die autonome Selbstorganisation innerhalb der radikalen Linken ließ. Ob das gelingt, wird sich zeigen.

LITERATUR

- Anonym (1977). *Wir warn die stärkste der Parteien ...* Erfahrungsberichte aus der Welt der K-Gruppen. Berlin: Rotbuch.
- Benicke, Jens (2010). *Von Adorno zu Mao. Über die schlechte Aufhebung der antiautoritären Bewegung*. Freiburg: Ça Ira.
- Kommunistische Jugend (2019). *Die Flamme der Revolution*. URL: <https://komaufbau.org/wp-content/uploads/2019/08/Die-Flamme-der-Revolution-Broschüre-KJ.pdf> (11.09.2025).
- Kommunistische Partei (2025). *Programmatische Thesen der Kommunistischen Partei*. URL: https://kommunistischepartei.de/wp-content/uploads/2025/04/PTBroschuere_2025.pdf (30.01.2026).
- Kühn, Andreas (2005). *Stalins Enkel, Maos Söhne. Die Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik der 70er Jahre*. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Prüwer, Tobias (2023a). *Avantgarde von gestern*. *Kreuzer*, 10.12.2023. URL: <https://kreuzer-leipzig.de/2023/12/10/avantgarde-von-gestern> (11.9.2025).
- Prüwer, Tobias (2023b). *Der Frieden, den sie meinen*. *Jungle World*, 07.12.2023. URL: <https://jungle.world/artikel/2023/49/der-frieden-den-sie-meinen> (07.09.2025).
- Prüwer, Tobias (2023c). *Einseitig: Der StuRa der Uni verabschiedet eine antisemitisch durchsetzte Stellungnahme zum Gaza-Krieg*. *Kreuzer*, 28.10.2023. URL: <https://kreuzer-leipzig.de/2023/10/28/einseitig> (08.09.2025).
- Prüwer, Tobias (2024a). *Autoritäre Unterwanderung*. *Kreuzer*, 16.12.2024. URL: <https://kreuzer-leipzig.de/2024/12/16/uni-leipzig-autoritaere-gruppen-stura-israel-gaza-konflikt> (08.09.2025).
- Prüwer, Tobias (2024b). *Kufiya gegen Halsschmerzen*. *Jungle World*, 29.08.2025. URL: <https://jungle.world/artikel/2024/35/antizionisten-boycott-conne-island-kufiya-gegen-halsschmerzen> (05.09.2025).
- Prüwer, Tobias (2024c). *Neue K-Gruppen: Die Avantgarde von vorgestern*. *ND aktuell*, 12.02.2024. URL: <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1179895-autoritaer-kommunistische-gruppen-neue-k-gruppen-die-avantgarde-von-vorgestern.html> (09.09.2025).
- Prüwer, Tobias (2025). *BDS-Beschluss vor dem Bundesverwaltungsgericht*. *Kreuzer*, 20.03.2025. URL: <https://kreuzer-leipzig.de/2025/03/20/leipzig-bds-isreal-boycott-beschluss-bundesverwaltungsgericht> (08.09.2025).
- Prüwer, Tobias (2026). *Anti-Antifa marschiert*. *Kreuzer*, 14.01.2026. URL: <https://kreuzer-leipzig.de/2026/01/14/leipzig-connewitz-demo-israel-palaestina> (18.01.2026).
- Thümmel, Tom (2025). *Bomber Harris ist angeschlagen*. *Jungle World*, 29.05.2025. URL: <https://jungle.world/artikel/2025/22/bomber-harris-ist-angeschlagen> (15.09.2025).
- Wagner, Martin (2024). *Ein Jahr Krieg in Nahost – ein Jahr Kampf um die Köpfe*. *Kreuzer*, 13.10.2024.

URL: <https://kreuzer-leipzig.de/2024/10/13/leipzig-nahost-handala-kommunistische-organisation-israel-palaestina-kampf-um-die-koepfe> (11.09.2025).





Gdynia · Gdańsk · Warszawa · Leipzig

GESPRÄCH ÜBER DIE FOTOGRAFIEEN IN DIESEM BAND

Die Bilderserie in diesem Band stammt von dem Fotografen Arthur Zalewski. Er reist für diese Arbeit seit vielen Jahren zwischen Leipzig, Gdynia, Danzig und Warschau und hält fest, was er in den Städten sieht. Im Gespräch mit Pia Siemer erklärt er, welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede er dabei bemerkt.

Die in diesem Band gezeigten Motive stammen aus einer Fotoreihe, die Sie bereits um die Jahrtausendwende begonnen haben. Womit beschäftigen Sie sich in dieser Serie?

Für diesen fotografischen Beitrag fotografiere ich in meiner unmittelbaren Umgebung: zum einen in Leipzig, der Stadt, in der ich seit 1996 lebe und arbeite, und zum anderen in Polen, ein Land, an dem ich ein starkes persönliches Interesse habe. An Leipzig interessiert mich sowohl das Alltägliche als auch das Historische. Ich beschäftige mich mit den Hintergründen, die 1989 ermöglicht haben. Und da sind wir eben bei den 1970er und 1980er Jahren in Polen und dem Anfang der Solidarność-Bewegung in Danzig. Später kommt es zu den Gesprächen am runden Tisch, die am 5. April 1989 in Warschau stattfanden. Diese Ereignisse haben zu den ersten freien Wahlen im Osten geführt und damit auch die Proteste in der DDR befeuert.

Wie ist diese Serie entstanden?

Ich suche historische Orte auf und weiß vorher nicht, was für Motive mich dort erwarten. Ich war für eine gewisse Zeit in Danzig und Gdynia, habe mich in die Archive vertieft, mir Filme angeschaut und historisch relevante Schauplätze besucht – Orte, an denen sich für mich etwas Bedeutendes ereignet hat. Auf diese Weise habe ich versucht, die historischen Perspektiven nachzuvollziehen. Es war eine Art Zeitreise.

So stand ich zum Beispiel an der Werft in Danzig, an den Schauplätzen jener Ereignisse. Die Streikenden damals hatten eine Vorstellung von ihrer Zukunft, die sie erstreiten wollten. Jahre später stand ich an genau diesem Ort und sah, was daraus geworden ist. Ich glich ihre Erwartungen mit dem heutigen Zustand ab und erkannte dabei, wie stark diese Geschichte bis in die Gegenwart hineinwirkt.

Viele Themen von damals sind nach wie vor virulent; sie haben sich nicht grundlegend verändert. Dadurch wurde deutlich, dass wir – in Politik oder Geopolitik – diese Vergangenheit aktuell ist.

Gleichzeitig fotografiere ich in Leipzig und betrachte die Stadt aus einer vergleichbaren Perspektive, um die Spuren der Vergangenheit und die Dynamik der Gegenwart sichtbar zu machen.

Polen und der Osten Deutschlands, die vier Städte Warschau, Gdynia, Danzig und Leipzig teilen eine post-sozialistische Geschichte, die deutsche und die polnische Gesellschaft gehen aber zugleich ganz unterschiedlich mit diesem Erbe um. Was sind Ihre Beobachtungen?

Ich blicke auf diese Frage natürlich nicht als Historiker, sondern als Künstler. Ich darf also ungenau werden. Ich verstehe meine Fotografien nicht unbedingt dokumentarisch. Wenn, dann liegt das Dokumentarische in der Struktur, darin, dass ich die zwei Orte in Verbindung bringe. Und daraus entsteht dann eine subjektive Bestandsaufnahme.

Dafür gehe ich erstmal zu den Ursprüngen zurück, zur Gründung Polens und zur Gründung der DDR. Beide Länder lagen in der Einflusszone der Sowjetunion und des Warschauer Paktes. Das kann man heute noch an den Gebäudefassaden und Denkmälern ablesen, die Architektur dokumentiert das gewissermaßen. An Orten wie der ehemaligen Leninwerft in Danzig, dem Kulturpalast in Warschau oder auch dem Ring-Café in Leipzig wird dieses Erbe deutlich. Das sind erstmal Gemeinsamkeiten.

In den 1980ern folgt das, was wir heute als Zusammenbruch des Systems bezeichnen. In dieser Zeit entwickeln sich auch Unterschiede in der Erinnerung. Während in Danzig die Erinnerung an die Solidarność-Bewegung der 1980er Jahre eine große Rolle spielt, ist es in Leipzig eben die Friedliche Revolution von 1989. Sicherlich geht Polen auch ganz anders mit seiner eigenen Geschichte um als Deutschland. Der

polnische Patriotismus und Nationalismus sind vor diesem Hintergrund nochmal anders zu denken. Es gibt eine große, auch berechtigte Angst vor dem erneuten Verlust der Nation; da spielt Folklore vielleicht eine wichtigere Rolle.

Ich hatte vergangenes Jahr die Möglichkeit, Danzig, Gdynia und Warschau zu bereisen und konnte dabei großen Stolz auf die Solidarność-Bewegung und den Beitrag zum Fall des Eisernen Vorhangs feststellen. Andererseits kam mir die „Ostalgie“, also die nostalgische Verklärung der Vergangenheit, geringer ausgeprägt vor als in Ostdeutschland. Auch hier ist man stolz auf die Friedliche Revolution von 1989, gleichzeitig nehme ich eine stärkere Sehnsucht nach dem vergangenen Alltag aus der DDR wahr. Das ist vielleicht auch eine Form von Folklore. Wie sehen Sie das?

Die Geschichte wird in allen Ländern verklärt. Das ist in Deutschland so wie in Polen auch. Das unterscheidet sich nicht grundlegend, auch wenn die Narrative teilweise andere sind. Denn die Geschichte wird immer auch herangezogen, um aktuelle Politik zu rechtfertigen. Es ist so, auf der einen Seite wird sie glorifiziert und auf der anderen Seite gibt es auch was Verschämtes. Dafür steht auch der ehemalige Sachsenplatz in Leipzig zwischen der Katharinen- und der Reichsstraße. Da ist kaum noch etwas zu finden, das auf die Geschichte der letzten 40 Jahre verweist. In den Nullerjahren hat ein Austausch stattgefunden. Sozialer Wohnungsbau in der Leipziger Innenstadt musste plötzlich kapitalistischen Ideen weichen. Und auch das fußt auf den Ideen von 1989.

Ein anderes Beispiel für das „Verschämte“ findet sich vielleicht in Ihren Bildern des Hauptgebäudes der Universität Leipzig. Über dem Eingang hing ein Karl-Marx-Relief. Dann wurde das Paulinum gebaut und das Relief musste an den Sportcampus an der Jahnallee ziehen. Auch daran sieht man eine Entwicklung von Erinnerungen in deiner Bildserie.

Ja, das ist das Dankbare an der Fotografie und Langzeitbeobachtung: Sie macht historische Veränderungen – wie die Versetzung des Karl-Marx-Reliefs beim Bau des Paulinums – in der Abfolge der Bilder sichtbar und zeigt, wie sich Orte und Objekte von der Vergangenheit

bis zur Gegenwart entwickelt haben. Dabei folge ich nicht nur Konzepten, sondern dem Bild selbst, wodurch eine Bildsprache entsteht, die das Beiläufige und die zeitlichen Entwicklungen gleichermaßen vermittelt.

In Polen und in Deutschland gibt es starke rechtspopulistische Strömungen. Das bemerkt man in deinen Bildern unter anderem an Wahlplakaten, die im Stadtbild erscheinen. Haben Sie diese Momente konkret gesucht oder waren sie Teil der Alltäglichkeit des Stadtlebens?

Das passiert bestimmt in beiden Ländern, aber das ist nicht explizit mein Interesse. Ich möchte erkennen, ob es möglich ist, aus der Beobachtung der Geschichte die Gegenwart besser zu verstehen: Kann das Vergangene erklären, wie sich Polen aktuell in der NATO verhält? Und wie werden historische Narrative von populistischen Gruppen für ihre eigenen Ideen eingespannt? Das sind fast immer historische Narrative und die werden dann zu den eigenen Gunsten interpretiert. In Polen wird immer wieder auf die Gefahr von beiden Seiten – also von Russland und dem Westen – hingewiesen. Da werden Ängste benutzt, die es schon in den 1920er Jahren gab. So kommt es zu Umdeutungen. Zum Beispiel war das Symbol, das die Buchstaben P und W zu einem Anker (Kotwica) verbindet, das Zeichen der Armia Krajowa im Widerstand gegen die nationalsozialistische Besatzung; ursprünglich stand PW für „Polska Walcząca“ („Kämpfendes Polen“). Heute wird dieses Symbol häufig von rechten und nationalkonservativen Gruppierungen verwendet und in ihrem Sinne neu gedeutet.

Sie haben sich als Zeitreisenden beschrieben. Ich frage mich, ob Sie auch so in Bezug auf die Bilder selbst empfinden. Manche der Fotografien sind nun über zwanzig Jahre alt. Als Sie sie gemacht haben, hatten Sie vielleicht auch eine gewisse Vorstellung der Zukunft. Wie schauen Sie heute auf die ersten Bilder der Serie zurück?

Ich schaue nicht nur auf den Gegenstand, sondern auch auf mein Bewusstsein, welches ich gegenüber dem Gegenstand damals hatte. Dabei kann ich eine Entwicklung in meiner Bildsprache feststellen. Vor zwanzig Jahren habe ich intuitiver fotografiert, heute spüre ich eine

größere Distanz zum Objekt. Vielleicht bin ich in meiner Bildsprache dadurch auch konservativer geworden.

Ist die Arbeit an der Serie abgeschlossen?

Nein, sie ist nicht abgeschlossen. Es macht mir immer noch Spaß. Ich würde dieses Jahr gerne andere osteuropäische Länder anschauen und nach Budapest und Bukarest reisen. Aber auch mit Polen bin ich noch nicht fertig, da passiert so wahnsinnig viel. Zuletzt habe ich mir in Warschau den Teil (Muranów/Wola) der Stadt genauer angeschaut, in dem sich das Ghetto befand. Da wird derzeit viel alte Bausubstanz abgerissen. In einem Jahr kannst du noch das alte Baumaterial sehen und im nächsten ist dort ein Büroturm. Mich interessiert, wie dieser Boom Polen verändert und wie dabei mit der Geschichte umgegangen wird. Im diesen Stadtteilen gibt es viele wichtige Orte der Erinnerung. Ich habe das Gefühl, das tritt gegenüber diesem Aufschwung zunehmend in den Hintergrund.

Welche Verknüpfung sehen Sie zwischen der Fotoreihe und den Artikeln des Buches, die sich mit dem Zustand der Demokratie in Sachsen beschäftigen?

Ich bin gespannt, wie das funktionieren wird. Die Texte thematisieren Konkretes, während die Bilder Raum für Abstraktion bieten. In der Kombination könnten sie einen Ausgleich schaffen und eine gewisse Distanz ermöglichen. Ihre Beiläufigkeit und Objektivität können den Blick verändern und neue Wege eröffnen, Räume zu sehen und zu verstehen.

LEIPZIG

- | | | | |
|------|--|-----|---|
| 7 | Gedenktafel, Befreiung Leipzigs durch US-amerikanische Truppen am 18. April 1945 | 210 | Klaus Schwabe: <i>Junges Paar</i> , 1968, Reichsstraße |
| 8ff. | Dittrichring 24 | 235 | S-Bahnstation Wilhelm-Leuschner-Platz / Platz der Friedlichen Revolution, 2003–2013 |
| 48 | Marktplatz | 236 | Ringhaus, Roßplatz 8 |
| 68 | Simsonplatz | 239 | Hauptpost, Augustusplatz 1–3 |
| 69 | Galerie G2, 2015, Dittrichring 13 | 241 | David Schnell: <i>Friedens-Fenster</i> , Thomaskirche Leipzig, 2009 |
| 70 | Alte Messe | 242 | Hotel Astoria, Willy-Brandt-Platz |
| 71 | Hainspitze, 2012–2016 | 261 | Nordstraße 17a |
| 72 | Ehemalige Ez-Chaim-Synagoge, Otto-Schill-Straße 6–8 | 262 | Neubau der Sächsischen Aufbaubank (SAB), Säulengarten, 2016–2021 |
| 73 | Synagogendenkmal, Gottschedstraße 3, [1855–1938], 2001 | | |
| 74 | Ringhaus, Roßplatz 8 | | |
| 76 | Europahaus, Augustusplatz 7 | | |
| 77 | Kolonnadenviertel, Sondertyp der späten DDR-Großtafelbauweise, 1982–1989 | | |
| 79 | Ringhaus, Rossplatz 3b, Gedenktafel: Erstdruck Band 1, Karl Marx: <i>Das Kapital</i> , 1953 | | |
| 80 | Isa Genzken: <i>Rose</i> , 1997, Neue Messe Leipzig | | |
| 81 | Walter Arnold: <i>Clara-Zetkin-Denkmal</i> , 1967, Johannapark (S. 83) | | |
| 82 | Carl Seffner: <i>Neues Bachdenkmal</i> , 1908, Thomaskirchhof | | |
| 84 | Frank Ruddigkeit, Klaus Schwabe und Rolf Kuhrt: Relief <i>Aufbruch</i> , 1974, Universität Leipzig, Campus Jahnallee | | |
| 85 | Paulinum, Aula und Universitätskirche St. Pauli, 2007–2017 | | |
| 86 | Höfe am Brühl, 2013 | | |
| 87 | Brühl, 2010 | | |
| 88 | Ostforum, 2019, Prager Straße 30 | | |
| 89 | Doppel-M-Skulptur, Alte Messe | | |
| 91 | BioCube, Alte Messe, 2013 | | |
| 92 | Museumsquartier, 2004–2017 | | |
| 110 | Wolfgang Tillmans, Plakatserie zur Bundestagswahl, 2017 | | |
| 146 | Capa-Haus, Jahnallee 61 | | |
| 165 | Dittrichring 8 | | |
| 166 | Richard-Wagner-Straße 4 | | |
| 209 | Reichsstraße 20 | | |

GDYNIA

- | | |
|-----|---|
| 23 | S-Bahnstation Gdynia-Stocznia, Schauplatz des Arbeiteraufstandes 1970 |
| 234 | Brandwand |

GDAŃSK

- | | |
|-------|---|
| 20ff. | Stocznia Gdańska, Schauplatz der Solidarność-Proteste, 1981 |
| 22 | Denkmal für die gefallenen Werftarbeiter von 1970 |
| 24ff. | Werftgelände Danzig |
| 28 | Sala BHP, Arbeitsschutzhalle der Danziger Werft (S. 186) |
| 90 | Falowiec, Plattenbautyp, 1960 |

WARSZAWA

- | | |
|-----|--|
| 75 | PKiN Pałac Kultury i Nauki (Kulturpalast), 1952–1955 |
| 78 | Plac Konstytucji (Platz der Verfassung) |
| 109 | Kino Muranów, 1951 |
| 126 | Most Gdański (Gdańsk-Brücke) |
| 233 | Brunnen |
| 237 | Warszawa Ochota, 1961–1963 |
| 238 | Warszawa Centralna, 1972–1975 (Hauptbahnhof) |
| 240 | Frontex, plac Europejski 6 (Europaplatz 6) |

HERAUSGEBER

- *Oliver Decker*, Prof. Dr. phil., ist Direktor des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts. Er ist außerdem Professor für Sozialpsychologie an der Sigmund Freud Universität Berlin. Seit 2002 leitet er zusammen mit Prof. Dr. Elmar Brähler die Leipziger Autoritarismus Studien (LAS) in Deutschland (bis 2018 Leipziger „Mitte“-Studien).
- *Johannes Kiess*, Dr. phil., ist Soziologe und stellvertretender Direktor des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts. Schwerpunkte seiner Forschung sind die Entstehung und Verbreitung politischer Einstellungen und Mobilisierung, die Europaforschung und industrielle Beziehungen.
- *Piotr Kocyba*, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Else-Frenkel-Brunswik-Institut, forscht schwerpunktmäßig zu rechten Protestmobilisierungen und zur illiberalen Zivilgesellschaft mit einem Fokus auf Ostdeutschland und das östliche Europa.

AUTORINNEN UND AUTOREN

- *Charlotte Brandes* ist Soziologin und Politikwissenschaftlerin. Seit September 2021 ist sie als Referentin bei den Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus tätig und seit Januar 2024 zuständig für RIAS Sachsen.
- *Emily Bandt*, M.A., ist Kulturwissenschaftlerin mit den Arbeitsschwerpunkten Rechtsextremismus und Antisemitismus sowie Netzwerk- und Demokratiearbeit. Sie ist Projektleiterin im Leipziger Netzwerk für Demokratie sowie stellvertretende Geschäftsführerin des Erich-Zeigner-Haus e.V.
- *Julia Dresselhaus*, B.Sc., studiert im Master Psychologie mit dem Schwerpunkt Arbeit, Bildung und Gesellschaft an der Universität Leipzig. Sie ist wissenschaftliche Hilfskraft am Else-Frenkel-Brunswik-Institut im Bereich Monitoring und Dokumentation antidemokratischer Mobilisierung in Sachsen.
- *Masha Guzzo*, M.A., hat Philosophie, Theaterwissenschaft und Soziologie in Palermo, München und Dublin studiert. Sie ist derzeit Doktorandin am Institut für Sozialforschung in Frankfurt a.M. und als Geschäftsführerin des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung tätig. Ihre Promotionsforschung befasst sich mit aktuellen autoritären Protestmobilisierungen in Sachsen.

- *Lena Hinderberger*, M.A., hat Politikwissenschaft und Soziologie in Jena und Halle studiert. Aktuell ist sie als freie Mitarbeiterin im Leipziger Netzwerk für Demokratie sowie als Projektreferentin im Erich-Zeigner-Haus e.V. tätig. Inhaltlich arbeitet sie vor allem zu den Themen Rechtsextremismus und zivilgesellschaftliches Engagement.
- *Andrea Hübler* ist Politikwissenschaftlerin mit den Schwerpunkten extreme Rechte und rechtsmotivierte Gewalt. Sie arbeitet als Geschäftsführerin für den Bereich Beratung beim RAA Sachsen e.V. und leitet die Opferberatung Support für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt.
- *Fiona Kalkstein*, Dr. phil., Psychoanalytikerin in Ausbildung ist Fellow am Frankfurter Institut für Sozialforschung und war von 2021 bis 2025 stellvertretende Direktorin des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Psychoanalyse, Sozialpsychologie des Faschismus, Kritische Theorie, Ökonomie und Unbewusstes.
- *Johanna Liesen*, M. Sc., studierte Psychologie mit dem Schwerpunkt Arbeit, Bildung und Gesellschaft an der Universität Leipzig. Sie arbeitet am Else-Frenkel-Brunswik-Institut im Projekt „Arbeitskämpfe“ und forscht zu Transformationskonflikten in der Arbeitswelt sowie zu autoritären und antidemokratischen Dynamiken mit Blick auf Geschlechterverhältnisse.
- *Nicole Löw*, M.A., ist Soziologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Else-Frenkel-Brunswik-Institut. Ihre derzeitigen Forschungsschwerpunkte beziehen sich auf antidemokratische Dynamiken und soziale Konflikte in Institutionen wie der Justiz sowie das Erleben von gesellschaftlichen Transformationsprozessen.
- *Johanna Niendorf*, M.A., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Else-Frenkel-Brunswik-Institut und promoviert zum Zusammenhang von Geschlechterverhältnissen und autoritären Dynamiken. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Antifeminismus, Autoritarismus und Antisemitismus.
- *Tobias Prüwer* studierte Philosophie und Geschichte in Leipzig und Aberdeen. Als Autor beschäftigen ihn theatrale und politische Inszenierungsstrategien, Comics und Körperpolitiken, Heavy Metal und Arthouse, Schwerter und Pflugschare. Zuletzt veröffentlichte er die Bücher „Kritik der Mitte“ (Parodos) und „1525: Thomas Müntzer und die Revolution des gemeinen Mannes“ (Salier).

- *Andre Schmidt*, M.A., ist Soziologe und forscht als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Else-Frenkel-Brunswik-Institut zu Demokratie, Arbeitswelt und sozialem Konflikt.
- *Manès Weisskircher*, Dr., ist Leiter der BMFTR-Nachwuchsgruppe REXKLIMA an der TU Dresden. Zudem ist er affiliiertes Forscher am Center for Research on Extremism (C-REX) an der Universität Oslo sowie Gastwissenschaftler am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung des Wissenschaftszentrums Berlin. Seine Forschungsschwerpunkte sind politische Parteien und soziale Bewegungen, insbesondere Rechtsaußen-Akteuren, sowie Klimapolitik und Demokratie.
- *Gideon Wetzel*, M. Eng., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Else-Frenkel-Brunswik-Institut Leipzig und Mitherausgeber des Digital Report. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im quantitativen, datengestützten Online-Monitoring von Rechtsextremismus und Verschwörungsdenken in Sachsen. Davor arbeitete er 3,5 Jahre bei der Amadeu Antonio Stiftung in Kooperation mit dem Else-Frenkel-Brunswik-Institut
- *Arthur Zalewski* ist freiberuflicher Fotograf aus Leipzig. Seine Praxis lässt sich als künstlerische Dokumentarfotografie beschreiben. Er arbeitet im Bereich der Porträt- und Architekturfotografie. In Einzel- wie auch in kollaborativen Langzeitprojekten entstehen Bildarchive, die Orte und Menschen in ihrem sozialen, historischen und architektonischen Kontext zeigen. Seine Arbeit nähert sich der Gegenwart eines Ortes und entwickelt daraus ein eigenständiges visuelles Narrativ.



Das Projekt wird finanziert durch Mittel auf Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushalts.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek.
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Informationen sind im Internet unter [http:// dnb.dnb.de](http://dnb.dnb.de) abrufbar.

ISBN 978-3-948049-36-2

© 2026, Autorinnen und Autoren.

© Else-Frenkel-Brunswik-Institut an der Universität Leipzig
Ritterstraße 26
04109 Leipzig
www.efbi.de

© edition überland
Verlagsgesellschaft mbH
Gerichtsweg 28
04103 Leipzig
www.editionueberland.de

Alle Rechte vorbehalten.

Lektorat
Tilman Meckel, Leipzig
Redaktion
Pia Siemer, EFBI, Leipzig
Fotografie und Lithografie
Arthur Zalewski, Leipzig
Gestaltung und Grafiken
Markus Dreßen, Leipzig
Schriftsatz
Markus Dreßen, Pia Siemer

Schrift
Suisse Works, Suisse Int'l Mono,
www.swisstypefaces.com
Papier
Munken Print White, 90 g / m²,
Surbalin Seda, 115 g / m²
Druck und Bindung
Beltz Grafische Betriebe GmbH,
Bad Langensalza

Printed in Germany

Else Frenkel-Brunswik wurde am 18. August 1908 in Lemberg, dem heutigen Lwiw (Ukraine), geboren und studierte in Wien Psychologie. Anschließend war sie am Institut für Psychologie im Forschungsbereich „Autobiographische Forschung“ bei Charlotte und Karl Bühler als Assistentin beschäftigt und bildete sich zur Psychoanalytikerin weiter. Mit dem Beginn der Nazi Herrschaft in Österreich floh Else Frenkel 1938 in die USA und begann an der University of California in Berkeley ihre Tätigkeit als Senior Lecturer am Institute of Child Welfare sowie als wissenschaftliche Psychologin und Psychotherapeutin am Cowell Memorial Hospital. Im selben Jahr heiratete sie den ebenfalls aus Wien emigrierten Psychologen Egon Brunswik. In den USA erforschte Else Frenkel-Brunswik vorwiegend den modernen Antisemitismus und war maßgeblich an den ab 1944 in Berkeley durchgeführten „Studies in Prejudice“ beteiligt. Sie leitete neben dem Sozialphilosophen Theodor W. Adorno, dem Sozialpsychologen Nevitt Sanford und dem Psychiater Daniel J. Levinson die „Studien zum autoritären Charakter“.